

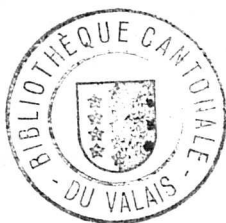
Tabelle des matières.

- 1) Bericht an das Walliser Volk über die Angelegenheiten und die Staats - Unruhen von Wallis. März, 1840.
 - 2) Nachträglicher Bericht über die Angelegenheiten von Wallis.
 - 3) Erklärung der Präsidenten und Gesandten der östlichen Lehnen an den Staatsrath des Kantons Wallis und durch denselben an den Grossen Rath. Sitten, den 20 Nov. 1843.
 - 4) An das Volk der Lehnen Goms, Brig, Visp, Ronen, Lenk und Siders. Sitten 1844.
 - 5) Ein Wort über die Adresse an das Volk des sechs obern Lehnen. Sitten, 1844
 - 6) Manifest der katholischen Stände Luzern, Uri, Schwyz Unterwalden ob und nid dem Wald, Zug & Freiburg. Luzern, 1844
 - 7) Bericht des eidgenössischen Kommissariats im Kanton Wallis an den hohen eidgenössischen Vorort. Luzern, 1844.
 - 8) Einige Blätter aus der Brieftasche eines eidgenössischen Offiziers
- 2 bis) Die Ereignisse in Wallis im Jahre 1843.

Bibl. cant. VS Kantonsbibl.



1010285040



1510

B. Jean *W*
D
Bericht

an

das Walliser-Volk

über

die Angelegenheiten

und die

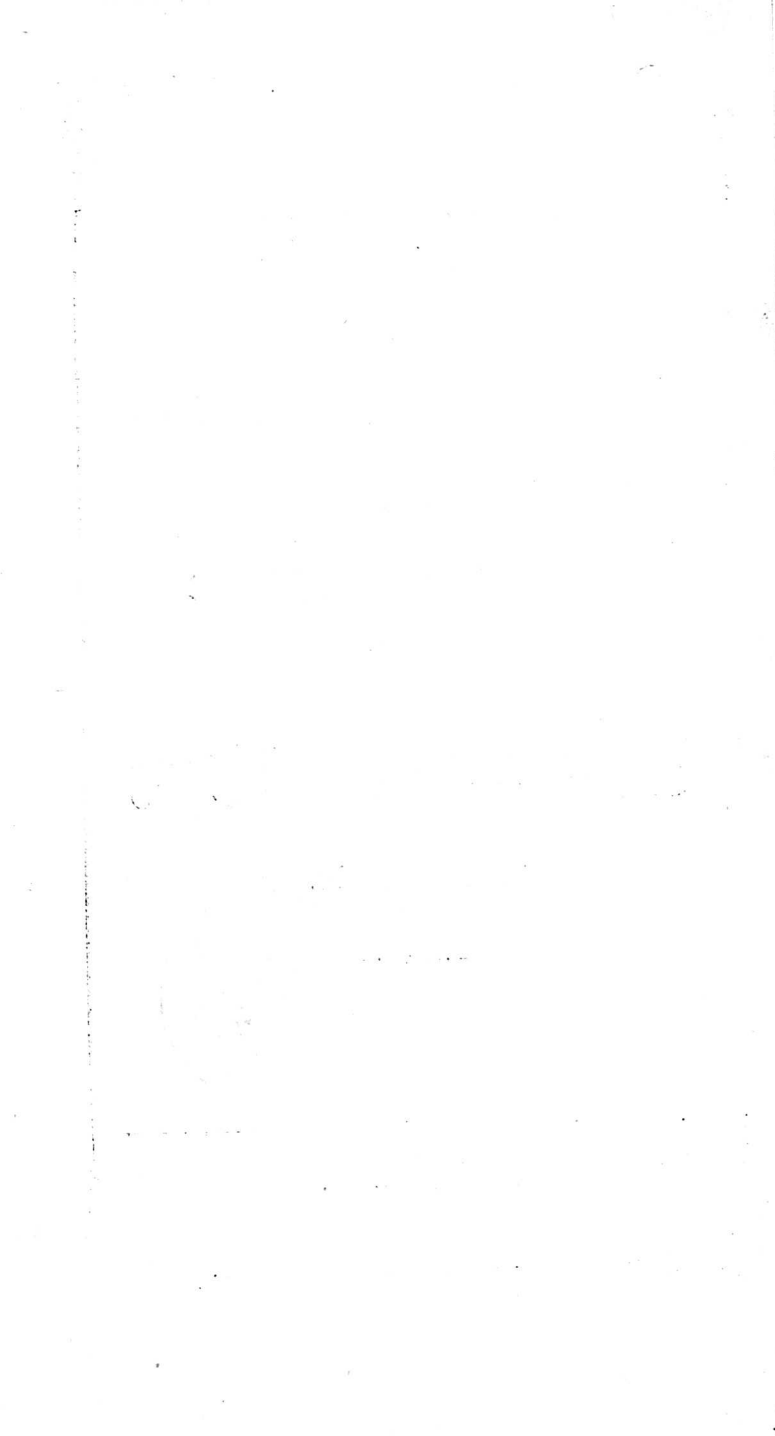
Staats-Umwälzung

von Wallis.



März 1840.

TA 319, a



Hochgeachtete Herren!

Getreue liebe Landente und Mitbürger!

Es liegen oftmals unter dem Schleier der Vergangenheit bemerkenswürdige Thatsachen verborgen, welche der erforschenden Zukunft stets vergegenwärtiget bleiben sollen. Wir geben uns die Ehre, selbe der Nachkommenschaft entbüllet darzustellen und erledigen uns der, auf Bitten zahlreicher Gemeindsbehörden übernommenen Aufgabe, unparteiisch, beseelt mit der innigsten Theilnahme an unsre gute und gerechte Sache, unter dem Schilde der Wahrheit den Sachanbestand Wallesiens zu behandeln. Wir widmen dieses gedrängte Werk dem guten, festen Walliservolke, das in den herben Tagen politischer Zermürfnisse die strengen Prüfungen ausgehalten hatte; dann auch den Dolmetschern des Volkswillens oder dessen Abgeordneten, und endlich dem zutrauenswürdigen Staatsrathe, welcher so unerschrocken am Staatsschiffe auf den brausenden Wogen ruderte, die Segel, ungeachtet allseitiger stürmischer Winde, auszudehnen wußte, und dem allenthalben um sich greifenden Zeitgeiste ernststen Widerstand leistete.

Im Jahre 1820 machte der löbl. Zehnen Sider Rücksprachen um eine verhältnißmäßige Volksvertretung in der obersten Landesbehörde; diese wurden durch gesagten Zehnen gemachte Vorstellungen beseitiget und kamen nicht mehr zur Sprache, bis im Jahre 1833, in welchem die Folgen

der berühmten Julitage auch im Wallis verspürt wurden. Da richteten die löbl. Zehnen Martinach, Entremont, St. Moritz und Monthey eine unterm 13. November gleichen Jahres in einem ungeziemenden Style abgefaßte Bittschrift an den Staatsrath, um „Abänderung des Art. 15 der Verfassung und um eine, dem demokratischen Grundsätze gemäße Volksvertretung in dem Landrath“.

Vielsjährige Ruhe, väterliche Verwaltung schien dem Bewohner Wallesiens vergnügte Tage gewährt zu haben, es erstickte im untern Landestheile der Keim der Empörung, den bloß die Vertreter der vier untern Zehnen anfachen wollten; die Gemeinden dieser Rücksprecher legten sogleich die ernsthaftesten Verwahrungen ein, die bei der obersten Behörde die bestmögliche Unterstützung fanden.

Den darauf folgenden 28. November 1833 erhoben sich 425 stimmende Bürger des Vagnethales, richteten eben auch eine im Geiste der Ordnung abgefaßte Bittschrift an den Staatsrath, vermöge welcher selbe erklärten, daß die in oberwähnter Denkschrift unterfertigten Beamteten, der Volksmehrheit zuwiderhandelnd, sich erkühnt hätten, in ihrem Namen ohne Auftrag Begehren um Volksvertretung an den Staatsrath, und durch denselben an den Landrath zu richten.

Den 2. Dezember gleichen Jahres erklärte eine zahlreiche Versammlung der Bürger aus Martinach den vorgesaßten Beschluß, den die aufwieglerischen Köpfe ohne Auftrag an den Landrath zu richten sich bevollmächtigt, ernsthaft zu widerlegen und richteten unterm gleichen Datum eine Bittschrift an den Staatsrath, durch welche diese Gemeinden erklärten, daß der Neuerungsgeist als zu diesem befugte Beamtete sie einzig zu jenem Schritte wider den ernsthaften Willen des Volkes berechnete, und bitten daher die väterliche Regierung, selbe nicht zu achten und fortzuweisen.

Obwohl unterm 12. Dezember 1833 ein von denen Hh. Torrent, Frank und Zumosen und mit 28 andern Unterschriften versehenes Begehren um die verhältnißmäßige Volksvertretung dem Staatsrathe eingereicht wurde, und sich besonders auf den Art. 34 der Verfassung stützte, so bleibt dennoch die, diesem Anverlangen unterm 8. Dezember 1833 zuvorkommende Bittschrift von Bald'Ilvier und Troistorrens nicht widerlegt, weil die unterm 29. Sept. gleichen Jahres gehaltene Gemeindeversammlung durch 148 Stimmen gegen 5 die Hh. Präsidenten der Gemeinden verpflichtete, der Regierung eine ernste Erklärung für Treue und Zugethanheit an die Verfassung von 1815, Namens der Thäler Bald'Ilvier und Troistorrens einzureichen.

Den festen Volkswillen erkennend, wollte der Staatsrath über Namens des Volkes eingegebene Privatanfsichten nicht einflüssliche Beschlüsse fassen, er trug die Begehren der Beamteten so wie die Bittschriften des Volkes der obersten Landesbehörde vor; diese beschloß nach erhaltenem Berichte vom 17. Dezember über den Vorantrag vom 13. gl. M. der zu diesem Entzwecke ernannten Kommission, bei dem in der 19. Sitzung am 17. Dezember 1832 getragenen Beschlusse bleiben zu sollen, und lautet: „es sey bei gegenwärtigen Zeitumständen nicht der geeignete Augenblick, um Aenderungen in den Verfassungsständen zu treffen, sondern es wäre rathsam, solches auf Zeiten, wo Ruhe auf dem Boden Helvetiens herrschen würde, zu verschieben“.

Von diesem Zeitpunkte an lebten beide Landestheile in einer fortwährenden Spannung; alljährlich kam dieß Begehren im Kantone, wo Ruhe und Friede gestohlen waren, zur Sprache.

Im Jahre 1834, bei einer erneuerten dießfälligen Rücksprache, glaubt auch die Gemeinde Salvan im Zehnen St. Moritz, ihre Stimme erheben zu müssen. Eingedenk

der ruhigen Lage und des 48jährigen Friedens, den sie unter der Verfassung von 1815 verlebten, und ferner beizubehalten wünschte, erließ sie unterm 23. Januar 1834 eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Bitte an den Staatsrath, es möchte derselbe in seinen väterlichen Berathungen, zufolge dieser Bittstellung, jede allfällige Tendenz zu einer Verfassungsänderung beseitigen; es thue bei einem solchen Vorhaben die Besorgniß obwalten, daß dem Bestreben aufwieglerischer, ruhestörischer Köpfe Genüge geleistet seyn würde, und denselben gelingen könnte, eine Verfassungsänderung zu bezwecken. Die Gemeinde Salvan aber verwahre sich wider solche Vorhaben, und betheure feierlich ihre Treue und Anhänglichkeit an die Verfassung von 1815, welcher allein sie Folge und Gehorsam leiste.

Ungeachtet dieser Verwahrung der Gemeinde Salvan mit jenen vorigen von Vagne, Martinach, Vald'Illier und Troistorrens, welche alle in gleichem Sinne abgefaßt sind, hat der Staatsrath auf Anverlangen dreier Zehnen unter dem 20. Mai 1834 einen Vorantrag an den Landrath gerichtet, in welchem er neuerdings mit Leidwesen der Versammlung die Verschiedenheit politischer Meinungen schildert und erklärt, er hätte sich vorbehalten, mit einsichtsvollen Magistratspersonen aus verschiedenen Theilen des Kantons sich zu besprechen, bevor man eine solche Frage, an der die wichtigsten, so wie die mißlichsten Schlußfolgen hängen, behandeln wollte. Er berief zu dem die Lit. Hh. Zehnenpräsidenten, welche den gegenwärtigen Zeitpunkt als den ungünstigsten erachteten, und die schweren Fälle der Begebenheiten vorsahen, die bei einer Verfassungsänderung dormalen einschlagen könnten, und die bei jeglichem Entrücken des Ecksteins am politischen Grundgebäude einen gänzlichen Einfall desselben hervorrufen würden, und, daß keinesweges in Mitte innerlicher Spannungen und Reibungen eine dauerhafte Grundlage in Verfassungsanständen bezweckt werden könne.

Es wurden aus diesem Vorantrage die zu verhandelnden Gegenstände den reifsten Ueberlegungen und den spätern Berathungen, bei denen Weisheit den Vorsitz führen sollte, überlassen, indem dermalen keine zweckmäßige Aenderung an der Staatsverfassung vorgenommen und erzielt werden könnte; diese Gründe bewogen die Mehrheit des Landraths, sich demnach für Beibehaltung auszusprechen.

Allein der Zeitgeist, der nagende Wurm, herrschsüchtige Menschen, die aus dem niedrigsten Stande sich durch die politischen Umtriebe an die Spitze eines Staates empor schwangen, nährten in ihrem Herzen die Schlange des Ehrgeizes; sie unterhielten das Feuer der Zwietracht, das in ihrem Busen loderte. Zudem stachelte an ihrem Herzen der schleichende Skorpion fast aller Emporkömmlinge, die Eifersucht und der Undank, und wurde wahr, was pag. 76 Valaisan desabusé gesagt ist: „Le peuple pleurerait un jour cette agrégation inconsidérée, cet homme deviendrait un jour funeste au pays.“

In der That, den 17. Januar 1838 unter dem Vorgeben der Ruhe im Innern des Kantons Wallis und in der sämmtlichen Schweiz, benutzten die Zehn Entremont, Martinach und Monthey den ersten und besten Augenblick, um das unter dem 13. November 1833 gemachte und auf ruhigere Zeiten zurückgewiesene Begehren der verhältnißmäßigen Volksvertretung in Berathung zu bringen. Sie erklärten, es wäre dermalen Zeit, dem Mißvergnügen, welches in einem Theile des Kantons zu Klagen berechtiget, und Mißtrauen zu hegen Anlaß giebt, ein Ende zu machen, gleichzeitig den in den andern Bundesstaaten gehuldigten Grundsatz auch in Wallis anzuwenden. Sie erklärten, es gehe ihr gerechtes Begehren, so lange ihnen nicht beige stimmt werde, dahin, auf Erhaltung einer Verfassung, die im Einklange mit dem Grundsatz stehe, werththätig zu arbeiten, und verlangen, es möchte der

Staatsrath, zufolge des Art. 34 der Verfassung ihr Begehren dem Landrath übermitteln.

Den 22. Mai 1838 wurde also auf wiederholtes Begehren der Zehnen Martinach, Entremont, Monthey und St. Moriz von der Mehrheit des Staatsraths, drei gegen zwei zu Gunsten ihres Verlangens ein abgefaßter Vorantrag an den Landrath gerichtet. Zu diesem stimmten die H. H. Staatsräthe Düsfour, Morand und Burgener, wider denselben de Courten und Stockalper. Dieser Vorantrag schlug der hohen Versammlung vor, daß jeder Zehnen vier Gesandte auf den Landrath beibehalten sollte, und daß dann die Zahl von 1500 Seelen überdieß zu einem Gesandten mehr berechtigt sey.

Es hätten demnach 4000 à 5500 . 5 Gesandte ;

5500 à 7000 . 6 „

7000 à 8500 . 7 „

und so fort. Der Hochw. Bischof behielt sein bisanhin für 4 Stimmen geltendes Votum. Dieser in der Ferne von gesagter Mehrheit absichtlich, unter dem Vorwande eines einzuschlagenden Mittelweges zum Untergange von Oberwallis bezweckter Vorschlag fand glücklicher Weise die erheischte Mehrheit nicht, weil zu einer jeden Verfassungsänderung 39 Stimmen erfordert werden, die obgenannten aber nur 29 Stimmen zusammenbrachten, obschon Burgener, der Vaterland und Freiheit zum Opfer seines Ehrgeizes brachte, der einzige Oberwalliser, seine Stimme wider den Volkswillen seines Zehmens zu Protokoll gab, und ihm sein Kollege, Hr. Präsident des löbl. Zehnen Visp, drei Stimmen zur Beschämung entgegenstellte. Die übrigen Zehnen wollten in keine Verfassungsänderung eintreten, noch dazu stimmen, ehe dießfalls das Volk in den Zehnen sich darüber ausgesprochen hätte und zu Rathe gezogen sey, dann auch glaubten sie dem Kommissionsberichte vom 26. Mai, der eine neue Verschiebung dieser wichtigen Frage vorschlug, beizupflichten.

Unterm 17 des darauf folgenden Juni 1838 brachte der Staatsrath nebst dem, in Betreff der Volksvertretung gemachten Vorantrag und dem Berichte der Kommission, auch den Landrathsbeschluß ad referendum an das Volk, mit dem Ersuchen, es möchten die Zehnen baldigst über das Begehren von dem Unterwallis sich erklären; diese sprachen sich unverweilt für die Beibehaltung der 1815er Verfassung aus, werden an derselben keine Aenderung vornehmen, es sey denn auf gesetzlichem Wege, und nach der Vorschrift der Verfassung, die uns regiere. Nach erhaltener Mittheilung, daß die Mehrheit der Zehnenräthe dem landräthlichen Beschlusse nicht beipflichtete, erließ eine Kommission der Zehnen Entremont, Martinach und Monthey, die den Wahlspruch: Religion, Gerechtigkeit, Vaterland und Freiheit führte, unter'm 26. Oktober 1838 einen Zuruf an ihre Mitbürger, durch welchen sie das Ergebniß des Entschlusses des Mai-Landrathes veröffentlichte und erklärte, sie hätte zu demselben nur aus Friedensliebe gestimmt; es sey Billigkeit, daß die Mehrheit des Volkes Gesetz gebe, und im referendum nicht mehr von der Minderheit inne gehalten werde. Es wäre die geeignete Zeit, das Joch abzuschütteln und sich die heiligen Rechte zu verschaffen. Sie rücksprechen um: 1) direkte Wahlen. 2) Auflösung der Vorrechte. 3) Oeffentlichkeit der Landrathsitzung. 4) Trennung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt. 5) Erzielung einer bessern Verwaltung. 6) Versagung des Kumuls der Plätze, billigere Austheilung der Militairlasten. 7) Geeignete Erziehungsanstalt. — Nicht wahr, damit selbe nicht mehr der Geistlichkeit obliegen. — Sie zeigen darin an, daß auch sie diesen Vermittlungsvorschlag in den Zehnen verworfen hätten.

Den 26. darauf folgenden Oktober 1838 erließen die Zehnen Entremont, Martinach und Monthey (denn jede Unordnung keimt in denselben) ein Schreiben an den Staatsrath, vermittelst welchem sie schroff verlangen, der Staats-

rath solle, indem die Mehrheit der Zehnen sich wider die Annahme des Vermittlungsvorschlages ausgesprochen hätten, das von ihnen gemachte Begehren in den ersten Winter-sitzungen des Landrathes vortragen.

Auf Begehren dreier Zehnen mußte der Staatsrath oberrührender Einladung entsprechen, er trug ihr Anverlangen dem folgenden Landrathe, zwar nicht in den ersten Sitzungen vor, weil diese Zehnen nicht mehr als die andern zu befehlen hätten, in welcher Sitzung jedweder Gegenstand behandelt seyn solle.

Den 6. Dezember 1838 wurde der staatsräthliche Vorantrag um eine verhältnißmäßige Volksvertretung an den Landrath erlassen. Dieser Vorantrag, zu dem abermals unser überwalliser Staatsrath Burgener stimmte, huldigte dem Grundsatz, zu welchem das Oberwallis nie ohne vorläufige Gewährleistung beitreten kann. — Was nützt Gewährleistung von Meineidigen? — Es wurde dieser Gegenstand an eine XIIIer Kommission gewiesen, mit dem Auftrage, einen baldigsten Bericht der obersten Behörde abgeben zu sollen. Es wurde in der Kommission dieser Gegenstand beherzigt; er wurde gemäß dem Vorantrage mit Geistesruhe den 14. Dezember 1838 abgewogen, und erhielt eine Mehrheit für Beibehaltung der 1815er Verfassung, es wäre denn, daß jede Verfassung auf ordentlichen, und von ihr selbst vorgezeichneten Wegen vorgenommen würde.

Es wurde auch offenbar, daß die von den 3 Zehnen angebrachten Beweggründe, auf welche sie ihr Begehren stützen, nicht anwendbar seien, da es thatsächlich bewiesen, daß nie eine Minderheit von 31,400 Seelen einer Mehrheit von 43,300 Geseze vorgeschrieben habe, da letztern meistens nach Wunsch Geseze getragen. Betreffend die Militairlasten ist es die größte Billigkeit, daß jene mehr thun, die mehr zu schützen haben, da die Kriegsmacht zur Vertheidigung ihrer Herde eingerichtet ist.

Spricht man von der ungerechten Austheilung der Staatsgelder, so ist es leicht, diese Verunglimpfung zu widerlegen, denn die alljährigen Rechnungsabgaben beweisen, daß der untere Landestheil weit mehr als der obere aus der Staatskasse schöpft, ich verschweige die 30,000 Frk., welche ein einziges Glied für seine Erhaltung und zum Unglücke Wallesiens zur Zeit der Martinacher Expedition aus der Staatskasse beziehen ließ. Legt nicht der kleinste Zehnen mehr in Kasse, als der größte, im Verhältnisse seiner Bevölkerung.

Da der am 9. Dezember 1838 an den Landrath erlassene Bericht aus Zeitmangel nicht in deutscher Sprache erschien, begehrtten einige Mitglieder dessen Uebersetzung, und der Gegenstand kam dann am 11. zur Erörterung des Landraths. Aus den darin vorgeleuchteten Gründen: 1) daß die topographische Lage ein System gänzlich verhältnißmäßiger Volksvertretung nicht zulasse, indem die Interessen des einen Landestheiles gefährdet und das nöthige Gleichgewicht aufgehoben seyn würde; 2) daß der zu modifizirende Artikel der 39 Stimmen für die Verfassungsänderung durch den untern Landestheil damals begehrt worden sey; 3) daß die Dazwischenkunft der Repräsentanten der auswärtigen Mächte, auf Begehren des westlichen Landestheiles, bei der Einführung der Verfassung stattgefunden und die beiden Kantonstheile gemeinschaftlich und freiwillig den Grundvertrag unsers geselligen Verbandes festgestellt und bei der Eidgenossenschaft beschworen haben; — glaubte die Mehrheit dem von ihnen gefaßten Entschlusse um Beibehaltung des status quo beizupflichten.

Die Minderheit aber beharrte auf den in den staatsrathlichen Botschaften zu Gunsten der verhältnißmäßigen Volksvertretung entwickelten Gründen, und unterstützte schließlich nachdrücklich das bisherige Begehren der untern Zehnen. Der Präsident Luder aus Entremont, als ein Hauptsprecher der untern Zehnen, drang, nachdem ein anderes Mitglied

auf einen Versuch um freundschaftliche Vermittlung, dem denn auch der Tit. Prälat und andere Mitglieder des mittlern Landestheiles beipflichteten, das Wort führend, hartnäckig darauf, es möchte die Versammlung sich über den in der Schweiz obwaltenden Grundsatz aussprechen.

Die Vertreter der östlichen Zehnen aber, die Meinung des Hochw. Bischofes hochachtend, wollten zwar in eine vermittelnde Verfassungsrevision, unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, darüber ihren Kommittenten zu referiren, sich einlassen, begehrten aber dießfalls eine Vertagung bis auf den folgenden Tag als den 12ten Dezember; dieser 24stündigen Vertagung sogar widersetzten sich die Abgeordneten der rücksprechenden Zehnen; sie begehrten die Aussprache in gegenwärtiger Sitzung, ungeachtet der dringenden Einladung der mittlern Zehnen, die mit Gewährleistung der materiellen Interessen des östlichen Theils beruhigende Vergleichung erzielen zu können verhofften. Nach hartnäckiger Verharrung ward abgestimmt, und es huldigten 29 Stimmen mit jener des Herrn Staatsrath Burgener, der schon im Jahre 1833 derjenigen in der Versammlung zu Brig den untern Zehnen ausgefertigten Erklärung nicht mit den übrigen Zehnenpräsidenten unterzeichnen sollte, dem Grundsatz, gegen 27 verwerfende und sich für den statu quo aussprechende. Den folgenden Tag stellte ein Mitglied neuerdings den Antrag zu einem freundlichen Vergleiche in den Verfassungsanständen; dieser erhielt den Beifall, und gleichzeitig wurde eine Kommission dießfalls zusammen zu treten, eingeladen.

Den 13ten Dezember, nach Verlesung des durch 29 Stimmen gegen 27, auf Anerkennung des Grundsatzes der verhältnismäßigen Volksvertretung in den zwei letzten Sitzungen geragenen Beschlusses, begehrte Herr Präsident des löbl. Zehnen Goms das Wort und gab Namens der fünf obern Zehnen ihre Verwahrung zu Protokoll, erklärend, „daß die 29 Stimmen „keine Mehrheit sey, um über Verfassungsanstände ausspre- „chen zu können, daß nebst den 39 erforderlichen Stimmen

„daß Begehren in zwei aufeinander folgenden Landrätthen
 „wiederholt werden solle, somit die obern Zehnen gemäß der
 „ihnen aufgetragenen Institutionen keiner andern als auf
 „verfassungsmäßigen Wegen vorgenommenen Revision Hand
 „bieten, und nie einer vom Volke angenommenen Verfassung
 „ohne dessen Einwilligung abweichen werden.“

Einige andere Mitglieder erörterten über die Instruktionen, es sollen die Abgeordneten ohne Auftrag im Landrath erscheinen, daß auch dießfalls Abgeordnete wider ihre Instruktionen gestimmt hätten. Hierauf versammelten sich einige Anhänger der neuen Ordnung der Dinge in der Stadt Sitten, und zwangen durch eine Unterschrift den Bürgermeister der Stadt Sitten eine allgemeine Versammlung zusammen zu rufen, um die Abgeordneten des Zehnen Sitten zu instruiren. Allein da die vier aus der Stadt gewählten Abgeordneten auch den übrigen Theil des Zehners vorstellten, glaubten sich nicht alle einzig unter der Stadteinfluenz und stimmten nicht nach deren Auftrag.

Gleichen Tags um 10 Uhr morgens traf in Sitten ein sogenanntes Komite der reklamirenden Zehnen ein, und begaben sich, 50 an der Zahl, auf eine sehr ungeziemende Art in den Staatsrath; einer aus diesem Gesindel hatte ein Stück Papier in der Hand, zerriß es in Stücke und sagte, so sey es mit der Verfassung von 1815. Der Staatsrath annahm dieses Vergehen der wenigen Erziehung gesagter Komitesglieder, entließ selbe mit der Versicherung, dem nachmittägigen Landrath ihr Unverlangen einzuüberichten. — Im Hinausgehen hörte man von Messerstichen reden.

Der versammelte Landrath wurde dessen einberichtet, hatte aber aus Mangel der Zeit keinen Vorantrag dießfalls geben können. Als ein Abgeordneter aus Martinach, unterstützt von den übrigen reklamirenden Zehnen, verlangte, es möchte ohne weiters in dieser Sitzung die Scala bestimmt werden, hatte S. C. die Versammlung eingeladen, sich zu

verständigen, und angehalten, da noch Hoffnung sey, in einen Vergleich einzutreten, die vorgeschlagene Verathung auf den morgigen Tag zu vertagen, und beauftragte die Kommission sich wieder zu versammeln.

Den 14ten Dezember, nach Eröffnung des Landraths, erklärte der französische Landschreiber, die Gesandten von Entremont, Martinach und Monthey werden nicht mehr erscheinen.

Die zahlreich in Sitten eintreffenden und verborgen bewaffneten Unterwalliser bewogen die Präsidenten der obern Zehnen, den Staatsrath anzuhalten, um größere Uebel abzulehnen, die vielleicht eintreffen könnten, den Landrath vertagen zu wollen. Der Staatsrath glaubte diesem vorsichtigen Begehren entsprechen zu sollen, und beschloß bei der Wichtigkeit des beschäftigenden Gegenstandes, die Abgeordneten nach Hause reisen zu lassen, damit sie ihren Kommitentten das Sachverhältniß darstellen und die Zehnen fragen könnten, ob sie zu einer Verfassungsänderung Hand bieten wollen oder nicht; zu diesem Ende wurde denn ohne Beeinträchtigung der Rechte der Parteien ein Glied durch Zehnen auf eine am dritten Jänner angesetzte Kommission einberufen, die an einem Verfassungsentwurfe, in welchem den von jedem Zehnen angebrachten Bemerkungen Rechnung getragen werden sollte, arbeiten würden, und welcher dem, für den 14. Jänner einberufenen Landrathe vorgelegt würde.

Um die Zehnen des Vorgefallenen, wie auch der nicht eingeschlagenen Vermittlung, welche die Mehrheit des Staatsraths unterm 6ten März vortrug, einzuberichten, erließ der Staatsrath unterm 19ten Dezember 1838 ein Schreiben an die Zehnen, es möchten dieselben ungeachtet der am 14. Dezember nicht erhaltenen gesetzlichen Mehrheit um Verfassungsänderung, sich durch einen Abgeordneten auf die am 3ten Jänner eingerufene Kommission und auf die am 14ten gleichen Monats eingetragten Landrath vertreten lassen.

Später, am 31. Dezember, als der Staatsrath amtlich von einem unterm 28. gl. M. in Monthey genommenen Zehnenrathbeschlusse für die Bildung eines Wahlkollogiums in Kenntniß gesetzt wurde, welches einen Gesandten auf 1000 Seelen auf den am 14. künftigen Jänner einberufenen Landrath wählen sollte, richtete derselbe den 31. des folgenden Monats an die Zehnen Gundis, Martinach, Entremont, St. Moriz und Monthey, welche vier erstere er gleicher Schlußnahme theilhaftig glaubte, ein Schreiben, in welchem er mit Leidwesen bedauert, daß von den untern Zehnen die Landrathsbeschlüsse mißkennet oder gar mit Füßen getreten werden, und haltet diese Zehnen an, von ihrem Entschlusse abzustehen und dem Beschlusse vom 14. nachkommen zu wollen.

Die Kommission versammelte sich gemäß landräthlichem Beschlusse den 3. Jänner, nahm des unter gleichem Datum an dieselbe gerichteten staatsräthlichen Schreibens, welches ihr zeigte, wie heikel diese Unternehmung sey, und besonders angedungen hatte, jedem Verlangen der Zehnen so viel als möglich Rechnung zu tragen, Kenntniß. Von allen oberen Zehnen trafen die Präsidenten ein, Sitten ausgenommen, welcher ein radikaleres Glied zum Präsidenten der Kommission lieferte.

Die fünf obern Zehnen, durch das Organ des Hrn. Zehnenpräsidenten von Goms erklärten sich, es hätten ihre Zehnenräthe und Gemeindsversammlungen stete Treue der 1815er Verfassung, welche durch die Minister der hohen Mächte dem Referendum unterstellt gewesen seye, geschworen, sie widersehten sich aber dessenungeachtet nicht einer auf gesetzlichem Wege vorgenommenen Verfassungsänderung, und würden, auch vermittlungsweise, wenn ihren angegebenen Vorbedingungen schriftlich entsprochen seyn würde, beitreten, widrigen Falls eine Trennung vom untern Landestheile begehren. Da dieser Sprache noch auf eine ungeziemende Art durch den Entremontaner Präsi-

ten unbestimmt geantwortet, grob begegnet wurde, hinterzog sich der Zehnen Goms den 6. Jänner, welchem dann die andern Zehnen nach eingegebenen Verwahrungen den 7. Jänner folgten.

Es wurde dessen der Landrath in der Sitzung vom 14. Januar 1839 genau berichtet, und als man nach gemachter Eröffnungsrede sah, daß die Zahl höher als 4 Gesandte durch Zehnen stieg, wurde die Sitzung aufgehoben; die obern Zehnen hinterzogen sich, die übrigen aber bildeten einen Verfassungsrath unter dem Vorstehe des großen Staatsmannes, des feinen Politikers, des schleichenden Höflings, dessen gebildetes Aeußerliche die heimtückische Verschlagenheit seines ehrföchtigen Charakters verhüllt, und bewerkstelligten die todtgeborne Verfassung vom 30. Januar. Ungeachtet der Abwesenheit der obern Zehnen und deren Nicht-Theilnahme, erfrechte sich der sogenannte Verfassungsrath unterm 17. Januar die Beitretung anderer einzelnen Gemeinden zu melden. Sie wählten sich unterm 21. März einen Staatsrath in den Personen der Hh. J. von Riedmatten, Burgener, Torrent, Barman, Stockalper, welcher letztere unterm 22. desselben Monats erklärt, kein Amt unter einer verfassungswidrigen Regierung bekleiden zu wollen, da das Oberwallis an deren Verhandlungen keinen Theil nahm.

Die Lage des Kantons schien eine bedenkliche Wendung zu nehmen, die Geister fingen an, sich in größter Spannung zu entfernen; zwei Staatsräthe verwalteten die Kantonstheile von Sitten aus. Indem die fünf obern Zehnen unter'm 17. Januar einen Verwahrungssatz gegen die am 14. und 15. gl. M. im Sitzungssaale inkonstitutionelle Anzahl der frechen Abgeordneten aus den westlichen Zehnten einlegten, begehrten sie in Erwägung der von den untern Zehnen verfassungswidrigen Handlungen, in einer an den Vorort gerichteten Denkschrift die Gewährleistung der Verfassung von 1815, oder eine Trennung, es sey denn,

daß man den gemachten Vorschlägen Rechnung trage. Das Schriftstück wurde ad acta gelegt.

Bei Anschau eines solchen Sachenbestandes glaubte der Staatsrath den 17. Januar 1839 die gütliche eidgenössische Vermittlung anzurufen. Zwei, von dem h. Vororte gewählt, und unter dem 7. Hornung instruirte Kommissarien sollten dem Staatsrathe mit ihren klugen Einsichten beistehen, und entzweite Brüder wieder in einem Haushalte zu vereinigen suchen. Unter'm 26. Januar, in Beantwortung des, von Seite des Staatsrathes gemachten Dazwischenkunfts-Begehren, glaubte der Vorort, gemäß folgendem, unter'm 27. Dezember 1830 und 1831, §. XXXII und unter Abschlagen allseitiger Trennung in zwei Halb-Kantone, sich nicht befugt, in Kantonsangelegenheiten einmischen zu sollen: „die Tagsatzung huldigt einmützig dem Grundsatz, daß es jedem eidgenössischen Stande, kraft seiner Souverainität freistehe, die von ihm erachteten Abänderungen in der Kantonsverfassung vorzunehmen, sobald dieselben dem Bundesvertrage nicht zuwider sind. Es wird sich demnach die Tagsatzung auf keine Weise in solche bereits vollbrachte oder noch vorzunehmende konstitutionelle Reformen einmischen“.

Doch wiederholte der Staatsrath unter'm 1. Hornung sein Begehren um gütliche Dazwischenkunft; diesem wurde unter'm 7. gl. M. entsprochen, mit der Anzeige, daß der Vorort sich durch zwei eidgenössische Kommissarien, in den Personen der H. Schaller und Baumgartner, werde vertreten lassen, dieselben der günstigen Gehörleistung empfehlend. Sie langten den 12. Hornung, nachdem sie sich mit unterwalliser Aufwieglern in St. Moriz einverstanden hatten, in Sitten an, und äußerten nach der am 13. mit dem dem Regierungshaupte gepflogenen Unterredung, den Wunsch, die Repräsentanten in den Zehnen separat anzuhören, und setzten Versammlungen in Brig, Leuf, Sider und Herens

an. Ich will den Leser nicht lange über das Benehmen der zwei Schutzhelden der Revolution aufhalten; ihr vorausgesetzter Grundsatz, Oberwallis, auf was immer für eine gesetzwidrige, ungerechte Weise, zu empören, zeigte sich bald, man hörte bald den Ton einer übelklingenden Schelle, und verkostete bald die auf einem Schub ausgeführten giftigen Früchte eines schlechten Baumgartens. Die schneiderähnlichen Kommissarien bemühten sich vergebens am 17. Feb. in Brig, das Volk gegen die Regierung aufzuheizen, sie schüchterten dasselbe nicht mit den Drohungen, sie werden auf dem Haupte von Oberwallis glühende Kohlen anzünden, denn das Volk, durchdrungen von der Gerechtigkeit der Sache, die es vertheidiget, seine Souverainität erkennend, zeigte diesen Herren, wie sie die Angelegenheit Wallesiens auf der Wagschale der Partheilichkeit, mit dem Uebergewichte ihrer eigenen Willensmeinung, abgewogen haben. Auf gleiche Weise endigten auch die übrigen Versammlungen. Ihre zwietrachtstiftende Stimme fand im Oberwallis nirgends Anklang, und haben auch selbes nie mehr betreten. Ihrem an die Zehnen gerichteten Verlangen, es möchten dieselben, jenen Verfassungsentwurf vom 30. Januar anerkennend, sich im Verfassungsrathe, wie auch im künftigen großen Rathe vertreten lassen, wurde nicht entsprochen, sondern sie verwahrten sich vielmehr unter'm 15. Feb. gegen einen von den sieben westlichen Zehnen eigenmächtig im Sitzungsorte der vollziehenden Gewaltbehörde aufgestellten Verfassungsrath und dessen verfassungswidrigem Benehmen sie sandten dem Staatsrathe die von Hrn. Barman an die obern Zehnen gerichteten Verfassungsentwurfs-Tabellen und Proklamationen zu, zeigten demselben an, sie sehen mit gerechtem Unwillen, daß ein Partikular ohne Wissen der Vollziehungsbehörde Verfassungsentwürfe dem Volke zur Annahme vorzulegen sich erfrehe. Sie verlangten dießfalls von der Regierung zu vernehmen, ob dieselbe mit Letzterm im Verkehr sey, weil dießfalls die obern Zehnen den ihrigen mit derselben aufheben würden, worauf den obern Zeh-

nen unter dem 22. Hornung erwiedert wurde, es stünde die Regierung mit keiner zu Klagen Anlaß gebenden Regierung im Verkehr.

Am 21. Hornung verlangten die H. H. Kommissarien neuerdings eine Versammlung, um in derselben einen Vergleich der entzweiten Anstände, mit Voraussetzung der Beibehaltung der Einheit des Kantons, und der Gewährleistung der genauen, verhältnißmäßigen Volksvertretung zu erzielen. Sie erließen dießfalls eine Proklamation unter'm 22. Hornung. Diesen Voraussetzungen konnten die obern Zehnen, ohne hinlängliche anderseitige Gewährleistung voraus gesichert zu haben, nicht einläßlich entsprechen. Dessen ergrimmtten die Herren Schaller und Baumgartner und erließen unter'm 26. desselben Monats ein Schreiben an die obern Zehnen, vermittelt welchem sie denselben die Verletzung der Gerechtigkeit bei Nicht-Zugeben des Grundsatzes der Volksvertretung vorwerfend erklärten: „der Tag sey nicht mehr „ferne, da für den Kanton Wallis eine neue, aus den „Berathungen seiner Mandatarien hervorgehende Verfassung „an die Stelle derjenigen vom 12. Mai 1815 treten werde“. Sie erließen dießfalls unter'm 1. März wiederum eine Proklamation an das Volk von Oberwallis, in welcher sie durch die Regierung amtliche kund thaten, es sey die unbestreitbare Mehrheit für eine Verfassungsänderung gestimmt. Der Staatsrath aber, des Gegentheils überzeugt, sandte am 2. März zwei seiner Mitglieder zu den Herren Kommissarien, um ihnen zu melden, daß die Regierung von sich aus keine Veröffentlichung, die im schroffen Widerspruche mit dem Volkswillen und der Wahrheit sey, machen könne, somit sie selbe weder versenden, noch zur Kundmachung verordnen werde.

Es rücksprachen dießfalls die H. H. Kommissarien, um ihrer Stellung nichts vergeben zu sollen, daß sie sich zu ihrem lebhaften Bedauern genöthiget sehen, von Stund an

jedes amtliche Verhältniß zum Staatsrathe einzustellen — (Wären sie nur noch fortgereist). Es wurde der Vorort dessen unterm 5. März einberichtet.

Den 1. März, unter Verwahrung gegen jene, vom Verfassungsrathe unter'm 27. und 28. Hornung gefaßten Beschlüsse, es hätte nämlich die Mehrheit des Volkes ihren Entwurf angenommen — verlangten die Vertreter der obern Zehnen in der nächsten Staatsrathsitzung zugelassen zu werden, um den förmlichen Verwahrungsact in seine Hände zu legen. Hier erklärten sie abermals auf das feierlichste, daß sie sich gegen den Verfassungsentwurf verwahren, und sich aus tiefem Gefühle beleidigter Nationalehre der Promulgation eines Actes widersetzen, der bloß das Machwerk einiger Abgeordneten eines Landestheiles sey, an welchem weder die Regierung noch der ehrw. Klerus Theil genommen hatte. Doch, um nicht eine gütliche Vermittlung auszuschlagen, machte die in Eider getagte Kommission unter'm 20. März 1839 neue Vorschläge, vermitteltst welchen die obern Zehnen in einem Verfassungsrathe sich einfinden würden. Es wurde ungeachtet dieser eingereichten Vermittlungsvorschläge, die zwar nicht von allen Zehnen genehmiget wurden, am gleichen Tage und unter den Augen der h. Kommissarien der zur Wahl der höhern Beamteten, Große Rath versammelt; in einem Augenblicke, wo noch Hoffnung einer Vermittlung zu leuchten schien, faßt der Große Rath Entschlüsse, die das Vermittlungswerk vereiteln, und die obnehin entzweiten Brüder zu einer faktischen Trennung bewogen hätte. Hätten nicht nach Eingabe der Vermittlungsvorschläge die Kommissarien, wenigstens bis nach deren Prüfung, die weitem Berathungen und Schlußnahmen des versammelten Großen Rathes zu vertagen suchen sollen? Hätten jene das, was sie zu fördern suchten, mit mehr Kaltblütigkeit und aus Klugheitsmaßregeln auf einige Stunden inne gehalten, so wären die Anstände Walleiens heule lösbarer. Konnte man für

eine Vereinbarung, die sie zwar nicht suchten, der Hoffnung Raum geben, wenn einerseits dem sogenannten Großen Rathe schnell voranzugehen angedungen ward, anderseits Jenen, auf dem verfassungsmäßigen Pfade Wandelnden, das beste Recht, die billigsten Vereinbarungsanträge schroff abgesprochen werden; wenn den Einten alles widerrechtliche, ruhestörerische Benehmen abgeschüttelt wird, um den Andern zur Last aufzubürden? Bei diesem Betracht verschwand jede Hoffnung zu einer Vereinbarung, der Staatsrath, gemäß der Verfassung von 1815, fand sich in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt, den h. Mitständen unter'm 22. Mai, dem Vororte unter'm 23. einzuberichten, daß die Gemüther sich eher entfernt als nähert hätten. Es wurde der Vorort von den wiederholten Verwahrungen von Seite der obern Zehnen in Kenntniß gesetzt und einberichtet, es könnten die Anstände von Wallis nur durch kluges Handeln der Tagsatzung gelöst werden, da selbes nach aufgebotenen Kräften von Seite der Regierung nicht gelungen.

Zum Uebermaße der gerechtigkeitswidrigen Handlungen der politischen Widersacher des Unterwallis, erließen die H. H. eidgenössischen Kommissarien in Fülle ihrer Partheilichkeit, die sie fortwährend in Wallis offenbar an den Tag gaben, einen unter'm 17. März datirten Hauptbericht über den Verlauf und die Ergebnisse ihrer, zur Beförderung der Revolution im Kanton Wallis, und zur Unterdrückung der gerechten Sache angenommenen Sendung. Obschon diese bereits in dem Berichte die Unterwalliser als Revolutionairs betiteln, so ermangelten dieselben dennoch nicht, den Empörern das Recht zu sprechen. Sie errötheten nicht, in demselben dem Oberwallis jene bis anhin bewiesene, den deutschen würdige Kaltblütigkeit und Ruhe, mit welcher es die verhängnißvolle Lösung seiner gerechten Sache erwartet, abzusprechen, und die im untern Landestheile unter ihrem Schutze verübten Unfugen, militairische Rüstungen, Un-

packen der öffentlichen Postwagen vor dem Stadthore, Aufstellung des zwievrachtsstiftenden Komite's, Verletzung des Postsekrets, Aufstellung eines Piquets der Kontingente, Stiftung von Waffenvorräthen, Aufstellung in Bürgertracht verkleideter Truppen 2c. 2c., den friedliebenden, in Geselligkeit und im Bewußtseyn des guten Rechtes in tiefer Stille lebenden obern Zehnen beizumessen.

Sie erfrechten sich in der Proklamation vom 1. März, eine unbestreitbare Mehrheit von mehr als 11,000 Stimmen, welche diejenige Verfassung vom 30. Januar in der Abstimmung vom 10. März verworfen hatten, als vorgeblich anzusehen und eine Minderheit von 6,896 an deren Stelle der Eidgenossenschaft vorzuweisen. Sie schämten sich nicht, gerade falsche Behauptungen als wahre Beschlüsse darzuthun, da sie unter'm 14. Dezember 1838 eine landrätthliche Schlußnahme um Verfassungsänderung darlegen, wo nur vermittlungsweise, ohne Nachtheil irgend eines Rechtes der Partheien, eine Kommission auf den 3. Januar einberufen wird, um einen freithätigen Vergleich zu erzielen. Sie dürfen behaupten, die 1815er Verfassung sey durch Stillschweigen nicht mehr aufrecht gehalten, und sagen nicht, daß die Mehrheit sie noch befolgt. Sie machten den 9. März Versöhnungsvorschläge, wo jeden Rücksprachen des Unterwallis Rechnung getragen und das Wort gesprochen wurde, das Oberwallis aber unterjochten. Denn endlich geben diese vorgeblichen Vermittler einen Antrag an den Vorort: „Es sey der Kanton Wallis, „wenn nicht unverweilte freiwillige Rekonstituierung eintritt, auf die Grundlage der von Bundes wegen als verbindliche Vorschrift zu erlassenden und unverändert zu maintainirenden neuen Vergleichsartikel vom 9. März l. J. „nöthigen Falles mit Anwendung der erforderlichen Coercitivmittel zu rekonstituiren“. Als der Vorort diesem Antrage nicht gänzlich entsprechen zu sollen glaubte, machte sich Baumgartner (wie in Wien) aus dem Staube, und Wallis

freute sich, diesen belästigenden Friedensengel ferners nicht mehr sehen zu müssen.

Dieser wurde sobald durch die auf Haß und Abneigung gestimmte Harpe ersetzt. Die Oberwalliser erinnerten sich, es möchte ein Abkömmling jener seyn, die Anno 1798 hinter den Franzosen her plünderten. Es hatte dieser seine Versöhnungsvorschläge bald beendet; jene vom 9. April wurden baldigst durch die vom Großen Rath ersetzt und verlor das schon geringe Zutrauen gänzlich, seit jenem Augenblicke besonders, wo er die Oberwalliser mit seinen 20,000 Waadtländern bedrohte, wenn man jenen vom Großen Rathe beschlossenen und unter'm 11. Mai kund gethanen Vorschlägen nicht beipflichte. Er hatte dennoch zu jener Zeit, wo unter'm 9. Mai in dem Staatshause der Regierung von 1815 in der Nacht um 2 Uhr von dem in Sitten tagenden Gesindel die Fenster mit Steinen eingeschlagen wurden, selbes mißbilligt und erließ unterm 9. Mai eine Proklamation an die ruhestörerischen Köpfe und Gesindel, um sie von der Friedensstörung abzuhalten. Die Behörden hegten den Willen, den Thäter zu entdecken und zu strafen, darf man sagen: *Ut desint vires tamen est laudanda voluntas.* Es blieb dabei.

Nach verrichteten Wahlen des Großen Rathes zeigte Hr. Barman durch Schreiben Namens dessen der verfassungsmäßigen Regierung an, daß von nun an ihre Amtsverrichtungen aufhörten. Die obern Zehnten aber widersetzten sich dieser, von Seiten einer vorgeblichen Gewalt gemachten Anzeige und erließen unterm 23. März 1839 ein ausdrückliches Begehren an den Staatsrath, wodurch er eingeladen wurde, ferners die Amtsverrichtungen zu bekleiden, die von Barman gemachte Anzeige nicht achtend, keineswegs die Archive, Valoren &c. &c. von irgend einer vorgeblichen Gewalt in Besitz nehmen zu lassen, daß auch der Landrath an gewöhnlichem Orte, gleichwie der Staats-

rath ferner stattfinden solle. Als sich diese neugebackene Regierung im Umfange des ganzen Kantons als die einzige durch herumgeweiβelte Proklamationen, und besonders in der Gegend von der Residenz aller Unfugen, durch Kreisschreiben ausrief, erschien unterm 31. März die Gemeinde Urbaz, welche durch einen notariellen Act im Namen von 93 Gemeindern sich förmlich erklärte, daß sie sich gegen Alles und Jedes verwahren, keine andre Regierung als die von 1815 anerkennen werden; das gleiche geschah von den Thälern Vald'Ilvier und Troistorrens.

Die Stadt Sitten, als sie jenes vernahm, verfügte sich eiligst zu den Hh. Kommissarien, um bei ihnen anzusprechen, es möchte der Landrath nicht in Sitten stattfinden. Diesem Anverlangen gerne entsprechend, zeigten sie daselbe der Regierung gemäß der Verfassung von 1815 an. Bei solchen Umständen glaubte der Staatsrath sowohl als die Vertreter der obern Zehnen unter'm 14. April eine Gesandtschaft in den Personen der Zit. Hh. Tasiner und Stöckalper an den hohen Vorort abzuordnen, um demselben anzuzeigen, daß die obern Zehnen, der Verfassung von 1815 treu bleibend, ihre obersten Behörden in Sitten versammeln müssen. Diesen wurde unter dem 29. gl. M. angedeutet, ihre gesetzgebende Gewalt außer der Stadt Sitten zu versammeln. Es wurde demnach der Landrath nach Sider einberufen, und weil Unbequemlichkeiten wegen die vollziehende Gewalt nicht von der gesetzgebenden getrennt bleiben konnte, wurden dann am 2. Juli auch die Staatsraths-sitzungen in Sider gehalten,

Die der Verfassung von 1815 anhänglichen Gemeinden Vald'Ilvier und Troistorrens mußten ihre Treue an Ruhe und Ordnung theuer büßen; der feste Charakter dieses Hirtenvolkes zog ihm schon im Jahre 1802 eine Militärexekution zu. Diese Machtgewalt wiederholte sich am 13. Mai 1839 auf eine solche barbarische Art, deren man nie

erlebte. Die neue Regierung glaubt mit Gewalt sich Anhänger zu bezwingen; weiß nicht, daß man den freien Willen, die Zuneigung zu einem Gegenstande des Abscheues mit Gewalt nie erwerben kann. Von den zahlreichen Frevelthaten, die bei der gegenwärtigen Staatsumwälzung unter den Auspizien der revolutionairen Regierung verübt wurden, wollen wir nur einige melden.

Am 19. März 1839 wurde ein genannter Isidor Markley aus Bald'Ilvier mit einem Schreiben an den Landshauptmann und an den Hochw. Bischof, in der Nähe von Betroz von einer Bande angehalten; die Schriftstücke wurden ihm genommen, er wurde bis auf das Hemde durchgesucht; nachdem alle möglichen Schimpfsworte gegen ihn ausgestoßen worden, schlug man ihn mit Stöcken; man zielte mit Pistolen gegen ihn; bei der Ridder Brücke wurde er in das Wasser ausgehalten, damit er in dem Rhonespiegel seine Todtenblässe sehen könne. Von da wurde er unter allen üblen Behandlungen nach Martinach geführt, wo er dem Philantropen-Komite in die Klauen kam und in ein Verhaftszimmer geführt wurde. Die Regierung von 1815 schickte einen Sekretair nach, um die fernern Mißhandlungen von demselben abzuwenden; er wurde auf dessen Vorstellungen nach Monthey eskortirt. — Am 15. März wurde Joh. Claude Bellon in Monthey im Gasthose zum goldenen Kreuz mißhandelt; eine judenähnliche Horde überfiel ihn, zwang ihn, kniefällig der Verfassung vom 30. Januar zu huldigen, rissen ihm den Backenbart aus, schlugen ihn. Selbst müde der Mißhandlungen, banden sie ihn an den Freitsbaum, wo man ihn so lange ließ, bis ein anderer Mensch ihn rettete.

Nebst den Partikularmißhandlungen wurden auch die Gemeinden hart hergenommen. Eine mit Soldatengewand angethane Räuberbande von ungefähr 600 Mann versammelte sich am 11. unter ihrem Chef, Namens Morand,

diese gingen den folgenden Tag unter Begleitung des Hrn. Groß und eines andern Menschen, Namens Ganiot, der sein Schandenleben mit einer Schärpe zu verdecken wünschte, und weil man keinen andern für diese Sendung fand, als Kommissarien der neuen Regierung nach Vald'Illier und Troistorrens, begehrten von den Bewohnern dieser Gemeinden eine sehr beträchtliche Summe mit einer hinlänglichen Menge Käse und andern Lebensmitteln. (Nach der Sage haben einige den Käse mit Bajonetspißen aufgestochen.) — Wir wollen die weitem Mißhandlungen in diesen Thälern nicht erwähnen, wir haben nur die öffentlichsten hergezählt.

Am 8. Juli wurde der sogenannte Joh. Baptist Maillard in den champs secs, Gegend von Sitten, als er nach Bremis zurückgehen wollte, unter Ausstößung einiger Schimpfworte angepackt und mißhandelt. Ein fremder Vorbeigehender, der bei diesem Anriffe von ungefähr eintraf, und selbe mittlen wollte, wurde von einem Anhänger der neuen Ordnung der Dinge, Namens Pennay, überfallen und geschlagen.

Am 9. August wurde ein genannter Ducois, weil er ein Anhänger der Verfassung von 1815 war, von den sogenannten Landjägern der neuen Regierung verfolgt, so zwar, daß er sein Vaterhaus zu seiner Sicherheit verlassen mußte.

Am 3. September wurde ein gewisser Balet, der einer allgemeinen Gemeindeversammlung beizwohnte, von einem Landjäger der neuen Regierung, Namens Metias, erstochen. Es ist diese Gewaltthat um so auffallender, als dieser Gendarme sich in einer der Verfassung von 1815 zugeheilte Gemeinde bewaffnet einzugehen erfrechte. Das von den Chirurgen und richterlich gemachte Verbal wurde den Hh. Repräsentanten eingereicht.

Ich verschweige hier die unterm 12. Oktober 1839 verübte Verfolgung zweier aus Grimseln, die in Sitten Geschäfte hatten; ich erröthe bei dem Gedanken, daß diese politische Judenschaar ihre unerhörten häßlichen Handlungen so weit getrieben hat, jene, die ihre Zuflucht in das Heiligthume nehmen, da wo der größte Uebelthäter Trost findet, nicht einmal Ruhe genießen konnten, das Gotteshaus entheiligten und die Vorstellungen ihrer Beamteten, in Sitten, die seit jenem Tage, wo der feige Rath unter seinen Augen in der allgemeinen Bürgerversammlung Blut vergießen und seinen Bürgermeister bei den Haaren genommen sah, abzuhalten nicht vermochten, kraftlos geworden sind.

Ich verschweige jene unter'm 9. Dezember an der Person des Hochw. Hrn. Pfarrers von Evolenaz und dem hl. Priesteramte von den Anhängern der neuen Ordnung der Dinge verübten Verbrechen, die denselben zwangen, seinen Pfarrhof, in welchem er sich nicht mehr gesichert glaubte, zu verlassen, und nach einem zunächst gelegenen Orte Odes die Zuflucht zu nehmen,

Im Augenblicke, wo die obern Behnen von den Verübungen an Vald'Illier und dessen Partikularen in Kenntniß gesetzt wurden, erließen die Tit. Behnenpräsidenten, die sich am 15. Mai nach Sitten verfügten, am 16. Mai ein ernsthaftes Schriftstück an die Hh. Kommissarien, in welchem sie sich gegen ihre Guttheilung der vor Kurzem in Vald'Illier und Troistorrens verübten Frevelthaten verwahrten. Sie verlangten, daß die mit Waffengewalt ausgepreßten Gelder und Lebensmittel diesen Thälern zurückerstattet werden.

Dieses Verlangen wurde von der Regierung von Wallis an den Vorort gerichtet, und den h. Mitständen der Eidgenossenschaft mitgetheilt. Allein sie blieb bis anher ohne

Erfolg; selbst die heilsamen Vorstellungen, die unsere ältesten Bundesbrüder unter'm 29. Mai und 17. Juni an den h. Vorort richteten, wurden nicht geachtet; ihre ernste Sprache, die sie für Wahrheit und Recht führten, fand nicht diejenige Aufnahme und Würdigung, die sie verdiente. Sie drang nicht zu Herzen der verstockten Bundesbrüder. Alle denselben gemachten Vorstellungen waren vergebens, das heilige Recht sollte damals der Gewalt des Zeitgeistes weichen.

Bei Betracht solchen ungehindert verübten Gräuels und bei dem Gedanken, mit Waffengewalt sowohl pekuniäre als auch politische und administrative Vortheile sich ferner wie in Val d'Aïler zu verschaffen, obschwebte in den Beschlüssen des revolutionairen Großen Rathes unter'm 23. die Gelüstung, auch auf Nendaz einen solchen Schritt zu wagen.

Es wurde dann am 25. Mai eine von Janvier de Riedmatten unterschriebene Commation an die Gemeinde Nendaz erlassen, sich der Verfassung vom 30. Januar zu unterwerfen. Allein, das plötzliche Erscheinen von 35 Gemeindegemeinschaftspräsidenten aus Oberwallis bei den Hh. Kommissarien, welche die Sprache des Ernstes führten, flößte diesen Herren Bedenken ein, und sie gaben die schriftliche Versicherung, jede allfällige Besetzung von Nendaz kräftig abzuhalten, denn diese Präsidenten erklärten Namens des Volkes, daß bei der mindesten Tendenz, die, der 1815er Verfassung anhänglichen Gemeinden angreifen zu wollen, die 8 obern Zehnen in Masse aufbrechen werden, um sich dann das bis anher unterdrückte Recht zu verschaffen, und thatsächlich die Mehrheit des Volkes, die sie zu beugen suchten, zu beweisen.

Die Unthätigkeit der im Wallis sich befindlichen Hh. eidg. Kommissarien, wie auch der unter'm 11. Juli auf irrige, falsche, lügenhafte Berichte gefasste, bundeswidrige, die Kantonlsouverainität verletzende Beschluß für Rekonstituierung,

des Kantons Wallis veranlaßte die Regierung, den förmlichen Volkswillen zu vernehmen; sie versammelte unter'm 19. Juli den Landrath, welcher auf den 25. gl. M. eine Landsgemeinde einberief, bei welcher wenigstens ein Glied durch Gemeinde erscheinen sollte. Es wurden diese, über 400 an der Zahl steigenden Abgeordneten der Gemeinden, und die zahlreichen andern Zuhörer von dem bis anher Vorgefallenen in Kenntniß gesetzt; es wurden diese von dem tadelhaften Wandel, wie auch von dem lügenhaften Berichte der H. H. Kommissarien, als endlich auch von den Mißhandlungen von Vald'Illier und Troistorrens und anderer unserer getreuen Mitbürger unterrichtet; es wurden denselben die frühern Landrathsberathungen mitgetheilt; das in dem lügenhaften, verleumderischen, Namens der untern Jethnen vom 22. April in Zürich erscheinende Libell, als lafferirt angegebene Landtathsprotokoll wurde da aufgewiesen, um Lügner zu beschämen. Es wurde dieser Versammlung die Nicht-Zulassung der Gesandtschaft auf der eidg. Tagsatzung aus einer in den Archiven liegenden und noch gewährleisteten, und einzig anerkannten Verfassung, und die Gleichstellung derselben mit einer aus der Minderheit des Kantons noch nicht gewährleisteten, todtgeborenen Verfassung erscheinenden Gesandtschaft dargestellt, was aus dem Berichte vom 15. Juni hervorgeht, welcher der neuen Regierung zuverlässig anzeigt, daß eine Verfassung, welche vom größten Theile des Kantons mißkannt wird, die verlangte Gewährleistung nicht erhalten werde. Man verhehlte dieser Versammlung nicht, wie befremdend es dem Oberwallis sey, daß seine bisherigen an den Vorort gerichteten Schriftstücke unbeachtet blieben, und jene unter'm 10. Juli von dem Landrathe mit jenen vom 30. Juni und 1. Juli von der Gesandtschaft an die h. Tagsatzung gerichteten Erklärungen, daß der Bundespräsident nie berechtigt sey, eine Gesandtschaft willkürlich aus dem Schooße der Tagsatzung zu schließen, und bei deren Erscheinen mit den ihm zu Ge-

bote stehenden Mitteln, d. h. gewaltsam den Zutritt zu ver-
sagen; wie an dieselbe gerichtete Verwahrungen nebst andern
ad acta gelegt worden; wie 14 Stände sich vergaßen, eine durch
den Bund und durch spätere Beschlüsse geheiligte und beeidete
Kantonal-Souverainität mit Füßen zu treten, und die
unbestreitbare Mehrheit zu übergehen. — — — Man ver-
hehlte dieser Versammlung nicht, daß die Tagsatzung auf
jenem Wege, den sie durch Hindeuten der eidg. Wegweiser
im Wallis betreten, über Recht und Billigkeit hinauszuge-
hen, ferner noch fortwandeln könnte, und daß Oberwallis,
gemäß jenem Baumgartnerschen Schreiben vom 26. Febr.
und dem Antrage des Berichtes vom 17. März mit Waffen-
macht unter das Joch derjenigen, wirklich zu bearbeitenden
Verfassung vom 3. August, Tochter derjenigen, gleich nach
ihrem Erscheinen verworfenen Verfassung vom 30. Januar,
zu beugen trachten würde, die große Anzahl der Kantone
dem untern Landestheile hilfreiche Hand bieten könnten.

Nach gemachter genauer Darstellung, sowohl der gün-
stigen als auch der gefährlichen Seite, sprachen sich die biedern
acht obern Zehnen, an einer Mehrheit von über 11,000 Stim-
menden gelehnt, über diese angebrachten Besorgnisse aus,
mit dem öffentlich an den Tag gegebenen Wunsche, es möchte
der Staatsrath den trügerischen eidgenössischen Kommissarien
Schaller und Labarpe auf eine höfliche Art zu verstehen geben,
den Kanton, in welchem sie den Samen der Zwietracht gesäet
hätten, verlassen zu können, da ihre Sendung zwecklos ge-
worden sey. Die Versammlung, die leichtfertigen Entschlüsse
bedauernd, die in Fülle des heutigen Zeitgeistes von der
Wehrheit der Tagsatzung gefaßt wurden, erklärte, daß sie
bereit wären, ihres Ahnenruhms eingedenk, sich gegen jede
ansuchende Machtgewalt bis auf den letzten Blutstropfen zu
vertheidigen. Sie wollten noch einen Schritt wagen. Sie
wählten dann acht Abgeordnet aus ihrer Mitte in den Per-
sonen der H. H. Favre, Tenta, Zollonier, Sndermatten,
Willa, Borter, Karlen, Imhof, welche sich sogleich nach

Zürich begeben sollten, um dem Tagsatzungspräsidenten vorzustellen, einer Mehrheit ferner nicht mehr Hohn zu sprechen, und selbe in einem demokratischen Staate gesetzgebende Mehrheit nicht mehr einer revolutionnairn Minderheit unterzustellen. Dann verlangte sie gleichzeitig, es möchte diese Mehrheit durch unparteiische Repräsentanten untersucht und berichtigt werden, damit auch nicht der Schatten von Trug auf den Abstimmungen zurückbleibe. Alle diese gemachten Vorstellungen halfen nicht, den gebiezerisch vorgefaßten Entschluß, Oberwallis zu unterdrücken, abzulehnen. Doch versicherte der Zitherr Bundespräsident diese acht Abgeordneten, ihr an denselben gemachtes Begehren der darauffolgenden Tagsatzung vorzulegen, und betheuerte unter Hingabe seiner Hand an jeden dieser Abgeordneten, Wallis weder mit Truppen zu besetzen noch eine Verfassung aufzudrücken. Mit diesen Berichten reisten die acht Abgeordneten, die in der Bundesstadt Zürich viel Sympathie gefunden, nach Wallis zurück, und fanden jenes aus Rekonstituirungsbeschlüsse der Tagsatzung hervorgehende in fünf Tagen, aus allen schlechten Verfassungen zusammengestümpeltes Werk, welchem man beizutreten ihnen in Zürich rathen wollte, unter dem Namen Staatsverfassung vom 3. August 1839 aufgefäßt, die dann am 25. August laut Proklamation der eidgenössischen Kommissarien zur Annahme dargethan wurde. Diese, immer eingedenk, wie sie zur Unterdrückung des Oberwallis beitragen können, setzten den Tag, die Art und Weise, wie abgestimmt werden sollte, an. Sie theilten die Abstimmungsuntersuchung dem, Kraft einer Verfassung, an welcher die obern Zehn nicht Theil nahmen, hervorgegangenen Großen Rathe zu, damit dem Oberwallis, falls es gemäß dieser Verfügung gestimmt hätte, vorgeworfen werden könnte, es hätte durch Unterlegung seiner Abstimmung den Großen Rath anerkannt und wäre dadurch der Verfassung von 1815 abgewichen; oder damit sie das Oberwallis seiner bisher beibehaltenen Stellung folgernd, wegen seiner Nichterscheinung im Verfassungsrathe, und der nicht gemäß der

Vorschrift gehaltenen Abstimmung, zur Unterwerfung schuldig machen könnten.

Der in Siders tagende Landrath schrieb daher im Umfange der 1815ner Verwaltung zugetheilten Zehnen eine allgemeine Abstimmung unter'm 18. August var. Das Ergebniß dieser Abstimmung war 10,720 Stimmen, die der Verfassung von 1815 treu zu bleiben und diejenige vom 3. August zu verwerfen sich aussprachen. Mit Ansetzung der 602 Verwerfenden im Unterwallis, belief sich die Zahl der Verwerfenden auf 11,322, die Zahl aber der später am 25. August gehaltenen Abstimmung für die Annahme derjenigen Verfassung, belief sich nur auf 7605. Dies Ergebniß wurde dann unter'm 29. August an den Vorort und die beiden dormalen noch im Wallis befindlichen Herrn Kommissarien gerichtet, welche letztere, wie vorauszusehen war, selbe als unregelmäßig ansehend, ungültig erklärten, und ein von der Minderheit durch 7605 Stimmen angenommenes Nachwerk als Wallisiens Staatsverfassung, durch einen unterm 3. August vom sogenannten Großrathspräsidenten ausgegebenen Anschlagszettel, zu verkündigen befugten. Es erfrechte sich diese Behörde fortwährend an die obern Zehnen windartig hergetragene Edikte zu erlassen, bis endlich die Präsidenten dieser fernern Ansendung durch eine Zurücksendung mit einem ernstern Begleitschreiben entgegneten, mit der Erklärung, daß ihre Flugschriften so wenig als ihre Verfassung vom 3. August im Oberwallis anerkannt seyen.

Es wurde diese aus der Abstimmung vom 18. August ergebliche Mehrheit sowohl von dem damaligen Vororte als auch von der Tagsatzung, die zum Prinzip ihrer Staatsmaximen den abscheulichen Grundsatz hatten und ausübten, man könne in der Politik lügen und sich über Verträge und Eide wegsetzen, nicht mehr als jene aus der Abstimmung vom 10. März geachtet, und keine Rechnung getragen.

Oberwallis sollte seit einem Jahre von dem Radikalis-

mus unter die Füße genommen, und der Revolution den möglichen Vorschub geleistet, dem durch die Kommissarien auf die Bühne geholfen worden. Schon glaubte Baumgartner und seine Geistesverwandten das von der illegitimen Mutter des 30. Januars wiedergeborene Kind, Namens 3. August, in den mütterlichen Schooß der Tagsatzung jubelnd aufzunehmen und zu legitimiren, und an demselben durch die, gleichsam schon an der Thürschwelle des Tagsatzungsaaales harrende Gesandtschaft von Unterwallis (d. h. die H. H. Barman und de Rivaz) Pathenstelle vertreten zu lassen, als auf einmal diese vorgeblichen Volksbeglückter den 40,000stimmigen Ruf vernahmen, der in allen Schweizergauen zu wiederhollen schien, das zum Untergange reif gewordene Werk des Radikalismus zerstörte und das an den Abgrund hingeschleuderte Oberwallis rettete. Heute ist das Volk nach Zürich gekommen und hat da auch für Wallis gesiegt. Es hat seine Sympathie für die 8 Oberwalliser bewiesen; es hat gezeigt, daß Gemeine besser als Magistrate zu gewähren wissen, was heilig und recht sey; es zerstörte ein bundeswidriges Badner Konkordat und führte den Vorort wieder auf jenen Weg, von dem er abgewichen war. — Dank dem Zürchervolke! — Die Tage des 6. und 26. Herbstmonats werden in den Annalen der Schweiz ein ehrenvolles Blatt liefern. Gewaltige Nationen haben schon diesen glücklichen Ereignissen Lob und Ehre gesprochen, so wie dem weisen und mäßigen Beschlusse des dormaligen Vorortes, der aus allen Kräften zur Beibehaltung des Landfriedens und zur Gewährung des gerechten Begehrens um Untersuchung der Mehrheit hinarbeitet, die entzweiten Brüder auf dem Wege der Vergleichung die mißlichen Anstände zu vereinigen sucht.

Zürich giebt dem Kanton Wallis, vereinigt mit den G. L. Eidgenossen, Mittler, welche dem Oberwallis die ihm durch verleumderische Berichte ungerechterweise entzogenen Rechte wiedererstattet werden; die aus eigener Ueberzeugung eine

Mehrheit von 11,000 Stimmen zu gewärtigen und den auf dieselben irrig gestützten Beschluß der Tagsatzung abzulehnen wissen werden.

X Diese H. H. Mittler werden zur Beibehaltung des Landfriedens, wie bisher, kräftig arbeiten; sie werden die Stimmen der unterdrückten Thäler von Vald'Islier und Troistorrens, welche die Zurückerstattung des auf räuberische Art von der Unterwalliser Regierung gewaltsam ausgepreßten Geld und Lebensmittel, um welche sie unterm 7. November Rücksprachen erhören und zu entsprechen trachten, in deren Namen fürbitten.

Sie werden jenes, von den obern Zehnen unterm 3. November ihnen eingereichte Schriftstück, in welcher selbe sich gegen die Folgen, die aus der Verfassung vom 3. August auf sie gezogen werden könnten, verwahren, genau mit ihrer stets bewiesenen Unparteilichkeit abwägen, sie werden das heute von der untern Verwaltung in Besitz genommene Staats-Eigenthum, als Kasse, Archiv, Zeughaus, Waffen u. c., jedem Landestheile, was ihm gehört, zurückzuerstatten suchen, und jene, die beiden Theilen zugehören, dem Gebrauche beider Theile übergeben, oder wieder unter das von den eidgenössischen Parteimännern H. H. Schaller und Laharpe, 24 Stunden vor ihrer Abreise aufgebrochene Siegel zu bringen suchen. — Sie werden trachten, daß die, einem jeden Landestheile angehörigen Einfuhrsgebühren, und jene aus den Post und Messagerien ergebliche Beträge nach Gehören, zu schlichten suchen.

Sie werden, wir hegen keinen Zweifel, jene von den obern Zehnen gemachte Rücksprache in Betreff des Erfrechens der beiden in Sitten sitznehmenden Staatsräthe Burgener und Briget, welche sich zudem noch erdreisten, ihrem Ehrgeiz fröhnend, als für den obern Landestheil gewählte Staatsräthe sich anzusehen, da Oberwallis selbe nie als für seinen Theil Gewählte anerkennt, und mit ihnen die dießfälligen Ver-

handlungen nicht achtet. Sie werden den ihnen auch später unterm 21. November eingereichten Akt, in Betreff derjenigen Glieder, die sich im wirklichen Großen Rathe als von den, der Verfassung von 1815 treuen Gemeinden gewählte Abgeordnete auszugeben und Sitz zu nehmen erfrechen, bestmöglich bei der Tagsatzung unterstützen, damit es da nicht heiße, diese oder jene Gemeinde anerkennt die Verfassung, wenn ein Glied, das sich selber und einzig vorstellt, Sitz nimmt.

Diese H. H. Mittler werden, wir hoffen es, durch ihre Dazwischenkunft, dem an Hochdieselbe unter'm 7. December gerichteten Schreiben, in welchem man die durch den vorörtlichen Kreisbrief vom 25. Mai vorgeschriebenen Umgränzung aufrecht zu erhalten rückspricht, beschützen, und sorgfältig trachten, daß ferner der Boden von Oberwallis nicht mehr von den prahlenden Landjägern der Unterwalliserverwaltung, an deren Spitze ein laufiger Kommandant stand, bewaffnet betreten sollen, um den Frieden beizubehalten, da Hochdieselben einberichtet, daß beim Wiedereintreffen solcher Leute selbe mit Waffenmacht abgewiesen und als feindliche Sachen angesehen werden; da diejenigen der Oberwalliser Verwaltung jenen Boden des untern Landstheiles nie zu übertreten zusichern, damit dem Oberwallis nicht jene Vorwürfe gemacht werden können, derer man die in Sitten einquatirten Truppen, die den Boden von Grimseln überschritten hatten, und zu einer Rücksprache unterm 23. Herbstmonat an die H. H. Kommissarien Schaller und Laharpe Anlaß gaben, damit selbe durch ihre Dazwischenkunft die in Champlan aufgestellte Mannschaft hinterzogen werde, sofern nicht die in Siders damals aufgestellte Militär-Kommission einschlagende Maßregeln treffen könne.

Indem also die Tagsatzung am 26. September beschloß: „es solle aus ihrem Auftrag durch eidgenössische Repräsentanten, die dieselben aus ihrer Mitte wählen, versucht werden, die im Kanton Wallis obwaltenden Umstände, auf

„dem Wege einer freundlichen Vermittlung beizulegen.“ Es begaben sich diesem nach die drei Herren Bürgermeister Fren, Mayenburg und Oberst Maillardoz nach Wallis. Wie übel selbe beim ersten Eintritt in Wallis empfangen wurden, wollten wir uns hier darzustellen enthalten, es gereicht selbes, obschon nur vom Barbaren-Landestheile verübt, dennoch dem gesammten Kanton nur zur Schande: nur wollen wir hier bemerken, daß die Unterwalliser diese Herren, die Frieden herzustellen suchen sollten, deswegen übel empfingen, weil selbe nicht, wie ihre Vorfahrer, zu allen Unfugen zusahen und das Amt, das sie bekleideten, nicht achteten. „L'ambassadeur porte pas peine.“ Ein solches Bergreifen würde in einem Lande, wo Zutrauen im Innern, Achtung im Auslande und wechselseitige Gerechtigkeit ist, schwer gebüßt werden.

Welch ein Abstand von Betragen des Oberwallis! Dieses kannte die Herren Schaller und Baumgartner, wie ihre Gefinnungen, mit denen sie beseelt waren; dennoch achteten sie in diesen verächtlichen Personen die Stellvertreter der Eidgenossenschaft; es wurde ihnen ernsthaft gesprochen, allein man verging sich nie gegen ihre Bekleidung.

Die Unterwalliser ließen diese Herren Mittler in keine Unterredung mit ihren Landsleuten eintreten. Sie konnten keinen Schritt zur Vermittlung machen; bei jeder Rücksprache mißkannte man diese Herren Kommissarien; noch in den vergangenen Tagen Septembers, als sich die Herren von Maillardoz und Mayenburg in das Unterwallis verfügten, um über Vermittlungs-Anträge zu sprechen, wurden sie auf das Uergste behandelt, sie rückten der Vermittlung um keinen Schritt näher, sondern sie sind davon so weit als je entfernt. Nicht genug persönlich viel Unangenehmes gehört zu haben, werden sie von einem, sich als Journal de l'Echo des Alpes betitelnden, Schandblatt, was des Stricks, woran selbes aufgehängt sein sollte, nicht werth ist, geschimpft und verläumdert, es ist aber selbes ein Lob: „ab

iniquis improbari, laus est.“ Allein wir geben der Hoffnung Raum, daß die Tagsatzung sich und seinen Mandataren Recht verschaffen wird.

Es hatten sich die Herren Repräsentanten bewogen gefunden, unterm 22. Wintermonat, ein Schreiben an die beiden damals im Wallis bestehenden Behörden ergehen zu lassen, worin sie befragt wurden, ob sie in eine Vermittlung eintreten wollen, oder nicht; es sollte selbes bis auf den 31. Wintermonat einläßlich beantwortet seyn; was von Seite des Oberwallis geschah, indem sich der Staatsrath auf das landrätthliche Kreisschreiben vom 4. Wintermonat in Widerlegung jener unterm 30. Weinmonat von der untern Verwaltung an die Mitstände erlassene Schrift stützte, in welchem bei nicht stattgefundenener Vermittlung 1. die Trennung in zwei Theile, oder 2. die Trennung der Verwaltung mit der in Beziehung zur Eidgenossenschaft beibehaltenen Einheit des Kantons begehrt wurde.

Die beim Eintreffen der tit. HH. Repräsentanten im Unterwallis stattgefundenen Bewaffnungen, und die Bildung der Freischaaren und anderer Gesindels-Vereine, namentlich der jungen Schweiz, veranlaßte den Vorort, auf eingegangene Berichte der obschwebenden Gefahr, es möchte der Friede gestört werden, unterm 24. Wintermonat ein ernstes Schreiben an gesagte beide Behörden zu erlassen, worin sie selbe um Aufrechthaltung desstatus quo und des Landfriedens mahnten, zugleich den angreifenden Theil mit eidgenössischen Truppen zu besetzen erklärten. Das Oberwallis wird seinem gegebenen Worte, nicht anzugreifen, nie abweichen, sollte es aber dem Unterwallis gelüsten, seit 1793 einen andern Ausfall zu wagen, so wird sich der bäumende Krieger von Oberwallis, der vom Unterwallis mit Hülfe des Waatlandes verübten Verheerungen eingedenk, widersetzen; es ist diesfalls zum Kriege gerüstet. —

Wenn wir den Hergang der Dinge genau beherzigen, so

bleibt jedem vernünftigen Menschen nicht der geringste Zweifel, ein Landestheil, der weder die gleichen Interessen, noch die Sitten und Gebräuche hat, müsse von dem andern auf einstweilen getrennt werden. Eitles Vorhaben, schnöde Hoffnung wäre ein Gedanke, daß wenn man Feinde zusammen zu leben zwingt, Frieden einführe, und daß mit Macht zusammengebracht werden könne, was ein Mittler nicht vermochte. Und wenn solches mit Waffengewalt zusammengezwungen wird, wenn eine Mehrheit unterdrückt ist, wenn Zwietracht in einem Hause lodert, so ist kein fernerer Frieden mehr zu hoffen. Weiter als je ist Wallis vom Punkte der Vereinbarung entfernt. — Trennung allein bringt Ruhe und Frieden. Man bot die Hand zur faktischen Trennung, nun wird sie reel; man spricht nun: „C'est un fait accompli,“ es ist vollbracht, eine durch den Bericht der eidg. Repräsentanten will sich geachtet wissen, und wird sich nie unterziehen. Der Walliser macht sich auf, um seine heiligen Rechte zu vertheidigen, er erhaltet sie mit seinem Blute.

Der Freund

der Wahrheit und des Volkes.



NB. Wir geben hier einige Erklärungen über die Thäler Vald'Illier und Troistorrens.

Sommation de Vald'Illier le 13 et 14 Mai 1839.

Nro. 1.

Les commissaires, en vertu des pouvoirs qui leur sont transmises, somment le conseil de la commune de Vald'Illier d'assembler aujourd'hui les citoyens de la commune les plus rapprochés, pour la soumission requise, et de nous procurer jusqu'à demain 9 heures un nombre de signataires

suffisant pour faire avec ceux qui délibéreront en corps la majorité du peuple. En cas de refus, la commune est mise en état de siège.

Vald-Illier, 13 Mai 1839.

(Signé)

GROS. GANIOZ.

Nro. 2.

Les commissaires du Gouvernement renouvellent la sommation à la commune de Vald'Illier de faire leur soumission aujourd'hui jusqu'à 4 heures de l'après-midi, à peine de voir prendre telle mesure qu'ils jugeront à propos.

Vald'Illier, le 14 Mai 1839.

(Signé)

GROS. GANIOZ.

Nro. 3.

Sur la demande de Mr. le président de Vald'Illier, je déclare être à ma connaissance que la présente occupation militaire a été arrêtée sur la formelle autorisation des commissaires fédéraux.

Vald'Illier, 14 Mai 1839.

(Signé)

EMML. GANIOZ.

Nro. 4.

Les commissaires soussignes délégués dans le Vald'Illier pour le sujet qui suit, somment la commune de Troistorrens de donner au bas des présentes actes de soumission à la nouvelle constitution, et aux autorités constitués selon icelle jusqu'à ce qu'un nouvel ordre de choses soit établi, sous peine d'une occupation militaire, qui aurait lieu sur le champ, ce qu'elle évitera par une prompte et claire soumission. La signature du président suffit provisoirement.

Monthey, le 13. Mai 1839.

Le conseil de la commune de Troistorrens, réuni au nombre de cinq à la hâte, vu que, ne pouvant résister à la force, fait la soumission réclamée en protestant pour tous ses droits sans avoir connaissance de ses autorités.

Du 12 Mai 1839.

Nro. 5.

Les commissaires, en vertu des pouvoirs qui leur sont confiées, vous annoncent l'arrivée et celle des troupes qui les accompagnent pour midi.: vous voudrez préparer le diner et un vin nécessaire à notre contingent ainsi que le montant en numéraire de francs de Suisse 800, qui forme le tiers des frais, proportion provisoire à laquelle vous êtes invité de faire droit, si vous ne voulez pas avoir de désagrément de voir la troupe cantonnée jusqu'à l'acquittement.

Du 15 Mai 1839.

(Signé) GROS. GANIOZ.

NB. Dieß Schreiben kam eine Stunde vor den Truppen an.



Nachträglicher Bericht

über

die Angelegenheiten von Wallis.

Hochgeachtete Herren!

Getreue, liebe Mitbürger!

Wir haben uns der Aufgabe, den Sachbestand Wallisiens darzustellen, nicht vollkommen erlediget; wir wollen demnach von jener Epoche her in gedrängter Kürze noch einige Thatsachen berichtigen, damit man eine, wenigstens oberflächliche, Kenntniß der sämtlichen Angelegenheiten des tief gekränkten Kantons Wallis besitze. Ehe wir aber zu dieser Beschreibung hinschreiten, glaubt sich die Gesellschaft der Wahrheit und des Volkes befugt, einige Zeilen an die Leser zu richten, um selben zu erklären, daß jene im vorgehenden Werklein gegebenen Personalbeschreibungen auf keine andere Art und Weise hingedeutet und ausgelegt werden sollen und können, als auf das politische Leben und Handeln; unsere mit Eide der Verschwiegenheit gebetenen Expeiditoren sollen somit gerechtfertigt seyn, und jenes übel Angeschlagene heben wir uns durch Gegenwärtiges aus.

Im ersten Hefte befindet sich also das von 1820 bis zum 31. Dezember 1839 über Verfassungs-Angelegenheiten Vorgefallene kurz dargestellt; in diesem Nachtrage entsprechen wir zahlreichen Wünschen, und beschreiben der Nachwelt jene vom 1. Jenner 1840 bis 5. April gl. J. zugetragenen Thatsachen.

Wir wollen hier die befremdenden Entschlüsse der Tagungsmehrheit und jene Vorsätze des Vororts, Wallis auf was immer für eine Art zu verlieren, wie auch die falschen, lügenhaften Berichte eidg. Kommissarien nicht wiederholen,

sondern vielmehr auf die gegenwärtigen und jüngstvergangenen Begebenheiten Wallisiens hinblicken, und müssen mit größtem Leidwesen bedauern, daß das Recht, die Gerechtigkeit, die Achtung der Verträge für die mehrste Zahl nicht mehr die Lebensquellen sind, womit die Magistraten der Schweiz schöpfen. Der Zeitgeist erdichtet einen Plan, er wird verabredet und muß durch was immer für Mittel in Erfüllung gebracht werden; dieser zerstörende Grundsatz löst die politische Gesellschaft auf, ihre Verbände werden zerrissen, und Störung, Haß und Abneigung treten leider an die Stelle der Ruhe und des Friedens. Wallis muß sich auch jenem harten Schicksale beugen. — Von der Rhone Ursprung bis wo sie sich in den See ergießt, und in den höchsten Thälern desselben scheint die Stimme dieses zerstörenden Geistes ertönt zu haben, und ist gewaltthätig durchgedrungen.

Die von den eidg. Mittlern gemäß dem Tagsatzungsbeschlusse vom 26. Sept. vorgenommene gütliche Vermittlung, zu welcher von Seite der 1815er Regierung unterm 31. Dez. jüngsthin die Hand geboten wurde und zur dringenden Noth geworden ist, scheint gescheitert zu haben und erheischte einen ernsthaften Willen, um einem zu befürchtenden Bürgerkrieg, das allergrößte Uebel eines Landes, vorzubeugen.

Zu diesem Behufe verlangte die Regierung von Syders unterm 4. Jenner d. J. eine Aufstellung des Modus vivendi und neuerdings eine bestimmte Umgränzung, damit nicht, wie leider geschehen, die Stellung der einten oder andern Gemeinde der willkürlichen Thätigkeit der revolutionären, verfassungswidrigen Regierung bloßgestellt bleibe. Gleichzeitig rufte der Staatsrath sein Schreiben vom 3. Nov. in Erinnerung, und begehrte neuerdings durch ihre Dazwischenkunft den Abtrag des den obern Zehnen zugehörenden Einzugs, Fracht- und Postgeld, welche Gegenstände bereits ein Jahr unregulirt blieben.

Es wurde diesen Herren Mittlern auch angedeutet, daß die Unterwalliser-Regierung nach einer aufgeschlagenen Brieffrage sich erfreue, weil sie sich widerrechtlich im Besiß des Archivs, Arsensals und der Kassen befinde, als Regierung des ganzen Kantons sich einzubilden und ihre Verordnungen in die Zehnen zu schicken, die zwar nicht gelesen, sondern weggeworfen werden wie ein Aneipenzedel.

Auch wollte der Staatsrath nicht ermangeln, denen Herren Kommissarien anzuzeigen, wie weit die neue Regierung ausgehe und dem gesammten Kanton zu Schanden gereichende Verfügungen treffe. Sie entläßt ungehindert jene Leute, die zur Sicherheit der menschlichen Gesellschaft ins Zuchthaus verurtheilt wurden. Hat man solches in irgend einer Regierung gesehen? Dessen ungeachtet bezeugte die Völkerschaft von Oberwallis ihre Langmuth, und wollte jenen Tag, wo man ihr Gerechtigkeit widerfahren lassen wird, abwarten. Sie weiß, daß jeder Tag, an welchem sie ihre heiligen bis anhin mißkannten Rechte erhalten wird, nicht ewig ausbleibe; immer handelte Oberwallis mit jener Seelenruhe, im Bewußtseyn seines Rechtes; allein dieser Tag scheint in der Schweiz nicht mehr zu kommen, die Sonne der Gerechtigkeit leuchtet nicht mehr in der Schweiz, die Pflicht einer Staatsgewalt ist nicht mehr in diesen Gegenden.

Was der Staatsrath gemäß der Verfassung von 1815 den 16. Christm. v. J. den H. Repräsentanten erklärt hatte, dem Vernehmen nach bilde man im Unterwallis Freischaa- ren, obwaltete die Besorgniß, es möchte selbes durch Gelüstung geschehen; die einten oder andern unserer Verwaltung zugetheilten Gemeinden entweder thätlich oder durch ihre Polizei-Soldaten zu belästigen, wurde später erfüllt; in der That wurde der Landfriede auf solche Art gebrochen, wie wir es später sehen werden.

Den 10. Jenner d. J. sah sich der eidg. Vorort in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt, den h. Mitständen anzuzeigen, daß die H. eidg. Kommissarien im Wallis mittelst Schreiben vom 1. gl. M. erklärt hätten, sie betrachten ihre Sendung aus dem Grunde als beendigt, weil für sie alle Hoffnung geschwunden sey, die im Kanton Wallis dermalen obwaltenden Anstände auf dem Wege einer gütlichen Vermittlung zu beseitigen. Der Vorort ermächtigte demnach die Herren Repräsentanten, den Kanton bei wirklichen Nichtbesorgnissen eines Landfriedensbruches verlassen zu können; läßt dennoch Hoffnungsgesinnungen wahrnehmen, es wäre Möglichkeit vorhanden, daß, sey es durch einen Zusammen- tritt von Ausschüssen der verschiedenen bestehenden Behörden, sey es durch von den verschiedenen Landestheilen erbetene, aus Magistraten anderer Kantone gewählte Vermittler, oder anderstwie, eine Verständigung erzielt werden könne. In der That schöne Weisungen und schon in frühern Zeiten

gebrauchte Mittlungsart, wenn nur beide Landestheile freithätige Hand dazu bieten; von Seite des Oberwalliser Landraths hätte man eine bejahende Antwort erhalten.

Am 24. gl. M. machte dann der Vorort den h. Mitsänden der Eidgenossenschaft die Anzeige, daß er die h. eidg. Repräsentanten angewiesen habe, den Schlußbericht über die ihnen aufgetragene Sendung im Kanton Wallis am 5. Hornung persönlich der vorörtlichen Behörde zu überreichen; und sie benachrichtigt, ihrem Verlangen gemäß, bis auf weiteres den Kanton Wallis verlassen zu können; schrieb aber an beide bestehenden Vollziehungsbehörden unter gleichem Datum, daß derselbe wiederholt seine Ansichten dahin ausspreche, es liege in den höchsten Interessen des Kantons Wallis eben so sehr als in denjenigen der gesammten Eidgenossenschaft, daß der bisherige bedauerliche Zustand nicht länger fortdaure, sondern wenn immer möglich auf dem Wege der freundschaftlichen Vergleichung beigelegt werde. Seiner Pflicht zufolge spricht er dringend beide Theile an, eine sorgfältige Ueberlegung zu nehmen, auf welche Weise eine solche Verständigung am sichersten erzielt werden könnte — sey es durch Zusammentritt verschiedener Behörden oder von Ausschüssen derselben, sey es durch verschiedene Privatpersonen beider Landestheile, oder durch von denselben respektiv gewählte Mittler anderer Kantone; und indem er seine Ueberzeugung der Nichtzulassung einer Trennung ausspricht, erklärt der Vorort auch, daß er im Kanton Wallis nie eine gewaltthätige Unterjochung des einen momentan getrennten Theils unter den andern zulassen werde; und spricht die Behörden des Kantons Wallis alles Ernstes an, den Landfrieden ungetrübt zu erhalten, widrigenfalls der angreifende Theil den ganzen Ernst der Eidgenossenschaft zu empfinden hätte. (Groß im Befehlen und Drohen, sehr klein im Vermögen!) Mit dieser Empfehlung der Bewahrung des Landfriedens drang er gleich stark auf die Aufrechterhaltung des trügerischen einstweiligen Status quo, bis er über allfällige nothwendig werdende nähere Ausscheidung desselben geeignete Weisungen geben wird, die aber vom Unter-Wallis nicht befolgt worden wären.

Mit der eigenhändigen Mittheilung des Obigen nahmen die h. Repräsentanten, die, wenn sie anfangs an die Stelle der Prahler und Verwirrer-Köpfe Schaller, Baumgartner und Laharpe, welche alles auf Lügen und Falschheit bau-

ten, gesandt gewesen wären, die Anstände beigelegt hätten, ihre Entlassung; ihre Entfernung ließ in den Herzen der 1815er Regierung den künftigen Bürgerkrieg ahnden. Mit beklemmten Herzen baten die Regierungsglieder de Courten, Stockalper, Taffner die S. Repräsentanten, es möchte einer wenigstens als Wächter des süßen Friedens in Wallis gedulden, bis ein *Modus vivendi* oder wenigstens eine bestimmte Umgränzung von Seite der Bundesbehörde eingeführt seyn werde. Keine Bitte vermochte die im Unterwallis übel behandelten Vertreter der Bundesbehörde zurückzuhalten; dessen rohes Betragen mußte auf Oberwallis wirken. Acht Tage nach der Entfernung der S. Repräsentanten wurde die Gemeinde Arbaz belästigt, die Zwietrachtstifter-Regierung heimsuchte selbe bei erster Gelegenheit. Diese Gemeinde, betäubt von den prachtvollen Versprechungen des Radikalismus und deswegen schwankend geworden, kam, nachdem sie das Flatterhafte der neuen Dingesordnung erkannte, zu gesunden Entschlüssen, der 1815er Verfassung getreu zu bleiben, zurück. Sie entsetzte ihren Gemeindevorsteher, der, den Nachbarn von Lens folgend, sich wie er zu Höherm bestimmt glaubte, der neuen Regierung mit 16 gegen 94 Gemeindevorgern huldigte, und nannte an dessen Stelle, müde der Abirrungen ihres Kastellans, einen mit ausgezeichnet guten Grundsätzen befaßten Mann in der Person des Hrn. Carroz.

Die revolutionäre Regierung zögerte nicht, dieses Ereignisses in Kenntniß gesetzt zu werden, und sandte sogleich einen ihrer Mörder oder Landjäger mit einem Briefe dahin, worin ihm seine Amtsverrichtungen, die er mit Ansehung seiner Handschrift aufgeben sollte, untersagt wurden, widrigen Falls er sich vor dem neuen Staatsrathe zu stellen hätte. Da dieß an einem Tage sich zutrug, wo Cit. Carroz in Sitten Geschäfte hatte, gieng er an den angewiesenen Ort, traf den Urheber der Expedition von Val d'Illier und Troistorrens, und wurde vor den sogenannten Staatsrath geführt, wo er von den Windmachern seine Entsagung vom aufgetragenen Amte unterschreiben zu sollen angeschwärzt wurde. Er wollte sich ungeachtet der Drohungen, bei verneinender Antwort in Verhaft genommen zu werden, nicht bequemen, von seinem Entschlusse abzuweichen; und die sogenannten Regierung fand für rathsam, ihn entlassen zu

sollen, weil an diesem Tage eine große Anzahl der Gemeinder von Urbaz sich in Sitten vorfanden.

Mittlerweile sollte eine unter dem Vorwande einer freundlichen Verständigung der Walliser-Angelegenheiten betitelte Kommission in Sitten errichtet seyn, an deren Spitze Hr. L. de Riedmatten als Präsident den Vorsitz führen sollte. Diese aus Allerlei, Radikalen, Advokaten, hinkenden Boten zusammen gestümpelte Kommission setzte auf den 9. Jenner im Spital eine Versammlung der Gemeindsbeamteten des Zehnen Herens an, in welcher man sich hauptsächlich wider die Trennung verständigen und eine Vermittlung erzielen wollte, welche den berühmten Tagsatzungsbeschuß vom 11. Juli nicht entkräften und jenem vom 26. Sept. nicht zu nahe treten sollte, mit dem ausdrücklichen, in dem Abdrucke vom 10. Jenner 1840, *Sig. Président de la Commission L. de Riedmatten*, betheuerten Vorbedingnisse, jedoch keineswegs der Verfassung vom 3. August im mindesten abzuweichen und von ihrer Stellung zur gerechten Sache der westlichen Zehnen zu entfernen.

Sogleich wurde amtlich der Staatsrath von Syders von dieser Versammlung benachrichtiget, und er ließ nach abgewogenen geheimen Vorbehalten der Mehrheits-Entziehung unterm 8. gl. M. ein Schreiben an den Hrn. Zehnt-Präsidenten, in welchem er, ohne den Zweck dieser Versammlung darzustellen, anzurathen glaubte, in den dermaligen Zeitumständen mit allen Zehnen des Oberwallis gleichliche Versammlungen dießfalls haben zu sollen und keinen vom andern zu trennen; darauf scheiterte die Spital-Versammlung. Gleichzeitig widerlegten einige versammelte Zehnen-Präsidenten unterm 23. Jenner den gesagten Flugzedel, welcher Widerlegung am 7. Hornung ein, in dem den Neuerern angemessenen rohen Style abgefaßtes, und von den Mitgliedern dieser Kommission in 7 Seiten hingeschmissenes und wenig sagendes Geschwätz folgte, und worin man die Unhänglichkeit an eine 23 Jahre gewöhnte Verfassung verwirft, und selbe auf eine todgeborne und seit mehreren Monaten vergebens um Gewährleistung anhaltende Verfassung zu ziehen wünschte; diesem glaubte man nicht mehr antworten zu sollen.

Den 18. folgenden Hornung theilte der eidg. Vorort den h. Mitsänden den am 9. gl. M. von den H. Repräsentanten eingegebenen Schlußbericht mit, und ermangelte nicht,

denselben anzuzeigen, er hätte die beiden Verwaltungen zur Aufrechthaltung des Landfriedens und des Status quo angewiesen. Es enthält dieser Bericht, was jene h. Repräsentanten im Unterwallis auszustehen, wie schwer man gegen die Abgeordneten gefehlt hatte; diese Verübungen blieben bis anhin ungeahndet. Wir können hier keinen namentlich als Thäter dieser Handlung angeben, nur scheint der Fragbrief des Hrn. Obersten Maillardo vom 18. April den Echo-Redaktor zu melden, da er sagt v. N. 34 Fed. 28 Avril: « S'il était vrai que M. Morand, rédacteur de l'Echo des Alpes, le même qui a arrêté à Martigny les représentants fédéraux, s'était vanté publiquement d'avoir, à la révolution parisienne de 1830, tué de ses propres mains quelques soldats Suisses. »

Es bedauern diese Herren mit Leidwesen, daß die Vermittlung gescheitert habe, und in Ermanglung einer Anerkennung der Regierung gemäß der Verfassung von 1839 ihnen die Möglichkeit benommen werde, die Handhabung des Status quo zu erwirken, daß ihnen auch die Mittel an die Hand gegeben wurden, einen Friedensbruch zu bestrafen, dieselben nicht zureichen, um einen solchen zu hindern, um so mehr, da von aufgebottenen Truppen von Bern, Waadt, Genf, Freyburg, nur der letztere den vorörtlichen Befehl hören würde. Der Kanton Waadt war nicht nur dem Vororts-Befehle zuwider, sondern er widersetzte sich sogar dem Durchzuge anderer Kantone. Seht hier die Friedensgesinnungen der Waadtländer, wie sie sich nun sträuben, seitdem sie vom Bern-Präsen entronnen sind.

Es wird in demselben Berichte aufs neue die Mehrheit des Oberwallis, die man ihm stets abzusprechen sich bemühte, gerechtfertigt.

Um also die Besorgniß eines Friedensbruches zu mindern, schlagen die Repräsentanten eine bestimmte Territorial-Beschreibung vor, wodurch sie nicht, wie ihre Vorfahrer, zu Reibungen Anlaß geben; in Betreff aber einer möglichen Ausgleichung der obwaltenden Zermwürnisse rathen selbe an, es möchte der h. Vorort bei beiden Landestheilen von Wallis auf Verlöhnung hinwirken und diese anhalten, daß jede Partei sich selbst Männer wähle, welchen sie ihr volles Vertrauen schenke; diese Männer hätten dann zusammen zu treten, um mit Beobachtung der übrigens nicht bestrittenen Rechtsgleichheit und mit Berücksichtigung der für das Oberwallis nothwendigen Garantien unter den Parteien eine

Vermittlung zu versuchen; falls aber diese ohne Erfolg bliebe, hätte man zu trachten, die beiden Landestheile dahin zu bewegen, daß sie sich über Fragen verständigen, die der Gesamtbevölkerung Gelegenheit geben, in einer geheimen Abstimmung über dieselbe den Willen der wirklichen Mehrheit in der Verfassungsfrage auszusprechen; schließlich begehrtten sie ihre Entlassung.

In Folge dieses Berichtes erließ der Vorort an beide Behörden im Wallis unterm 14. Hornung ein Schreiben in diesem Sinne, und giebt sich der Hoffnung hin, daß es im gemein-eidgenössischen Interesse sowohl als in jenem des Kantons Wallis liege, die nur vom Kanton Tessin verlangte Einberufung der Tagsatzung ferners zu vertagen, und schlägt den Mitständen vor, die durch Versuch der Repräsentanten mißlungene Ausgleichung durch Mittelspersonen zu erzielen. Jeder Staatsrath hätte 5 Männer aus andern Kantonen zu wählen und dem Vorort zur Kenntniß zu bringen; von diesen sollte jede Verwaltung 3 ausschlagen, die 4 Ueberbleibenden würden dann zusammentreten und mit respektiver Verbindung zu den Behörden eine gütliche Ausgleichung erzielen; er setzt aber Folgendes hinzu: »Eben so wenig
»aber kann der Vorort annehmen, daß es jemals die Absicht der Eidgenossenschaft seyn werde, die andere Hälfte
»des Kantons Wallis gegen ihren Willen unter die Verfassung vom 3. August 1839, welche nur durch Repräsentanten des einen Theils der Bevölkerung des Kantons
»ausgearbeitet worden ist, zu beugen.«

Diesen angebahnten Mittlungsweg, welcher ehemals in der Schweiz schon bei Zwistfragen betreten wurde, schlug der Vorort mit einer ernsthaften Mahnung der Aufrechthaltung des Status quo dem Kanton Wallis vor; er entließ die Repräsentanten und übergab den Kanton Wallis, der am Rande eines Abgrundes, wo er mit einem geringen Rest an den Bürgerkrieg geworfen wird, seiner eigenen Leitung.

Man möchte gerne glauben, die Aufrechthaltung eines Landfriedens koste den h. Vorort zu viel; hätte er nicht einen Repräsentanten wenigstens im Kanton lassen können, hätte er nicht einer hohen Pflicht entsprochen, Vergießung des Bürgerblutes abzulehnen? Er ward doch dessen Abwendung in Kenntniß gesetzt: zwei Tage vor Abberufung des Tit. h. Bürgermeisters Frey schrieb die Regierung von 1815

an den Vorort, es obwalte die Besorgniß eines spätern Friedensbruches; was leider geschah.

Jedermann konnte aus dem Benehmen der neuen Regierung während der Anwesenheit der Repräsentanten genugsam ersehen, daß es nicht lange anstünde, einen Friedensbruch zu veranlassen. Wie oft hat sie nicht den aufgestellten Status quo übertreten? Val d'Alliers Besetzung, Hinsendung ihrer Landjäger in die Gemeinden, derer Gebiet nicht verletzt werden sollte, Einmischung in denselben, alles dieses wurde der revolutionären Regierung zugelassen; und die geringste Begebenheit, wenn sie auch ohne Wirken der Regierung von 1815 geschah, wurde ihr zum Verbrechen angemaßt. Ja sogar die alte Regierung soll sich nicht vertheidigen können, wenn man sie angreift.

Mußte die Minderheit in Monthey nicht nachgeben und der Mehrheit sich unterziehen, und warum erlaubt man, daß in Granges 145 sich von 6952, und in Evolena 30 von 300 trennen, da doch diese Gemeinden unzweideutig der Verwaltung der 1815er Verfassung durch vorörtliches Kreis Schreiben vom 25. Mai v. J. zugetheilt ist. Es wäre hier noch Vieles zu bemerken, allein wir halten uns nur an die jüngstvorgefallenen bedauerlichen Begebenheiten der Gemeinde Evolena.

Den 23. März begehrte diese Gemeinde eine Aufrichtung der Salzbude, welchem Verlangen die Regierung entsprechen mußte und das den Unterwallisern als Vorwand zu einem Friedensbruch diente. Um aber nicht zu verschiedenen Vorurtheilen Anlaß zu geben, wollen wir diese Thatsachen berichtigen.

Die Gemeinde Evolena besteht aus 4 Abtheilungen, in welcher 300 für die Beibehaltung der 1815er Verfassung und 30 für jene von 1839 stimmten; ein Viertel, Lena l'Eglise, wurde vom Großen Rathe als eine Gemeinde separirt; dawider vermahrte sich die 1815er Regierung. Beide Verwaltungen verkauften in derselben Gemeinde Salz; diejenige von 1815, weil sie Mehrheit hatte, und diejenige von 1839, weil sie den Viertel als eine Gemeinde ansah; letztere, die sich schon einmal des Salzes bemächtigten, wollten es aufs neue wagen; diesem widersetzte sich die Mehrheit der Gemeindeglieder, und ließen sich keineswegs des Salzes berauben, wenn schon zur Nachtzeit dahin gesandte 6 Landjäger der neuen Regierung mit den bewaffneten Anhängern

zwei Männer erstachen und andere schwer verwundeten. Bei solchen mehrmals verübten Mordthaten beehrte die Gemeinde Evolena von der 1815er Regierung eine Unterstützung durch Waffenmacht, welchem diese zur Aufrechthaltung des Status quo nicht beipflichtete. Es beschloß demnach die Gemeinde, sich selber Recht zu verschaffen, und entwaffnete die Anhänger der neuen Regierung, damit sie ungehindert durch den Viertel P'eglise reisen können; darauf verstanden sich die beiden entzweiten Gemeinden.

Der untern Verwaltung mißfiel diese Vereinbarung und bot Truppen auf, um die andern zu unterstützen. Bei solchen Sachverhältnissen mußte die Regierung von Oberwallis zur Vertheidigung eine gleiche Mannschaft aufstellen. Eine solche Mannschaft von 5000 auf der einen Seite und 5000 auf der andern, glaubte der Hochw. Bischof, um Blutvergießen zu verhindern, als Mittler auftreten zu sollen, und setzte eine Versammlung von verschiedenen Gliedern beider dormalen in Wallis bestehenden Regierungen in St. Leonard an. Es beehrte die Regierung von 1839 Ehrenerklärung für den Zufall von Evolena, Abtretung der Gemeinde Rendaž oder Krieg. Die beiden Antworten sollen am folgenden Tage durch Staffeten um 2 Uhr auswechseln, indessen standen beide Armeen einander gegenüber. Die neue Regierung wartete die Antwort nicht ab, und besetzte ohne weiters die Gemeinde Rendaž, welche unzweideutig der 1815er Verwaltung zugehört, im Augenblicke, wo von Verständigung die Rede und der Friedenstermin noch nicht abgelaufen war. Die Unterwalliser griffen demnach an, da sich die Oberwalliser still auf ihrer Gränzlinie vertheidigen wollten.

Der Kampf fieng den 1. April 1840 um 9 Uhr des Morgens an und dauerte bis Abends 3 Uhr, wo ein an beide Regierungen gerichtetes vorörtliches Schreiben durch Staffete gebot, sogleich alle Feindseligkeiten einzustellen. Die Verwaltung der obern Zehnen, den Beschlüssen des Vororts, insoweit sie nicht geradeaus in die Kantonal-Souveränität eingreifen, stets folgend, befahl im Augenblicke, wo das Gefecht am hitzigsten war, einzustellen. Die Oberwalliser-Mannschaft, welcher der vorörtliche Brief abgelesen, und die zum Rückzuge angehalten wurde, faßte Mißtrauen zu ihrer Regierung, sagend, sie sey mit den Herren im Unterwallis im Einverständnisse, ihre Mitglieder seyen Verräther,

es wäre dieser Brief ihr eigen Werk und nicht vom Vororte. Sie überfielen das Staatshaus und ermordeten den Hrn. P. de Courten in einem Zimmer. Die Mitglieder des Staatsraths flohen durch die Hinterthüre, um sich der Rache ihres eigenen Volkes, das sich bis dahin so gut betragen hatte, zu entziehen. Es war die Estafete bei diesem Ereignisse zugegen. Freilich konnte dem kämpfenden Volke ein solches vorörtliches Schreiben Mißtrauen einflößen, und es mußte noch gesteigert werden, indem die untere Verwaltung, diese Befehle nicht achtend, nach zurückgezogener Mannschaft des Oberwallis selbes besetzte und ihm mit Bajonetten die neue Verfassung aufdrang. Nie wäre Oberwallis unterworfen, hätte der Vorort nicht einen solchen Schluß genommen; denn der Vorort hätte wissen sollen, daß Oberwallis nie seine Befehle mißkannte, und daß Unterwallis selbe nicht achtete und ihre Schreiben mißkannte. Wenn nun schon Unterwallis gerne in diesen Handlungen eine Defektion vom Oberwallis ersehen wollte, so trägt es sich sehr; der Gehorsam zum Vorort hat es verunglückt. Von Seite des Oberwallis waren 3 Todte und 6 Verwundete, und jene von Unterwallis 6 Todte und viele Verwundete, die auf 52 steigen sollen. Wenn wir hier das rügenhafte Benehmen des Vororts nicht auseinandersetzen, seine Absichten nicht durchforschen wollen; so müssen wir dennoch sagen, daß es sich aus einem Labyrinth ziehen wollte, denn ohne sein Schreiben hielten sich die Oberwalliser noch tapfer im Pfy-Walde (bois de l'inges), wo es No. 1798 mit einer sehr geringen Mannschaft eine Armee von 15,000 Mann zurückhielt.

Der Staatsrath hatte sich vergebens bemüht, den Bauern auszureden, es hätte gewiß kein Verrath statt; er mußte fliehen, um nicht sein Leben zu lassen; Hr. Landshauptmann von Courten floh von Syders und hatte zweimal Gefahr gelaufen, unterwegs erstochen zu werden. Hr. Staatsrath Stockalper hatte einer heroischen Handlung seiner Tochter die Rettung zu verdanken; denn es wurde schon an ihm angeschlagen, da warf sie sich zwischen den Vater und den Mörder, der, dadurch bewogen, einhielt, und flüchtete sich mit ihrem Vater in den nahe gelegenen Wald. Hr. Staatsrath Oberst Tassiner, der schon bei Leipzig verwundet war, begab sich zur Armee als Kommandirender, und las das vorörtliche Schreiben im Kreise der Armee von 3000 Mann.

ab; alles brauste auf: nach Sitten, hieß es, schlagen wollen wir uns, Verräther sind unsere Herren, sie halten es mit Unterwallis, nieder mit ihnen! Die Feldprediger, vereint mit einigen Einflußreichen, vermochten das Volk zum Rückzuge zu bereden; sie hatten demselben zu verstehen gegeben, mit Klugheit zu handeln, da der Vorort schon wisse, warum er Einhalt gebiete. Der Staatsrathsssekretär Stockalper wurde in seiner Behausung von Gliedern der jungen Schweiz, Frank aus Monthey und Jos. Wolf von Sitten, angepackt; er hat seine Rettung seiner Gemahlin, Tochter des Grafen von Kalbermatten, zu verdanken; seine Eltern waren sehr um ihn bekümmert; Hr. Delacoste, Landfäcchelmeister der neuen Regierung, entfernte die Mörder.

Den 4. April, als die obern Zehnen gemäß dem vorörtlichen Befehle zurückgezogen waren, blieben die Zehnen Syders, Sitten und Herens mit den Truppen, der, den vorörtlichen Befehl verachtenden Regierung besetzt; diese Waffengewalt rückte bis in die Ebene von Turtmann vor; dem Oberkommandant Foris gelüßte es, weil er keinen Widerstand fand, bis nach Brig zu gehen.

In diesen Umständen sendete der Vorort den Hrn. v. Mayenburg als Kommissär für den Kanton Wallis, welcher sich nach Lausanne begab, und weil er nicht traute nach Unterwallis zu kommen, sandte er einen Unterkommissär in der Person des Herrn Monard aus jenem Kantone, welcher Oberwallis No. 1798 einen unerseßlichen Schaden zufügte und in jüngsten Tagen dem Unterwallis 1000 Gewehre, 4 Wagen Munitionen, Lebensmittel, einen Wagen Leinwand zugesendet, und überdies 2000 Mann zur Hülfe bereitet haben soll. Ja sogar, sagt man, sollte die Regierung dieses Kantons gemäß dem Bundesakt als Nachbar dem Unterwallis zu Hülfe zu eilen beschloffen haben. Wer weiß was wahr seyn mag, bezweifeln thut man's aus seinem früheren Betragen, da Waadt stets dem Oberwallis sich abgeneigt zeigte.

Dieser Monard wird seine eigene Willensmeinung nicht außer Acht lassen, der nach B. . . . gestimmten Harpenson, wird ihn schon nach heutigem Geiste zu tanzen bewegen, man kennt den Waadtländer Paß.

Um sich der belästigenden Waffengewalt von Unterwallis los zu machen, unterwarf sich Syders und Herens sogleich, denn

sie fürchteten eine Plünderung, da die Soldaten, wenn man ihnen nicht gab was sie wollten, alles aufzufressen droheten. In Klarny hatte Plünderung statt, da wurden die Hausthüren eingeworfen, und genommen was man fand; jedoch hielten die Chefs ab. — Goms, Brig, Wisp, Raren, Leuck, unterwarfen sich ebenfalls der Gewalt und dem Drang der Zeiten; Brig will jedoch, daß die Tagsatzung darüber spreche, und Wisp bedauert aus Gehorsam unterliegen zu haben.

Wenn sich Oberwallis dermalen unterworfen hat, so geschah dieß aus Gewalt; es mag das Wort Gewalt in der Sommatation geschrieben stehen oder nicht, so bleibt die Verfassung dennoch als eine durch Bajonnete aufgedrungene anzusehen, und wir geben der Hoffnung Raum, es werde Oberwallis dieser Aufdringung eingedenk bleiben, und wenn es dann später den wälschen Druck fühlen muß, mit der Reue, sich ungerecht gegen seine Behörde betragen zu haben, dasselbe Joch abzuschütteln trachten.

Ja Oberwallis, du hast dich selbst gebeugt, du hast jene dir aufgedrungene Verfassung angenommen, deine heiligen Rechte sind hin, die Nachkommen werden es dir vorwerfen, nie hättest du in den Großen Rath Glieder wählen sollen, sondern das Aufgedrungene so lange befolgen, bis eine glückliche Sonne scheint. *Violenta non durant*. Nie betrete die Thüreenschwelle des Großen Rathes, wo du beim Eintritt den Tribut deiner Rechte abgeben mußt. Nie lasse den Vertreter diesem Werke Treue schwören. Was du nicht annerkennst, verbindet dich nur, bis du es ablehnen kannst. Schreibe in deinen Annalen die ehemaligen Unterthanen, die du dir, wie recht ist, Anno 1815 gleich stelltest, sind heute 1839 deine Oberherrn geworden. Die Asche deiner Ahnen rügt dein Benehmen, und die entfernteste Zukunft wirft dir das heute Begangene vor. Du hast nur eine geringe Entschuldigung der Nachwelt zu überlassen, Gehorsam dem Vorort, der seine Befehle nicht zu achten machen kann, der den Schimpf seiner Abgeordneten nicht zu abnden vermag, und der endlich deinen Gehorsam gegen ihn mit der Gewährleistung der aufgedrungenen Verfassung vom 3. August lohnt, und zu allem weichen muß. Der Vorort wird nicht nur, und die oberste Behörde mit ihm über das Gethane, sondern über jenes, was sie durch eine strafbare! feige Willfährigkeit zuließen, zu verantworten haben.

S'il y a un jour pour le succès

Il y a des siècles pour le bien que la vérité peut faire.

Sei durch Erfahrung belehrt, auf Gott und sich selbst
zu vertrauen und sich Recht zu verschaffen; an Gelegenheit
hierzu wird's dir früher oder später nicht fehlen.

Die Gesellschaft
der Wahrheit und des Volkes.

Die
Ereignisse in Wallis

im Jahre

1843.



Gesammelt von Augenzeugen.

[André de Riva]



Genf, im Oktober 1843.

TA 319, C



Noch vor Kurzem war Wallis der Schauplatz blutiger Auftritte; alle Umstände der Gegenwart lassen vermuthen, daß der Kampf bald von Neuem beginnen werde, und was die Zukunft uns aufbewahre, sieht man nicht ab. Indessen sind wir es dem Namen Wallis schuldig, der ganzen Schweiz bekannt zu machen, was für entartete Söhne es gewesen sind, welche den Sturz und die Verwüstung ihres eigenen Vaterlandes herbeizuführen gestrebt haben. Wir fühlen diese Pflicht desto inniger, da die nicht rastenden Verkünder der Freiheit, da die Freunde der Aufklärung bereits dahin gekommen sind, in unserm Kanton jede Stimme, die für Grundsätze der Religion und Sittlichkeit sich erheben möchte, gewaltsam zum Schweigen zu bringen.

Der Radikalismus hat, wie ein Raubvogel, sich über Wallis hergeworfen: in diesem Lande hat er durch die Junge Schweiz Mittel gebraucht, die bisher unerhört waren; die entehrendsten und verhasstesten Triebfedern hat er daselbst in Bewegung gesetzt. Diesem Vereine, dessen Loosungswort ist: Sturz dem Throne, Sturz dem Altare, mußte der Walliser, der Gott und sein Vaterland liebt, einen Damm entgegensetzen. Eben dieser Um-

stand gab der Alten Schweiz ihre Entstehung. Dieser Verein, der in Zeiten des Unglücks sich gebildet, strebte, und wird bis zum letzten Athemzuge darnach streben, die gute Ordnung im Vaterlande wieder herzustellen; bis zum letzten Athemzuge wird er den Diener seiner Religion, den Priester, in Schutz nehmen; denn er hat es begriffen, daß ohne Priester keine Religion statt finde, oder doch nur eine Religion, wie im Jahre 93 zu Paris, und nie, nie wird der Walliser vor der Göttin der Vernunft sein Knie beugen.

Verschmigt in der Wahl seiner Mittel, verstellt in seinen Worten, entartet in allen Dingen, griff der Radikalismus mit beispielloser Wuth die Geistlichkeit an: denn, so hoffte er, wenn einmal die Säulen würden umgeworfen sein, würde das Gebäude unfehlbar von selbst zusammenstürzen. Im Jahre 1843 ward er kühner, weil es ihm durch Hülfe einer zügellosen Presse gelungen war, die Sitten zu verderben, den Glauben anzufeuern, die Diener des Altars in gehässiges Licht zu stellen. Die Räuberei der Aargauer, die von der Tagesagung mit lauter Stimme gutgeheißen war, machte die Unholde noch dreister. Offen und ohne Scheu traten sie mit ihren gottlosen Plänen aus Licht. Um indessen ihre verhaßten Angriffe mit dem Mantel der Gesetzmäßigkeit zu decken, nahmen unsere Freunde der Menschlichkeit ihre Zuflucht zuerst zu einem weithin scheinenden Mittel: Fort mit den Immunitäten, schallte der Ruf; und dann, wann sie einmal den Priester vor das Gericht hinschleppen, und

ihm neben dem ärgsten Missethäter seinen Platz anweisen können, dann, glauben sie, ist das Werk ihrer Unternehmung bedeutend vorangeschritten; sie begreifen es, daß sie, um die Heerde zu zerstreuen, zuerst den Hirten schlagen müssen.

Das sind die entgegengesetzten Bestrebungen, welche die feindselige Stellung auf beiden Seiten herbeigeführt haben: die Alte Schweiz der Jungen Schweiz gegenüber, das heißt, die Beschützer der Kirche gegen die Feinde der Religion, den Himmel gegen die Hölle. Auf der einen Seite heldenmüthiger Entschluß, sobald die Sache Gottes auf dem Spiele steht; auf der andern blinde Wuth, um der Hölle den Sieg zu verschaffen. Eben darum waren die Bewegungen auf beiden Seiten so heftig, und darum auch geben wir hier der gesammten Schweiz einen kurzen, aber glaubwürdigen Bericht von den Ereignissen, welche in unserm verunglückten Vaterlande vor Kurzem eines auf das andere folgte.

Möchte unsere mißliche Lage jenen Kantonen zum warnenden Beispiele dienen, wo der Drache des Radikalismus das Haupt zu erheben beginnt; möchten sie, jene Kantone, durch den Hinblick auf das unglückliche Wallis belehrt, Maaßregeln der Sicherheit ergreifen gegen jenen übel verstandenen Freiheitsfinn, der am Ende nichts anderes, als Tod und Verderben bereitet.





Die Reihenfolge der Ereignisse von Wallis wird mit jedem Tage unerklärbarer für jeden, der den Hergang derselben nicht beobachtet hat, und den politischen Sinn unserer Leute nicht kennt. Ueberall verkündet man, daß mit der konservativen Partei Frieden geschlossen sei, und die Verwirrung dauert nichts desto weniger fort; Tag für Tag beunruhigt man jene Partei, von welcher man den Eidgenossen die Ueberzeugung beibringen möchte, als wäre sie gegen jede Beleidigung gesichert; das unglückliche Land will gar nicht zur Ordnung zurückkommen, nirgends kommt das wechselseitige Vertrauen wieder zum Vorschein. Ueberall sprengt man aus, die Alte Schweiz liege darnieder, sie habe allen Einfluß verloren, sie verdiene nur mehr Verachtung. Allein, wenn dem so ist, was hat man noch um Friedensverträge bei ihr nachzusuchen? wozu ist das ewig wiederholte „Wer da“ der Jungen Schweiz und ihrer Geschöpfe? wozu die unablässige Bemühung, die Konservativen in den Rang des Pöbels zu setzen, sie in den Augen der Welt anzuschwärzen, und auf diese zahlreiche Partei eine Menge lügenhafter Anschuldigungen zu wälzen? Nein, die Sache verhält sich anders. Die Alte Schweiz, die konservative Partei, ist in Wallis noch die Partei der Nation, die Partei der höchst bedeutenden Mehrheit im Kanton, und diese Partei, welche in den Zeitschriften als Faktion, als den Fortschritten der Zeit hinderlich, als eine ohnmächtige Gruppe eigensinniger Leute, als verschrobene Köpfe geschildert werden, die weder etwas gelernt, noch etwas vergessen haben, diese Partei wird zu gelegener Zeit mit Riesenkraft sich erheben, und wird Gerechtigkeit üben an dieser Handvoll Ruhe-

störer, die im Solde fremder Mächte stehen, und einigen ehrfurchtigen Rädelsführern lehnspflichtig geworden sind.

Allerdings haben die Konservativen von Wallis nicht gelernt, und werden nie lernen, einen Schwur zu verfälschen, meineidig das gegebene Wort zu brechen, von einem Feldlager zum andern zu laufen, um seine Treue und Ergebenheit dem Meistbietenden zu verkaufen, und dieses oftmals um eine sehr geringe Begünstigung; sie haben keineswegs gelernt die Kunst, sich in die Zeitumstände zu schmiegen, ihr Gewissen zum Schweigen zu bringen, und Zwietracht und Verwirrung auszustreuen, sobald sich darin für die Rädelsführer der Anarchie die Aussicht auf Macht und Ehre eröffnet; sie haben keineswegs gelernt, durch Lug und Trug den ungerechten Haß der Bevölkerung von gewissen Ortschaften auf rechtschaffene Männer zu wälzen, wie man diesen Haß zu beschönigen weiß, und welche Triebfedern man in Bewegung setzt, um ihn zum Ausbruche kommen zu lassen; sie haben nicht gelernt, Lebensgüter zu versprechen, die man nie gewährt; sie haben endlich nicht gelernt, durch Mißbrauch von fremden Namen und fremder Macht Alles umzuwälzen, Alles hinzuopfern, und nichts unversucht zu lassen, um sich im Vaterlande die Miene der Wichtigkeit zu geben. Die Konservativen haben gelernt, der rechtmäßig bestellten Obrigkeit zu gehorchen; auf diese setzten sie ihr Vertrauen, und vielleicht ist es eben dieses Vertrauen, das sie auf dem Wege zum Triumphe in gewissen Augenblicken aufgehalten hat. Hat die bestellte Obrigkeit sie betrogen, haben die Männer, welche sie mit dem höchsten Ansehen bekleidet hatten, ihrer Erwartung nicht entsprochen, und das unbeschränkte Vertrauen mißbraucht, das man ihnen geschenkt hatte, so gereicht eine solche Thatsache nicht den Konservativen zur Unehre; diese haben nicht die Obrigkeit getäuscht, und dieser anscheinende Verlust wird ihnen in der Folge zur warnenden Lehre dienen.

Um über die gegenwärtige Stellung der Parteien in Wallis und über den Zustand des Landes ein richtiges Urtheil zu fäl-

len, muß man etwas weiter zurückgehen, und in der Darlegung der Thatfachen, und mit aufmerksamem Blicke der Entwicklung der blutigen Fehde nachgehen, welche in Wallis die Partei des Unglaubens und der Anarchie zunächst der ihr verhaßten Religion selbst, sodann den Priestern, ihren Vertheidigern, endlich den Einrichtungen der Vorzeit und Allem, was darauf Bezug hat, ankündigt. — In der Absicht, den Geist der Neuerung zu bekämpfen, und so manchen Planen der Vernichtung sich entgegenzustellen, führte man die Zeitschrift vom Simplon ein. Mit Gewandtheit geleitet von einem Manne, dem seine wohlbekannten Grundsätze, sowie sein edler Wandel, die allgemeine Achtung erworben hatten, zerriß sie die Maske, hinter welcher gewisse Leute ihr Antlitz bargen; sie stellte die Absichten der Radikalen ins helle Licht, zog die Sturmglöck und weckte aus dem Schlummer das Volk, das sorglos schlief am Rande des Abgrundes. Sofort ward ihr der Prozeß gemacht, mit tausend Neckereien fiel man sie an, und einer aus den Häuptlingen der Jungen Schweiz rief zu Monthey laut aus: „Wir müssen diesem Journale ein Ende machen, sei es auch mit der Degenschärfe, sonst ist unser Handel verloren.“

Damals war es, als die radikale Partei sich der Jungen Schweiz einverleibte: diese gewann seit jenem Augenblicke eine größere Ausdehnung, verstärkte ihre schon getroffenen militärischen Vorkehrungen, und versah sich mit einem Vorrathe von Waffen und Munition. Alle ihre Umtriebe waren darauf gerichtet, sich der höchsten Gewalt zu bemächtigen und sich auf den Plätzen der Ehre fest zu klammern; sie ersann Mittel und Wege, das Volk zu entzittlichen, ihm das Vertrauen auf die Diener des Herrn zu benehmen, und diese der öffentlichen Verachtung preiszugeben: so hoffte sie, würde das Volk, wenn es einmal nicht mehr auf die Stimme des Hirten horchte, sich mit leichter Mühe irre führen lassen. Dies letzte zu bewirken, ward kein Mittel unversucht gelassen, nicht die Einschüchterung durch Gewalt und vorgezeigte Degenspiße, nicht grundlose Be-

langung vor Gericht, nicht Verläumdung, noch was sonst zu Gebote stand. Aber damals war es auch, als Männer von Rechtschaffenheit, wahre Freunde des Vaterlandes, den Gedanken faßten, die konservative Partei in eine Gesellschaft zu vereinigen, und diese ebenfalls mit Waffen und Munition zu versehen, um sich, wenn es die Noth erheischte, den Gewaltthätigkeiten, den Angriffen und ruhestörenden Umtrieben der Jungen Schweiz entgegenzustellen. Dieser Verein gewann eine schnelle und Aufsehen erregende Ausdehnung; denn die Alte Schweiz bildete so ein Corps von Freiwilligen, deren vornehmste Verpflichtung war, der obersten Gewalt des Kantons sich zu unterwerfen und ihr Hülfe und Schutz zu leihen. Daher erklärt sich während der letzten Vorfälle die Thatlosigkeit dieses Vereines, der von der vollstreckenden Gewalt Befehl erhielt, zu Sieders auseinander zu gehen, und keinen Befehl erhielt, nach Unter-Wallis abzureisen; dazu kam, daß gewisse Häupter der westlichen Abtheilung des Vereins, statt diesen entschlossenen Männern Befehle zu geben, sie zum Theil verließen, und sie so ohne Leitung und Wiedervereinigung im Stiche ließen. Allein diese Gesellschaft erhebt sich von ihrem Falle; sie tritt wieder zusammen und trifft ihre Maaßregeln; sie weiß, was sie zu erwarten hat von einem Staatsrathe, der einst Rechenschaft ablegen wird von seiner feigen Nachgiebigkeit und seinen Fehlgriffen; und da der Rechtschaffene in den Mühsalen des Lebens nur ein Mittel zur Tugend und Vollkommenheit findet, so ist auch dieser Verein durch das Feuer der erlittenen Verfolgungen geläutert worden, und wird in der Folge sein Vertrauen an besserem Orte anzubringen wissen. Seine Mitglieder haben eingesehen, daß mit dem Gottlosen keine Unterhandlung möglich ist, und daß die Junge Schweiz nicht eher ihren Unordnungen Ziel setzen wird, als bis sie nicht mehr ist. Sie wissen es jetzt, wie jene Kannibalen das Wort „Menschlichkeit“ verstehen, daß, wie es scheint, nur durch Spott in ihrer Loosung steht, was sie verstehen unter Freiheit und Gleichheit, da Bande und

Kerker und Morddolch jene treffen, die nicht denken, wie sie, und es nicht mit ihrer Lehre halten.

Die Aufhebung der Klöster im Kanton Aargau diente ganz besonders unsern Anarchisten zu ihren Ummwälzungsplanen. Man ließ sich eine Zeitlang von der Verwirklichung eines ähnlichen Gewaltstreiches in Wallis träumen, und diese Träumereien sind, wie es scheint, noch nicht vorüber. Man weiß, was jene unruhigen Gäste im Lande anstellten, um die Rechtmäßigkeit jenes vandalischen Verfahrens begreiflich zu machen; Brochüren, Unterredungen, Zusammenkünfte, Alles wurde aufgeboten; allein Wallis hielt fest an Ehre und Gerechtigkeit. Seine Stimme bei der Tagssagung lautete, daß der Bund verletzt sei, und der Mann, welcher dort den Kanton vertrat, sprach mit Nachdruck und Wahrheit im Geiste der ihm ertheilten Weisung. Allein derselbe Mann zögerte späterhin, auf die Ausführung dieser Bestimmung zu bringen; er ließ sich vom Einflusse der Räuber von Aargau bemeistern; er ward der Meinung, daß man den Zeitumständen nachgeben müßte, und daß der erhabene Grundsatz: *Fiat justitia, pereat mundus* (Gerechtigkeit werde geübt, möge auch die Welt vergehen) in der Diplomatie keinen Namen habe, daß man an die Stelle desselben die mächtigen Principe: Geschehene Thatsachen, Staatsgründe u. s. w. setzen müßte. Dessen ungeachtet stimmte Wallis beim letzten Ergebnisse auf die vollständige Wiederherstellung aller Klöster, und reihete sich durch dieses Stimmgeben der geringern Anzahl der Kantone an, welche ihrem Eide treu geblieben.

Es ist ausgemacht, daß Aargau, um Wallis für den Radicalismus zu gewinnen, in diesem Lande eine Art Propaganda errichtet, daß es mehrere Summen unsern Aufwieglern zur Verfügung übermacht hat: es unterliegt keinem Zweifel, daß einige Reste von den Aargauer-Klöstern in ihre Hände gelangt sind. ¹⁾

¹⁾ Herr Baup, von St. Moritz, als Wechselr, und Herr Groß-Castellan

Gleich vom Anfange her war das Echo der Alpen er-
 fohren worden als das Mittel, unsere Einrichtungen aufzulösen,
 als die Höllenmaschine, welche unsere Gebräuche, die Einfach-
 heit unserer Sitten, und sogar unsere Gesetzgebung in ihren
 untersten Tiefen erschütterten sollte. Es kam trefflich damit zu
 Stande; es ging so weit im Wuste der Unsitlichkeit, daß seine
 Gönner darüber errötheten, und das Volk dasselbe mit Abscheu
 von sich warf. Es wurde nur noch von solchen Leuten der
 Partei gelesen, welche in der Verdorbenheit am tiefsten ver-
 sunken waren, und eben dadurch gerieth die Art sittenloser
 Mission, für die das Blatt bestimmt war, ins Lächerliche. Aber
 da führten die Barmans und die schlaunen Füchse der Partei
 den Courier von Wallis ein, unter dem gleißenden Titel:
 Einigkeit und Fortschritte (Union et Progrès).

Sobald dieses neue Blatt erschien, das gar nicht säumte,
 mit seinem Verschwisterten von Sitten gemeinschaftliche Sache
 zu machen und auf dieselben Abwege zu gerathen, forderte die
 Zeitung vom Simplon den Verfasser jenes Blattes auf, gewisse
 Stellen seines Prospektus ¹⁾ zu erklären, und die verderblichen
 Zwecke desselben bekannt zu machen. Wohl brandmarkte sie den
 Courier von Wallis bei mehr als einer Gelegenheit; allein die-

Düsay von Monthey, als Ersilinge der Jungen Schweiz, könnten, wenn sie
 wollten, dem Publikum wohl Auskunft darüber geben.

¹⁾ Dieser Prospektus wurde zu Sitten verlegt, von Herrn Dr. Barman,
 während der Sitzung im Nov. 1842. Der Verleger von dem Echo der Alpen
 hat die Unterhandlung bekannt gemacht, die er mit dieser hohen Person gehabt
 in Betreff eines Entwurfes, zur Unterbringung seines erbärmlichen Journals.
 Man hatte große Mühe, jemanden zu finden, der es führen wollte; der Ad-
 vokat Aien endlich, dem etliche derbe Züge aus einer Flasche guten Cham-
 pagner den Verstandskasten aufgeschlossen hatten, unterzeichnete den Courier
 von Wallis als Zeitungsführer, und Herr Dr. Grillet, gebürtig aus Dg-
 non in Savoyen, übernahm die Verlegung. Eine Zeitlang holperte es mit
 diesem Blatte, und der Grund davon war kein anderer, als die Ohnmacht
 des medicinischen Journalismus. Herr Ribardy von Sembrancher trat nach-
 her an des Vorigen Stelle, und was dieser neue langbärtige Publicist in sei-
 nem Fache zu leisten vermag, ist niemanden unbekannt.

fer verweigerte, feigherzig genug, immer den Kampf und schloß sich in den engen Kreis der Lüge und Verläumdung ein.

Der Stolz der Häupter von der Jungen Schweiz, beleidigt durch jenes Journal, das ihre Umtriebe vor den Augen des Publikums bloßstellte, und gleichsam mit dem Finger ihre Angriffspläne auf die öffentliche Freiheit andeutete, kam durch einen entscheidenden Streich gegen diesen muthigen Kämpfer zum Vorschein. Sein Untergang war beschlossen, mußte man auch dazu die niedrigsten Mittel in Anwendung bringen.

Um damit zum Zwecke zu kommen, stellte man in St. Moritz eine Abtheilung der Jungen Schweiz auf, die aus den verdorbensten und zu schlechten Absichten geeignetesten Gesindel bestand. Anführer dieser Abtheilung war der Advokat Gay, Schreiber des Herrn Dr. Barman, und Vice-Referent beim Tribunal von St. Moritz. Dieser war so eben zu diesem Amte von Neuem erwählt worden. Hierauf arbeitete man durch Bestechungen und Drohungen darauf hin, den Herrn Dr. Barman zum Bürgermeister von St. Moritz ernennen zu lassen, in der Hoffnung, unter einem solchen Vorstande der örtlichen Polizei mit mehr Sicherheit die tödtlichen Streiche gegen die gefürchtete Zeitung führen zu können. Wirklich erhielt er eine schwache Stimmenmehrheit, und seit jenem Tage begann in dieser bis dahin so friedlichen Stadt eine Reihe von unordentlicher Vorfälle, die noch nicht aufgehört haben.

Als die Distriktswahlen herannaheten, und die Zeitung vom Simplon den entscheidenden Einfluß darauf ausübte, hielten die Häupter der Jungen Schweiz dafür, daß der Zeitpunkt gekommen wäre, die Presse dieser Zeitung zu zerbrechen, das Werkzeug derselben auseinander zu werfen, und die Verleger durch Androhung des Todes in die Flucht zu jagen. In der Nacht vom 12. auf den 13. April drang ein Haufe bewaffneter Brauseköpfe, angeführt von dem Groß-Castellan Düsay von Monthey, in St. Moritz ein, und führten den Streich aus; der lange schon vorbereitet war: die Zeitung ward unter-

drückt, indem man die Presse zerschlug. So hatte man nun einen Angriff gewagt, der bisher unerhört gewesen. Als dieser Gräul verübt war, begaben die Aprilsknechte sich nach Monthey vor das Priesterhaus, und stellten sich da in ein Biered zum Angriff zusammen. Dort rissen sie gegen Mitternacht den Herrn Pfarrer von seiner Lagerstätte, und zwangen ihn, in ihre Mitte zu treten. Von Wuth entbrannt sagte dann Herr Hyp. Bignat, Groß-Castellan von Bouvry und Mitglied des Großen Rathes vom Kanton, zum Pfarrer: „Wir haben so eben einen Akt der Gerechtigkeit vollzogen, wir haben die Zeitung unterdrückt und die Presse in die Rhone geworfen. Sie müssen im Augenblicke Monthey verlassen, ein Wagen steht bereit.“ „Ich verlasse Monthey nur auf den Befehl meiner Obern,“ antwortete der Pfarrer. Der Groß-Castellan versicherte ihn, daß ihm nichts Leides begegnen sollte, nur müßte er versprechen, daß, wenn er eine Exkommunikationsbulle gegen die Junge Schweiz erhielt, er zwei Stunden vor der Bekanntmachung derselben den Präsidenten Torrent davon in Kenntniß setzen wolle. Der Pfarrer versprach es, und nun ging die Bande davon, um am Ende ihrer Expedition ihr bißchen Verstand im Weine zu erstickten.¹⁾

¹⁾ Am Vorabend vor diesem Vubenstücke hatte Herr Dr. Barman alle Papiere, die Bücher und andere Gegenstände, die er bis dahin in dem Hause hatte liegen lassen, wo die Presse und das Bureau der Zeitung sich befand, und das er selbst ein Jahr zuvor bewohnt hatte, an sich gezogen. Am Tage des Austrittes selbst entfernte er sich von St. Moritz, was er immer that, so oft die Junge Schweiz einen Streich nach ihrer Art ausführen wollte. Auch bemerkte man, daß seit dem Anbruche der Nacht, 12. April, ein Kutschwagen sich auf der Landstraße, am Fuße des Schwarzwalbes (Bois-noir), nahe bei St. Moritz, so lange anhielt, bis die Vernichtung des Journals vollzogen war. Man versichert, daß in diesem Wagen der Staatsrath, Herr Barman, der Verleger des Echo der Alpen, und der Advokat Abbet, Präsident der Jungen Schweiz, sich befunden haben. Die Unterdrückung der Zeitung war beschloffen worden in einer Zusammenkunft der Jungen Schweiz zu St. Moritz Sonntags zuvor. Dieser Beschluß war den Theilnehmern der Zeitung nicht unbekannt geblieben; allein auf welche Weise sollte man ihn hintertreiben? Durch Blutvergießen? Niemals werden rechtschaffene Männer

Was that die Polizei von St. Moritz? Sie bezeugte die Wahrheit des begangenen Frevels. Was that das Tribunal? Es stellte ein Schattenspiel von Untersuchungen an, und da diese, so hieß es, zu keinem Ergebnisse geführt habe, so lautete der Richterspruch: Man könne die Sache nicht weiter verfolgen.

Ungeachtet dieses Frevels gegen Eigenthum und Freiheit, ungeachtet des gehässigen Terrorismus, der überall bestand, wo die Junge Schweiz hatte Wurzel fassen können, traf dennoch das Volk, über die ihm drohende Gefahr belehrt, eine gute Wahl seiner Richter und seiner Deputirten. Allein die Leute, welche das Volk zur Seite gestellt hatte, waren voll Bewegung; sie waren verschlagen und rastlos thätig. Es waren größtentheils Advokaten und Notare, abgefeimt in der Chifane. Nach einem Unfalle, wie sie so eben erlitten, ist leicht begreiflich, daß sie sich verschwören mußten, die Räder des Staatswagens zu hemmen, und der Verwaltung des Kantons bei jedem Schritte Hindernisse in den Weg zu legen. Ergrauet schon in der List und Cabale gaben sie täglich neue Beweise von ihrer Gewandtheit in dieser Beziehung.

Endlich nahete die Mat-Sitzung des Großen Rathes; es war dieß die Epoche, wo der Staatsrath, das Appellationsgericht und die Deputirten für die Tagssatzung mußten erneuert werden. Alle Parteien erwarteten mit klopfenden Herzen die neue Handhabung des Staatsruders und sahen darin ihre Hoffnung oder ihre Verzweiflung. Der Staatsrath, dessen Laufbahn zu Ende war, ließ nichts unversucht, seine Verdienste ins Licht zu stellen; indessen zählte er nicht ausschließlich auf dieses Auskramen von Wohlthaten, von Geschicklichkeit in der Verwaltung, von Diensten, die man dem Vaterlande erwiesen, von Verbesserungen jeder Art; gewisse Vorurtheile hatten sich

um einen solchen Preis ein bloß materielles Interesse zu retten suchen. Zu diesem letzten aller Mittel werden sie nur dann greifen, wenn Güter, die ihnen ganz anders am Herzen liegen, auf dem Spiele stehen.

gegen ihn bis in die niedrigsten Hütten verbreitet; dieser Staatsrath nämlich war der Beschützer der Jungen Schweiz, der, so zu sagen, thatlose Zuschauer der Mißhandlungen, welche täglich die Religion und ihre Diener in verschiedenen Theilen des Landes erlitten, der Speichellecker von Menschen aus gewissen Kantonen, deren Gesinnungen zu theilen, der Walliser weit entfernt ist; endlich der unermüdliche Anfertiger neuer Geseze; mit einem Worte, dieser Staatsrath wollte Alles umschmieden, Alles anders gestalten. Dieser Titel empfahl ihn keineswegs in den Augen der Walliser, und ungeachtet seiner Fähigkeiten und Verdienste fürchtete er, und zwar mit Grund, nicht von Neuem erwählt zu werden.

Bei dieser Lage der Dinge faßte er den Gedanken, seine Zuflucht zum Terrorismus zu nehmen. Er errichtete zu Sitten eine Militärschule für Artilleristen und Scharfschützen, die fast aus lauter Mitgliedern der Jungen Schweiz bestand, da die meisten davon aus Unter-Wallis waren. Diese neue Art Einschüchterungsmittel blieb in der Hauptstadt so lange, als der Große Rath versammelt war. Diese Leute ließen die Straßen der Stadt, wo damals die zweifache Gewalt ihren Sitz hatte, von den entseßlichsten Liedern wiederhallen. ¹⁾

Man schrie laut aus, wenn die Staatsrätthe nicht wieder erwählt würden, so würde man den Großen Rath zur Vernunft zu bringen wissen. Seit dem zweiten Tage der Sitzung wegte man die Säbel, goß Kugeln vor den Augen des Volkes, und hielt beständig zwei Feldstücke auf dem Schlosse der Majorie geladen, das über die Stadt hervorragte. ²⁾ Oftmals

¹⁾ Eines dieser Gassenlieder hatte zum Refrain:

Nieder mit den Pfaffen, hinweg mit dem Gefindel u. s. w.
Das Schamgefühl verbietet, andere Verse anzuführen. Dieselben Unholde brüllten: sie wollten sich weiden an den Eingeweiden des Bischofs von Sitten, sie wollten ein furchtbares Gemetzel anrichten mit diesem und jenem Priester, mit diesem und jenem Aristokraten.

²⁾ Eines der Feldstücke war gegen den bischöflichen Pallast gerichtet, ein

begaben sie sich, in Waffenrüstung, die Ordonnanzkappe auf dem Kopfe, in denjenigen Bezirk des Großen Rathes, welcher für die Zuschauer aufbehalten wird. Dort gaben sie Zeichen von Mißbilligung, droheten mit den Augen und Händen den Deputirten, welche dem Radikalismus zuwider sprachen. Ueberall verbreiteten sie Furcht, durch Schimpfreden gegen den Bischof, gegen die Priester und die konservativen Deputirten.¹⁾ Jeden Tag bedrohte man die Deputirten mit der Ankunft der Jungen Schweiz in der Hauptstadt. Dessen ungeachtet schritt man zur Ernennung des Staatsrathes, der ganz zu Anfang aus drei alten und zwei neuen Mitgliedern bestand. Da aber die alten Staatsräthe sich zum Wahlspruche genommen hatten: entweder Alle, oder gar Keiner, so lehnten sie die neue Ernennung ab, gaben ihre Demission, welche auch angenommen wurde, und der Staatsrath ward ganz aus neuen Mitgliedern bestellt. Hierauf ergriff tolle Wuth die Partei der Jungen Schweiz. Man sah, wie sie zu Sitten sich wie Beseffene gebährten: eine nächtliche Zusammenkunft fand statt im Hause eines italienischen Gastgebers; Joris begab sich dahin, und nun stimmte man mit großer Erhizung über Krieg oder Frieden ab. Der letzte behandelte mit schönödem Unwillen diejenigen seiner Genossen, welche zum Frieden riethen, ging davon und stieß Drohungen aus.

Den 22. Mai begaben sich Herr Dr. Barman und Torrent, Präsident von Monthey, nach Illersaz zu Joris, und während der Nacht desselben Tages ließ dieser berühmte Hauptmann im Namen der Regierung den Generalmarsch schlagen und die Glocken läuten, um sämtliche Bewohner von St. Ginz-

ambres gegen das Wohnhaus der Jesuiten. Geladene Kanonen übrigens, die so gerichtet waren, daß sie auf einem Flächenräume von 15 Quadratmeilen spielen sollten, waren eine zu deutlich ausgesprochene Maßregel, als daß man sie hätte verkennen sollen.

¹⁾ Sie sagten öffentlich, sie würden Sitten nicht verlassen, ohne das Eingeweihte des Bischofs und einiger Deputirten mitzunehmen.

golph, Port=Valais, Bouvry u. s. w. zu nöthigen, daß sie die Waffen ergriffen und ihm folgten. Während dieses in Wallis vorging, begab sich, sagt man, Dr. Varman in den Kanton Waadt, um neue Brüder und Freunde anzuwerben; allein seine Stimme war zu schwach, um das Mitleid der Waadtländer über sein trübes Schicksal rege zu machen, und er kam allein nach Wallis zurück. Joris konnte nicht mehr, als etwa 200 Mann an sich ziehen, und mit diesen hielt er seinen Einzug in Monthey am 23. Er machte keine feindselige Bewegung; denn er wußte wohl, daß die Alte Schweiz aus der Ebene und von den Bergen von Illiez auch zu den Waffen griffe, und seine Schritte genau beobachte. Die Kenntniß dieser Beobachtung war hinreichend, um seinen Plan, auf den Hauptort loszugehen, scheitern zu machen. Um seine Schilderhebung zu rechtfertigen, obwohl der wohlbekannte Zweck davon kein anderer war, als die jüngst bestellte Regierung umzuwerfen, gab er vor, er habe die Waffen nur in der Absicht ergriffen, Monthey zu decken, wovon man gesagt habe, daß es von den Bergbewohnern bedrohet wäre; ein Vorwand, der auf keinem Grunde beruhete; denn niemals war ein solches Gerücht in Umlauf gekommen, es sei denn, vielleicht unter unsern radikalen Anarchisten. ¹⁾

Sobald dieses Gerücht der Obrigkeit zu Ohren kam, begab sich der Staatsrath Herr de Rivaz nach Monthey, um sich über das Vergangene in Kenntniß zu setzen. Bei seiner Zurückkehr ward dem Großen Rathe kein Bericht über diese Vorfälle erstattet; aber etwas später ließ die Behörde des Innern ein Dankfagungsschreiben an den Kommandanten Herrn Joris veröffentlichen. Läge jenes Schreiben dem Publikum nicht vor Augen,

¹⁾ In seinem närrischen Berichte vom 29. August entschuldigt Joris ebenfalls sein Benehmen, indem er sagt, er sei zum Schutze der Hauptstadt herbeigeeilt, die jedoch damals von Niemanden bedrohet war. Muß man nicht sagen, daß dieser neue Dom=Quichotte überall Angriffe sieht, die er zurück schlagen muß, und daß ihm allein, wie dem Ritter von La Mancha, die besondere Ehre vorbehalten ist, alles Unrecht auszugleichen?

so würde man Anstand finden, daran zu glauben: es war dieß der letzte Akt des vorigen Staatsrathes; und wahrlich, man möchte es seinen Schwanengefang nennen. Wie? ein Mann, der durchaus kein Amt bekleidet, noch einen Rang beim Militär behauptet; ein Mann, der nur einfacher Bürger ist, nimmt es sich heraus, im Namen des Staates zu den Waffen zu rufen, verummumt sich in einen Colonel, tritt während der Nacht unter friedlichen Bürgern an die Spitze einer bewaffneten Bande, wagt es, die angezündete Lunte in der Hand, Kanonen mit sich zu führen; wie, sage ich, dieser Mann, der anderswo wenigstens sein Leben verwirkt hätte, ärntet Lob und Dank in Wallis? In der That, das überschreitet alle Glaubwürdigkeit, und das Dankschreiben an Herrn Joris ist einer solchen Regierung würdig. Auch hat schon diese Ermuthigung der Keckheit und Verwegenheit ihre Früchte getragen.

Auf das Gerücht hin, daß mehrere Kanonen und beträchtliche Kriegsmunition aus dem Arsenal von Sitten entwendet und nach Monthey, zu Händen der Jungen Schweiz, abgeführt worden seien, verlangten hierüber einige Deputirte Erklärung vom Staatsrath. Der Präsident des Staatsrathes nun versicherte der hohen Versammlung, daß man nur Eine Kanone aus dem Arsenal nach Monthey geführt habe, um sie dort ausbessern zu lassen, und daß dieselbe alsbald werde zurückgestellt werden. Nichts desto weniger ergab es sich nach gemachter Untersuchung im Arsenal von Seite des neuen Staatsrathes, daß außer der erwähnten Kanone noch drei andere nebst einer großen Menge von Munition vermißt wurden. Nach einem solchen Austritte brauchen wir die Verfahrungsweise der alten Regierung und ihres Präsidenten nicht weiter zu würdigen; der Leser selbst mag sie beurtheilen.

Der neue Staatsrath, statt diese verschiedenen Gegenstände in das Arsenal zurückführen zu lassen, und den alten Staatsrath verantwortlich zu machen, stellte sich mit einer ausweichenden Antwort zufrieden, und bis auf den heutigen Tag blieben diese

Waffen und Kriegsgeräthe in der Hand der Jungen Schweiz, welche also in Monthey ein wohlverseheneß Arsenal besitzt.

Die vollziehende Behörde trat mit einer Proklamation auf, die schließen ließ, daß sie die Staatszügel mit Festigkeit und Entschlossenheit handhaben würde; aber ihr Verfahren zeigte sich bald mit ihren Aeußerungen im Widerspruche. Sie beging sogleich bei ihrem ersten Auftreten einen unverzeihlichen Verstoß, indem sie nämlich feindlichgesinnte Untergeordnete duldete; Sekretäre, der Hauptmann der Gensdarmen, ja selbst der Staatsweibel — Alle waren der alten Regierung sflavisch ergeben. Deswegen blieb denn auch nichts in dem Rathe der vollziehenden Behörde geheim, und ihre Anordnungen waren gewöhnlich schlecht ausgeführt, oder blieben ohne Erfolg. Die Männer, welche die Staatsmaschine in Bewegung setzten, bemerkten gar bald die falsche Stellung, worin sie sich durch Beibehaltung unzuverlässiger Untergeordneten gesetzt hatten; aber das Bewußtsein in ihrer kritischen Lage diente nur dazu, ihnen Schrecken und Mißmuth einzulößen. Die Staatsangelegenheiten erforderten gewandte und kräftig eingreifende Männer; allein man ward getäuscht. Die Verfahrungsweise der Behörde legte es nur zu sehr an den Tag.

Der Staatsrath stieß auf ein anderes nicht geringeres Hinderniß, welches nicht so leicht als jenes unzuverlässiger Beamten zu beseitigen war. Dadurch nämlich, daß die Oberwalliser im Jahre 1840 einige der ersten Stellen im Militär niederlegten, geschah es, daß unsere Truppen in die Hände radikaler Anführer gespielt wurden. Man sah also an der Spitze unserer Truppen von Oberwallis — Oberste und Majore aus Unterwallis, und dazu Junge Schweizer. Man begreift nun leicht die Verlegenheit des Staatsrathes, als er zu den Waffen greifen sollte, und was er sich versprechen durfte.

Auch gewahrte man, daß der Präsident vom Staatsrathe häufige Zusammenkünfte mit Herrn Moriz Barman hatte, der damals als Parteianführer trozig der neuen Behörde gegenüber

stand; und daß dieß ausgefallene Mitglied einen gewissen Einfluß auf jenen hohen Magistrat ausübte. Von nun an schien die Kantons-Regierung im Finstern zu tappen; sie trat nur mit halben Maaßregeln auf; die Schlachtopfer ihrer Schwäche erhielten zur Antwort: „Man muß sich gedulden“ — il faut patienter — und sie wagte sogar ihre namenlose Fahrlässigkeit mit dem edlen Namen „Klugheit und Mäßigung“ zu belegen. Zur Fülle des Unglücks ging der Präsident vom Kleinen Rathe, der die Seele der Staatsberathungen zu sein schien, in die Bäder von Leuf, um sich zu erholen, und daselbst seine schwache Gesundheit zu pflegen. Von diesem Augenblicke an wich die Obergewalt. Von der Jungen Schweiz, um so zu sagen, an den Schandpfahl gebunden, wurde die Regierung jeden Tag mit neuer Schmach überhäuft. Ihr Ansehen äußerte sich nur durch einige Maaßregeln, die man frech und ungestraft dem Hohne preis gab. Die zwei Schmähschriften, welche in Sitten ans Tageslicht gefördert worden, schienen es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, in jeder Lieferung ihren Theil von Schmähungen und von Verachtung über das Haupt dieser unglückseligen Staatsglieder auszuschütten. Alles dieß blieb ungestraft; zu Allem schien sie das Stillschweigen der Behörde zu berechtigen. War da nicht, hieß es, Klugheit, Mäßigung, Geduld — nöthig!!! Es war immer klar, daß man warten mußte; immer klar, daß der Staatsrath nichts vermochte. Ja, aber es war auch klar, daß in solchem Falle diese zeitwidrigen Handhaber der Gewalt dieselbe hätten aufgeben, ihre Unfähigkeit, ihre Nichtigkeit, ihre bekennen, ja sich unter den Scheffel bergen müssen: — dieß wäre allerdings klarer gewesen; dann hätte man mit Recht sagen können: „Klar, Klar!!“

Räubereien, durch Straflosigkeit begünstigt, nisteten sich im Lande, und namentlich im Bezirke von St. Moriz. Bewaffnete Schaaren brachen in die Wohnungen friedlicher Bürger ein; Ordnung liebende Freunde wurden geheßt und verfolgt, gleich

dem flüchtigen Wilbe; Magistratspersonen und wer immer die Grundsätze einer selbst sich zerstörenden Freiheit nicht billigte, dem Haffe und Sarkaszm der Walliser-Jakobiner preisgegeben.

Der Staatsrath machte nichts desto weniger das Tribunal von St. Moritz auf all dieses Unwesen aufmerksam, und verhiess ihm allen nöthigen Beistand. Dieses Tribunal, das bei den letzten Wahlen vollends war erneut worden, entsprach gewissenhaft der Aufforderung der Behörde. Auf den Befehl hin, die gerichtlichen Untersuchungen gegen die Zertrümmerer der Presse für die Zeitung vom Simplon wieder aufzunehmen, forderte das Tribunal von St. Moritz den alten Gross-Castellan, Herrn Martin, auf, alle Aktenstücke und Untersuchungen hierüber der Gerichtskanzlei einzureichen. Sollte man es glauben? — es ward verweigert. Dieselbe Aufforderung geschah durch die vollziehende Behörde, und zwar zu wiederholten Malen; aber immer gleiche Weigerung. Folglich ward jener, der das Protokoll so in seinen Händen behielt, nicht ferner beunruhigt. Der Staatsrath fand sich genöthigt, jene gerichtlichen Untersuchungen von Neuem wieder vornehmen zu lassen, als ob das Tribunal sich bis auf den heutigen Tag damit noch nicht beschäftigt hätte. Dieses nun entledigte sich dieser schweren Aufgabe mit Würde, und erhielt vollgültige Resultate, wodurch mehrere ansehnliche Personen bei diesem Zuge vandalischer Rohheit bloßgestellt wurden.

„ Ungefähr zur selben Zeit, “ sagt der Bericht, den der Staatsrath dem Großen Rathe in seiner außergewöhnlichen Sitzung vom Monat August überreichte, — „ ward St. Moritz, „ wo schon vorher traurige Auftritte statt fanden, der Schauplatz einer langen Reihe gleich gräßlicher Unthaten.

„ Es wäre ohne Zweifel überflüssig, Tit. Herren, Ihnen „ sie einzeln aufzuzählen. Sie sind Jedermann bekannt, ihr „ Ruf überschritt die Grenzen unsers Vaterlandes, und bereits „ sind sie weltkundig geworden Eine Bande verworfenen „ Gesindels warf sich einiger Maßen zu unumschränkten Herren

„ ihrer friedlichen Mitbürger auf, trat das unverfehlliche Eigenthumsrecht und die persönliche Freiheit mit Füßen, sprach den Magistratspersonen Hohn, verlachte die gesetzliche Ordnung und Gerechtigkeit, ergoß sich über die umliegenden Gemeinden, um daselbst Schrecken und Unordnung zu verbreiten. Die Landjäger waren ungeachtet ihrer vermehrten Anzahl nicht im Stande, sie einzuschränken, und die gerichtliche Behörde, der in ihren Anstrengungen Troß geboten ward, mußte glauben, ihre Rolle sei abgelaufen und ihre Aufgabe vollendet.

„ Während dieser Auftritte zu St. Moritz brachen auch über zwei oder drei Gemeinden dieses und eine des nächstliegenden Bezirkes Tage der Angst und des Unglücks herein

„ Aber es ist Zeit, Tit. Herren, auf die Maaßregel zu kommen, welche der Staatsrath in Folge eines weit größern feindlichen Verfahrens gegen die Gerichts-Commission des Tribunals von St. Moritz ergriffen hat.

„ Den 1. August hielt die Commission in einem Privathause ihre Sitzung über eine Untersuchung, welche mit der Zertrümmerung der Presse nichts gemein hatte. Mehrere junge Leute verlangten Eintritt in den Saal. Abgewiesen von den Landjägern, mit denen die Commission sich umgeben hatte, zogen sie sich zurück unter lauter Drohung, Waffen zu holen. Die Commission, nicht ohne Grund eingeschüchtert, löste sich auf. Der Groß-Castellan konnte sich nicht zeitig genug entfernen; die Ruhestörer stellten ihm nach, indem sie laut aufschrieten, man solle ihnen denselben tod oder lebendig ausliefern. Nur dadurch, daß er sich verbarg und dann durch ein Fenster entsprang, gelang es ihm, der drohenden Gefahr zu entgehen. Umsonst durchsuchten seine Feinde einige Wohnungen des Fleckens, und sogar, wie man sagt, sein eigenes, anderthalb Stunde entlegenes Haus. Er war ihrem Angriffe fern. “

Diese so eben erwähnten Thatsachen sind durch unsere Zeitungen entstellt, oder gar mit Stillschweigen übergangen worden. Sie beweisen, in welch' anarchischem Zustande sich das Land befand. Indes bildete sich zu Martinach ein revolutionäres Comité, unter dem Vorwande, das Tribunal von St. Moritz sei an seiner Pflicht Verräther geworden, und der Staatsrath habe, der Verfassung zuwider, bei dem Tribunal von St. Moritz einen Berichterstatter angestellt, der noch nicht 25 Jahre zählte, und er habe seine Schranken übertreten, indem er Truppen auf den Fuß gestellt, ohne die Mitglieder des Großen Rathes davon in Kenntniß zu setzen.¹⁾ Die Errichtung dieses

¹⁾ Alle diese Anschuldigungen sind ungegründet. Das Tribunal von St. Moritz ist dadurch, daß es die Untersuchungen gegen jene, welche die Presse der Zeitung zerbrochen, wieder vornahm, nicht Verräther an seiner Pflicht geworden; es hat vielmehr dem Staatsrath sowohl als der Gerechtigkeit Genüge geleistet. Eben so wenig ward die Verfassung verletzt durch die Ernennung eines Berichterstatters unter 25 Jahren; denn dieses Alter ist nur für die Civil-Beamten vorgeschrieben, deren Amtsdauer auf zwei Jahre festgesetzt ist, und zu diesen gehören keineswegs die Berichterstatter, die nach Belieben durch den Staatsrath, dem sie bloß als Anshülfe dienen, geändert werden können. Außerdem wäre es doch wohl sonderbar, wenn der öffentlichen Sache die Vollmacht nicht zustände, zu ihrer Vertheidigung einen legitimierten Advokaten zu gebrauchen, den doch jeder einfacher Bürger durch gesetzlichen Zwang zur Uebernehmung seiner Angelegenheit nöthigen kann. So dachte im Jahre 1841 der Advokat Herr Barman, indem er um den Advokaten Herrn Bivley zu seinem Vice-Berichterstatter anhielt, welcher damals noch jünger war, als im Jahre 1843. Seither aber haben sich die Dinge ganz anders gestaltet. Man sieht auch ein, wie nothwendig es war, zur Unterdrückung aller dieser Mißbräuche Gewalt zu gebrauchen, und wenn die Mitglieder des Großen Rathes nicht zur Zeit von dieser durch den Staatsrath ergriffenen Maaßregel in Kenntniß gesetzt wurden, so muß man die Gründe eines solchen Verfahrens erwägen, welche die Staatsräthe darzuthun versprochen haben, sobald sie nach abgelaufener Amtsdauer, zur Rechtfertigung ihres Benehmens werden aufgefordert werden. Uebrigens scheint es uns, unseren Fortschrittsmännern sollte doch jene einfache Rechnungsformel nicht unbekannt sein, daß ein Befehl zu einem Gegenbefehl gleich Null ist. Nun aber hatte der Staatsrath keinen Bericht zu geben. Ist der Gegenbericht nicht eingetroffen, so fällt die Schuld auf den gefälligen Gensbarmen, der damit beauftragt, sich durch die Jungen Schwoizer veraarauern ließ.

aufrührerischen Comitees ging wenige Tage dem Kantons-Freischießen vorher, welches, schon von weitem eingeleitet, zu Monthey statt hatte, und dazu dienen konnte, eine Versammlung bewaffneter Junger Schweizer zu verstecken, und im Falle der Noth hülfreichen Arm zu bieten.

„ Man mußte sehen, ob Anarchie die Oberhand behaupten würde,“ fährt der Staatsrath in seinem schon erwähnten Berichte fort. „ Ein Bataillon mußte sich marschfertig halten, und die erste seiner Schützen-Compagnien erhielt Befehl, nach St. Moriz abzugehen, um das Tribunal wieder einzusetzen, und die Ergreifung jener zu bewerkstelligen, welche zum Arrest verurtheilt waren.

„ Indesß vollzog man diese Maaßnahme dennoch nicht nach ihrem ganzen Umfange. Indem der Staatsrath nur eine Compagnie in Bewegung setzte, ging er von dem Glauben aus, eine solche Gewalt sei zur Erfüllung ihrer Aufgabe hinreichend. Aber indesß war die Zeit vorangeschritten, und jede Stunde brachte Neues mit sich. Schon sprach man von Widersetzlichkeit hinsichtlich des Abzuges der Compagnie. In dieser Lage der Dinge wollte die vollziehende Macht noch einmal die Wege der Milde und Ueberzeugung versuchen. Während sie die Gensdarmarie-Wache zu St. Moriz verstärkte, ließ sie an die Compagnie einen Gegenbefehl ergehen, und schickte einen Staats-Ausschuß in diese Stadt, der unter andern auch die Weisung erhielt, die Magistratspersonen dieses und der benachbarten Zehnten zu versammeln, um sich mit ihnen über die zur Vermeidung neuer Verwickelungen zu ergreifenden Maaßregeln zu verständigen.

„ Die Herren Abgeordneten trafen am 7. d. M., Nachmittags, in Martinach ein. Kaum aus dem Wagen gestiegen, vernahmen sie, daß sich hier eine zahlreiche Versammlung über die Angelegenheiten des Landes berathe, und bald darauf verlangten mehrere Abgeordnete dieser Versammlung ihnen vorgestellt zu werden. Es währte nicht lange, so

„ wurde dem Herrn Staatsrath von Kalbermatten, dem Haupte
„ jener Gesandtschaft, eine Zuschrift eingehändigt, welche man
„ später angemessen erwiederte. Da er seine Reise nach St. Moriz
„ fortsetzen wollte, so mißrieth ihm dieses Jemand, der im Falle
„ war, die Stimmung der Gemüther wohl zu kennen, indem
„ er zu verstehen gab, er würde wohl auf materielle Hinder-
„ nisse stoßen. “

Dieses dienstfertige Individuum war Moriz Barman, Präsident des revolutionären Comitees; er richtete an die Commissäre die heftigsten Ausdrücke und ließ sogar Drohungen verlauten. Auch Herr Dr. Barman befand sich unter dieser Rote, und hielt in Gegenwart der aufrührerischen Menge der vollziehenden Macht eine tüchtige Strafpredigt, nichts desto weniger der Obrigkeit, wie er vorgab, seine Ehrerbietung erweisend. Es war dieß wahrlich das *“ Ave Rabbi! ”* — Sei gegrüßt, Meister! — der Juden, welches die gegenwärtige Menge mit dem lauten Hohngeschrei erwiederte: *“ Crucifigatur! ”* — An's Kreuz mit ihm! — Die Commissäre sahen sich demnach genöthigt, noch am selben Abend nach Sitten zurückzukehren. Nur dem Hauptmann von Nuce gestanden die Jungen Schweizer, und zwar aus gutem Grunde, die Reise bis nach St. Moriz zu, woselbst er seine ganze Sendung darauf beschränkte, das Pflaster zu treten, und Herrn Groß-Castellan Rouiller zu Durtre Rhone einzuladen, seine Entlassung einzugeben. Eine solche Aufforderung unter solchen Umständen ward von diesem öffentlichen Beamteten als ein wahrer Spott angesehen.

„ Herr von Kalbermatten hatte der Versammlung von Mar-
„ tinach den Bericht der gegen St. Moriz ergangenen militä-
„ rischen Maassregeln mitgetheilt. Dessen ungeachtet langte fol-
„ genden Tages eine Abtheilung der Compagnie Lüder im er-
„ sten dieser beiden Orte an. Der Gegenbefehl war ihm näm-
„ lich nicht zugekommen, weil der Gensdarme, der ihn über-
„ bringen sollte, auf dem Wege seiner Depeschen war beraubt
„ worden. “ (Auszug aus dem Berichte.)

„Bebauernswerth ist es fürwahr — so spricht sich der Staatsrath in seinem Berichte aus — daß Behörden, Beamtete, öffentlich angestellte und Privat-Männer der That, wenn auch nicht der Gesinnung nach, zwischen die Obrigkeit, welche die Ordnung der Dinge herzustellen sucht, und die Einzelnen, welche sie zerstören, treten. Es ist dieß ein befremdender, ja schmerzvoller Auftritt! Indes, so äußern sich die Staatsräthe, können sie nicht umhin, in der Versammlung von Martinach, unter den Umständen, in welchen sie statt fand, eine Untergrabung des moralischen Ansehens der Regierung und Ermuthigung der frechen Willkühr der Ordnungsstörer bezweckenden Charakter zu erkennen.“ ¹⁾

Das Freischießen von Monthey ward am 15. August, am Feste Mariä-Himmelfahrt, eröffnet, und dieß zwar trotz der allgemeinen Trauer, in welche der Hintritt seines würdigsten Bischofs den Kanton versetzt hatte. Deffentliche Reden, mehr oder minder heftig, wurden daselbst gehalten, aber jene der Brüder Barman waren bei weitem die rasendsten. ²⁾ Die Häupter der Empörer sagten es laut, man werde die Herren Staatsräthe Groß und Cocatrix zwingen, ihre Entlassung einzugeben, gewisse Wahlen von St. Moriz ändern, eine allgemeine Amnestie für politische Verbrecher und Frevel erhalten, oder der Krieg werde ausbrechen. ³⁾

Als am Sonntag, an welchem das Freischießen geschlossen

¹⁾ Ist diese Aeußerung des Staatsraths nicht ein aus seiner eigenen Hand zu seiner Verdamnung ausgehendes Meisterstück? Er erkennt das Uebel, aber aus Klugheit will er es sich entwickeln lassen.

²⁾ Mehrere Zeugen versichern, daß sie in einer Rede des Herrn Moriz Barman die kanibalschen Worte gehört: „Binnen acht Tagen wird die Herrschaft der Priester ein Ende haben; aristokratisches Blut wird man aus diesem brüderlichen Becher schlürfen.“ (Er hielt einen Becher in der Hand.) Auch Madame Barman wollte ihr Wörtchen mitsprechen; allein ihr kluger Gemahl hielt sie zurück.

³⁾ Es ist sonderbar, die Zertrümmerer, Drohungen im Munde, um Gnade bitten zu sehen.

wurde, der Staatsrath die Nachricht erhielt, daß die Junge Schweiz gegen Sitten ziehen werde, um ihn zu stürzen, so berief er vier Compagnien des Contingents ein und traf verschiedene andere Maaßregeln. Am gleichen Abend langten Herr Advokat Torrent, Herr Oberst Morand und Herr Groß-Castellan Düfay, als Abgeordnete des Comitees von Martinach, in Sitten an, und forderten die Regierung auf, die vier Compagnien zu verabschieden; widrigen Falls würden Truppen auf Sitten losziehen. Der Staatsrath gestattete Alles, und die Truppen wurden zurückgeschickt; das hieß abdanken. Es circularte zugleich eine Erklärung in Unterwallis, mit mehreren Unterschriften, deren Inhalt war, von nun an sei das Comitee von Martinach als die alleinige Obergewalt in Unterwallis anzuerkennen. 1) Da trat dann eine bis dahin noch unbekannte Regierung ans Tageslicht, welche mit allen Elementen versehen war, die eine augenblickliche Regierung bezeichnen. Dieses aufrührerische Comitee richtete an die Zehnten von Unterwallis einen Befehl, welcher mit der Unterschrift des Herrn Moriz Barman, Präsident, und Herrn Hyp. Pygnat, Sekretär, versehen, dahin lautete, man habe von nun an das Ansehen dieses Comitees anzuerkennen, und somit Abgesandte zur Huldigung zu überschießen; widrigen Falls würde man sich solche mit bewaffneter Hand zu verschaffen wissen. Trotz dieser Drohungen gehorchten mehrere Gemeinden von Entremont, St. Moriz und Monthey einer solchen sonderbaren Aufforderung nicht. — Und bei dergleichen Umständen, die eben so viele National-Majestätsverbrechen sind, verabschiedete der Staatsrath seine Truppen. 2)

Er glaubte nichts desto weniger, das Land befinde sich in einer genugsam kritischen Lage, um den Großen Rath versammeln zu müssen und daselbst Schutz zu suchen. Außerdem gewährte das durch seinen jüngst verstorbenen Bischof erledigte

1) Diese Erklärung wurde im Echo des Alpes aufgenommen.

2) Sein damaliges Verfahren fällt heute Niemand auf.

Bisthum einen Grund, der Allen vollgültig schenken mußte. Die Zusammenberufung war auf den 23. August festgesetzt. Der Staatsrath brandmarkte in seinem schon erwähnten Berichte an die gesetzgebende Behörde, das Betragen des Comitees von Martinach, und hob mit Nachdruck die in Unterwallis statt gehabten Unordnungen hervor; aber erschöpft durch die Anstrengungen, die er zur Rechtfertigung seiner Verwaltung angewandt hatte, fand er kein anderes Mittel, die Ordnung wieder herzustellen, als über die begangenen Unthaten den Schleier zu ziehen, und die Gräueltthaten sammt ihren Urhebern in Vergessenheit zu begraben. Endlich ward eine volle Amnestie für alle politische oder gleichpolitische Verbrechen, den Mord nur ausgenommen, vorgeschlagen. Eine herrliche Erfindung, die das Laster ermuthigt und die Ungerechtigkeit rechtfertigt! Es ward also dieser durch scheinbar gültige Gründe unterstützte Vorschlag angenommen; ward aber die Ordnung wieder hergestellt? Nein, — die Störung ward größer, als je. Die Staatsmänner konnten einsehen, daß aus der Verletzung der Gerechtigkeit und Ungestraftheit des Lasters nie Ordnung hervorgeht. Denn diese Amnestie selbst war eine Verwirrung der Macht, eine Unordnung; Amnestie erklären, hieß, ein wildes Thier loslassen, das man entweder tödten oder in Banden halten muß. Nach diesem Resultate verlangten diese unerfahrenen Beamten von dem Großen Rathe eine Vollmacht, die ihnen eben so unflug zugestanden ward. ¹⁾

Am Abend selbst, wo über diese Amnestie abgestimmt wurde,

¹⁾ Der Große Rath sollte doch wohl, wie es scheint, bald einsehen, daß er nicht so leicht hin seine Macht in die Hände des Kleinen Rathes abtreten dürfe. Die Erfahrung lehrt uns, daß dieses Mittel, das so leicht Sitzungen aufhebt, nicht immer zum allgemeinen Wohle gereicht. In Folge einer solchen Vollmacht, versetzte sich der Staatsrath, durch ein Aufgebot des Contingents, leghin an den Rand des Verderbens. Und auf diese Vollmacht hin wird er sich wahrscheinlich stützen, um sein Verfahren gegen die Joris'sche Horde zu entschuldigen; ja sogar, um die Tagsatzung zu einer Vermittlung aufzufordern, falls dieß zu seinem Nutzen gereichte.

verfügte sich um 8 Uhr eine Gesandtschaft von Unruhestiftern zum Staatsrath de Cocatrix, und ließ ihm zwischen seiner Abdankung und dem Bürgerkrieg die Wahl. ¹⁾ Ein solcher Grund sprach zu laut zu dem Herzen eines wohlgesinnten Bürgers, um hartnäckig fernerhin eine Würde beibehalten zu wollen, um die er sich keineswegs beworben hatte. Er dankte sogleich ab, und zog sich zurück.

Indeß dieß zu Sitten vorging, sah man zu St. Moriz gräßliche Thaten. Der Groß-Castellan Rouillier wurde in seiner Wohnung, zu Dutre-Rhone, ergriffen, nach St. Moriz abgeführt, wo er zwischen seiner Abdankung und dem Tode zu wählen hatte. ²⁾

¹⁾ Ein Sachkundiger versicherte, daß Moriz Barman, der zu dieser Gesandtschaft gehörte, dem Herrn de Cocatrix erklärt habe, er könne, im Falle er im Lande verweile, für sein Leben nicht bürgen, da er die Dolche seiner Leute nicht mehr abzuwehren vermöge.

²⁾ Ueberall dieselben Gewaltthätigkeiten: Abdankung oder das Schwert. Folgendermaßen spricht sich der Groß-Castellan Rouillier in einem Briefe an den Staatsrath aus.

Herr Präsident!

. Am 25, am Tage nach dem Austritte zu Gvionnaz, befand ich mich, nach einer mehrtägigen Abwesenheit, in meiner Wohnung, als plötzlich Nikolaus Gallay, Gerichtsdiener des Tribunals, das jenem, in welchem ich den Vorsitz führe, voranging, mich besuchte, und mich bat, in das benachbarte Haus zu gehen, um mit ihm eine Rechnung zu ordnen; er sei nur in dieser Absicht nach Callenge gekommen, fügte er bei. Kaum hatte ich besagtes Haus betreten, als eine Schaar von St. Moriz und der Umgegend mich umringte, und der Zugang, die Küche und das Zimmer, in welchem ich mich befand, anfüllte. Gallay, der die Motte anzuführen schien, machte mir das Anerbieten, mich mit ihnen zu Nikolaus Meulaz nach St. Moriz zu begeben, wo eines zur Wiederherstellung des Friedens aufgestelltes Comité mich erwarte, um sich über die Mittel zu berathen, dieses allgemein erwünschte Ziel zu erreichen, und auf meine Nachfrage sagte er mir, daß Herr Advokat Barman, der Präsident und der Vice-Präsident des Sehten, die Herren Advokaten Gay und Torrent Theil daran nehmen, und daß diese ganz besonders mich einladen. Meine Familie, geängstigt durch die in St. Moriz vorhergegangenen Ereignisse, die Gv. Hochwohlgeboren berichtigt wurden, und den mir gelegten Fallstrick ahnend, baten dringend, aber

Durch diese Drohungen erschreckt, unterzeichnete er einen Abdanfungsakt, und wurde sodann von diesen Wütherichen nach Hause zurückgeführt. Von da aus ging ihr Zug nach La Balma, um neue Gräuel zu verüben; allein sie trafen daselbst die Einwohner unter Waffen, und wurden mit einem wackern Feuer empfangen, das so lange in die Nacht hinein dauerte, bis die Räuberhorde den Platz geräumt hatte. Den 26. August gelangte die Nachricht hievon an den Staatsrath, der sogleich den Dr. Barman zu St. Moriz mit der Vollmacht beauftragte, die Ordnung wieder herzustellen. Was that dieser, seine Sendung zu erfüllen? Bisher konnte es noch Niemand erfahren. — Wahrscheinlich leitete er die Ereignisse ein, die nun folgen.

Am selben Tage noch meldete der Staatsrath diese traurigen Vorfälle dem Großen Rathe. Er überreichte ihm zugleich die Abdanfung des Herrn de Cocatrix, und trug auf dessen Ersetzung an. Die gestattete Vollmacht benutzend, setzte er den

umsonst, um meine Freilassung; kaum hatte ich den Castellan und Vice-Castellan von Gallonge kommen lassen, um als Zeugen der sich zutragenden Dinge mich zu begleiten, als man mich schon zur Abreise drängte, mit der Versicherung jedoch, es solle mir nichts begegnen. Als ich durch Evionnaz kam, schrieb Denis Debonnaire von St. Moriz: „Es ist endlich Zeit, daß man diesen verfl. Wolf aus seiner Höhle hat herausreißen können.“ Ich setzte meinen Weg mit dieser Rotte bis in die Tiefen des Schwarzen Waldes fort, wo mich; auf die Nachricht meiner Ankunft, welche Johann Delferse aus Prife, von Evionnaz eilend, dahin gebracht hatte, Johann Chasse von St. Moriz, der verschiedener auf ihm lastender Vergehen willen gerichtlicher Strafe unterworfen und deshalb vor Kurzem aus der Schloßhaft gewaltthätig befreit worden war, wie solches der Staatsrath erfahren hat, mich beim Halse packte, und mir den Nacken zwängte, bis Gallay ihn davon abmahnte. Der Zug ging weiter bis zum Walliser-Wappen in St. Moriz, wo ich, statt zu Nikolaus Meulaz, in ein Zimmer des Wirthshauses zu gehen genöthigt wurde. Eine beträchtliche Anzahl junger Leute füllte den Gasthof und dessen Eingang, unter denen ich unter andern den Advokat Gay, den Rathsherrn Fr. Debonnaire, mehrere aus benachbarten Kantonen, und auch verbannte Franzosen, die sich hierher geflüchtet, bemerkte. Gallay sagte mir hier in dem Tone eines Befehlshabers: „Herr Groß-Castellan, Sie werden Ihre Entlassung von der Groß-Castellanei eingeben, und die weitere Verfolgung des Zeitungsprocesses, dieses schändlichen Processes, der nur zu Gunsten

Großen Rath in Kenntniß, daß bereits drei Bataillons des Contingents in Bewegung seien, um jeder feindseligen Reibung der verschiedenen Parteien vorzubeugen. Er hatte überdies einen Kriegsrath von fünf Mitgliedern ernannt, zu welchen Herr Moriz Barman, Präsident des Comitees von Martinach, und der Advokat Torrent gehörte, welcher letztere einige Tage vorher gekommen war, den Staatsrath aufzufordern, die von ihm auf den Fuß gestellten Truppen wieder zu verabschieden. Herr P. L. von Niedmatten von Sitten war Präsident dieses Rathes. Diese Wahl sowohl, als das Aufgebot des ganzen Contingents ließ eine Schreckensscene ahnen. Denn welcher schrecklicher Kampf, und welches Gemetzel wäre nicht entstanden, wenn es zu einem Ausbruch gekommen wäre? Doch Gott wachte noch über uns; er demüthigte die Guten nur, um ihnen die Augen zu öffnen, und ließ der Gottlosen Keckheit zunehmen, um sie nachher, gleich dem Schilfrohre, zu brechen.

der Priester, dieser Ruhestörer, ist, unterlassen Fort mit ihren Privilegien und Freiheiten! Stimmen Sie hierin ein, so soll Ihnen nichts begegnen, wo nicht aber, so stehen wir nicht für Ihr Leben.“ Hierauf erklärte ich, ich halte keineswegs auf meine Stelle als Groß-Castellan, aber meine Amts-Niederlegung verlege meine Ehre und jene meiner Familie; was den Zeitungsprozeß anbelange, so handle ich hierin nur nach den vom Staatsrathe erhaltenen Befehlen. Alsobald ließen sich mehrere wilde Stimmen vernehmen: „Sie werden dasselbe ablegen, und zwar schriftlich, widrigen Falls werden wir wissen, was wir mit Ihnen zu thun haben.“ Andere schrien: „Mit den Pressen“ — und Andere — „in die Rhene hinab!“ — Diesen Drohungen endlich nachgebend, unterzeichnete ich dann meine Entlassung, mit dem Bemerken jedoch, daß ich die Regierung davon in Kenntniß setzen werde. Hiemit stellte man sich zufrieden, und Mehrere aus ihnen begleiteten mich zu meiner Wohnung, von wo aus sie sich in das Dorf La Balma begaben, wo sich ein Scharmügel entspann, dessen Ausgang mir unbekannt ist; es war schon tief in der Nacht. Den Tag darauf, da ich von einem neuen Besuche dieser Art Wink erhalten, entschloß ich mich, meine Wohnung zu verlassen, wo ich neun Kinder in größter Verwirrung zurückließ. Diese unglücklichen Kinder sind durch die beständigen Nachforschungen dieser Beduinen unaufhörlich beunruhigt,

(Unterschrift.)

Für heute ward die Frage in Betreff der Abdankung des Herrn de Cocatrix auf Montag den 28. verschoben. Während dieser Zwischenzeit gehorchten die Truppen den Befehlen des Staates; Alle stellten sich, und die große Mehrzahl schien vom besten Geiste beseelt, indem sie einstimmig erklärten, man müsse den Aufrührern endlich einmal ein Ende machen. Doch strafbarer Nachlässigkeit der Machthaber zufolge, konnten die Empörer es versuchen, den Soldaten zu bestechen, der jedoch allen Bemühungen widerstand; und dieß allein zeigte mehr, als alles Uebrige, wie wenig die Jungen Schweizer beliebt waren. Unterdessen erfuhr man, daß der Vorfall von La Balma nicht so bedenklich sei; man dachte, daß die Truppen, welche nicht über Martinach und Leuf vorgebrungen seien, wohl nicht bis nach Sitten kommen würden, und gab ihnen die Ordre, an einem jener Orte Halt zu machen, dem bei Erhaltung des Befehls sie am nächsten wären. Es verursachte dieses wohl einiges Murren bei den Truppen; jedoch mit weniger Ausnahme fügte sich der Soldat.

Am Montage ward der Advokat Torrent an die Stelle des Freiherrn de Cocatrix ernannt. Nach einer kurzen Unterredung mit den vier andern Staatsrathen übernahm er diese hohe Würde, mit der Erklärung, daß er in allen Stücken dem Programm sich fügen werde, welchen seine Amtsgenossen bei Antretung ihres Amtes veröffentlicht hätten. Und wirklich befolgte er denselben, wie zuvor seine Amtsgenossen!! „Lassen wir's gehen; schweigen wir dazu; nur behaupten wir den Sessel.“ Dieß scheint ihr Lösungswort.

Den 29. hinterbrachten die Abgeordneten, ¹⁾ die aus Unterwallis zurückkehrten, die Nachricht, daß trotz der heftigen noch herrschenden Gährung die Ordnung wieder hergestellt sei. Der Staatsrath erklärte darauf, daß er die Truppen verabschiedet,

¹⁾ Unter diesen befand sich P. L. von Riebmann, Präsident des Kriegsrathes, und Herr Advokat Torrent, Staatsrath.

und der Compagnie Duchoud befohlen habe, in St. Moritz zu verweilen, bis das Tribunal in seine frühere Thätigkeit getreten sei. Die Wahl des Bischofs ward verschoben und die außerordentliche Sitzung des Großen Rathes aufgehoben. Die Abgeordneten wurden durch die Staatsräthe aufgefordert, schleunigst in ihre Zehnten zurückzukehren, um daselbst zu verkünden, daß das Land sich wieder seiner frühern Ruhe erfreue, und daß alle ein unumschränktes Vertrauen der vollziehenden Behörde schenken sollten, welche die ihr zugestandene volle Gewalt von nun an in Ausübung setzen werde.

Während man nun in der Hauptstadt so durch schöne Worte die Mitglieder des Großen Rathes einschläferte, was sah man da an beiden Enden des Landes? Einerseits maßte sich Joris eine diktatorische Gewalt an; er erließ in Unter-Wallis ein allgemeines Aufgebot: von 18 bis 55 Jahren sollte die Masse aufstehen, um, wie er vorgab, Unter-Wallis in Schutz zu nehmen, und um die Angriffe fanatischer Ober-Walliser, die am Tage selbst, den 28. August, vorrücken sollten, zurückzudrängen. Die Folgen haben die schwarze Bosheit einer solchen Anklage bewiesen; sie haben bewiesen, wo im Lande die Fanatiker sich aufhielten. Dennoch versicherte Joris, er handle nur auf Ordre des Comitees von Martinach und des Präsidenten des Kriegs Rathes in Sitten. ¹⁾ In einigen Orten drohete

¹⁾ Der Befehl, den Joris an die Präsidenten der Gemeinden abfertigte, lautete also:

„ Herr Präsident, in Auftrag des Obercomitees von Martinach, so wie
 „ des Präsidenten des zu Sitten von der Regierung angestellten Kriegs Rathes,
 „ wird Ihnen hienit der Befehl ertheilt, alle Kriegsfähigen von 18 bis 55
 „ Jahren sogleich marschfertig zu halten, um den Angriff fanatischer Ober-
 „ Walliser, die heute Abend noch anstürmen sollen, von Unter-Wallis abzu-
 „ wehren. Ich bin bevollmächtigt, selbige auf meinem Durchzuge durch Ihre
 „ Gemeinde unter mein Commando aufzunehmen, und folglich wird alles vor-
 „ handene Kriegsgeräth zu unserer Verfügung herausgeliefert werden müssen.
 „ Allerfaj, den 28. August 1843.

„ Unterzeichnet

„ Joris. “

man sogar, einen Jeden, der sich der Joris'schen Horde nicht anschließen wollte, niederzuschießen. Dann begannen Grausamkeiten, welche an die traurigsten Auftritte von 1793 erinnern.

Nachdem Joris den Ginnehmer von Marsaz gezwungen hatte, ihm 260 Franken aus der Kasse seiner Einnahmen einzuhandigen, setzte er an der Spitze der auf seinem Zuge angeworbenen Mannschaft seinen Marsch gegen Sitten fort. Auf seinem Durchzuge durch Monthey ließ er daselbst die Jungen Schweizer dieses Ortes als Schutzwache zurück, und gelangte alsdann mit 300 Mann nach St. Moritz. Früh Morgens überreichte der Herr Präsident Barman, in Bundes-Uniform, dem Hochw. Abt einen Brief, den er von Joris erhalten hatte. Es ward darin angekündigt, Joris werde bei den Chorherren sein Quartier nehmen, um sie für ihr ehemaliges Betragen zu strafen. In der That rückte dieser Häuptling mit seiner bewaffneten Horde noch denselben Abend in der Abtei ein, wo sie Speise und Trank in Uebersuß genossen. Das großmüthige Benehmen und Zuvorkommen, mit dem diese Menschenklasse von den Religiösen bedient wurde, entwaffnete sie gänzlich, und die Abtei litt weiter keinen Verlust, als den der gelieferten Lebensmittel,

P. S. „Ich hoffe, die politischen Zwistigkeiten werden im Angesichte der „uns Allen drohenden Gefahr verschwinden.“

Herr von Niedmatten, Präsident des Kriegsrathes, läugnet, solchen Befehl Joris ertheilt zu haben, und läßt deshalb folgenden Brief in Nr. 78 des Walliser-Couriers einrücken.

„Herr Redaktor! Ich bitte, folgende Erklärung in Ihr Journal aufzunehmen. So eben setzt man mich in Kenntniß, daß von einigen ansehnlichen Personen der Zehnten Siebers und Leuf öffentlich ausgesagt wird, daß der im August gegebene Befehl, der dahin lautete, der Heerhaufen Joris sollte sich in Marsch setzen, von dem Präsidenten des im Augenblicke des Ausbruchs der drei Bataillone eingesetzten Kriegsrathes ausgegangen sei. Da ich damals mit dieser Würde beehrt war, und niemals einen solchen Befehl ertheilt habe, so zeihe ich diese Behauptung auf das Nachdrücklichste der Lüge.

Unterzeichnet,

E. von Niedmatten, Präsident. “

Wer von beiden ist es wohl, der dem Publikum etwas aufbinden möchte?

freilich, hinsichtlich der Gurgelhelden, ein nicht kleiner Verlust. Mittwoch, den 29., lagerte diese Streifhorde in Martinach zum Mittagsschmaus, wo nun die Reihe auch an das Haus von St. Bernard und die Pöbstei kam. Hier raubte (das ist das wahre Wort) — raubte Düfour, Joris Lieutenant, aus dem Zimmer des Herrn Majors Gretter eine Summe von 2000 Franken, welche die Regierung diesem Offizier eingehängt hatte, um die in Martinach aufgestellten Truppen zu besolden. Nach dieser Heldenthät rückte die Räuberbande weiter, angefeuert durch eine Rede, die Joris gehalten. Der Held hatte ihnen alle Räuberei verboten, ausgenommen in den Pfarrhäusern (*les maisons des clochers*). So ward dann auch die Pfarrei von Ribbes geplündert, der Diener des Hauses erschlagen, und auf den Pfarrer, der sich noch am Altar befand, ward angelegt, und er wäre, wenn der Schuß losgegangen, ein Opfer des Todes geworden. ¹⁾ Auch in St. Pierre suchte man den Rektor heim und griff wacker zu.

Jedoch in Ardon war es, wo man das Maaß der niedrigsten Frechheit füllte. Und wir verstehen, warum? Hier nämlich befand sich der unerschrockene Gegner des Radikalismus, der unermüdlche Vertheidiger der wahren Freiheit, der gefürchtete Feind der Jungen Schweiz. Das Pfarrhaus ward kahl ausgeplündert. Wer möchte alle jene Scenen des Schreckens und der Unsittlichkeit beschreiben, die hier ans Tageslicht traten. Nur am folgenden Tage, als bereits Alles verschlungen war, trat Joris in das Pfarrhaus ein, und sagte mit beißendem Spotte seinen ehrlosen, von Wuth und Ausschweifung noch beerauschten Geschöpfen: „Verschonet das Hausgeräthe und die Schriften, so wie das Gebäude; aber belustigt euch im Keller und in der Speisekammer.“ Diese Worte wurden unter dem Hurrahgeschrei einer wildaufbrausenden Horde empfangen. ²⁾

¹⁾ Der sogenannte Torney von Saron gestand selbst dem Castellan von Ribbes, er habe wirklich die Absicht gehabt, den Pfarrer zu tödten.

²⁾ Man möge sich die politischen Verhandlungen zwischen dem Pfarrer von

Seit der Ankunft Joris in Ardon sah man Staffetten von hier nach der Hauptstat, und von dort nach Ardon, beständig auf dem Wege. Der Rath von Sitten sandte einen Eilboten an den Colonel, um ihn zu fragen, wie viel Logis für seine Truppen zu bereiten seien. Er antwortete, er werde, im Falle er nach Sitten den Marsch verfolge, mit den Seinen auf der Planta ¹⁾ lagern. Auch erschienen in Ardon Gesandte des Staatsrathes, um diese Menschen zum Rückzuge zu bewegen; aber sie nahmen den Anschein, in dieser Rücksicht in keine Verhandlungen einzugehen. Nun ging zwischen der Behörde und diesen Aufrührern eine Art Comödie vor. Herr Advokat Barman, der seit seiner, in der Sitzung des Großen Rathes erhaltenen hohen Sendung, in Sitten sich nicht gezeigt hatte, erschien plötzlich, um in dem Gasthof zum goldenen Löwen seinen holden Engel, ²⁾ der ihm im Jahre 1840 den Degen umgürtete, zurückzulassen. Auf die Bitte, hinzugehen, um für den Staatsrath bei Joris Vermittler zu sein, reiste er sogleich wieder ab, um, wo möglich, ihn zu besänftigen!!!

Nach ihm kam Moriz Barman an, welcher dieser Bande versicherte, „daß sie nicht anders, als über seinen Leib hin, nach Sitten vordrängen würde.“ Darauf folgte Herr Advokat Dücret, Schwager jenes unbezähmbaren Eroberers, der, um ihn zu besänftigen, die süßen Bande der Verwandtschaft geltend machte. ³⁾

Ardon und Joris ins Gedächtniß zurückrufen, und man wird leicht begreifen, warum letzterer, von Rachbegierde getrieben, sich es so wenig angelegen sein ließ, diesem Unwesen in der Pfarrei von Ardon ein Ende zu setzen. Indesß veraarauerte man ja nur ein Pfa ffenkäppchen (un calolin).

¹⁾ Dieser Eilbote, den der Rath von Sitten nach Ardon sandte, ist der Bäcker Gresset, der Vollmacht hatte, einen Wagen im goldenen Löwen zu bestiegen.

²⁾ Madame Barman, Millet-Constant's Trostengel, wollte selbst den Degen ihrem lieben Gemahl umgürten, als dieser, in den schönen Apriltagen, gegen die Aristokraten zu Felde ziehen wollte.

³⁾ Herr Joris und Dücret haben sich mit zwei Schwestern vermählt.

Ihm folgte Herr Staatsrath Torrent, Onkel von Joris, der endlich dessen Rückzug auf so schmählliche Weise vermittelte und im Namen der Regierung mit dieser Handvoll Aufrührer capitulirte. ¹⁾ Nach dieser schimpflich eingegangenen Transaktion trat die Joris'sche Bande, die sich durch Abfall während der Nacht auf 180 oder höchstens auf 200 Mann vermindert hatte, ihren glorreichen Rückzug an. Geschmückt, ja ohne Zweifel, waren sie mit den Lorbeeren, die gar bald die Stirne jener, die sie gewonnen, mit Schamröthe bedecken werden.

Während sich solche Dinge zu Ardon zutrug, ward auch Monthey die Schaubühne unerhörter Gräuel. Der ehrwürdige Pfarrer dieses Ortes, im Begriffe, einen Kranken zu besuchen, wurde von einer Rotte Junger Schweizer ergriffen, und Mißhandlungen preisgegeben, tausendmal bitterer, als der Tod. ²⁾

¹⁾ Dieser schimpfliche Vertrag ist ohngefähr des Inhaltes: Keine Nachsuchungen, weder gegen die Truppen, noch ihre Anführer, sollten hinsichtlich dieses Zuges angestellt, die Truppen selbst vom Staate besoldet werden; der Staatsrath aber solle auf Mittel sinnen, zu gelegener Zeit alle kirchlichen Vorrechte abzuschaffen; der von der Regierung bevollmächtigte Abgesandte den Anführern auf die Erklärung hin, daß man sich nur zum Schutze der von einem Angriffe bedrohten Stadt Sitten in Marsch gesetzt habe, volle Genugthuung leisten u. s. w., n. s. w.

²⁾ Dienstag den 29. August ward Herr Pfarrer Dumoulin zu der Ehefrau des Tags zuvor verschiedenen Gobonnet gerufen. Sie war, wie man vorgab, der peinlichsten Trostlosigkeit preisgegeben. Der Herr Pfarrer folgte eiligst diesem Rufe, als er, an dem Kirchthurm vorübergehend, von Herrn Joseph Torrent, Präsidenten von Monthey, plötzlich beim Arme ergriffen und vor die Mündung einer Kanone geschleppt wurde, in deren Nähe eine brennende Lunte rauchte. Fünfzehn bis zwanzig Bewaffnete hatten ihn bei diesem Feldstücke erwartet. Auf solche Weise durch die Jungen Schweizer umzingelt, ward Herr Pfarrer Dumoulin die Zielscheibe der gräßlichsten Verwünschungen. Für wahr, man mußte Junger Schweizer sein, um die schrecklichen Flüche aufzufinden, die man gegen ihn ausstieß. In der Ueberzeugung, von Augenblick zu Augenblick getödtet zu werden, warf er sich zu den Füßen seiner Peiniger, und beschwor sie, sich doch nicht mit einer Frevelthat zu beflecken, welche die Pfarrei Monthey ewig brandmarken würde. Das Leben schenkten ihm zwar die Jungen Schweizer; allein ihre Wuth war noch nicht entwaftet. Man commandirte „Sturmschritt“, und die Kanone ward mit

Selbst jungschweizerische Weiber lauerten auf dem Platze zu Monthey, und sobald Mädchen und Frauen der konservativen Partei vorübergingen, stürzten sie auf dieselben los, schlugen

Schnelligkeit gegen Herrn Dumoulin fortgerollt, der aus allen Kräften laufen mußte, wollte er von dem Feldstücke nicht zermalmt werden. Es waren zugleich Junge Schweizer, unter denen sich von den höchsten Amtsträgern Monthey's fanden, rechts und links aufgestellt. Sie hielten ihre Bayonette beständig gegen ihn gerichtet, während vier Andere die ihrigen ihm auf die Brust hielten, um ihn im Laufen zu hemmen. Hölliches Geschrei erfüllte die Luft. Als Herr Dumoulin bei dem Hause des Herrn Dufour, gewesenen Groß-Baillifen, vorbeikam, erblickte er diesen höchst achtbaren Staatsmann, sammt seinem Sohne, Obersten in Neapolitanischen Diensten, der sich gerade im Urlaube befand; er warf sich ihm zu Füßen und bat ihn um seine Vermittlung. Doch dieser würdige Greis konnte bei diesem schrecklichen Anblicke kein Wort hervorbringen: ein Strom von Thränen entstürzte seinen Augen. Aber sein Sohn, der Oberst, richtete nun strafende Worte an diese entarteten Menschen: „Wie, sprach er, so behandelt Ihr Euern Pfarrer! „Ich bin lange in Frankreich und Spanien gewesen, manche Feldzüge habe „ich mitgemacht, aber niemals, nein, niemals sah ich einen Besiegten so „niederträchtig behandelt.“ Unterdessen nahm Fräulein Dufour ihren Vetter, den Groß-Castellan Anton Dufay, beim Arme und sagte ihm in dem eindringlichsten Tone: „Mein lieber Vetter, seien Sie so gut und thuen Sie „dem Herrn Pfarrer nichts zu Leide: geben Sie ihm die Freiheit wieder.“ Diese Worte hätten wohl jeden Andern, als einen Jungen Schweizer besänftigt, aber Dufay, ein finsterner Brausekopf, entgegnete barsch: „Der Herr „Pfarrer empfängt nach Verdienst, und wir handeln nach Pflicht.“ So ließen denn die Thränen eines Greises, der so lange die ersten Würden im Staate bekleidet, die Zurechtweisungen eines wackern Offiziers, die sanften Zureden eines jungen Frauenzimmers diese Tiger in Menschengestalt — kalt und ungerührt. Erst dann, als sie bei den letzten Häusern von Lesplaces dem gewesenen Staatsrath Delacoste begegneten, stand der rasende Trupp, auf die Vorstellungen dieses einflußreichen Staatsmannes still. „Was wollt ihr mit diesem Mann,“ waren seine Worte, „wollt ihr ihn in Freiheit setzen, „oder wollt ihr ihn tödten? Wenn ihr ihn tödten wollt, wohlan! so wisset, „daß er nicht allein sterben wird. Fest werde ich ihn in meine Arme geschlossen halten, und nur vereint fallen wir. Bei Euch steht es demnach, „meine Frau zur Wittve, und meine Kinder zu Waisen zu machen. Im „Namen Gottes, im Namen der Menschheit befehlt Euch nicht mit solchem „Frevel.“ Dieser Sprache, so voll Kraft und Aufopferung, geführt von einem Staatsmanne, der bei allen Parteien verdienter Achtung genoß, widerstand man nicht länger. Herr Dumoulin ward wieder in Freiheit gesetzt, jedoch nur unter der Bedingung, daß er sich nach Trois-torrent, wo die Alten

wild auf sie zu, zerfetzten ihnen die Kleider, warfen ihnen Sand und Asche in die Augen, und stürzten sie in den Brunnen oder in den nahen Fluß.

Sobald die Mitglieder der Alten Schweiz des Zehnten Monthey den Abzug der Jungen Schweiz gegen Sitten genommen, stellten auch sie sich unter Waffen; die Männer aus der Ebene von Bionnaz, Muraz und Colombey stießen zu ihren Freunden von Trois-torrent und Wald'Allier; und so harrten sie nun des Befehles ihres Anführers, um sich in Marsch zu setzen; doch er kam nicht. Diese Art Verrätherei war es, welche die Alte Schweiz von St. Moriz, Martinach und Entremont, das Gewehr im Arm, an die Stelle fesselte; denn der Uebereinkunft gemäß sollten diese dann erst ihre Gemeinden verlassen, wenn die Colonne der Alten Schweiz schon vorrückte, um mit vereinten Schaaren der Jungen Schweiz anzugreifen. Dieß ist die wahre Ursache der Unthätigkeit jener großmüthigen Männer, und ihrer vorgebliehen Niederlage.

Aber, fragt man sich, was that denn Ober-Wallis während dieser Schand-Auftritte? Ach! der Obrigkeit vertrauend, die ihm verkündet, überall sei Friede und gesetzmäßige Ordnung zurückgekehrt, gingen seine Truppen wieder freudig der Heimath

Schweizer sich versammelt hatten, begäbe, um sie dahin zu vermögen, nicht nach Monthey herabzukommen: sein Leben, fügte man bei, sei an den Erfolg dieser seiner Sendung geknüpft. Noch ganz unter dem Drange des Schreckens nahm der Pfarrer diesen Antrag an, und ging in Begleitung seines Befreiers, Herrn Delacoste, nach Trois-torrent. Als sie hier ankamen, fanden sie wirklich eine nicht zu verachtende Anzahl von Männern, die nur auf den Befehl ihres Anführers warteten, um sich in Marsch zu setzen. Es war Herrn Dumoulin nicht schwer, von diesen Leuten, bei denen der Priester noch in tiefer Achtung steht, zu erhalten, was er wollte. Indes schwebte das Leben des Herrn Delacoste, der diese entrüsteten Volksmassen etwas hart angeordnet hatte, während einiger Augenblicke in Gefahr. Er war zu Pferd und im Begriffe, Trois-torrent zu verlassen, als schon 3 Scharfschützen auf ihn angelegt hatten. Noch eine Sekunde, und es war um ihn geschehen. Doch Herr Dumoulin erblickte sie noch früh genug, um einem so großen Unglücke durch seine Worte zuvorzukommen, Worte, die seinem Wohlthäter das Leben retteten, und wodurch er sich der Schuld der Dankbarkeit entledigte.

zu. Selbennüthig war bei dieser Gelegenheit seine Aufopferung. Sobald die Truppen Befehl zum Aufbruche erhalten, gehorchten sie freudig; und zugleich setzten sich von allen Seiten bewaffnete und organisirte Massen in Bewegung. Der Befehl war am Samstage ertheilt worden, und schon am folgenden Tage, Morgens um 8 Uhr, kamen mehr als 600 Mann, alle Freiwillige, mit Lebensmittel für 3 Tage versehen, in Sieders an. Manche unter ihnen hatten, selbst während der Nacht marschirend, 15 Stunden zurückgelegt, um ja nicht zu spät zu kommen. Selbst siebzigjährige Greise sah man unter ihnen, und in der Gemeinde Lüc, im Eifischer-Thale, blieb auch kein einziger waffenfähiger Mann zurück. Diese wackern Leute aßen an der Quelle das Brod aus ihrem Habersack, und lagerten sich unter freiem Himmel, ohne daß man während der 3 Tage ihres Aufenthalts zu Sieders auch nur einen Einzigen eines Vergehens hätte beschuldigen können. Heute noch erzählen die Einwohner dieses Fleckens mit inniger Nüßrung, welch erbauenden Anblick ihre Ordnung und Vaterlandsliebe ihnen bei dieser Gelegenheit darboten. Dienstags, um 7 Uhr, erschien ein Staatsrath mit der Weisung, sie sollten sich, da die Ruhe wieder hergestellt, in ihre Heimath zurückziehen. Sie thaten es mit der Bethuerung, auf den ersten Wink der Obrigkeit wieder da zu sein. Was in Sieders geschah, geschah auch zu Leuf, zu Bieschbach und zu Brig, wo die Freiwilligen der Alten Schweiz zusammen gestoßen waren. Und solche Männer scheute sich die Stadt Sitten in ihre Mauern aufzunehmen. Die eingebildete Furcht dieser Stadt war nur ein Vorwand, um ihre Sympathien zu verbergen, und dieser Ort, jetzt Eingedrungenen unterthan, wird es bald einsehen, daß Freiheit mordende Lehren nur bittere Früchte tragen können, und daß er selbst zuerst die Schwäche büßen werde, die er hatte, zweien Zeitungen es zu gestatten, zweimal in der Woche ihre Lügen und Lasterungen ungestraft auszuzeifern. ¹⁾

¹⁾ Die Stadt Sitten, deren Politik das Gepräge der Mäßigung tragen

Der Heerhaufen Joris verbreitete auf seinem Rückzuge überall Schrecken und Verderben. Wo sie immer auf das Haus eines Mitgliedes der Alten Schweiz oder eines Konservativen stießen, wurden die Fenster zerbrochen, in der Wohnung nach Willkür geschaltet und die Personen mißhandelt.

Zu Monthey bildete sich die Junge Schweiz unter Joris Commando zu einem beweglichen Heerhaufen von ungefähr 300 Mann; von jenseits der Wiese brach der Sturm auf, ergriff alsbald bei 15 Mann daselbst und schleppte sie unter pöpelhaftem Geschrei und Mißhandlungen auf das Schloß von Monthey. Herzerreißend war es, diese Leute, Manche ohne Rock, ohne Weste und Hut, und größtentheils Familienväter, ihrer Arbeit entrißen zu sehen. Kleine Kinder liefen ihnen nach und for-

sollte, war, während dieser letzten Begebenheiten, der Schauplatz vielfältigen Unfuges. Zur Zeit der außerordentlichen Sitzung im Monat August wurden 2 Deputirte daselbst gröblich beschimpft und selbst mißhandelt. Bürger von Unter-Wallis wurden von der Stadt Sitten selbst, an deren Spitze Herr Hauptmann Galpini stand, schmählich verfolgt. Ja, sie scheuten sich nicht, das Kloster der H. V. Capuziner zu umringen, und darin, auf eigene Faust, eine Untersuchung anzustellen. Gegen Abend, als man vernahm, die Jungen Schweizer rückten an, wurden bei den Thoren von Leuf Schildwachen aufgestellt, um jede Verbindung mit Ober-Wallis abzubrechen, während doch dieselbe mit dem untern Theile des Kantons ganz frei war. Der Kutsche des Gesandten der Geistlichkeit ließ man sogar auf der Straße nach St. Leonhard nachsehen, und jene des Herrn Gesandten Ferdinand Stockalper nöthigte man, umzukehren; nur auf den entlegenen Felswegen bei Turbillen konnten mehrere Deputirte von Ober-Wallis zur Nachtzeit entschlüpfen, als gegen 60 Junge Schweizer von dem Heerhaufen Joris in Sitten einrückten. Mit Tages Anbruch zogen sie in die Wohnung des Chorherrn Machouh und ließen ihre Diebshände darin spielen: da sie ihn selbst nicht zu Hause fanden, ging ihr Zug nach der St. Theodouls-Kirche, wo jener die h. Messe las; luden ihre Pistolen und umzingelten die Kirche, so daß der Chorherr, um ihren Händen zu entgehen, sich drei lange Stunden hindurch in der Sakristei verschlossen halten mußte. Da diese Beute ihnen entgangen, stürzten die Wüthriche dem bischöflichen Pallaste zu, wo sie, die Pistole in der Hand und den Dolch an der Seite, Herrn Kanzler Dumoyer angreifen wollten, der sich aber glücklicher Weise nicht fand. In Ermanglung des Kanzlers nahmen sie den Wein des bischöflichen Kellers in Beschlag.

berten unter Thränen ihren Vater zurück.¹⁾ Man stieß sie barsch zurück; so wollte es die Menschlichkeit dieser Zieger. Herr Staatsrath Torrent ließ sie folgenden Tages wieder in Freiheit setzen. Zu Collombey geriethen die Jungen Schweizer abermals in Kampf mit den Alten Schweizern, welche, von den Wälbern aus, in die sie sich zurückgezogen, die Gräuel erblickend, welche die Jungen Schweizer in ihrer Heimath verübten, eilends herbeikamen, um ihren Heerd zu vertheidigen. Der Herr Pfarrer des Ortes trat dazwischen und trennte die Kämpfenden. Als Einer dieser Taugenichtse das Weib eines Alten Schweizers unter einer Hausthüre stehen sah, schoss er mit der Pistole auf sie und verwundete sie schwer. In selbem Augenblicke brachte man einen jungen Menschen, der sich bei dem Andrang der Jungen Schweiz geflüchtet hatte, und der Mörder, dem schon ein Opfer gefallen, schoss zum zweitenmale auf diesen Unglücklichen und zersplitterte ihm die untere Kinnlade; so jämmerlich zugerichtet, schleppte man ihn noch in das Schloß von Monthey, um ihn zu den übrigen Schlachtopfern in's Gefängniß zu werfen.²⁾ Zu Collombey war es auch, wo selbst friedliche Klosterfrauen durch Joris Räuberhorden geplündert wurden. Sie zwangen diese schon arme Gemeinde, ihnen Wein, Schinken und Geld zu liefern.

Zu Bionnaz trieb man den Unfug so weit, daß man unmöglich alle Einzelheiten aufzählen könnte. Das Pfarrhaus

¹⁾ Johann Jacquer, Junger Schweizer von Choer, kam selbst mit mehreren seiner Genossen, ergriff seinen Vater, einen ehrwürdigen Greis, und schleppte ihn in das Schloß-Gefängniß von Monthey!!! Noch ein Probestück von Menschlichkeit!!

²⁾ Der Urheber dieser Schandthat ist ein gewisser Xaver Builloud von Colombey, ein wüthender Junger Schweizer, welcher, dem Vernehmen nach, durch seine Wildheit es verdient hat, Herrn Joris, der dieses glorreiche Amt so eben niedergelegt, als Anführer der Jungen Schweiz zu ersetzen. Der bedauerungswerthe Mann (letzterer) mag wohl über sein Betragen Betrachtungen angestellt und eingesehen haben, welch trauriges Renomee er sich erworben. Das Andenken von Arden muß wohl bitter für ihn sein.

selbst blieb nicht verschont; jenes des Präsidenten Vannay wurde zertrümmert, und er selbst verdankte sein Heil nur der Flucht; sein Vater aber, ein ehrwürdiger Greis, wurde den empörendsten Mißhandlungen preisgegeben. Doch nirgends wütheten diesen Banditen zügelloser, als bei Herrn Alt-Castellan Bressoud. Nachdem sie in seinem Hause Alles geplündert und zertrümmert, bemächtigten sie sich dieses siebzigjährigen Greises selbst, der 30 Jahre hindurch Municipal- und Dezenal-Memter mit Ehren verwaltet, mißhandelten ihn auf das Schrecklichste, und wollten ihn zwingen, sich der Jungen Schweiz anzureihen. Es wäre unnütz, zu sagen, daß ihre Bemühungen fruchtlos waren, daß dieser Ehrenmann ihnen mit heldenmüthiger Festigkeit Widerstand leistete. Hierauf hefteten sie ihm einen Zettel auf den Rücken, mit den Worten: „Verräther am Vaterland,“ schleppten ihn, vor der Mündung einer Kanone, im Dorfe hin und her, und überschütteten ihn mit tausendfachem Schimpfe. Dieser Greis behielt unter seinen gebleichten Haaren in Mitte dieser grausamen Prüfungen eine ruhige, heitere Stirne. Er seufzte über das Unglück seines Landes, für dessen Wohl er tausendmal sein Leben hingegeben hätte, und trauerte nur über die Unmenschlichkeit seiner Peiniger. Diese, endlich des Quälens müde, wollten ihm auch noch sein Geld abzwängen. Ohne Sträuben gab er es hin, und ließ 2 Rollen Fünffrankenstücke zu ihren Füßen hinrollen, mit den Worten: „Greiset zu, legt selbst, wenn ihr wollt, meine Wohnung in Asche, aber niemals sollt Ihr mich unter die Eurigen zählen können.“ Männer von solch unerschütterlicher Festigkeit sind nicht selten in der Alten Schweiz; auch sieht man sie für Troßköpfe an. Und glaubt man denn, daß bei solcher Aufopferung die Schlachtopfer so unerhörter Rohheiten nicht eines Tages erglühn und mit eiser- ner Hand das schmählische Joch abschütteln werden, welches man ihrem Lande aufhalsen will? Es ist zu hoffen, dieser Augen- blick werde nicht mehr fern sein. Der Staatsrath, von diesem Unfuge in Kenntniß gesetzt, ertheilte endlich einem seiner Mit-

glieder, Herrn Torrent, den Auftrag, Joris und seinen Troß dahin zu vermögen, nach Hause zu ziehen und ihrem Raubwesen ein Ziel zu setzen.

Der Staatsrath dachte auch darauf, das Tribunal von St. Moriz wieder einzusetzen, und ließ an den Groß-Castellan Rouiller folgendes Schreiben unter dem 2. des letzten Septembers ergehen.

„ Herr Groß-Castellan, der Staatsrath beauftragt mich, Ihnen zu melden, daß, laut den uns zugekommenen Berichten, die gesetzmäßige Ordnung wieder hergestellt sei. Sie werden demnach ersucht, sich Dienstag, den 5. laufenden Monats, in der Frühe in St. Moriz einzufinden, und sich bei Herrn Amafer, Präsidenten des Zehnten zu stellen, dem es obliegt, Ihre Gegenwart zu bescheinigen. In Ermangelung dessen wird der Staatsrath in Ihrem Verfahren freiwillige Amtsniederlegung als Groß-Castellan erkennen.

„ Genehmigen Sie, u. s. w.

„ Der Staatsrath des Innern,
(Unterzeichnet) „ von Kalbermatten. “

Auf diesen sonderbaren Brief, geschrieben in einem Augenblicke, wo der größte Unfug im Lande herrschte, antwortete der Groß-Castellan unter dem 4. September:

„ Herr Staatsrath,

„ Auf Ihre Einladung vom 2. l. M. habe ich die Ehre, zu erwiedern, daß ich mich vor dem constitutionellen Tribunale stellen werde, sobald man mich gesetzmäßig vor dasselbe citiren wird. Indesß protestire ich gegen alle gesetzwidrige Schritte, weil Ein Mißbrauch den zweiten mit sich führt. Auch mache ich alle übrigen nöthigen Protestationen und Vorbehalte.

(Unterzeichnet) „ Rouiller, Groß-Castellan. “

Der Herr Groß-Castellan schrieb auch an Herrn Amafer, Präsidenten des Zehnten, welcher am 5. zu St. Moriz seine

Gegenwart bescheintgen sollte, daß er sich, wegen Unpäßlichkeit nicht dahin verfügen könne. ¹⁾

Mit welcher Zuversicht konnte er übrigens in einem solchen Augenblicke sich zu einem Manne begeben, den er beschuldigte, sich mit einer Horde bewaffneter Beduinen eingelassen zu haben, die in der Nacht vom 26. auf den 27. August sein Haus umzingelten, um ihn zu morden. Selbst achtete es der Groß-Castellan für gut, an den Staatsrath einen Brief zu schreiben, worin er seinen gerechten Unwillen über solches Verfahren rüdsichtlich seiner aussprach. ²⁾

¹⁾ Hier folgt dieser Brief: „Herr Präsident, die Behörde des Innern als Organ des Staatsraths, ladet mich ein, morgen nach St. Moriz zu spazieren, und mich bei Ihnen zum Mittagessen einzufinden. Da ich nichts anders dort zu thun habe, so melde ich ihnen, daß ich mich nicht dahin verfügen kann, indem ich unwohl bin. — Sie müssen demnach nicht auf mich warten; der aufgetragene Vuding möchte sonst kalt werden und seinen Geschmack verlieren; es wäre gescheider gewesen, ihn noch ganz heiß zu verschlingen, und zwar in Gesellschaft mit den in der Nacht vom 26. auf den 27. verfloffenen August's zwischen 12 und 2 Uhr versammelten Freunden. Sollte etwa noch ein anderes Gericht zu verkosten sein, so danke ich gerne zu Gunsten dessen ab, der darnach giert.“
(Unterzeichnet) Rouiller, Groß-Castellan.

²⁾ Dieser Brief lautet also:

Herr Staatsrath

Die ungesekliche Stellung, die Sie mir gegenüber einnahmen, da Sie mir, als Präsidenten des Wahl-Collegiums des Zehnten St. Moriz die Verpflichtung auslegten, die Wahlversammlung zu berufen, sowohl um beim Tribunal, in welchem ich den Vorsitz führe, das durch Beförderung des Herrn Oberst de Cocatrix zum Staatsrathe erledigte Richteramt zu besetzen, als um an die Stellen der Herren Staatsräthe de Cocatrix und Gros neue Deputirten an den Großen Rath treten zu lassen, — fahren Sie dadurch zu behaupten fort, daß Sie an mich die Forderung ergehen lassen, mich vor das Control des Herrn Amacker zu stellen, widrigenfalls Sie mich von der Groß-Castellansstelle, mit der letzten Frühling der Zehnte mich beehrte, entsetzt erklären. Ich bin mir seither keines Vergehens bewußt, das mich des geschenkten Vertrauens unwürdig gemacht hätte, außer vielleicht, daß ich dem Auftrage des Staatsrathes gemäß, den mir die Gerichts- und Polizei-Behörde übersandte, die gerichtlichen Untersuchungen gegen die Preßzertrümmerer wieder vornehmen ließ. Somit hätten Sie, ungeachtet alles verheißenen sicheren Geleites, mich mit dem Geheiß, nach St. Moriz abzugehen, verschonen können, und vielleicht am besten dadurch, daß Sie der würdigen Magistratsperson, die sich Ihres

Ungeachtet aller dieser Protestationen des Groß-Castellans Rouiller begaben sich die Herren Staatsrätthe Torrent und Clémens am 5. nach St. Moritz, und leiteten die Besetzung seiner Stelle ein. Es ward demnach Herr De Bons, Ex-Sekretär der Regierung, mit der Würde des Herrn Rouiller bekleidet. Ebenso schritt man auch zur Ersetzung des Herrn Staatsrathes Cocatrix, als Deputirten. Es betrachteten ihn nämlich unsere Fortschrittsmänner deswegen, weil er das Amt eines Staatsrathes angenommen, als solchen, der eben dadurch seine Abkündigung gegeben habe; gleichsam, als wäre die Erfahrung einem solchen Urtheile nicht zuwider. Ist doch der Herr Moritz Barman zweimal als Deputirter erwählt worden, und jedesmal ward seine Wahl auch dann als gültig anerkannt, da er als

Zutrauens erfreut, den Auftrag erteilt hätten, den nächst bei meiner Wohnung in der Nacht vom 26. auf den 27. August eingenommenen und mit einem Haufen Beduinen, von 12 bis 2 Uhr Nachts, behaupteten Posten ja nicht eher zu verlassen, als die Zauberkraft ihrer Gewehre, Säbel und Dolche, womit sie sich zu diesem artigen, geheimen, nächtlichen Besuch gerüstet hatten, mich in ihre Hände gelockt haben würde. So gern ich auch mein Möglichstes gethan hätte, einer Aufforderung nachzukommen, die in jetzigen Umständen nicht minder befremdet, als gesegwidrig und ungeziemend ist, und ohne auf die Sicherheit zu zählen, die Sie mir von Ihrem kurulischen Sessel herab verheißen, der seine Festigkeit gewissen Zugeständnissen zu verdanken scheint, deren Würdigung Sie mich nicht ungern überheben werden; so habe ich dem Herrn Zehnten-Präsidenten eine eigenhändig unterzeichnete und mit dem Groß-Castellansiegel versehene Erklärung zugeschickt, damit sie Ihnen zum verdienten Gebrauche eingereicht werde.

Vergessen Sie gefälligst nicht, daß die Amtsdauer der Civilbehörden von der Constitution auf zwei Jahre festgesetzt ist, und daß der Beamtete diese zwei Jahre hindurch, rechtliche Fälle ausgenommen, trotz aller Umtriebe der Brauseköpfe und Delinquenten, in geselliger Amtsverwaltung erhalten werden soll. Auch vergessen Sie nicht, daß es eigends dem Staatsrathe zukommt, Gewaltthätigkeiten zurückzudrängen, für die Sicherheit der Beamteten und ihre freie Amtsverwaltung zu sorgen, und durch keine Einflüsterungen Ruhe und Ordnung scheuer Meuterer sich bethören zu lassen.

Duttre-Mhone, den 5. September 1843.

Unterzeichnet,
Notar Rouiller,
Groß-Castellan des Zehnten St. Moritz.

Staatsrath noch sein Amt ausübte; und sobald die Zeit dieser seiner Würde abgelaufen, stellte er sich dem Großen Rathe, und erhielt hier ohne alle Widerrede seinen Sitz. Sollte nun nicht mit gleichem Rechte Herr Tocatrix, als abgetretener Staatsrath, das Amt eines Deputirten wieder übernehmen; es sei denn, daß, wie der gegenwärtige Staatsrath zu glauben scheint, anderes Maaß und Gewicht für die Konservativen, als für die Radikalen statt finden.

Trotz dieser neuen Organisation des Tribunals von St. Moriz endeten in den westlichen Distrikten keineswegs die Unordnungen und Verfolgungen gegen die sogenannte aristokratische Partei. Noch bis zu der Stunde, wo wir dieses schreiben, war es mehreren einflußreichen Männern aus jenem Theile nicht vergönnt, in ihre Heimath zurückzukehren, und diejenigen, welche solches wagten, sind mit jedem Tage noch muthwilligen Mißhandlungen und schrecklichen Drohungen unterworfen. ¹⁾

Nicht zufrieden, von der Regierung besoldet worden zu sein, wollte diese fanatische Horde, die auf ihrem wild dahin tobenden Streifzuge sich noch nicht genug Raub hatte ausladen können, nun auf anderm Wege sich schadlos halten. Zu diesem Zwecke ersann man das edle Mittel, den Mitgliedern der Alten Schweiz Zwangsteuern aufzulegen, und man drohete selbst, den Familien einen Exquirirer zuzuschicken, im Falle sie nicht an einem bestimmten Tage die Abgaben geliefert. Der Gemeinde-Rath, wo die Partei der Jungen-Schweiz des Uebergewicht hat, erließ

¹⁾ So wurden die Thüren an der Werkstätte der Brüder Jardinier eingeschlagen, und alle Werkzeuge waren daraus verschwunden. Der Käsekeller der Abtei von St. Moriz ward ausgeplündert. In St. Gingolph wurden die Thüren und Fenster der Brüder und Freunde des Ehorherrn de Rivaz zertrümmert, und nach dem Berichte des Gensdarmen an den Staatsrath, sagte der Castellan Duchoud, der an der Spitze dieser Uebelthäter stand, sie würden nicht eher ruhen, bis sie diesen Ehorherrn hingeopfert hätten; u. f. w., u. f. w., u. f. w.

sogar zu diesem Behufe sonderbare Beschlüsse 1). Der Staatsrath, über diese neuen Bedrückungen in Kenntniß gesetzt, hinderte ihre Ausführung.

Wie überall, so brandmarken auch in Wallis diese neuerungsfüchtigen Menschen die konservative Partei mit den grausamsten Verleumdungen. Es ist ihnen nicht unbekannt, daß eine zu 20 Malen wieder aufgewärmte Lüge endlich beim Publikum für eine Wahrheit gilt. So hört man aus ihrem Munde das ewige Geschrei, die Priester predigen Unsittlichkeit und Mord. Nichtswürdige, sagt an, wo sind denn dergleichen Prediger? stellet

1) Hier als Muster, einen einzigen dieser Beschlüsse, nämlich jenen von Monthey.

„ Der Bürgerrath von Monthey,

„ In Betracht, daß der Flecken Monthey im Verlauf der letztverfloffenen
 „ Woche, von bewaffneten Menschen mit einem Angriffe bedrohet ward, der
 „ sich Zweifels ohne mit allen den Schrecken eines Bürgerkrieges, von dem
 „ die Ermordung Gobonet's nur ein Vorspiel war, realisirt haben würde,
 „ hätte nicht die wenig Mannschaft getreuer Bürger, die in Abwesenheit so
 „ vieler Anderer, dem Rufe der Ortsbehörde Folge leistend, mit energischer
 „ Kraft und gutem Verhalten Widerstand geleistet; — in Betracht alles des-
 „ sen, und daß es folgerecht aller Gerechtigkeit sei, eine kleine Entschädigung
 „ den Bürgern zuzugestehen, welche nicht nur ihre Zeit geopfert, sondern
 „ selbst ihr Leben für die Vertheidigung von Monthey ausgesetzt haben . .

„ beschließt:

„ Artikel 1. Es ist eine Summe zu erheben, die nothwendig ist, um
 „ den Bürgern, welche dem Aufgebote des Botstandes im Verlauf verfloßener
 „ Woche gefolgt sind, eine Entschädigung zu leisten, und um die verschiede-
 „ nen Ausgaben, die dieser Waffenruf mit sich gebracht, bestreiten zu können.

„ Art. 2. Solche Beisteuer soll unter fünf Classen von Bürger, nach dem
 „ hier nachfolgenden Stande, vertheilt werden.

„ Art. 3. Sie ist künftigen Donnerstag, den 14. I. M., von 8 Uhr
 „ Morgens bis 3 Uhr Nachmittags, im Schlosse zu Monthey zu verabreichen.

„ Art. 4. Diejenigen, welche sich am besagten Tage nicht stellen, werden
 „ nach den vierten Theil mehr zu der ihnen aufgelegten Beisteuer zu zahlen
 „ haben.

„ Geschehen in der Rathssitzung, den 10. Septembre 1843.

(Unterzeichnet) „ J. Torrent, Präsident.

„ Martin, Sekretär. "

Folglich Planche, H., hat zu bezahlen 200 Franken; de Torrente, Ab.,
 200; Cesar 50: u. s. w., u. s. w., u. s. w.

Zeugen, und zeigt der Obrigkeit solch vorgebliche Vertheidiger des Mordes an! Nein, niemals hat Einer unserer Priester solch gräßliche Lehren bekannt oder gelehrt. Diese Beschuldigung ist die bitterste Schmach, dem Volke von Wallis zugefügt. Denn wie unendlich tief müßte ein Volk nicht gesunken sein, das dergleichen Reden nicht mit tiefstem Abscheu von sich stoßen würde! — Siebürden der Alten Schweiz alle Verbrechen auf und alle Unglücksfälle, die Wallis heimsuchen. Ein Mann aus Verossaz verschwand für immer auf einer Reise, die er in Angelegenheit eines Civil-Prozesses nach Sitten machte. Die Obrigkeit veranstaltete alle möglichen Nachsuchungen, um endlich zu erfahren, was denn aus diesem Unglückseligen geworden sei; und bis zur Stunde war alles unnütz. Wer, ich frage, sollte es glauben? Der Redaktor des Echo, und nach ihm seine Nachbeter, posauten aus, die Alte Schweiz habe den Menschen gemordet. Ein anderer, Namens Ger, aus Mer, eifriges Mitglied der Alten Schweiz, ging, um der Jungen Schweiz auszuweichen, statt nach seiner Pfarrei St. Moriz, nach Verossaz zum Gottesdienste, und ward — gemeuchelt; und nun gehen die Mörder in ihrer Unverschämtheit so weit, daß sie die Alte Schweiz dieses Mordes beschuldigen. Eine Frau von St. Moriz fiel unter dem Schlage eines Beils, und der Mord wird gleichfalls von den Radikalen einem Mitgliede der Alten Schweiz, einem höchst achtungswerthen Manne, zugeschrieben, der an jenem Tage in dem Gebiete von Waadt arbeitete; da doch der des Mordes verdächtige Mensch, der Hausknecht, ein rasender Jung-Schweizer, ist, welcher seit dem Tage dieses begangenen Mordes aus dem Lande verschwand. Sollte man es glauben, daß man sogar der Alten Schweiz den Tod des S. Bittet zu Schulden legt, der auf der Battia, als Opfer der Unvorsichtigkeit eines Jungen Schweizers, welcher seine Carabine abfeuerte, fiel?

Wir kommen nun endlich zum Tode Codonnet's von Monthey. Da er mit einem andern auf der Brücke dieses Ortes

Wache hielt, wollte er fünf Mitglieder der Alten Schweiz anhalten, welche auf dem Wege waren, sich mit ihren Waffenbrüdern wieder zu vereinigen. Codonnet und sein Gefährte sperreten den Weg, indem sie ihre Bayonette kreuzweise über einander hielten, und Codonnet stieß das seinige so unsanft gegen Boffray von Chöer, daß, da dieser durch eine Wendung dem Stöße auswich, das Bayonett tief in das Brückengeländer fuhr. Codonnet's Gefährte drückte nun auf einen seiner Gegner, der ihm zunächst stand, los; aber dieser wich ebenfalls dem Schusse aus. Hierauf lud Codonnet sein Gewehr, und legte auf Boffray an, der ihm zuvorkam und ihn mit einer Kugel durchschuß. So erzählt ein Augenzeuge die Thatsache; und nun, auf welcher Seite ist die Mordthat?

Jetzt bleibt noch zu wissen übrig, ob der Tod des Notars Saillen auch ein Streich der Alten Schweiz sei. Die zwei Schmähschriften sind 14 Tage lang voll gewesen von Gegenbeschuldigungen: sie haben Saillen für ein Opfer der politischen Leidenschaften und der religiösen Schwärmerei auszugeben. Sie bezeichneten die Urheber dieses Mordes, als festgenommen in St. Moritz, als beschäftigt mit dem Bekenntnisse ihrer Unthaten und gräulichen Angaben Alles dieses hat man gelesen. Die Wahrheit aber ist, daß die des Verdachtes wegen festgenommenen Männer als unschuldig erkannt sind, und daß, obwohl dieselben noch nicht in Freiheit gesetzt worden, wenigstens bisher nichts bekannt und kein Geständniß aufgewonnen ist, und daß überhaupt kein Schatten von Gründen statt findet, welche die Alte Schweiz der begangenen Mordthat schuldig finden ließen.

Daraus mag denn das Publikum abnehmen, wie viel Glauben die Walliser Zeitschriften verdienen, und wie trügerisch die radikale Partei oder die Junge Schweiz zu Werke geht. Allerdings, es steht dem Echo der Alpen trefflich an, gegen die Anstifter des Mordes losjudonnern, diesem Blatte, das seit seinem Bestehen nicht aufgehört hat, den gehässigsten Mord zu predigen, das so laut rufen konnte: Man müsse, um in Wallis

einmal zu Ende zu kommen, allen Priestern an einem Tage den Garauß machen. Die Journalisten der benachbarten Kantone, welche die Neuigkeiten aus unserm Lande sammeln, und dieselben aus zwei erbärmlichen Flugschriften entnehmen, mögen diese in der Folge besser kennen lernen, und nicht mit so dresster Miene immer wiedererzählen, daß in Wallis 4 bis 5 Mordthaten vorgegangen, und zwar alle von den Gegnern des Liberalismus verübt worden. ¹⁾

Um die Plünderungen zu beschönigen, die von der Joris'schen Bande zu Ardon und anderswo begangen worden, hat man überdies gesagt, Joris' Haus sei von der Alten Schweiz ausgeplündert worden. Nichts unwahrer, als dieses, und nicht die geringste Kränkung ist diesem Menschen widerfahren, so schuldig er übrigens ist.

Wir haben, meine Leser, und theure Eidgenossen, die Junge Schweiz nach ihren Thaten beurtheilt; lernet sie aber noch besser kennen aus ihren Absichten; auch darin verdient sie unsern Abscheu.

Sie wollen, sagen diese Leute, ihren Grundsätzen bis in die äußersten Folgen getreu bleiben; denn bisher haben sie nichts gewonnen, als höchstens einige Entlassungen, die sie erzwungen haben. Man begreift, warum es zu thun ist: die Vertilgung gewisser Personen müssen sie erstreben, die Einführung einer Regierung nach Robespier's Weise, die Vertreibung der Priester, den Raub der Kirchengüter u. s. w. Ist dieß das ersehnte Ziel ihrer Anstrengungen, so mögen sie zum voraus wissen, daß ihr Vorhaben nie gelingen werde.

Das Volk von Wallis wird nie vor einer Handvoll Aufwiegler weichen, und konnte es bisher so viel Schmach erdulden, so wird es nicht zögern, eine glänzende Genugthuung zu fordern. Ueberzeugt, daß unbändige Pressfreiheit und

¹⁾ Der Nouvelliste Vaudois, Nr. 71.

der Bund der Jungen Schweizer das Unheil veranlaßt haben, welches über das Land so verheerend hereingebrochen ist, wird es die eine durch strenge Maaßregeln einzuschränken und zum Schweigen zu bringen wissen: den andern im ganzen Lande bekämpfend, bis zur letzten Spur vertilgen. Es sind dieß zwei wesentliche Maaßregeln, damit Ruhe und Friede bei uns wieder einheimisch werden. Nur dadurch werden die Gesetze ihre Herrschaft wieder erlangen, und die Obrigkeit sich wieder im Besitze der ihr schuldigen Achtung sehen. Möge das Volk es nie vergessen, daß es der wahre Souverän im Lande und die öffentliche Sache die seine ist; und daß sie folglich seine Aufmerksamkeit ungetheilt in Anspruch nehmen muß. Die Distrikte von Ober-Wallis haben bereits diese Wahrheit eingesehen, und selbige in dem an den Staatsrath gerichteten kräftigen Schreiben, welches hier folgt, frei ausgesprochen.

An den Staatsrath des Kantons Wallis.

„ Die in den schwierigen Umständen, welche Wallis mit
 „ Trauer erfüllen, aus eigenem Antriebe zu Turtman versam-
 „ melten, unterzeichneten Distrikts-Präsidenten sprechen als die
 „ Organe ihrer Völkerschaften, deren Wunsch und fester Wille
 „ noch vor ganz kurzer Zeit, sowohl schriftlich, wie auch durch
 „ die Abgeordneten an den Staatsrath geäußert ist, der voll-
 „ ziehenden Gewalt ihren tiefen Unwillen aus über die vanda-
 „ lischen Umtriebe, die seit einigen Wochen in einem Theile der
 „ westlichen Distrikte mit immer steigender Wuth verübt werden.

„ Eine Horde Aufrührer, Anstifter von Unruhe und Ver-
 „ brechen, überläßt sich daselbst der Plünderung, übt nach Be-
 „ lieben Erpressungen aller Art, vertilgt das Eigenthums- und
 „ Heimathsrecht, verfolgt die Diener des Altars, beunruhigt
 „ mit Erbitterung den rechtlichen Mann, den fried samen Bür-
 „ ger, den seines Namens würdigen Walliser, setzt sich über
 „ alle Obrigkeit hinaus, tritt das göttliche Gesetz mit Füßen,
 „ bietet den menschlichen Gesetzen Troß, und bringt Gewalt-
 „ thätigkeit und militärische Exekutionen u. s. w. an die Tages-
 „ ordnung.

„ Brudermorde, Todtschläge, Frevelthaten und Verbrechen,
 „ bisher in unserm Vaterlande unerhört und glücklicher Weise
 „ auch noch unter unsern Bundesgenossen ungekannt, beflecken

„ und entehren ein Volk, das mitten in den allgemeinen Un-
 „ ruhen Europa's sich als die Nachkommen seiner frommen, ta-
 „ pfern und treuen Väter bewährt hatte.

„ Ihr Blut fließt noch in den Adern der Söhne. Feierlich
 „ fordern sie schleunige Herstellung der Ordnung, Sicherheit
 „ und Ruhe in dem Theile des Landes, der den Ruhestörern
 „ und der Wuth einer den Untergang des Staates bezweckens-
 „ den, gottlosen Sekte, die ihren letzten Zufluchtsort in Wallis
 „ gesucht hat, feige preisgegeben ist. Sie fordern Gerechtigkeit
 „ für ihre unterdrückten Brüder: sie fordern, daß Ordnung
 „ und Sicherheit schleunig hergestellt, und den Opfern der
 „ Verheerung unverzüglich voller Ersatz geleistet werde: daß
 „ der Ehrenmann in die Heimath zurückkehren und ruhig unter
 „ seinem väterlichen Dache wohnen könne; daß die beiden von
 „ derselben Macht eingesetzten Obrigkeiten geachtet werden, und
 „ jede frei ihr Amt ausüben könne; daß endlich der Walliser ohne
 „ Verzug seine edle, religiöse und ruhige Stellung wieder ein-
 „ nehme, die ihn unter den Eidgenossen so lange ausgezeichnet
 „ hat.

„ Aber er verschaffte sie sich selbst, diese Vortheile; keinem
 „ Andern — nur sich selbst möge er sie verdanken.

„ Die Unterzeichneten haben nicht anders, als mit et-
 „ nem Gefühle, dem sie hier keinen Namen geben, sehen
 „ können, daß der Staatsrath einen Augenblick der Kraft und
 „ Macht der Bewohner von Wallis mißtraut hat. — Wie, eine
 „ Handvoll Aufrührer sollte nicht gebändigt, nicht überwunden
 „ sein von der unendlichen Mehrzahl der Walliser, von denen
 „ jene verworfen, verwünscht, verabscheut, und als Feinde des
 „ Staats und der Kirche betrachtet werden!

„ Der Gedanke des Gegentheils wäre eine Beleidigung für
 „ jenen Theil der Bewohner des alten Helvetiens, deren pa-
 „ triotische Handlungen mit Ehre in den Annalen aufgezeich-
 „ net sind.

„ Wir protestiren daher im Namen unserer Völkerschaften
 „ gegen alle Berufung fremder Vermittelung, um die Ord-
 „ nung in Wallis wieder herzustellen. Die Söhne des Vater-
 „ lands wollen selbst dessen Stützen und Vertheidiger sein;
 „ Brüder wollen Brüder stützen. — Wir protestiren gegen alle
 „ Kosten, die dadurch verursacht würden. Ist's noch nicht ge-
 „ nug an denen, die wir bis zum heutigen Tage getragen ha-
 „ ben? — Sollte man die Anzahl unserer Uebel noch vermehren,
 „ und das Land vollkommen in den Abgrund des Verderbens
 „ stürzen wollen?

„ Wallis will sein Geld nicht verschwenden; aber weit höher noch ist der Werth, den es in seine Ehre setzt.

„ Dieß ist die Verhaltungsregel, die der vollziehenden Gewalt gegeben ist. — Nach ihr hat dieselbe zu verantworten.

„ Wir sind die Gewährsmänner unserer Worte. Unsere Zehnten haben dieselben schon ausgesprochen; sie werden dieselben im Nothfalle bekräftigen, und sie, wenn es nöthig ist, mit ihrem Arme unterstützen.

„ (Unterzeichnet) A. v. Courten. Fr. Allet. H. Roten.
 „ P. Zundermatten. v. Sepibus. Fer-
 „ dinand Stöckalper. J. Jos. Walther. “

Diese Worte fanden Anklang, selbst in Unter-Wallis, auch hier wurden sie mit Enthusiasmus aufgenommen; ja hier besonders entflammten sie den Muth verfolgter Vaterlandsfreunde.

Möge der Walliser seine Kraft wohl erkennen, und sich vor einigen ehrgeizigen und stürmischen Menschen nicht mehr fürchten! Mögen Alle, die ihr Vaterland lieben, zu einem Bunde zusammentreten, und unter einer weisen Leitung mit Muth und Ausdauer jene edle und wichtige Reform so bald als möglich beginnen, die das Land erheischt!

Aber, damit diese heilige Fackel der wahren Freiheit um so lichtvoller strahle, möge das Volk sich gegen die Schlangen, die es durch ihr giftiges Zischen betäuben wollen, wohl in Schutz setzen. Es wird hören, wie die Junge Schweiz die schmachlichsten Verläumdungen über die Priester ausschüttet. Sie wird ihm dieselben als die Urheber unsers ganzen Unglücks vorstellen; während der Priester in den schrecklichsten Augenblicken doch nur auf die Schaubühne trat, um daselbst verhöhnt zu werden, und um Versöhnung und Trost zu reichen. Sie wird euch sagen, die Junge Schweiz, daß der Priester Empörung predigt und dem Morde das Lob spricht: ja, der Priester predigt Empörung, aber keine andere, als gegen die Hölle; er predigt Mord, aber nur den der Unsittlichkeit, welche eine Horde von Scheusalen in unserm Vaterlande zur Herrschaft erschwingen möchte. Ja, Volk von Wallis, blicke zurück auf die Vergangenheit, um

die Ungeheuer zu kennen, mit welchen du in Kampfe stehen wirst, der von Neuem wieder erwacht. In der bevorstehenden Versammlung deines Großen Rathes wird die Junge Schweiz ihm die Aufhebung der Immunitäten abzwängen wollen, weil, wie unsere Jungen Schweizer es glauben, die Aufhebung der Immunitäten der erste Schritt ist, um Wallis in den tiefsten Abgrund zu stürzen; weil dieß die erste Bresche ist, die man dem hehren Gebäude des Katholicismus beibringen muß; weil endlich, ist dieß einmal erlangt, in Wallis bald weder Katholicismus, noch Protestantismus, noch Gottesverehrung, ja, nichts mehr sein wird. Nichts? wenn, ja, wenn eine Göttinn daselbst ihren Thron errichten wird, und diese Göttinn ist — Verwilderung. Alsdann wird der Fortschritt auf seinem Höhepunkte sein; alsdann wird Licht in Fülle dich bestrahlen wie es im Jahre 1793 Frankreich bestrahlte. Nein, nein, Volk von Wallis, laß dich nicht an diese Schmachkette fesseln; nein, eher den Tod, als dein Vaterland unter dem gottlosen Despotismus einiger Ungeheuer seufzen zu sehen, als die Trümmer deines Glückes, deiner Nationalität, als den Mord deiner selbst.

Und ihr, Mitbürger, Eidgenossen, sehet unser Unglück; sehet, wer es herbeigerufen! Auch in eurer Mitte suchen gleiche Ungeheuer euch in die Schlinge zu locken; der Radikalismus greift um sich, wie eine wilde Pestbrut. So stehet denn zusammen, stemmt euch gegen seinen Andrang; denn, der Radikalismus, in That übergehend, ist der Untergang unserer Conföderation. ¹⁾

¹⁾ Während wir dieß der Presse übergeben, erfahren wir, daß Ober-Wallis so eben eine weit ausführlichere und kräftigere Protestation, als die oben angeführte, an die Regierung von Wallis ergehen ließ. Wir hoffen, das Publikum mit den nächsten Ereignissen bekannt zu machen.



Erklärung

der Präsidenten und Gesandten

der

östlichen Zehnen

an den Staatsrath

des

Kantons Wallis,

und durch denselben

an den Großen Rath.

Sitten, den 20. November 1843.

Sitten, 1844.

Gedruckt bei Calpini-Albertazzi.

TA 319, d



**Hochgeachteter Herr Präsident,
Hochgeachtete Herren Staatsräthe!**

Die hohe Versammlung ist im Gange, ihre ordentliche Sitzung zu eröffnen. Wir kommen daher, dem Staatsrathe die Aeußerungen der Gefühle und den Ausdruck der Wünsche unserer Zehnen an Tag zu geben.

Wir werden hier die Wirkungen des höchsten Unwillens, den unsere Völkerschaften bei Vornahme der vandalischen Handlungen, deren eine schwärzer als die andere, mit denen einige Gemeinden der untern Zehnen besetzt worden sind, und die nie stark genug geschildert werden können, empfunden haben, nicht wieder in's Gedächtniß führen.

Die öffentliche Stimme hat es vernehmen lassen, wie sehr die Freunde des Vaterlandes aufgebracht waren über jene Auftritte von Wohnungsverletzungen, Eigenthumsvernichtungen, von Einfall in das Heiligthum der Gerechtigkeit, Vertreibung deren Diener, von Unbilden und groben Verletzungen an den weltlichen und geistlichen Behörden, von gottlosen Reden, von Verachtung der Religion, von Mordthaten, von Brudermord, mit einem Worte, von Anarchie, die mit ihrem schwarzen Geleite ungehindert einhergehen, indessen man über die Mittel, mit denen man denselben

hätte entgegenwirken können, statt da noch empörendere Handlungen vor sich gingen; im Augenblicke, wo der Große Rath im Augustmonat seine außerordentliche Sitzung schloß und der Staatsrath die Anzeige machte, daß die Ruhe sich herstellen, und die gute Ordnung wieder aufkommen werde.

Die Bewohner jenes Landestheiles, die noch im Genuße der Freiheit ihrer Meinungsäußerung und Handlungen sind, wetteiferten, dem Staatsrathe den Zoll ihrer großmüthigen Ergebenheit, und ihre Arme anzubieten um die Störer zu Rechte zu bringen, und dem Vaterlande seine alte Achtung wieder zu verschaffen.

Was hätte dieser vaterländische Schwung nicht erzeugt, wenn man ihn zu Nutzen gezogen hätte, die Stunden verstrichen sich, und ließen den Feinden der öffentlichen Ordnung Zeit, sich einzurichten, um die öffentliche Gewalt zu hintergehen.

In der That ist eine Horde von Ruhestörern, die laut Herrn Joris, ein Aufgebot ab Seiten des Comites von Martinach, das sich zu einer verfassungswidrigen Gewalt errichtet, und dadurch die Handlungen der gesetzlichen Behörde lähmte, vorgab, vor die Hauptstadt, dem Sitze der Regierung angerückt, die sich allerhand Erpressungen erlaubte, sich auf der Straße, des für den Sold der in Martinach cantonnirten Truppen bestimmten Betrages, so wie auch des Geldes einer öffentlichen Casse bemächtigte, die mit Raub und Plünderung der geistlichen Wohnungen, und mit Mißhandlungen der Personen ohne Schonung des Geschlechtes abgab.

Herr Soris hat an jeden fähigen Mann vom 18ten bis 55ten Altersjahre die Aufforderung ergehen lassen; die Waffen zu ergreifen — so lautet der vatermörderische Aufruf, der unter falschen, und verläumerischen Vorwänden den Bürgerkrieg anzufeuern suchte, unter einem Volke von Brüdern zwei feindliche Lager aufschlagen zu machen, um einen Guß von Uebeln über unser in Trauer versetztes Vaterland herbeizuführen. Geeignet war.

Dieses Ungeheuer von einem Schriftstücke, das sich beinebens noch auf die Mitwirkung des Präsidenten des von der Regierung aufgestellten Kriegsrathes stützte, den Staatsrath vor Augen legen, heißt selbes der ernstlichen Ueberlegung und den gewissenhaften Untersuchungen, der den öffentlichen Frieden gewährleistenden Gewalt vorlegen.

In diesen Verwüstungsstunden wurden ehrenwerthe Bürger in Sitten umrungen, Mitglieder des Großen Rathes wurden in der Stadt, die ihnen durch die Verfassung als Versammlungsort bezeichnet ist, zurückgehalten; aufgestellte Wachen versagten denselben gleich andern Individuen den Ausgang, ohne auf die Unbild zu denken, die dadurch der Nation in der Person ihrer Vertreter angethan wurde, von denen einige schon früher angehalten, geschlagen und ausgehöhnt worden sind und die wo anders Sicherheit suchen mußten; als die Vorwache dieser überall Schrecken verbreitenden Horde in die Stadt Sitten einrückte, deren Mehrzahl nicht anders, als auf Unkosten der Staatskasse und der Regierungswürde, indem die Mehrheit des Staatsrathes in einen Sold einwilligte und laut Sage sogar derselben

einen Act von Dankbezeugung äußerte, zurückgehalten werden konnte.

Welches sind die Thatsachen die eine solche Zugabe begleiteten, und ihr nachgingen.

Die Anstifter dieser Bedrängungen bemächtigten sich in Monthen eines Dieners der Altäre, eines eifrigen Hirten einer zahlreichen Pfarrgemeinde, zwangen ihn, an der Spitze der Kanonen zu marschieren, überhäuften ihn mit Unbilden, droheten seinen Tagen, und wer konnte sein Schicksal wissen, wenn Herr Jehen-Präsident und Altstaatsrath Delacoste ihn nicht in Schutz genommen hätte.

Vergebens strömten die Thränen eines ehrwürdigen Greises, eines alten Standeshauptes, und des Nestors der Magistratur.

Sie gaben verehrungswerthen Bürgern eine mehr oder minder bedeutende Besatzung, um bei ihnen nach Gefallen ernährt und noch besoldet zu werden. Sie kehrten ihre Waffen gegen friedfertige Männer, richteten selbe sogar gegen Weibspersonen, die sie schwer verwundet haben.

Der Umstand schien ihnen geeignet, die Abschaffung der geistlichen Immunitäten zu fordern, sie begehrten solche gebieterisch, und wenn sie schon die Kirchen ihrer Rechte, die ihr durch die Verfassung selbst gewährleistet sind, zu berauben auf dem Wege sind, so

sagt man doch, es sei falsch, daß man die Kirche nicht in Ehren halte.

In Verletzung der kirchlichen Geseze, in Veracht der ausgesprochenen Bannflüche begehrten sie, daß die Verwaltung der dem Bischöfe zugehörigen Güter unmittelbar dem Staate zufalle, mit Zusage eines Loid's durch Tag als Gehalt (Ausdruck der Bittschrift) dem Hochwürdigsten Bischöfe nebst andern Einschränkungen, und dennoch sagt man, es ist falsch, daß man gegen die Kirche feindlich sei, es ist falsch daß man derselben nicht zugethan sei! Man schämt sich nicht, das Kreuz, das heilige Sinnbild unserer Erlösung, das Zeichen der wahren Freiheit, der Emancipation der Welt, zum Gegenstande öffentlicher Entweihung zu machen; und es ist falsch, daß die Religion in Gefahr stehe.

Die ehrwürdige Geistlichkeit wird öffentlich herabgewürdiget, verschmähet und verläumdert; die Kirchengeseze werden ungescheut verletzt, und jene, welche dieselben beobachten, werden zum Gegenstande des Hohnes und Spottes ihrer unverschämten Uebertreter; und es ist falsch, daß die Religion in Gefahr stehe.

Die Tage der Diener der Altäre sind bedroht, diese werden gezwungen, sich zu entfernen, ja selbst ihre Pfründen abzugeben; ihre Wohnungen werden angefallen, dem Raube und der Verhöhnung bloßgestellt; man streut die gottlosesten Lehren aus; und es ist falsch, daß die Religion in Gefahr ist!

Man verhöhnt den Glauben; man fällt die Glaubens-

lehren an; man maßt sich die Berrichtungen der Diener des Heiligthums an, und es wird noch immer falsch bleiben, daß die Religion in Gefahr stehe.

Auf was soll man dann also warten, um zu erkennen und sagen zu dürfen, daß die Religion, der Grundstein der Ordnung und eines dauerhaften Glückstandes in Staaten sowohl, als Familien, wahrhaft in Gefahr sei?

Daß der Rauch aus dem Schutte der Tempel empor steige!!!

Da von den geistlichen Immunitäten die Rede war, haben wir auch die Verfassung, die uns wirklich regiert, angeführt. Der dritte Artikel, sagt er nicht: Die Rechte der Welt- und Ordensgeistlichkeit sind aufrecht erhalten. Heißt demnach die Aufstellung des Begehrens zur Abschaffung der geistlichen Freiheiten und die Verweltlichung der Güter des Bisthums nicht die Verletzung des Grundgesetzes des Staates begehren!

Der Staatsrath wird dasselbe in Ehren halten, und wird wissen, dasselbe in Ehren zu halten machen. Unsere Völkerschaften haben wider jene in Betrachtnahme solcher verfassungswidrigen Begehren sich hoch verwahrt.

Sie werden nie zugeben, daß den durch die Verfassung zur Unterstützung unverletzbarer Titel geweihten Rechten ein Abbruch gethan werde.

Die Religion und die Sitten erfordern die Berücksichtigung anderer Gegenstände von höchster Wichtigkeit.

Die erhabene Stellung des Staatsrathes legen ihm ein edles und großes Tagewerk auf; die Verfassung und die Geseze gestatten ihm die Mittel, den Hoffnungen jedes Wallisers, der dieses Namens würdig ist, in Fülle zu entsprechen. Diese wichtigen Gegenstände bestehen in der Wiedererhebung der Religion zum blühenden Zustande; in der Wirkung, daß die Kirche geehrt, deren Diener geachtet, den Gesezen die Unterwürfigkeit zugesichert, die Sittlichkeit in Ehren gehalten, die den Magistraten gebührende Achtung zukomme, die Verleumdungen und Ehrenrührigkeiten, gewöhnliche Waffen der Litzfeigen und Menschen ohne Ehre, unterdrückt werden möchten. Eines der sichersten und wirksamsten Mittel, welches jede Behörde, jeder Gutgesinnte mit vollem Munde in Anspruch nimmt, wäre ein Gesetz zur Abschaffung der Preßerzesse. Wenn der Mann mit dem eisernen Arme es eingestanden hat, Frankreich nicht regieren zu können bei Zulassung der Lesung des Voltaire und Rousseau, wie könnte man wohl glauben, daß ein republikanischer Staat ohne materielle Kraft im Angesichte einer Presse ohne Schranken die Entsittlichung eines Landes zu verhindern im Stande wäre?

Wir entledigen uns demnach einer heiligen Pflicht, wenn wir Euch, hochgeachtete Herren! den Wunsch an Tag legen, daß Ihr als einen dringenden Gegenstand dieses die Presse in Schranken setzende Gesetz vortragen möchtet. Das Vaterland erwartet dieses Mittel für seinen Uebelstand; diese Wuhre gegen den allgemei-

nen verwüstenden Strom, Ihr werdet dadurch zu gleicher Zeit die Last eurer Verantwortlichkeit merklich erleichtern.

Es ist noch ein anderes Gesetz, das eben so dringend ist, daß der Staatsrath sich damit abgebe; die glücklichsten Erfolge könnten daraus entstehen. Es ist nämlich dasjenige, Kraft dessen so viel möglich der Wiederholung der Schreckens- und Verheerungsauftritte, die stattgefunden haben, vorgebeugt würde, die Ordnung und der Friede auf eine feste Weise versichert, und jedem Bürger in allen Kantonstheilen die gleiche Ruhe und Sicherheit gewährt würde.

Im Allgemeinen, Herrschung des Gesetzes, überall schnelle Hemmung der Unordnungen, freie Wirkung des Gerichtes, das Reich der Religion, die der geistlichen Gewalt durch die bürgerliche Kraft zugesicherte Unterstützung und sonderlich in der Unterdrückung der Ereignisse des Irrglaubens und der Schriften der Gottlosigkeit, sind, was unsere Zehnen in Gesammtheit, oder wenigstens in weit großer Mehrheit der Walliser begehren, welche nicht ruhen wird, bis sie zu diesem Ziele wird gelangt sein.

Unsere Zehnen erwarteten auch von unserer Sorge und Gerechtigkeit eine große That von Genußthuung; es ist die Verordnung der schnellstwirkenden Maßnahmen, damit jene Personen, die an ihrem Eigenthum, sei's durch Plünderung, sei's durch eine was immer auf eine Weise gemachte Erpressung, durch Gewalt der Waffen, Ernährung nach Belieben, Geldauslagen, irgend möchten

gefährdet worden sein, entschädiget werden, daß die Laster, und die durch die ausgesprochene Amnestie so zu sagen nur noch mehr angefeuerten Vergehen zur gehörigen Strafe gezogen werden, die von der öffentlichen Ruhe und der Nationallehre erfordert wird.

Bei Anlaß des Amnestiedekretes werden Sie, Hochgeachteter Herr Präsident und Hochgeachtete Herren, mit unsern Bechnen die Nothwendigkeit eines Auslegungsdekretes über den Artikel erkennen, vermöge welchem der beschädigten Parthei die Civilklage vorbehalten ist. Wie würde diese Einklage gemacht werden können, so lange die Urheber des Schadens nicht bekannt sind? Unsere Bechnen glauben daher, es sei an dem öffentlichen Ministerium, den beschädigten Partheien diese Kenntnisse zu verschaffen, wenn schon erstere nicht beladen werden sollten, die Civilklage zu betreiben, um die Verfügung dieses Entwurfes nicht zu vermitteln.

Der Oberherr kann die für Laster und Vergehen zu verfügenden oder verhängten Strafen erlassen, aber bis dahin und nicht weiter geht seine Gewalt; die Verfassung giebt ihm kein Recht, mit der Gerechtigkeit zum Nachtheil eines Dritten in Vergleiche einzutreten.

Unsere Bechnen sind in der Hoffnung belebt, daß ihre Ansichten auch die Ihrigen seien, und sie werden sich glücklich schätzen, daß die beiderseitigen Meinungen mit einander eintreffen und im Einklange stehen, indem wir Euch nur an Euere energische Schlußnahmen erinnern.

Sollte der Staatsrath sich ohnmächtig glauben, allein diese Wohlthaten, nach denen unser Land sich sehnet, befördern zu können, so mache er einen Aufruf an die Nation und bald wird eine Handvoll von Anarchisten gezwungen werden, die religiösen und politischen Uebersetzungen eines Volkes zu achten, und bald wird Wallis seine religiöse, edle und ruhige Stellung wieder erobert haben.

Religion und Vaterland ist sein Wahlspruch. Dieser wird nie ermatten.

Es handelt sich hier nicht um eine Spaltung zwischen beiden Landestheilen, sondern blos um die Herstellung der guten Ordnung, die durch eine sehr kleine Fraktion gestört worden ist und um die Hemmung der Laster.

Die Völkerschaften der untern Zehnen, die das Schlachtopfer einiger Unruhestifter geworden sind, finden hier ein Denkmal des Antheils, denen die Völkerschaften des andern Kantonstheiles an ihren Verhältnissen nehmen, dieselben ertragen alle Art von Drangsalen mit Ergebenheit, sie harren den Kampf mit dem Stolge des Nationalgefühles aus.

Unsere Zehnen haben es Euch, Hochgeachtete Herren, schon gesagt und wiederholen es nochmals, daß sie alle zusammen wie ein einzelner bereit seien, ihren unterdrückten Brüdern zu Hülfe zu eilen; daß sie aus allen Kräften dahin sich verwenden, die Unordnungen und das Laster unterdrücken zu helfen, und ihren Brüdern eine zu lang gestörte Ruhe wieder zu verschaffen.

Wir wollen bei Ihnen, wie bei uns, die Unverletzbarkeit des Wohnsitzes, des Eigenthumes, die Sicherheit der Personen und sonderheitlich die der Religion und ihren Dienern gebührende Achtung, ohne welche die Gesellschaft vergebens Ruhe und Wohlstand suchen würde, bestehen machen.

Das Wallis hat das Glück, die Glaubenssätze seiner Väter zu besitzen, es hält sie in Ehren und will selbe beibehalten als das edelste und kostbarste Erbgut, das Ihr Hochgeachtete Herren, beibehalten werdet, unterstützt durch die unermessliche Mehrheit der Walliser.

Es äußern unsere Gemeinden noch ein Begehren, nämlich: der Verschwindung politischer Vergesellschaftungen; was für eine traurige Lage bietet nicht ein Land dar, wo auf solche Art ein Staat im Staate gebildet wird, sich so wider den Staat auflöst. — Wenn durch höchsterheischte Umstände im Wallis die Freunde der Ordnung berufen worden sind, sich näher in Verbindung zu setzen, um der Behörde thätige Hülfe zu leisten und den Bürgern wider eine ruhestörende Faction Unterstützung zu gewähren, so sind dieselben bereit, in den isolirten Rang der Bürger zurückzutreten, sobald die Landplage aufhören wird, und die Regierung sodann überall Sicherheit, Ruhe und Frieden gewährleisten, die Herrschung der großen gesellschaftlichen Grundsätze versichern und mit Erfolg an dem Wohlstande des Vaterlandes arbeiten kann. Dieses sind die Begehren und Meinungsäußerungen unserer Bejahren.

Wer ist der Freund seiner selbst, seiner Familie, seiner Gemeinde und also seines Vaterlandes, der diese Meinungsäußerung nicht mit uns theilt?

Indem wir Hochsie ersuchen, vorliegende Denkschrift dem Großen Rathe in gegenwärtiger ordentlicher Versammlung zukommen zu lassen, haben wir die Ehre mit ausgezeichneter Hochachtung zu sein:

Sitten, den 20. Wintermonat 1843.

Ferdinand Wilhelm Stockalper, Präsident des Zeh-
nens Brig und Mitglied des Großen Rathes.

Joseph Amherd, Gesandter.

Kaspar Wegener, Gesandter.

Fossen, Gesandter.

Hildebrand Roten, Präsident des Zehnens Keren.

Elias Niklaus Roten, Gesandter.

Paul Roman Roten, Gesandter.

Peter Indenmatten, Präsident vom Zehnen Wispbach.

Ruff, Gesandter.

Peter Kalbermatten.

Joseph Fur.

Alonß Zurbruggen.

Roman Epiney.

Joseph Antille.

Joseph Walter, Präsident.

Zost, Gesandter.

Weger, Gesandter.

Lagger, Gesandter.

Imhoff, Gesandter.

Eduard Roten, Gesandter.

Franz Allet, Präsident.

Ludwig Allet, Gesandter.

Lorenz Montani, Gesandter.

Joseph Sn-Albon, Gesandter.

A. von Courten, Präsident.

Peter Anton von Preux.

E. Zuffrey.

Joseph Louis Romaillet.



An das Volk

der Zehnen Goms, Brig, Visp, Karen,
Veuck und Siders.

Mitbürger, Volk von Freunden !

Eure Abgeordneten haben, in Eurem Namen, den Rätthen des Landes unter dem Datum vom 20sten November eine Bittschrift zugesandt, welche uns sehr kränken würde, wenn wir glauben könnten, daß sie wirklich von Mitbürgern, von einem Volke von Brüdern ausgegangen sey. Wir sind aber überzeugt, daß sie ohne Euer Wissen gemacht worden, oder daß Ihr mit Hülfe der Lüge dazu eingeführt wurden.

Sie mag aber herkommen, woher man will, so ist sie nun öffentlich geworden, und wir müssen selbige beantworten, um den Angriff abzuwenden, der gegen die westlichen Zehnen gerichtet ist.

Mitbürger! Wir wenden uns directe an Euch, damit unsere Denkart ganz und rein zu Euch komme.

Unsere Sprache wird offenherzig und aufrichtig seyn, wie es zwischen Freunden geziemet, die man gegen einander aufbringen will.

Eure Magistraten bemühen sich, glauben zu machen, daß in unsern Zehnen die Religion und die öffentliche Ordnung in Gefahr stehen.

Um dazu zu gelangen, werden in der Bittschrift Beschwerdepunkte aufgezählt, die entweder erdichtet oder boshaft entstellt sind. So z. B. ist es eine Unwahrheit, wenn man behauptet, daß bey uns das H. Kreuz ein Gegenstand öffentlicher Beleidigungen sey, daß man über den H. Glauben spotte, oder die Glaubenslehren angreife.

So ist es ebenfalls Betrug und Falschheit, wenn man vorgiebt, wie es in der Bittschrift geschieht, daß das Leben der Priester bedroht sey, daß man sich das Priesteramt anmaße, und abscheuliche Lehren verbreite u. s. w.

Die Thaten, auf welche man da anspielt, sind entweder einzelne, oder persönliche, oder sie sind gerechtfertiget durch eine ärgerliche Verweigerung der H. Sakramente von Seite der Geistlichkeit.

Die abscheulichsten Irrlehren sind aus der Feder der sich so nennenden Religions-Verteidiger geflossen, welche es mit Euren gedachten Herren Vertretern halten.

Diese Religions-Verteidiger sind es, welche den Mord wegen politischen Meinungen predigen, diese gute Katholiken sind es, die das Ober- und Unter-Wallis mit aufrührerischen Druckschriften überschwemmen, ein Gewebe der schauderhaftesten Verleumdungen gegen ehrenhafte Bürger weil die Vaterlandsliebe dieser letztern ihren herrschsüchtigen Plänen Hindernisse in den Weg legt.

Die Bittschrift beschuldigt das Comité von Martinacht, sich als ungesetzliche Gewalt aufgeworfen, und die Kraft der Regierung gelähmt zu haben. Auch diese Behauptung ist eine Lüge.

Das Comité von Martinacht hat sich gebildet, um den Staatsrath zur Beobachtung des Gesetzes und der Constitution zurückzuführen, von denen er abgewichen war, als er Truppen aufbot, um ein gesetzwidrig gebildetes Gericht zu beschützen.

Seine Handlungen sind bekannt, denn es arbeitete nicht bei Nacht und Nebel.

Es legte seine Beschwerdepunkte der Regierung vor, und lud einige Behörden ein, sich ihm anzuschließen, um über die Mittel zur Herstellung der Ruhe in allen Gemeinden, zu berathen.

Ihm hat man es zu verdanken, daß die auf falschen Lärm hin aufgebotenen Milizen entlassen wurden.

Weit davon, daß das Comité von Martinacht die Kraft der Regierung gelähmt hätte, darf er sich vielmehr rühmen, kräftig zur Befestigung einer erschütterten Staatsgewalt und zur Vertheilung des öffentlichen Friedens beigetragen zu haben.

Mitbürger! Eure Vertreter können das Aufgebot der Unterwalliser Freiwilligen, im letzten August nicht genug brandmarken; allein sie bitten sich wohl, Euch zu sagen, daß es durch ihre Prahlereien und die Drohungen herbei geführt werde, welche sie zu jener Zeit gegen die Auführer von Unterwallis, wie sie sagten, austießen.

Sie zu hören, war das Volk der sechs östlichen Zehnen auf dem Sprung, in Masse aufzubrechen, um das Comité von Martinacht zu versagen, die Kanonen von Monthen zu holen, die Ordnung herzustellen, die Religion zu rächen und die Liberalen zur Vernunft zu bringen.

Wir versichern Euch auf unsere Ehre, daß unsere Freiwilligen sich erst dann in Bewegung setzten, als jene Drohungen anfangen in Erfüllung zu gehen, indem sich 500 vorgebliche Freiwillige in Siders versammelten, welche durch Androhung von Strafen und durch Einschüchterung von ihrer Arbeit genommen wurden.

Wahr ist es, daß ein Theil der Freiwilligen unserer Zehnen zur Requisition griffen, um sich die Lebensmittel und den Sold zu verschaffen; allein die Beschreibung, welche Euch Eure Herren von der Horde von Ruhestörer gemacht haben, ist weit von der Wahrheit entfernt.

Die Kolonne hat überall die Personen und das Eigenthum respektirt, mit Ausnahme des Pfarrhotes von Ardon, wo sie an den Keller und die Lebensmittel des Herrn Domherrn de Rivaz Hand anlegte.

Wir haben diese Ausschweifung bedauert und bedauern sie noch; man muß sie aber einem besondern der Politik fremden Umstande, so wie der

Ueberzeugung zuschreiben, daß dieser Herr Schorherr einer der Hauptanstifter der Erschütterung ist, welche drohte, einen allgemeinen Brand im Lande zu verursachen.

Beim Heraufkommen hatten die Freiwilligen in der Abten zu St. Moriz logirt, bei der Rückkehr aßen sie auf der öffentlichen Straße zu Martinacht auf Kosten des St. Bernhardsklosters das Abendbrod, und speisten wieder in der Abten von St. Moriz zu Mittag.

Uebrigens ging alles so wohl in Martinacht als in St. Moriz in der besten Ordnung vor sich.

Die gezwungenen Requisitionen in den Gemeinden Colomben und Bionnaz sind den blutdürstigen Entwürfen der alten Schweiz dieser zwei Gemeiden beizumessen, Pläne die leicht zu beweisen sind und die man schon angefangen hatte, zu vollziehen.

Thure Mitbürger! um Euch wieder uns aufzubringen, lassen Euch Eure Herren glauben, daß wir einen Theil der Kanonen und des Kriegsmaterials des Staates mit oder wider den Willen der Regierung vor-enthalten.

Neue Verläumdung! Die Kanonen und die Munition sind auf Befehl der kompetentesten Behörde nach Monthey gebracht, jetzt aber auf den ersten Ruf derselben wieder von da zurückgeführt worden.

Wir haben selbige gegen den Willen der Regierung weder hinuntergeführt, noch einen einzigen Augenblick zurückgehalten.

Der Vorschlag, Euch gleichfalls Kanonen zu schicken, wenn dieß Euch angenehm sey, ist aus unserer Mitte hervorgegangen; und die Patrioten von Unterwallis haben nie begehrt, daß man sie Euch wieder abnehme.

Man hat vor einiger Zeit großen Lärm geschlagen, weil man ein Gericht nicht respektirte, allein man hat Euch verschwiegen daß dieses Gericht durch Intriguen zu Stande gekommen, daß es die gerichtlichen Formen überschritt, und daß seine Zusammensetzung eine Verletzung der Verfassung und des Gesetzes war.

Sobald aber dasselbe Gericht gesetzlich gebildet war, wußte es sich Respekt und Gehorsam zu verschaffen.

Die Zerstörung einer Buchdruckerey ist ein Angriff auf das Eigenthum, den alle gutdenkenden Männer von allen Partheien bedauern; es waren aber nicht die Liberalen, welche die Bestrafung der Urheber derselben gebindert haben.

Nachdem der Staatsrath und der Große Rath von 1843 über die politischen Vergehen den Schleier der Vergessenheit ziehen zu sollen glaubten (was die Räte von 1841 gewiß nicht gethan hätten), mit welchem Rechte wirft man nun heute Handlungen vor, welche die Amnistie gänzlich vernichtet hat.

Die Bittschrift giebt mit Bosheit zu verstehen, daß man die Unterdrückung der geistlichen Immunitäten gebietet, und verlange, da doch die Verfassung selbige garantire.

Diese Behauptung stoßen wir mit Verachtung zurück.

Es ist keine solche Anheischung je von Unterwallis ausgegangen.

Ein einziges Begehren dieser Art ist von einem der Unterzeichneten in der Sitzung des Großen Rathes vom 29. letzten Augusts gemacht worden.

Wir beehrten nemlich damals:

1^o Die Aufhebung eines jeden exceptionnellen Gerichtshofes oder mit andern Worten, die Gleichheit vor dem Gesetze für alle Bewohner der Republik.

2^o Eine billige Vertheilung aller Lasten unter Alle.

3^o Die schnelle Verwirklichung eines Gesetzes für den öffentlichen Unterricht.

Indem wir diese Wünsche ausdrückten, behielten wir förmlich den der Verfassung schuldigen Respekt vor; mit welcher Freisheit klagt man uns nun heute an, die Vorschriften derselben zu übertreten?

Die Repräsentanten der sechs östlichen Zehnen beschuldigen der Irreligion und der Verfassungswidrigkeit die Witschrift, welche zum Zwecke hat, die Einkünfte des Bischofs zu verkleinern, um sie zur Erleichterung der dürftigen Priester oder zu andern der Absicht der Schenker entsprechenden Werthen zu verwenden.

Dieses Mal send es vielmehr Ihr, meine Herren, die gegen den Geist unserer heiligen Religion und folglich gegen den 2ten Artikel der Constitution handelt, welcher ihr den Schutz des Gesetzgebers zusichert.

Wir begehren daß der Ueberfluß des hochw. Bischofs den dürftigen Priesterschaft zukomme, statt der Gegenstand der Habgucht einer Familie zu sein. Und deswegen sind wir Ungläubige!

Ihr erkennet, daß dieses Begehren gerecht sey, und doch wollt Ihr nicht einmal, daß es vor den heiligen Vater gebracht werde. — Und Ihr nennet Euch ausschließlich Katholiken!

Wir wollten den Augenblick der Erledigung des bischöflichen Stuhles benutzen, damit die Abstellung dieses großen Mißbrauches nicht auf die im Wallis so gefährliche Klippe der persönlichen Rücksichten und der Privatinteressen stoße; allein die Mehrheit konnte sich nicht genug heilen, um die Beibehaltung des statu quo auszusprechen, welcher nach unser Meinung eine beständige Verletzung der evangelischen Lehre ist.

Ehre Mitbürger von Oberwallis! Nachdem wir die verleumdenden Anschuldigungen der Witschrift der Neun- und-zwanzig, wie sie es verdienen, zurückgestoßen haben, empfinden wir die Nothwendigkeit, Euch unser sowohl religiöses als politisches Glaubensbekenntniß zu machen.

Die katholische Religion ist für uns, wie für Eure Zehnen, das erste aller Güter.

Wenn Ihr daran zweifelt, so durchleset die Garantien, welche wir für sie und ihre Minister in Eurer Abwesenheit in die Verfassung ein-

geschrieben haben, welche Eure Herren Euch vor vier Jahren als den alten Glauben des Walliserlandes umstürzend dargestellt haben.

Kommet in unsere Gemeinden, und Ihr werdet sehen, daß der Glaube da nicht ein leeres Wort ist.

Die Kirchen, welche man ausbessert oder neu erbaut, die neuen Pfarren, welche man errichtet, die vielen Geistlichen, welche man mit großen Kosten aus der Fremde zum Unterricht der Jugend beider Geschlechter kommen läßt, der Respekt und die Liebe mit denen man den Dienern des Altars begegnet, welche das Priesteramt, die Sittenlehre und die Nächstenliebe, die täglich zunehmen, nicht überschreiten; alles dieses antwortet unsern Verleumdern und widerlegt sie.

Je heiliger und unverletzlicher die Religion in unsern Augen ist, je mehr wir ihr erhabenes Gesetz ergründen, desto mehr empören wir uns, wenn wir die unwürdigen Entheiligungen sehen, deren sich einige aus denen schuldig machen, welchen dieses heilige Unterpfand anvertraut ist.

Wenn einige Dörfer augenblicklich der Schauplatz eines Aufbrausens und strafbarer Handlungen geworden sind, so ist dieses nicht der Erschlaffung der religiösen und geselligen Bande zuzuschreiben; sondern der durch die letzten Wahlumtriebe verursachten Erbitterung, und dem ausgelassenen Mißbrauche heiliger Sachen, dessen wir in den letzten Zeiten Zeugen waren.

Wir könnten zwanzig Privatthaten zu Unterstützung dieser Behauptung anführen, und wir werden es thun, wenn die Feinde des Landes uns dazu zwingen, falls sie fortfahren sollten, das Volk mit Hülfe der Lüge zu entsittlichen, die sie in schamlosen Flugschriften, ohne selbige unterzeichnen zu dürfen, feig austreuen.

Der gute Sinn des Publikums hat das Urtheil über die Flugschrift betitelt: *Begebenheiten des Wallis im Jahr 1843*, schon gefällt, die außer dem Kanton auf Kosten der sich so nennenden guten Katholiken, die auf diese Art zum Gewinn der Hölle das ihnen zur Erbauung der Gläubigen anvertraute Geld verschwenden, gedruckt wurde.

Für diesen Augenblick begnügen wir uns, Euch zu kennen zu geben, daß bei uns, aus Rücksicht der Politik, die heil. Sakramente Neugeborenen, Weibern und Greisen von Priestern verweigert worden sind.

Der Familienfriede, die väterliche Gewalt, die eheliche Eintracht sind sogar in heiliger Stelle mißbraucht worden.

Ist es wohl sonderbar, daß eine feurige Jugend von tiefer Ueberzeugung daran gedacht habe, die Religion des Staates nicht mit den Vorrechten zu verwechseln, mit welchen einige Priester, dieses Namens unwürdig, ihren Weltsinu hemänteln wollen.

Mitbürger! Freunde! in politischer Hinsicht wollen wir eine vollständige Anwendung der Verfassung und der Gesetze.

Diese Verfassung, welche, mit uns auszuarbeiten, Euch treulose Räthe abgehalten haben, gewährt sie nicht das geistliche und zeitliche Wohl des Walliservolkes?

Haben wir etwa die starrsinnige Abwesenheit Eurer Repräsentanten benutzt, um Vortheile zu unserm Nutzen und Eurem Schaden aufzustellen?

Während Eure Herren die Absichten des Verfassungsrathes, welche sie eine gottlose, freihetmörderische Versammlung nannten, verleumdeten, haben wir nicht unsere Sendung, ohne uns zu erschüttern, fortgesetzt; haben wir nicht Gutes für Böses erwiesen?

Heute überschreitet die Mehrheit des Großen Rathes offenbar die Staatsverfassung, indem sie Fremdlingen das Recht abtrittet, über das gesellschaftliche Leben der Kinder des Vaterlandes ohne Aufsicht und ohne Rücksprache zu entscheiden. Die höchsten Behörden des Staates und die Familienväter werden die Kosten des öffentlichen Unterrichtes ertragen, dabei aber nicht einmal das Recht haben, die Ursachen zu kennen, aus welchen ihre Angehörige, ihre Kinder verurtheilt worden sind. Das, was die sieben alten Zehnen, ja der Landrath von 1805, so eifersüchtig waren, dem Walliservolke aufzubewahren, hat der Große Rath von 1843 einer zwar gelehrten aber unsern republikanischen Sitten fremden Gesellschaft abgetreten.

Wir begehren eben so sehr und vielleicht aufrichtiger als Eure Herren die Bestrafung des Pressmißbrauches. Nicht uns würden solche Strafen am häufigsten treffen.

Alle Schriften die von unserer Seite ausgehen, sind unterschrieben, die Verfasser derselben sind bekannt. Wenn sie sich von der Wahrheit entfernen, so sind ja die Gerichte da, um sie, gemäß dem Gesetze vom 24. May 1839, zu bestrafen.

Das gleiche kann man aber von unsern Verleumdern nicht sagen. Alle Schriften, welche unsere Grundsätze, so wie unsere Handlungen anfechten, sind aus einer unbekannten Feder geflossen, die die öffentliche Strafe nicht erreichen kann.

Wir sind überzeugt, daß die meisten dieser schamlosen Flugschriften das Werk derjenigen sind, deren Sendung es wäre, das Wort Gottes zu verkünden.

¹ Die öffentliche Ordnung, die Achtung der Personen und des Eigenthums und sonderbar die Unverletzlichkeit der heil. Religion, sind die Grundregeln jeder Gesellschaft. Wir sind es, die selbige zuvorderst in die Verfassung eingeschrieben haben.

Unser Werk werden wir niemals verläugnen.

^a Die Diener der Religion sollen achtbar und geachtet seyn; die Gesellschaft ist ihnen ein ehrenvolles Auskommen schuldig, denn der dem Altare dient, soll vom Altare leben.

Zu diesem Zwecke wünschen wir eine billigere Vertheilung der Ein-

künfte der ehrw. Geistlichkeit, mit Ausnahme jedoch der Pfarrrpfründen, welche das Eigenthum jedes Ortes sind.

Wir würden uns glücklich schätzen, den Ueberfluß der Einen den dürftigen Pastoren einiger Dörfer zufließen zu sehen.

Wir glauben, daß das, was der Kirche gehört, der Kirche bleiben soll.

Andere dagegen halten dafür, daß es erlaubt sey, mit den Kirchengütern Schätze zu sammeln. Wir aber werden niemals dieser Meinung seyn.

Nein, niemals werden wir dem Kaiser geben, was Gottes ist.

Mitbürger! Volk von Freunden! sehet hier in zwei Worten unser Glaubensbekenntniß:

Religion für Gott, und nicht für die Menschen.

Religion durch apostolische Priester, nicht durch Familien-Einziger.

Religion gemäß dem Evangelium, nicht gemäß dieser oder jener Politik.

Waterland mit Ehre, nicht mit Verwerfung.

Waterland für alle Landesfinder, nicht für einige privilegierte Klassen.

Waterland für den Unterricht, nicht für die Unwissenheit und für das Elend.

In diesem Sinne verstehen wir diesen schönen Wahlspruch: Religion und Waterland.

Die Religion hat die Ehre Gottes und das Heil der Seelen zum Zwecke.

Also sollen die Menschen sich nicht mit ihrem heiligen Mantel bekleiden, um einen zeitlichen Glanz und Herrschaft zu fordern die sie verdammt.

Also sollen die Priester dem Bepspiel der Apostel nachfolgen; diese predigten und übten nur das Gesetz Gottes aus, sie lebten rein und mäßig, und häuften keine Reichthümer weder für sich noch für ihre Verwandte zusammen.

Also soll das allerhöchste Gesetz der Ewigkeit und eines solchen Lebens, und das Evangelium eine gänzliche und ausschließliche Anwendung erhalten.

Dieses Gesetz der Gleichheit, der Duldung, der Wohlthätigkeit und der Liebe ist unverträglich, mit den Vorrechten mit der Verleumdung, dem Haß und der Verfolgung.

Das Waterland ist unsere Mutter; wir sind ihm Respect und Hingebung schuldig.

Die Ehre ihres Landes ist für die wahren Landesfinder gerade das was die Heiligkeit der Religion für die wahren Christen ist, sie sollen dasselbe gegen jede Entehrung, jede Verletzung schützen.

Ein freier Staat, kann, ohne sich zu entehren, seine Souveränetät nicht abdanken, eben so wenig zu Günsten von Mönchen oder Jesuiten als zum Vortheil eines Königs.

Die Jesuiten, die Mönche mögen gelehrt und fromm seyn; der Große darf ihnen die Erziehung der Walliser Jugend anvertrauen; darüber sind wir alle einverstanden: das Vaterland fordert aber, daß alle Bürger der Wohlthat dieser Erziehung genießen können. Niemand darf wider seinen Willen und ohne Wissen der Behörden davon ausgeschlossen werden.

Indem die Mehrheit des Großen Rathes das Gegentheil ausgesprochen, hat sie sich selbst weggeworfen. Das allein souveräne Volk wird aber ihre Abstimmung nicht gutheißen.

Das Vaterland ist eine zärtliche und unparteiische Mutter; alle Bürger sind ihre Kinder. Sie hat niemals eine Schenkung gemacht, nie ein Vorrecht aufgestellt; die, welche bestehen, sind ein Mißbrauch und unterhalten das Mißtrauen im Hause.

Sobald alle wahrhaft Brüder seyn und der Arme nicht mehr für den Reichen zahlen und kämpfen müssen wird, sobald das Walliser-Gesetz ein Gesetz für alle Walliser seyn wird, werden auch der Friede und das Zutrauen wieder erscheinen und dauerhaft seyn.

Das Vaterland verlangt, daß seine Kinder gut unterrichtet werden, ein jeder nach seinem Stand und Mitteln.

Die Vergangenheit hat den Erwartungen des Landes nicht entsprochen, der Unterricht war ein ausschließliches Vorrecht des Reichthums.

Die Gegenwart soll eine bessere Zukunft vorbereiten; indem sie bessere Mittel, als die frühern, ergreift.

Der Unterricht ist die Quelle der Gewerbsthätigkeit und der wohl überlegten Arbeit, aus welchen der Wohlstand, die Vaterlandsliebe und die Sittlichkeit entspringen.

Mitbürger von Oberwallis! wir haben Euch unsere Meinung in wenig Worten gesagt; sie ist auch diejenige des Volkes, dessen Dolmetscher wir sind.

Wir glauben gerne daß sie auch die Ewige seyn wird.

Es soll daher jedes Mißverständniß verschwinden und dem gegenseitigen Zutrauen Platz machen. Nehmet Euch wohl in Acht gegen jene Lärmschläger von hohem Rang und heuchlerischem Angesichte, welche Euch ohne Unterlaß aufwiegeln. Heftet einen Blick von Wahrheit und Ueberzeugung auf sie, wie wir, und Ihr werdet sie erröthen sehen.

Wenn sie Euch von einem allgemeinen Aufstande sprechen "um eine schwache und unmerkliche Faktion zu zerquetschen und die Religion und Freiheit wieder herzustellen, so erinnert Euch an die Jahre 1839 und 1840.

Man spielt die nämlichen Intrigen, den nämlichen Betrug, aber ich warte der nämlichen Ausgange auf sie; doch würde dieses Mal die öffentliche Abndung mit den Rückfälligen nicht transigieren.

Voll Volk der sechs östlichen Zehnen! die Bittschrist vom 29. November ein Eingriff in die Verfassung (wie es die Verhandlungen des Großen

Rathes bewiesen haben): sie greift die Ehre der Stadt Sitten und des Unterwallis an; allein dies ist nicht ihre schlechteste Seite.

Sie ist, in Rücksicht ihres Ursprunges, ihres Zweckes und des Geistes in dem sie verfaßt wurde, noch weit strafbarer als in ihrer Form und Inhalt.

Ihr Ursprung, ihr Geist und ihr Zweck stimmen mit denjenigen überein, welche den Brand von 1840 veranlaßt haben.

Heute, wie damals verfolgt man die Wahrheit zum Vortheile der Lüge, die Gleichheit vor dem Gesetze zum Vortheile des Vorrechtes. Heute wie damals sucht man eine Ligne aus dem Zehnen Siders und Oberwallis gegen die Stadt Sitten und das Unterwallis zu bilden.

Wenn Ihr daran zweifelt, so fraget nach, wer die Bittschrift aufgesetzt und wer die Unterschriften gesammelt habe.

Der Verfasser ist der weltliche Stützpunkt der ganzen Reaktion; er begeistert sich am Brennpunkt der legitimistischen Frömmerei und der ritterlichen Geseßlichkeit.

Die Sammler der Unterschriften sind zwei Zehnenhänpter, groß an eitelm Dünkel und Starrköpfigkeit, Prabler der Vergangenheit, Verleumder der Gegenwart, Unglückspropheten und über Alles aus, unerschrockene Ehrenritter des Regiments von 1815, gemäß welchem alle guten Plätze für die Bauern nicht zugänglich waren.

Freunde, Mitbürger und Brüder! Wenn man Euch sagt, daß das Unterwallis uneinig und die Religion und Freiheit dort bedroht seyen, so gedenket der Ereignisse von 1829 und 1840.

Damals wiegelte man Euch auf im Namen der Religion und des Vaterlandes. Es gelang, Euch glauben zu machen, daß das Unterwallis nicht einig, die liberale Partei dort nicht zahlreich und der Sieg sehr leicht sey u. s. w.

Eure gute Treue und Euer Vertrauen auf Eure Führer gaben Euch die Waffen in die Hand; Euer Irrthum war aber nicht von langer Dauer.

Das Zusammentreffen mit einem verleumdeten Volke öffnete Euch die Augen, Eure Waffen krumpten sich ab, und Ihr hieltet uns des Brudernamens würdig, der der einzige Gegenstand unserer Wünsche war.

Die Verleumdung mag, soviel sie will, uns als Ruhestörer, als Ungläubige, als eine schwache und ausgelassene Faktion darstellen: sie wird aber niemals unsere Schritte gegen eine bessere Zukunft aufhalten.

Die Behörden der Stadt Sitten und des Unterwallis haben nur eine Triebfeder, nämlich das allgemeine Wohl.

Sie werden in ihrem Streben nach dem Fortschritte mit Ruhe

und Festigkeit fortfahren und sich um die Drohungen, die man ihnen in Euerm Namen macht, wenig bekümmern.

Sie sind weit von dem Glauben entfernt, daß Ihr von der Tapferkeit Eurer Ahnväter verfallen seyd; allein sie vertrauen, daß ihr selbige nur gegen die Feinde des Staates, nicht aber gegen Eure Mitbürger gebrauchen werdet.

Gott behüte uns vor einem Mißverständniß, wie jenes von 1840 war; es würde einen unglücklichen Ausgang nehmen.

Den 5-en Dezember 1843.

Pottier. J. Torrent. de Bons.
 A. de Werra. Pignat. Amacker.
 Udry. Morand. F. Delakoste.
 M. Barman. M. Gaillard.
 Produit. M. Filliez. D. Ribordy. J. Pont. F. Massard.

In Wort

über die

Adresse an das Volk

der

sechs obern Zehnen.



Sitten, 1844.

Gedruckt bei Calpini-Albertazzi.

TA 319, f



Die Unterzeichneten hätten gewünscht, die vom Courier du Valais veröffentlichte angebliche, aber von Niemanden unterzeichnete, Adresse von Einigen aus Unter-Wallis an das Volk der sechs obern Zehnen mit der ihr gebührenden Verachtung stillschweigend übergehen zu dürfen; da man nun aber diese Schrift auch auf andere Weise unter dem Volke zu verbreiten sucht, so erachten sie es für ihre Pflicht, derselben, zur Steuer der Wahrheit, folgende Beleuchtungen an die Seite stellen zu müssen.

Womit werden nun jene Herren ihre Adresse wohl angehoben haben? Womit anders, als mit Schimpf und bitterm Hohne, als mit ihrem anmaßenden, absprechenden, lügenhaften Wortgepränge, sie, deren Geschmack und feine Lebensart die Petition der obern Zehnen als ein Nachwerk an den Pranger gestellt haben, wo jeder Anstand verlezt, jedes edlere Gefühl schändlich entheiligt ist!

„Das Volk von Ober-Wallis,“ sagen sie gleich anfangs dreist hin, „weiß gar nichts von jener Denkschrift, oder man hat sie ihm nur durch List und Ränke und Lügen entlockt.“

Keines von beiden, meine Herren; Thatfachen sollen sprechen, und eine so entehrende Zumuthung widerlegen. Offen vor jedem Auge liegen die Verhandlungen und Namensverzeichnisse der über diesen Gegenstand zusammenberufenen einzelnen Zehnen-Räthe; nicht minder offen waren die Schritte, welche, sobald diese Schrift dem Drucke überliefert ward, mehr als hundert angesehene Vorsteher oder Bürger aus dem Zehnen Siders bei dem Staatsrathe gethan, wie sie ihm durch eine Gesandtschaft erklärt, der Inhalt jener Petition sei ihr, sei ihrer Mitbürger Wunsch und sehnliches Begehren; dann die Widerlegung derselben als ein böshaftes Gewebe abgenutzter Lügen und schändlicher Verläumdungen gebrandmarkt haben.

Hier also das erste Pröbchen „der freien, offenen, ehrlichen Sprache“ der Verfasser der Adresse. Darauf fuhren sie folgender Maßen fort.

„Die Klagen und Bedenklichkeiten von Ober-Wallis, sagen sie, sind erdichtet, oder böswillig entstellt, wenn man z. B. behaupten will, daß das heilige Kreuzzeichen zu einem Gegenstande des Spottes herabgewürdigt und sogar öffentlich entehrt worden ist, daß die Religion lächerlich gemacht, die Wahrheit ihrer Glaubenslehren tückisch angegriffen und in Zweifel gezogen wird.“

Hatten denn wirklich die Verfasser der Adresse es schon vergessen, was im Verlaufe des Hornungs, etwa vor einem Jahre, für ein Vergerniß zu Monthey gegeben worden ist? Hat denn nicht die ganze Pfarrei, am Fuße des Altares, öffentlich für diesen Frevel Abbitte gethan?

Wie? Haben sie so ganz vergessen jene gottlosen Reden und Schriften; jenes Betragen, das jedes katholische Gemüth empört, das unsers seligen Oberhirten Herz tief gekränkt, Sprache, die endlich seinen mahnenden, verbietenden, drohenden Hirtenbrief veranlaßt hat.

„Lüge, sagen sie in ihrem gleißnerischen Tone, ist es, und Unredlichkeit, wenn man behauptet, daß das Leben der Priester in Gefahr schwebe, daß man ihren heiligen Verrichtungen hindernd in den Weg trete, sie anmaßend an sich zieht.“

So? Habt ihr denn neuerdings vergessen, welch' ärgerliche Auftritte, welch' gottlose Scenen im letzten Mai stattgefunden; welche Lieder, welche Drohungen, welche Verwünschungen man auf öffentlicher Straße; an allen Ecken, zu allen Stunden, aus dem Munde so vieler hören mußte? Habt ihr wirklich vergessen, was zu Monthey geschehen ist; oder wollt ihr zu allen jenen Gewaltthatigkeiten und Schandthaten noch die Schuld böshafter, aber ganz unnützer Verstellung gesellen?

Und was sagt man zu jenem eben so unehrerbietigen

als höchst empörenden Auftritt zu Saxon? Wo man offen gegen die Kirche und ihre Satzungen sich auflehnte; frech in das heilige Priesteramt eingriff; den heiligen Ort und das erste Sakrament durch eine schändliche Entweiheung verunehrte? Diese und andere solche Thatfachen, beweisen sie gar nichts für unsere Bedenklichkeiten? Weisen sie nicht aus, daß wir immer zu wenig Furcht, nie zu viel Besorgniß für die Erhaltung unseres heiligen Glaubens geäußert, daß ihr Alles gewagt, weil wir zu lange stillschweigend zugeesehen haben.

Auch getrauen sie sich nicht, es im Ernste zu behaupten, daß es mit jenen Angriffen keine Bewandniß habe; weshalb sie gleich, nach ihrer gewohnten Sitte, einen Seitensprung und Winkelzug machen, den Fragepunkt fahren lassen und eine andere Saite aufziehen.

„Es seien dieß individuelle Handlungen gewesen, zu denen wohl auch die hartnäckige Verweigerung einiger Priester, die nothwendigen Sakramente auszuspenden, selbst mag Anlaß gegeben haben.“

Ihre Rechtfertigung liegt ganz nahe. Die ehrwürdige Klerisei hat auch ihre schweren Verpflichtungen; sie hatte von der obern geistlichen Behörde gemessene Befehle erhalten, sie mußten mithin gehorsamen, und innerhalb der Schranken und im Bereiche ihrer Vollmachten bleiben. Der Kirche gehorsamen, ist Pflicht eines jeden Katholiken. Ihr Betragen ist übrigens durch das Zu-

trauen und die Liebe des Volkes hinlänglich gerechtfertigt. Nichts also vermögen gegen sie die wüthenden Anfälle der Adressenschreiber, beschämt müssen ihre Wiße, ihre ehrenrührerische Verläumdungen zurücktreten, wie die Nebel vor der Sonne verschwinden. Muthig kämpfet der Glaube gegen die Gottlosigkeit an; entschlossen tritt er gegen ihre mächtigen Freunde in die Schranken. Umsonst sucht der Gottlose den Priester mit seinem Gifte zu tödten; er findet nur den unbescholtenen, den unverwundbaren Diener der Wahrheit, der durch sein Betragen erbaut, durch sein Beispiel überzeugt.

„ Das Comite von Martinach hat sich als ungesetzmäßige Behörde aufgeworfen und ist durch sein aufgedrungenes Einschreiten der legalen Regierung hemmend in den Weg getreten, auch diese Anklage ist eine Lüge. “

Sind doch die Verhandlungen und Beschlüsse dieses anmaßenden Comites dem ganzen Kantone bekannt; bekannt insbesondere den Herrn Gönnern der Adresse! Was sagt der hohe Staatsrath in seinem Erlaß vom 23. August? Man lese ihn in No. 69 des Courier, und beurtheile darnach die Aufrichtigkeit und Gewissenhaftigkeit jener eifrigen Verfechter des vaterländischen Wohles. Volk von Wallis, welcher Bürger und Vaterlandsfreund kann, ohne treulos zu werden an seinem Eide und seinen heiligsten Pflichten, eine Zusammenrottung von Männern billigen und vertheidigen', die eigenmächtig die Gemeinde auffordern, nur ihnen mehr

zu gehorchen; eigenmächtig das Volk unter die Waffen rufen; eigenmächtig sich als oberste Behörde aufwerfen, und Anarchie und Empörung und Zügellosigkeit durch ihr mächtiges Beispiel predigen? Auch schämt man sich jetzt eines solchen Meineides; weiß das Geschehene zu verdunkeln, das Verdemüthigende eines so gewaltthätigen Verfahrens angelegentlich zu beseitigen; weil man das Gehässige desselben auf keine Art genügend zu rechtfertigen vermag.

Was jenen Aufruf zu den Waffen insbesondere anbelangt, so hat man allerdings es sich beifallen lassen, seine etwaige Rechtfertigung zu versuchen. Da mußten nun natürlicher Weise die Unschuldigen wieder die ganze Schuld tragen, Ober-Wallis hiez zu die Veranlassung gegeben haben u. s. w. Hören wir also, wie aufrichtig, wie unparteiisch, wie redlich die Herrn Verfasser der Adresse den ganzen Hergang der Sache abfassen, betrachten, durchaus rechtfertigen werden. Fünfhundert Freiwillige von Siders, nicht, wie man lügenhaft deutet, bestochen, nicht durch Zwang oder Geldbußen von ihren friedlichen Arbeiten weggerissen, kommen aus eigenem Antriebe, beseelt von dem reinsten Patriotismus, im Falle der Noth, der rechtmäßigen Regierung ihre Hülfe anzubieten. Ihr und der Sache des Vaterlandes haben sie ihre Kräfte geweiht. Sobald aber am Abende jenes Tages, wo die Gesandtschaft derselben nach Eiten gekommen war, um bei dem Staatsrathe fernere Verhaltungsbefehle einzuholen, dieser erklärte, die Ruhe

sei bereits wieder hergestellt, das Kontingent selbst verabschiedet, kehrten auch diese großsinnigen Söhne des Vaterlandes zu den Ihrigen zurück; bereit jedoch, bei der ersten Gefahr wieder schlagfertig zu erscheinen.

Herr Moriz Barman, der nach seinem Geständniß an Herrn Joris jenen Befehl, zu den Waffen zu greifen, eigenhändig von ihm unterschrieben, hatte ergehen lassen, saß doch in dem vom Staatsrathe der bedenklichen Umstände wegen ernannten Kriegsrathe; kannte also genau die Absichten der Leute von Eiders, ihre Stellung zur hohen Regierung; und nichts destoweniger fertigt derselbe, Herr Moriz Barman, den Befehl an Herrn Joris aus, alle streitbaren Männer von 18 bis 55 Jahren eiligst unter die Waffen zu rufen, und gegen die Fanatiker von Ober-Wallis anzuführen, die noch an jenem Abende Unter-Wallis anzugreifen gedächten.

Auf der andern Seite waren die Freiwilligen von Eiders schon wieder nach Hause zurückgezogen, die Joris'sche Bande aber eilte immer rastlos gegen Sitten voran. — Welchen Zweck verfolgte sie? Was wollte sie?

Dies sind Thatsachen, die keiner weitem Erörterung bedürfen. Nun wieder zu unserer Adresse.

„Die Kanonen und die dazu gehörigen Munitionen, sagt sie, sind auf Befehl der betreffenden Behörde nach Monthey gebracht worden.“

Wie stimmt nun dieses mit der Aussage des damaligen Staatsraths-Präsidenten überein, der den Großen Rath versicherte, es fehle nur eine einzige Kanone im Zeughaufe von Sitten, die man zum Ausbessern nach Monthen gesandt habe? Und doch wurden in Monthen vier Regierungskanonen nebst Pulverwagen und einer bedeutenden Menge von Schießbedarf gefunden. Wie ist das zu reimen? Ja und Nein in derselben Versicherung, wie läßt sich dieses paaren?

Der Große Rath äußerte den Wunsch, daß auf der Stelle, noch während seiner außerordentlichen August-Sitzung, alles Mangelnde ins Kantonal-Zeughaus nach Sitten zurückgeliefert werden sollte.

Ein Abgeordneter von Unter-Wallis bemerkt, daß ein so hartes Verfahren und eine so rasche Maßregel, besonders in solchen Umständen, für jenen Theil des Landes beleidigend sein müsse.

Als die Abgeordneten von Ober-Wallis merkten, daß man ihren Antrag so auslege und seine Handhabung zu noch größerer Mißhelligkeit führen könnte, so nahmen sie ihn zurück, und überließen nun, um auf keine Weise zu beleidigen, dem Staatsrathe die Sorge, bei schicklicher Gelegenheit das fehlende Kriegsmaterial in die Hauptstadt zurückschaffen zu lassen.

Man hat es auch wirklich zurückgebracht; aber keineswegs in jenem Zustande, wo man es von Sitten weggeführt hat.

Die Wappen der Republik Wallis und jene des Kaisers Franz sind auf einem oder zwei Feldstücken verteilt worden. Bei den dazu gehörigen Wagen hat man unsere Kantonalfarbe theilweise durch einen grünen Anstrich verdrängt.

Was kann man wohl zu diesen Sachen sagen? Haben sie wirklich gar nichts zu bedeuten? Wer krazet fremde Namen aus?

„Das Amnestie-Dekret berechtigt die verletzten Parteien zur Civil-Klage.“

Die Obern Zehnen fragen nun beim Großen Rath nach, wie man in der gegenwärtigen Lage der Dinge seine Sache bei den Gerichten anhängig machen könnte; und drohend erheben sich die Verfasser der Adresse und fragen von ihrer Seite, wie man wieder Klagen anbringen könne und Verwirrungen rügen, die der Große Rath selbst verziehen und auf immer erlassen wissen wollte.

So? Heißt es eine Klage anbringen, wenn man über eine Verfahrungsweise berichtet sein will, die im dritten Artikel jenes Dekretes zugestanden wird, und die ohne diese nothwendige Erklärung durchaus nichts bedeutet?

Hieße unter diesen Umständen sich geduldig fügen, und wiederum schweigen, nicht sein Wort und die heiligste Pflicht verletzen?

Die Adresse sagt ferner: „die Petition habe boshaft zu merken gegeben; daß man schlechterdings die Abschaffung der kirchlichen Freiheiten und Privilegien habe erzwingen wollen, und setzt feierlich hinzu: man weise diese Anklage mit Verachtung zurück.“

Statt aller Antwort verweisen wir auf die No. 70 des Courier, das gewöhnliche Organ der Gesinnungen der Adressenschreiber. Wer lesen kann, kann daselbst manche wichtige Beleuchtung über den Endzweck der Soris'schen Expedition finden.

„Weg mit den Freiheiten der Kirche, sagt er, dieß war der allgemeine Ruf.“

Die ersten Worte, womit die Anführer der Bande die H. Staatsräthe Torrent und Moriz Barman bestürmten, waren sie nicht die Bestätigung dieses allgemeinen Schreiens:

„Unser Volk will die Abschaffung der kirchlichen Freiheiten.“

Ein solches Begehren, im Munde solcher Leute, die unter den Waffen standen, deutet es nicht auf den entschlossenen Willen, ihre Aufhebung durchzusetzen? Kurz vorher hatte schon Herr Moriz Barman beim Schlusse der Sitzung diesen Antrag gestellt. War es Zufall? Beabsichtigte man nichts? Darf man diese Anklage mit Verachtung zurückweisen? Man darf Vieles nicht, und doch geschieht's. Nicht wahr?

Uebrigens hat ja schon der Courier in seinem 74sten Blatte diesen Gegenstand berührt. Niemand hat ihn widersprochen, zu Allem haben seine Leute Ja gesagt. Man will also die Abschaffung der Immunitäten, wenn man schon jetzt das Gegentheil behauptet. Warum hat aber der Courier den Adress-Herren diesen schlimmen Streich gespielt? Warum hat er auch so gewaltig geschrien: „Weg mit den Immunitäten. Das wollen wir, weg mit den Immunitäten.“ Entweder hat er gelogen, und da darf man ihm nicht mehr glauben; oder er hat einmal nach der Wahrheit gesprochen, und da kann man der Adresse nicht mehr trauen. Unglücklicher Weise sind nun aber gerade beide ein und dasselbe Wesen; wir können also ferner weder dem Courier noch der Adresse Glauben schenken; denn, wie das Sprichwort sagt, wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht.

„Die Petitionen zurückweisen, die da begehren, daß die Verwaltung der bischöflichen Güter unmittelbar dem Staate anvertraut werde; daß man ferner dem hochwürdigsten Bischöfe eine Louisd'or durch Tag als Besoldung anweise, und daß der Große Rath die anderwärtige Verwendung des Ueberschusses, wie man sagt, nach der frommen Meinung der Geber verwalte, ist nach der Ansicht der Adresse eine fortwährende Verletzung der evangelischen Lehre.“

Sehet, bewundert die neuen Doktores! Jetzt bekommen wir ein neues Evangelium, ein neues Kirchen-

recht; jetzt kann es nimmer fehlen; jetzt haben wir unfehlbare Lehrer.

Dieses außerordentliche Talent, und diese seltene Geschicklichkeit steht allerdings nur einem sehr kleinen Theil der Walliser zu Gebot; die große Majorität derselben weiß noch nichts Besseres, als jenes zu verehren, was aus göttlicher, und jenes zu handhaben, was aus kirchlicher Einsetzung bis jetzt felsenfest durch die stürmischen Jahrhunderte unter ihnen bestanden hat.

Diese katholischen Grundsätze mögen immerhin einigen unserer jungen Aufklärungs-Freunden, die sich auch im Petitioniren unverdrießlich wacker zeigen, und Alles, wie sie sagen, ausschließlich auf legalen Wegen zu Stande bringen wollen, alt und abgenutzt scheinen. Kein Wunder also, wenn sie den Großen Rath auffordern, eigenmächtig und nach eigenem Gutachten die Sekularisation der bischöflichen Güter vorzunehmen. Kein Wunder, wenn in ihrem Antrage das Wort „Rom“ keinen Platz gefunden hat. Und doch ergreifen die Herrn mit Feuer die Vertheidigung der evangelischen Lehre; wollen diese heilige Lehre in ihrer ganzen Reinheit gehandhabt wissen. Wahrlich, ein schöner, ein recht erbaulicher Eifer! Auch im sechzehnten Jahrhunderte zeigten ihn die Reformirenden, die Evangelischen. — Luther und Calvin redeten nur immer vom reinen Evangelium. Wie rein dabei ihre Absichten gewesen, sagt ihr persönliches Betragen, sagt ihre Lehre, sagt die Geschichte. Wer Plün-

derung, Auflösung aller Banden, Umsturz jeder Macht prediget, muß nothwendiger Weise Anklang und Anhang finden, heute wie vor Jahrhunderten: der Mensch bleibt immer zum Schlechten geneigt.

Die Worte „Ehrfurcht vor dem Eigenthume,“ obwohl durch die Verfassung geboten und durch das einfache Rechtlichkeits-Gefühl eingegeben, waren auch zu langschweifig, um in jener gründlichen Motion ein Plätzchen erhalten zu können. Und wenn wir nun auf die fromme Meinung zurückgehen, die jene Güter gegeben hat, was beabsichtigte sie? Was bestimmten die frommen Geber? Nichts anders, meine Herrn, als daß sie durch das unveräußerliche Recht dem bischöflichen Stuhle, ohne weitere Bestimmung, ohne irgend eine Verantwortlichkeit derselben zugehören sollen. Darf man etwa den letzten Willen eines Verstorbenen hintansetzen, oder gewaltsam dem rechtlichen Besitzer die erhaltene milde Spende abjagen?

Was übrigens die Verwendung jener Güter anbelangt, so mögen auch hier Thatfachen das Betragen unserer hochwürdigsten Bischöfe rechtfertigen. Sprechen sollen die Monumente ihrer Freigebigkeit und Milde, ihres Eifers für die Religion und für das Wohl des Vaterlandes; sprechen die öffentlichen Anstalten, wo der Arme unterstützt, der Kranke verpflegt, der Säugling unterrichtet wird; sprechen die Quellen, die ihre Liebe öffnet den Dienern des Altars zu einer ausgedehnten

wissenschaftlichen Bildung; Wien, Mailand, Dillingen wissen es, was Sittens Oberhirten für die Ihrigen gethan, jezt noch thun; sprechen soll die Hütte des Armen, wo sie mit liebevollen Händen Gaben ausgestreut und Thränen getrocknet haben, die Härte expresse. Solcher Männer Gedächtniß besudelt man. Was können aber Neid und Habgier, Freisinnigkeit und Gottlosigkeit wohl Gutes und Edles unangetastet lassen?

Erben der Gesinnungen unserer Ahnen, wissen wir, Walliser, heute wie vor Zeiten die Wohlthat einer christlichen Erziehung nach ihrem ganzen Umfange zu schützen. Wir wissen, was unsere Jugend, was wir jener durch Wissenschaft und Tugend gleich ausgezeichneten Gesellschaft schulden. Immerhin mögen sie die Kinder der Zeit fremd nennen, und als fremde sie verachten; unsere Väter hatten es sich zu Ehren gerechnet und für ihre Pflicht gehalten, sie mit dem Bürgerrechte zu schmücken; und hätten sie es auch nicht in den ersten Zeiten ihres Wirkens in unserer Mitte gethan, so hätten die Mitglieder jenes Ordens dieses Recht erworben durch die Dienste, die sie geleistet, die sie uns noch täglich mit demselben Eifer, mit derselben Aufopferung leisten. Ihre Satzungen sind dieselben, wie früher; in dem Beschluß, den der Große Rath genehmiget hat, tritt er nur den Ansichten der frühern Rätthe der Republik bei. Zwischen den drei Schulanstalten des Kantons obwaltet kein Unterschied; sie haben dieselben Satzungen, stehen gleichmäßig allen Jünglingen offen,

ohne Rücksicht auf Stand, ohne Rücksicht auf Vermögen; ungestört kann sich der Arme an die Seite des Reichen setzen. Der Große Rath hat also einen neuen Beweis seiner Achtung für die Sachen und die Personen geliefert; Achtung, die bei dem gegenwärtigen Bestande der Dinge keine Veränderungen ohne die Zustimmung beider Theile zulassen kann.

Dies hat der Große Rath zur Ehre und im Interesse des Kantons beschlossen; o ihr Herren der Adresse, saget, er habe sich dadurch mit Schmach und Schande bedeckt. Meine Herrn, ist das die Freiheit, zu denken und zu handeln, die ihr so sehr erhebet, so hoch klingen lasset. Dürfet nur ihr sie ansprechen? Es scheint wohl. Die oberste Landesbehörde stimmt nicht nach eurem Gutachten, und ich nehmet euch die Freiheit, sie dafür wirklich auszuschimpfen und im Rothe herumzuziehen; Alles im Namen der heiligen Freiheit.

Man darf sich also nicht mehr wundern, daß ein Großkastlan auf dem Rückwege von seinen Amtsverrichtungen mit Steinen verfolgt; daß ein anderer friedlicher Bürger mit einfallender Nacht auf der Landstraße mit einem Steinhagel empfangen wird; daß Abgeordnete des Volkes sich heimlich nach Hause schleichen müssen, oder sonst auf die entehrendste Weise beschimpft werden; daß man im Heiligthume des Vaterlandes selbst, unter den Augen der höchsten Behörde, sich auf's Unanständigste geberde, und daß sogar zu wiederholten Malen, unberufene Zuhörer den frechen Ausruf erschallen lassen: „Wir wollen es.“ „Sollte also die Freiheit im Handeln und Denken in Wallis zur Tochter des Schreckens geworden sein? Soll Wallis, wie einst Frankreich unter dem eisernen Soche einiger verwilderten Söhne scufzen; und zittern, und beben, und vor dem Mordstahle erblassen? Sind wir frei?!

Soll auf diese Weise, meine Herrn, das wechselseitige Vertrauen sich wieder anbinden, aus dem ihr

ein so großes Wesen machet? Soll euer Willen allein Gesetz sein? Dürft ihr die Mehrheit höhnend verlachen, und euch rücksichtslos über des Landes höchste Macht hinaussetzen? Nein nicht länger wollen wir es dulden; ihr appellirt an das Volk — Wohlan, das Volk wird euch zur Antwort stehen; das Volk an euch seine Rechte üben.

Nehmet euere heuchlerischen Reden zurück, Allen Brüdern von Wallis wollen wir mit euern Worten zurufen: Hütet euch, Männer und Sünglinge, von Wallis, vor diesen Unruhestiftern, die mit gleißnerischen, süßtönenden Gistreden zu euch schleichen, um euch zu berücken; fasset sie fester in's Auge und beschämt werden sie die Blicke senken, erröthen, stummeln. oder nothgedrungen gestehen müssen, daß ihre Behauptungen stets Lügen, ihre Beweise böshafte Erdichtungen, ihre Mittel Ruchlosigkeit und Gewaltthätigkeit gewesen sind.

Ja, ihr Herren Aressenschreiber, wir haben euch endlich verstanden, und durchblicken das ganze Gewebe euer verborgenen Anschläge! Nachdem ihr auf einigen Seiten eurer berücktigten Schrift euer moralisches politisches Glaubensbekenntniß abgelegt, mit schwulstigen Lobe! Die zahllosen Wohlthaten hervorgehoben; die ihr dem Lande durch die Ausarbeitung und Handhabung der Konstitution von 1839 erwiesen; die Reinheit eurerer Absichten, gegen die tausend und tausend Thatsachen, die euch der Lüge strafend auftreten, mit Wohlgefallen zur Schau getragen; nachdem ihr die lange Rolle von Klagen, Vorwürfen, Spötereien, Verläumdungen, Drohungen u. s. w. enthalten habet, um alles Gesagte und Nichtgesagte noch einmal zusammenzugreifen und uns höhnisch lächelnd vorzuwerfen; rückt ihr endlich mit dem Aufrufe hervor, der euer ganzes Streben aufdeckt, und uns die Triebfedern weist, die euere Schritte lenken.

Das Volk wollt ihr gegen seine Obrigkeit aufwiegeln; den gemeinen Mann gegen seine Vorsteher aufheizen,

weil sie nicht in euere Gesinnungen stimmen, nicht euere Plänen beitreten, sondern es retten wollen vom Abgrunde. Ihr wollet heute, wie früher, die Fahne des Aufruhrs aufstecken, das Land in Partheien theilen, Mord und Todschlag predigen, unglückseligen Bürgerkrieg anfachen. Ihr stellet die Denkschrift der obern Rehen als beileigend für Unterwallis, selbst als konstitutionswidrig vor. Ja freilich! Haß und Feindschaft nur wollet ihr dadurch erregen, ihr möchtet das Volk gegen die Herren aufbringen, Ausdruck, den ihr so lieb gewonnen habt, gegen die Herren, d. h. gegen jene obrigkeilichen Personen, die euere Grundsätze verabscheuen, euere Gewaltthätigkeiten verdammen, und Gut und Blut daransetzen wollen, um in Lande Friede und Ordnung wieder herzustellen, und die heilige römisch-katholische Religion in ihrem Ansehen zu erhalten. Wollt ihr also den Zankapfel unter Brüder werfen? Mitbürger, Brüder~~gegen~~ Brüder aufheken?

Umsonst meine Herrn! Umsonst! Eitel ist euer Bestreben, Eitel euere rastlose Mühe! Schändlich ist euer Plan: Gott wird, Gott muß ihn vereiteln, er wird an unserm Muthe, an unsern vereinten Kräften scheitern;

Sa, alle Männer von Wallis, mit Ausnahme einer geringern Zahl junger Aposteln nach der Mode, die nur von Freiheit und Gleichheit reden, Alle haben dieselben Gesinnungen, Alle streben einem Zwecke nach. Die Sache von Unter-Wallis ist die Sache von Ober-Wallis; Unsere Sache, Brüder, euere Sache! Wir kennen nur ein Vaterland, nur eine Macht, nur eine Religion; innigst ist unser Wille an den eurigen gekettet, Hand in Hand wollen wir wirken. Wallis Wohl ist unsere Einheit, unsere Liebe, unser vollkommenes Einverständniß! Wer an diesen Banden zerrt, diese Grundfeste erschüttert, ist ein Feind des Vaterlandes, ein Verräther; er sei nur Bauer oder Herr, wohne unten oder oben.

Allerdings, wir verstehen uns; unsere Denkschrift läßt darüber keinen Zweifel obwalten; und was ihr auch immer für Lügen aufbiethet, für Ränke aussinnen möget, unser Bruder von Unterwallis vom Gegentheile zu überzeugen, Alles bleibt ohne Erfolg; wie ihr auch immer unsere Gesinnungen deuten, unsere Worte und Schriften verfälschen möget, das Volk von Unterwallis kennt unsere Ansichten, weiß, welche Sprache wir führen; weiß, wie herzlich, wie sinnig wir ihm zugethan sind.

In den Verhandlungen vom großen Rathe wurden die Bittgesuche der Gemeinden Vald'Illien und Salvon besprochen, wie von vielen Bürgern der Zehnen Entremont, St.-Moriken, und Monthey unterzeichneten Petitionen. Alle treten klagbar gegen euch auf, und zeihen euch der Lüge, wenn ihr noch behaupten wollet, daß unsere Denkschrift die Ehre von Unterwallis verletzete.

Dieselbe bestrebt sich vielmehr die jenem Theile schuldicke Achtung aufrecht zu halten, sind Interesse zu verfechten, sie schließt die Banden festnr, die uns vereinigen; stüzet das Gebäude das ihr untergraben möchtet. Einheit in einem Vereine stählet die einzelnen Glieder.

Wir sagen offenhin:

„Es handelt sich um keine Uebereinkunft zwischen Theilen des Landes, sondern um die Wiederherstellung der Ordnung, die eine gar kleine Parthei durchaus zu zerrütten beschlossen hat; um Abstellung von Umtriebenn, die einige Gemeinden von Unterwallis mit Besorgniß, und mit Abscheu gegen ihre Urheber erfüllt haben.

„Die Bevölkerungen jener Zehnen; Opfer der Verfolgungen einer Handvoll kühnen Unruhestifter, sollen in dieser Schrift die Theilnahme lesen, welche ihre Brüder von Oberwallis empfunden; den Endschluß, den sie einmächtig gefaßt, ihnen um jegen Preis bessere Lage zu erkämpfen.

„Man begehrt mit der ganzen Bevölkerung, wenig-

stens mit der großen Majorität von Wallis, daß immer und überall die Religion in ihren hl. Rechten erhalten, Gerechtigkeit und Gesetz gewissenhaft gehandhabt, der geistlichen Behörde gegen die Angriffe der Gottlosigkeit, und die Werke des Unglaubens von der weltlichen Macht Hülfe und Schutz geleistet werden.

„Man begehrt, daß die Personen, die in ihrem Eigenthume durch Plünderung, Erpressungen von Lebensmitteln nach Lust, Geld u. s. w. oder durch andere Ungerechtigkeiten Schaden gelitten haben, schleunige Entschädigung erhalten.“

Und dieses billige Begehren, diese patriotische Sprache, soll schimpflich für Unterwallis sein? Meine Herren, wahrhaft ein herrlicher Schluß! ein schöner Beweis eurer Philosophie und Philanthropie.

Dann habt ihr noch gesagt, unsere Petition verleihe die Konstitution. Hier werdet ihr uns wohl auch noch ein Exempel eurer seltenen Rechtsgelehrtheit aufzählen. Freilich: Wie? Einen Körper, gebildet aus den Ausschuß-Gliedern aller Gemeinden wollet ihr ein Recht streitig machen, das jedem einzelnen Manne, dem letzten Bürger von Wallis zusteht, ein Recht, das ihr selbst angesprochen habet? Wie? Petitionen in einer Republik ist konstitutionswidrig? konstitutionswidrig ist es der obersten Behörde des Volkes Wünsche vortragen? Soll etwa das Volk selbst sich Recht verschaffen? Wie andere, sich über Alles hinaussetzen, jede legale Form mit Füßen treten? Meine Herrn, war es euch Ernst? Seid ihr redlich und aufrichtig! Armes Volk von Wallis, wohin soll es mit dir kommen, wenn dir ein Paar junge Menschen ungestraft Mund und Hände binden dürfen!

Soll den unsere Konstitution ein sinnloses Wort werden; sollt nur ihr das ausschließliche Privilegium besitzen, sie nach Willkühr zu deuten, und nach euren Launen zu drehen? Nimmer, meine Herren, nimmer! Der Walliser kennt nur eine Macht; er ist frei, und beugt seinen Namen unter keines Tyrannen Joch.

Daß der große Rath, an den ihr appellirt, diese Anklage als grundlos zurückgewiesen hat, wisset ihr gar wohl. Auch hat der Abgeordnete von Unterwalden, der den Antrag gestellt hatte, wegen des Konstitutionswiderigen jender Schrift zur Tagesordnung überzugehen, beim Abstimmen jenen Grund selbst wider zurückgenommen.

Auch hier erlaubt sich der Currier das Resultat der Abstimmung über die Petition mit frechem Schimpfe lächerlich zu machen, deren Uebertragung an den Staatsrath mit Empfehlung, nur von 18 Mitgliedern votirt worden ist.

Besser als irgend Jemand konnte der Stenograph von dem ihm angewiesenen Platze es bemerken, daß vier oder fünf Abgeordnete der obern Zehnen abwesend waren; er mußte auch wissen, daß sich unter den Unterzeichneten drei Zehnen-Präsidenten befanden, die nicht zum großen Rathe gehörten!! Aber, was sagt mau nicht, wenn man die Bosheit auf's Aeußerste treiben will!

Ein anderer Umstand, der den Courrier, wie die vorhergehenden mit völligem Stillschweigen übergeht, mußte auch höchst nachtheilig auf jene Abstimmung wirken. Es war nämlich die Abwesenheit von etwa fünfzehn Abgeordneten, die es ganz und gar nicht vermuthet hatten, daß die Verhandlung dieses Gegenstandes am 5. Dezember würde vorgenommen werden.

Der Tagesordnung nach sollte die Diskussion des Civil-Prozedur-Gesetzes fortgesetzt werden, als einige Abgeordnete — und warum gerade jetzt, so ganz plötzlich? — angelegentlich jene Verathung unterbrachen; dann gar eifrig Bericht über die Petition der obern Zehnen begehrt. Der Präsident des großen Rathes weigerte sich von der festgesetzten Ordnung abzugehen; rechtfertigte sein Benehmen durch das Befordern der Umstände. Nur auf das nach vorläufiger Verathung erfolgte ausdrückliche Begehren der Versammlung, wurde jener Bericht verlesen.

Hestig waren die Reden einiger Gegner der Petition. Wenn aber schon manche Abgeordnete bitter, ja drohend sich aussprachen, und den Unterzeichneten befahlen ihre Denkschrift zurückzunehmen, wenn schon viele Jung-Schweizer, die sich in die Versammlung gedrängt hatten, den revolutionären Schrei: „Wir wollen es“ herrisch wiederholten, so beharrten doch die Abgeordneten der obern Zehnen auf dem Antrage ihres Volkes mit jener Würde, jener Fassung, die nur die Güte der Sache, die man versteht, zu geben vermag.

Endlich, meine Herren, habt ihr gesagt, unsere Petition beeinträchtige die Ehre der Stadt Sitten. Man kennt euer Absicht, und weiß ganz gut, wohin dieser Pfeil zielt. Leset dieselbe; wohlgerne, die Petition selbst, die wir verfaßt, und nicht den Text des Uebersetzers des Staatsrathes, den man schon im großen Rathe als nicht ganz sinngemäß gerügt hat, und ihr werdet sehen, daß wir nur einer bekannten Thatsache erwähnt haben, und diese noch so viel als möglich beschöniget haben.

Den 3. Hornung 1844.

Ferdinand Wilh. Stockalper, Mitglied des großen Rathes.

Joseph Amherd, „ „ „ „

Kaspar Wegener, „ „ „ „

Johann Joseph Sossen, „ „ „ „

Johann Joseph Walther, „ „ „ „

Eugenius Weger, „ „ „ „

Ferdinand Lagget, „ „ „ „

Viktor Jost, „ „ „ „

Clemenç Imhoff, „ „ „ „

Peter Kalbermatten, „ „ „ „

Peter Sndermatten, „ „ „ „

Hildebrand Roten, Zehnen-Präsident.

Paul Roman Roten, Mitglied des großen Rathes.

Elias Nicolas Roten.

Eduard Roten.

Franz Allet,
Louis Allet,
Joseph In Albon,
Lorenz Montani,
Moiſ Burbriggen.

"	"	"	"
"	"	"	"
"	"	"	"
"	"	"	"

Manifest

der

Katholischen Stände

Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden ob und nid
dem Wald, Zug und Freiburg

an

sämmtliche eidgenössische Stände.

TA 3 19, g.

Luzern,

Gedruckt bei Gebrüdern Näber.

1844.

Getrene, liebe Eidgenossen!

Die katholischen Stände Lucern, Uri, Schwyz, Unterwalden ob und nid dem Wald, Zug und Freyburg sehen sich verpflichtet, gemeinschaftlich an die hohen obersten Kantonsbehörden zu Handen der eidgenössischen Mitstände mit dem Begehren um treue Handhabung der durch den Artikel XII des Bundesvertrags der katholischen Konfession und den kirchlichen Instituten und Gütern derselben ertheilten Gewährleistung zu gelangen. Durch verschiedene Kreisschreiben und durch ihre Rätthe und Abstimmungen in allen seit dem Jahr 1841 gehaltenen außerordentlichen und ordentlichen Tagsatzungen haben sie das gleiche Begehren stetsfort erneuert. Wenn auch bisher demselben keine Willfähr zu Theil geworden ist, so haben wir doch die Hoffnung auf den endlichen Sieg der Wahrheit und des Rechts und damit auf die Erfüllung unserer gerechten Forderungen keineswegs aufgegeben. Um so mehr überlassen wir uns dieser Zuversicht, als unsere Bestrebungen und Verlangen durch uralte, nie entkräftete Verträge, durch den Bundesvertrag, durch Tagsatzungsbeschlüsse und durch die Grundsätze der Gerechtigkeit und des eidgenössischen Friedens gerechtfertiget, anerkannt und geheiligt sind.

Als in Folge der Abtrennung mehrerer Kantone und Gebietstheile von der sonst in der Eidgenossenschaft allein anerkannten römisch-katholischen Religion Mißtrauen, Zwist,

ja sogar blutiger Bürgerkrieg an die Stelle der Bundestreue, der Eintracht und des Friedens getreten waren und die schweizerische Eidgenossenschaft aufzulösen drohten: da sannnen die Häupter, die Regierungen und Völkerschaften derselben auf Mittel, nicht nur diesem unheilvollen Zustande ein Ende zu setzen, sondern auch der Wiederkehr desselben für alle Zukunft vorzubeugen. Diese Mittel fanden sie in der Aufstellung und treuen Beobachtung des Grundsatzes: daß jeder Eidgenosse den andern, jede Regierung ihre Angehörigen, jeder eidgenössische Stand den andern bei dem angenommenen Glauben, bei den kirchlichen Einrichtungen und Anstalten ruhig belassen und die wohl erworbenen kirchlichen Güter und Stiftungen schützen und schirmen solle und wolle; daß der Katholik sich nicht in die Konfessionsangelegenheiten der Protestanten, der Protestant nicht in die Konfessionsangelegenheiten der Katholiken sich einmischen solle noch wolle; daß aber sowohl jeder einzelne Stand, als auch die gesammte Eidgenossenschaft verpflichtet seien, die Rechte, Freiheiten und Güter beider christlicher Konfessionen zu schützen und zu schirmen. Dieser Grundsatz wurde durch feierliche Verträge öffentlich anerkannt, besiegelt und eidlich beschworen: er war und blieb der Staatsgrundsatz der Väter, ihre Politik und ihr Staatsrecht in allen Angelegenheiten der Konfessionen. Wir verweisen Euch dießfalls auf den Landfriedensvertrag der katholischen Orte Lucern, Uri, Schwyz, Unterwalden ob und nid dem Kernwald und Zug einerseits und des Standes Zürich anderseits vom 16. Wintermonat 1531; auf den Landfrieden der gleichen katholischen Orte und des Standes Bern vom 24. Wintermonat ebendesselben Jahres; auf den Landfrieden vom 26. Hornung 1656 zwischen den dreizehn Orten Zürich, Bern, Lucern, Uri, Schwyz, Unterwalden ob und nid dem Kernwald, Zug, Glarus, Basel, Freyburg, Solothurn, Schaffhausen und Appenzell beider Rhoden; und endlich auf den Landfrieden, geschlossen zu Narau den 18. Heumonat 1712, zwischen den dreizehn Orten, St. Gallen und Biel. Wir verweisen nebst

diesen allgemeinen Verträgen auf die vielen Verträge und Schiedssprüche, welche paritätische Gebietstheile der Eidgenossenschaft, Klöster und fromme Stiftungen insbesondere betreffen. In ihnen allen spricht sich jener Staatsgrundsatz deutlich und bestimmt aus. Bewundern müssen die Nachkommen, von welch' reinem Gefühle der Gerechtigkeit, von welch' zartem Sinne der christlichen Duldung die Väter durchdrungen und beseelt waren. In den Zeiten der heftigsten Aufregung, unmittelbar nach bedauernswürdigem Kampfe reichten die Brüder beider Konfessionen sich die Hand, stellten jedem Orte, jeder Gemeinde, jedem Kloster, jeder Stiftung zurück, was der Zwist oder die Gewalt ihnen entrisen hatte; sie gelobten sich, den Religionsfrieden unverbrüchlich zu halten, nicht zu dulden, daß die Religion, die Kirche, der Gottesdienst, die Priester der einen oder der andern Konfession durch Wort, Schrift oder Handlung angetastet, beschimpft oder verhöhnt wurden; sie schwuren sich gegenseitig, für ewige Zeiten miteinander im Frieden zu leben, treu den alten Bünden, treu der Gerechtigkeit. Unsere und Euere Väter, getreue liebe Eidgenossen, haben sich nie größer gezeigt, um die schweizerische Eidgenossenschaft nie verdienter gemacht, als in jenen herben Tagen und durch diese gerechten und großmüthigen Gesinnungen und Thaten. Der Friede, die Wohlfahrt und die Kraft der Kantone und der schweizerischen Eidgenossenschaft beruhten auf denselben, vom Jahre 1531 bis zum Jahre, wo fremde Gewalt alle Bande zerriß und auch die dreizehnörtige Eidgenossenschaft auflöste.

Die helvetische Einheit hatte allen Völkerschaften der Schweiz und den Konfessionen derselben den Abgrund gezeigt, in welchen die Lossagung von den Grundsätzen ihrer Väter eine Nation stürzte. Sie hatte ihnen gezeigt, in welches Verderben die Einnischung der Staatsgewalt in das kirchliche Gebiet, der Eingriff der Staatshoheit in das Heiligthum des Glaubens und der Konfessionen, die Einziehung kirchlicher Güter, die Entweihung frommer Stiftungen, führen. Als daher unter der Vermittlung Napoleons die vorzüglichsten Männer aller Parteien der Schweiz zur Wiederherstellung einer aus souveränen Kantonen bestehenden Eidge-

nossenschaft berufen worden waren, da unterließen sie nicht, diesem Werke Gehalt und Kraft zu geben durch Wiederbelebung der Gesinnungen und Grundsätze der Väter in Konfessionsachen. In der Vermittlungsurkunde vom 19. Hornung 1803 wurde als erste Folge der Auflösung der helvetischen Einheitsregierung, der Wiederherstellung der Souveränität der Kantone und der Liquidation der Nationalschulden der Artikel aufgenommen: „Die Güter, welche ehemals den „Klöstern angehört haben, sollen ihnen wieder zurückgestellt „werden, mögen diese Güter in dem gleichen Kanton liegen „oder in einem andern.“ Die sechs neuen Kantone Graubünden, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Tessin und Waadt sind durch die gleiche Urkunde zu Souveränitäten erhoben worden. Der Kanton Aargau verdankt dieselbe der nämlichen Urkunde, welche ihm die Pflicht auferlegte, den Klöstern sämtliche Güter wieder zurückzustellen. Mit Gewissenhaftigkeit beeilten sich sämtliche Kantone, der Rückerstattungspflicht ein Genügen zu leisten. Schon unterm 27. August 1803 faßte die eidgenössische Tagsatzung den förmlichen Beschluß: „Es könne kein Kanton befugt sein, die Rückstellung „der Klostersgüter zu verweigern, und es solle demnach dem „Herrn Landammann aufgetragen werden, diesem Punkt der „Vermittlungsurkunde da, wo es noch mangeln sollte, die ge- „hörige Vollziehung zu verschaffen.“ Und als die Kantone Lucern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Appenzell Innerrhoden, Graubünden und Tessin unterm 26. Heumonath 1804 und 14. Brachmonath 1805 durch eine Uebereinkunft sich verpflichtet hatten: „kein Kloster „in ihrem Kanton anders als in Folge eines besondern, mit „dem päpstlichen Stuhle abzuschließenden Konkordates aufzu- „heben, und die Novizenaufnahme durch keine solche Einschrän- „kung zu erschweren, welche die Fortpflanzung der Klöster „gefährden könnte,“ da glaubten die Kantone St. Gallen, Aargau und Thurgau, ohne dieser Uebereinkunft beizutreten, „durch ihre Gesetzgebungen (die sie der Tagsatzung am 14. „Brachmonath 1805 zur Kenntniß gebracht haben) dem Zweck „der vorstehenden Uebereinkunft vollkommen entsprochen zu „haben.“ Die eidgenössische Tagsatzung erklärte sich dann

auch am gleichen Tage für beruhiget, „da über die wichtige „Angelegenheit der in der Schweiz bestehenden Klöster auf der „vorjährigen Tagsatzung eine angemessene Uebereinkunft zwischen katholischen und paritätischen Kantonen verabredet worden, und es sich aus den dermalen eröffneten Instruktionen „ergeben, daß während dem Laufe des Jahrs mehrere Kantonsregierungen das verabredete System bei ihren dießfälligen geschlichen Verordnungen wirklich ihres Ortes befolgt „haben und das Nehmliche sich auch von den übrigen betreffenden Ständen zutrauensvoll verhoffen läßt.“ Diese von der Tagsatzung ausgesprochene Hoffnung ging denn auch wirklich in Erfüllung.

Nicht nur in Bezug auf die Klöster war durch die Vermittlungsurkunde von 1803 der Geist der Väter wieder belebt worden, sondern auch in Bezug auf die Konfessionsverhältnisse überhaupt. Jede Verfassung von Kantonen, in welchen beide Konfessionen zu finden waren, hatte die ausdrückliche Bestimmung, daß die im Kantone vorhandenen Konfessionen „einer „vollen und gänzlichen Freiheit des Kultus“ genießen sollen. Diese Verfassungen alle waren unter den Schirm der gesammten schweizerischen Eidgenossenschaft gestellt, sie waren der Bundesverfassung selbst einverleibt.

Als auch die Bundesverfassung von 1803 den Zeitumständen weichen mußte, wich dennoch nicht von den eidgenössischen Ständen der Geist der Väter in Bezug auf die Konfessionsverhältnisse, niedergelegt in den alten Landfriedensverträgen, wieder belebt in den Verfassungen der Kantone und des Bundes während der Mediationszeit.

Die Verhandlungen der eidgenössischen Tagsatzung in den Jahren 1814 und 1815, aus welchen der Bundesvertrag vom 7. August 1815 hervorgegangen ist, leisten hiefür den schönsten Beweis. Die katholischen Stände hatten verlangt, daß die Gewährleistung beider Konfessionen in den Bundesvertrag aufgenommen werden soll. Die protestantischen und paritätischen Stände suchten dieselben mit der Erklärung zu beruhigen, daß, da der Bundesvertrag nur politischer Natur sei, Bestimmungen über Konfessionsverhältnisse nicht in denselben gehören, hingegen werden in die Kantonsverfassungen Gewährleistungen

für die Konfessionen der Angehörigen bereitwillig aufgenommen werden: die Verfassungen stehen dann hinwiederum unter der Garantie oder dem Schirm der eidgenössischen Tagsakung oder des Bundes selbst. Die katholischen Stände verlangten nun um so nachdrücklicher Gewährleistung für den Fortbestand der Klöster und die Sicherheit des Eigenthums derselben. Obwohl einige Stände anfänglich glaubten, diese Gewährleistung sei eher Sache einer freiwilligen Uebereinkunft, als eine dem Bundesvertrage einzuverleibende Bundespflicht, so vereinigten sich dennoch bald alle zwei und zwanzig Stände zur Aufnahme des Artikels XII, mit den Worten: „Der Fortbestand der Klöster und Kapitel, und die Sicherheit ihres Eigenthums, soweit es von den Kantonsregierungen abhängt, sind gewährleistet: ihr Vermögen ist, gleich anderm Privatgut, den Steuern und Abgaben unterworfen.“ Auch der Kanton Aargau, welcher sich am 27. Mai 1814 gegen diesen Artikel verwahrt hatte, weil in demselben bei der ersten Fassung der „kanonische“ Fortbestand gewährleistet werden wollte, gab schon unterm 18. Heumonats des gleichen Jahres 1814 die Erklärung seines Beitrittes zu dem Artikel ab, „mit der von mehreren Ständen zum voraus gegebenen Erläuterung, daß die ausgesprochene Garantie dahin verstanden werde, daß die Klöster und Kapitel wegen ihrer religiösen Beziehung nicht ohne Einwilligung der geistlichen Oberbehörde aufgehoben oder in ihrem Bestande verändert werden können.“

Der Bundesvertrag wurde am 7. August 1815 von den Gesandtschaften der zwei und zwanzig souveränen Stände seinem ganzen Inhalte nach unterzeichnet, besiegelt und Namens der Stände feierlich beschworen. Der Bundesvertrag vom 7. August 1815 wurde seither alle Jahre an den eidgenössischen Tagsakungen neuerlich mit dem Eide aller zwei und zwanzig Stände in seinem ganzen Inhalte bestätigt. Er ist das Band, welches alle Stände zur schweizerischen Eidgenossenschaft verbindet. In dem Artikel XII desselben ist der Geist der Väter in Konfessionsachen, ist das Unterpfand der konfessionellen Duldung, ist die Gewährlei-

stung der konfessionellen Rechte, ist der Schirm des konfessionellen Friedens im Vaterlande niedergelegt. Mit solcher Macht hat darum auch der Artikel XII durch alle Wirren hindurch seine Rechte behauptet, daß selbst damals, als mehrere eidgenössische Stände das Dekret des Großen Rathes von Aargau vom 5. Wintermonat 1835 als einen Vorboten der Aufhebung der Klöster ansahen, die Gesandtschaft des gleichen Standes Aargau sich gegen eine solche Deutung oder Auslegung jenes Dekrets verwahren zu müssen glaubte.

Allein was mehr als dreihundert Jahre in der Eidgenossenschaft als Staatsgrundsatz bestanden hatte, was sich sogar durch die helvetische Gewaltherrschaft siegreich durchgefochten hatte, was bei allen Verfassungs- und Regierungsänderungen seit 1802 bis 1840, wenn auch nicht immer in den Behörden, so doch in den Verfassungen seine Bestätigung gefunden hatte, was sowohl in der Bundesverfassung von 1803, als auch in dem Bundesvertrag vom 7. August 1815 von der gesammten Eidgenossenschaft gewährleistet worden war: es wurde außer Acht gesetzt und verworfen im Jahre 1841 durch den Kanton Aargau.

Am 13. Jänner 1841 setzte sich der Große Rath von Aargau durch eine protestantische Mehrheit über religiös-kirchliche Institute und Stiftungen der Katholiken zu Gericht und erklärte in einem Dekrete „die Verderblichkeit des Einflusses und Wirkens der Klöster im Kanton auf wahre Religiosität, Sittlichkeit, moralische und ökonomische Selbstständigkeit der Bürger“ als nachgewiesen; er ging so weit, im Sturme der Aufregung, ohne Untersuchung, unmittelbar vor dem Erlöschen der verfassungsmäßigen Wirksamkeit, zu beschließen: „die Klöster im Gebiete des Kantons Aargau sind im Grundsatz aufgehoben.“ Am 20. Jänner des gleichen Jahres erklärte die protestantische Mehrheit des Großen Rathes das sämmtliche Vermögen der aargauischen Klöster als Staatsgut.

Niedergetreten war also der uralte, geheiligte, gerechte Friedensgrundsatz: daß die Protestanten nicht urtheilen noch entscheiden sollen über kirchliche Anstalten, Stiftungen und Güter der Katholiken. Verworfen war die selbst in der

aargauischen Verfassung erteilte Gewährleistung der Gewissens- und Religionsfreiheit, indem eine protestantische Mehrheit es unterließ, den Einfluß von Klöstern auf den Glauben, auf die wahre Religiosität der katholischen Mitbürger zu verdammen. Vernichtet war das eidlich gegebene Wort: die Klöster und die Kapitel und die Sicherheit ihres Eigenthums zu schützen und zu schirmen, so weit es in der Macht der Kantonsregierungen liege. Denn eine Kantonsregierung selbst aus eigener Willkür hatte acht Klöster aufgehoben. Der Artikel XII des Bundesvertrags war, so weit es von Aargau abhieng, ausgelöscht.

Allein noch hatte die oberste Bundesbehörde über eine solche schreiende Verletzung all' der Grundsätze des Landfriedens und des Bundes ihr Wort nicht gesprochen. Mit vollem Vertrauen sahen nicht nur die katholischen Stände, sondern auch alle Eidgenossen ihrer bundesgemäßen Entscheidung und Verfügung entgegen. Die eidgenössische Tagssatzung, außerordentlich einberufen, säumte nicht, unterm 2. April 1841, „nach sorgfältiger Erwägung sowohl „des Inhalts des Dekretes (13. Jänner), als der „vom hohen Stande Aargau angeführten That- „sachen und rechtlichen Beweggründe“, zu beschließen: „der Beschluß des Großen Rathes des Kantons „Aargau vom 13. Jänner leht hin, durch welchen „sämmliche auf dessen Gebiet befindliche Klöster „aufgehoben worden sind, ist als unvereinbarlich „erklärt mit dem Artikel XII des Bundesvertrags.“ Die eidgenössische Tagssatzung richtete dann an den Stand Aargau die dringende Einladung, solch neue Verfügungen zu treffen, welche die pflichtgetreue Berücksichtigung „der un- „zweideutigen Vorschrift des Artikels XII des „Bundesvertrags“ erfordere, und behielt sich auf den Fall der Nichtentsprechung jede Verfügung zur „Aufrecht- „haltung der Bundesvorschriften“ vor. Diese Beschlüsse der obersten Bundesbehörde hatten die Erwartungen der Eidgenossen nicht getäuscht. Es sprach sich in jenen Beschlüssen der Geist der alten Verträge, die Bundestreue, das Pflichtgefühl der Aufrechterhaltung konfessioneller Rechtsver-

hältnisse, katholischer Institute und des Schirms kirchlicher frommer Stiftungen und Güter auf eine erfreuliche Weise aus. Und als der Kanton Aargau seine Mitstände einlud, den Beschlüssen der Tagsatzung vom 2. April keine weitere Folge zu geben, so verwandelte die oberste Bundesbehörde, „im Sinne der Festhaltung und Handhabung ihres Beschlusses vom 2. April“, ihre damalige Einladung unterm 9. Heumonath 1841 in eine Aufforderung an den Stand Aargau.

Allein der Stand Aargau entsprach auch der Aufforderung der obersten Bundesbehörde nicht. Sein Dekret vom 19. Heumonath 1841 kann lediglich als eine Bestätigung desjenigen vom 13. Jänner 1841 angesehen werden. Denn durch jenes Dekret wird den Klosterfrauen dreier Frauenklöster nur gestattet, in ihre Klösterträumlichkeiten zurückzufahren und da nach ihren Satzungen miteinander zu leben. Allein selbst in letzterer Beziehung wird noch die Reform und die Staatsverwaltung vorbehalten. Von der Erlaubniß der Novizenaufnahme wird nichts gemeldet. Die Art und Weise, wie der Beschluß des Großen Rathes von Aargau vom 29. August 1843, womit auch die Wiedereinführung des Frauenklosters Hermetschwyl verfügt worden ist, nunmehr vollzogen wird, beweiset augenscheinlich, daß weder der bundesgemäße Fortbestand, noch die Sicherheit des Eigenthums der Frauenklöster durch das Dekret vom 19. Heumonath 1841 gewährleistet worden sind. Der Reformvorbehalt von Seite eines der Mehrheit nach protestantischen Großen Rathes ist eine neue Verletzung der konfessionellen Rechte und Verhältnisse.

Obwohl also der Stand Aargau eine pflichtgetreue Berücksichtigung der bestimmten unzweideutigen Vorschrift des Artikels XII. des Bundesvertrages nicht hatte eintreten lassen, obwohl er vielmehr dem Wesen nach sein Dekret vom 13. Jänner durch dasjenige vom 19. Heumonath 1841 und durch dasjenige vom 29. August 1843 nur bestätigt hatte: so konnte sich die eidgenössische Tagsatzung bisher noch nicht entschließen, von sich aus die vorbehaltenen Verfügungen zur Aufrechthaltung der Bundesvorschriften zu treffen.

Vielmehr sagt das Protokoll der eidgenössischen Tagsatzung vom 31. August: „aus der Umfrage ging demnach

„hervor, daß sich am 18. August und heute (am 31. August)
 „zusammen zwölf Stände dafür ausgesprochen haben:

„„mit dem durch den Großrathsbeschluß vom 19. Heu-
 „monat 1841 aargauischer Seits gemachten Anerbieten der
 „„Wiederherstellung der drei Frauenklöster Fahr, Mariä
 „„Krönung und Gnadenthal sei die Tagsatzung befriedigt und
 „stimme für Entfernung des vorliegenden Berathungsgegen-
 „standes aus Abschied und Traktanden.““

„In dem vorstehenden Sinne hatten sich mit Beziehung
 „auf ihre Voten ausgesprochen am 18. August die Stände
 „Zürich, Bern, Glarus, Solothurn, Schaffhausen, Aargau,
 „Thurgau, Tessin, Waadt und Appenzell Auser-Rhoden,
 „und nun am 31. August die Stände Graubünden und Genf,
 „und zu Erzielung einer nun durch die heutige (31. August)
 „Erklärung und weiteres Anerbieten Aargaus möglich ge-
 „machten Mehrheit — St. Gallen, unter ausdrücklicher
 „Beziehung auf seine heutige Erklärung, mithin eine Mehr-
 „heit von zwölf Ständen.“

Die Gesandten der Stände Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden ob und nid dem Wald, Zug und Freiburg haben gegen diese Verhandlungen von zwölf Ständen am 31. August 1843 eine Protestation an das Protokoll der eidgenössischen Tagsatzung gelegt und ihren Ständen „alle weitem geeigneten Schritte zur Aufrechthaltung des Bundesvertrages in „allen seinen Bestimmungen vorbehalten.“

Indem wir nunmehr diese Protestation der Gesandten unserer Stände nochmal in allen ihren Theilen bestätigen und wiederholen, fühlen wir uns gedrungen und verpflichtet, die bundeswidrigen Dekrete der Klösteraufhebung im Kanton Aargau neuerdings zum Gegenstande eidgenössischer Berathungen zu machen: indem wir unserseits nicht annehmen können, daß die hochwichtige Bundes- und Konfessionsangelegenheit unterm 31. August eine bundesgemäße Erledigung gefunden habe.

Die Verhandlungen der eidgenössischen Tagsatzung vom 31. August können weder ihrer Form, noch ihrem Inhalte nach als eine bundesgemäße Schlußnahme der Tagsatzung gelten. Der Form nach ist erforderlich, daß eine Verhand-

lung, welche eine Schlußnahme heißen soll, eine Mehrheit von wenigstens zwölf Stimmen auf sich vereinige. Dieses war bei der Tagsatzungsverhandlung vom 31. August nicht der Fall. Wenn man auch annehmen wollte, daß die Stände Graubünden und Genf von ihren auf Wiedereinsetzung von vier Frauenklöstern lautenden frühern Abstimmungen am 31. August abgegangen seien, so ist hinwieder die Gesandtschaft von St. Gallen bei der Forderung der Wiederherstellung des vierten Frauenklosters stehen geblieben und hat ihren Beitritt an die Gewährung dieser Forderung geknüpft. Für einen und denselben Beschluß, nämlich für Wiederherstellung von drei Frauenklöstern, haben sich somit höchstens elf, und nicht zwölf Stände vereinigt. Wenn im Schooße der Tagsatzung diese Unförmlichkeit dadurch wollte gehoben werden, daß man behauptete, es sei eine Unterscheidung zu machen zwischen den Erwägungen und den Verfügungen einer Schlußnahme: die Verfügungen können zu Recht bestehen, wenn auch die Beweggründe verschieden oder widersprechend seien, so zeigt der bloße Anblick des eidgenössischen Abschiedes, daß eine solche Folgerung, an sich schon unrichtig, durchaus nicht auf die Verhandlungen vom 31. August passe. Denn da ist von keinen Erwägungen und Verfügungen die Rede, sondern das Ganze, was man eine Schlußnahme nennt, besteht aus der einzigen kurzen Verfügung: daß man sich mit der Wiedereinsetzung von drei Frauenklöstern befriedigt erkläre und demnach den Gegenstand aus Abschied und Traktanden entferne. Wie würde es sich übrigens mit der Würde und dem Ansehen der obersten Bundesbehörde vertragen, wenn sie sich selbst gestehen müßte, eine ihrer Schlußnahmen enthalte einen innern Widerspruch, die Erwägungen, welche sie an der Stirne trage, seien anders gemeint, als sie lauten, von den zur Schlußnahme mitwirkenden Ständen haben einige dieselben so, wie sie ausgedrückt worden, verstanden, andere aber ganz etwas anderes darein gelegt und nur in der Vorausetzung, daß das, was sie hineingelegt, wirklich so sei, dazu gestimmt? Uebrigens, wie wir schon bemerkt, rechtfertiget sich die Unförmlichkeit der Verhandlungen vom 31. August keineswegs durch die Behauptung, es bestehe die Verfü-

der zwölf Stände lediglich in der Entfernung des Gegenstandes aus Abschied und Traktanden, als wozu sich die zwölf Stände ausschließlich vereinigt haben wollen. Eine jede Schlußnahme muß die Frage entscheiden, welche Gegenstand der Berathung gewesen ist. Nun war aber Sache der Verhandlungen der eidgenössischen Tagsatzung von 1841 bis 1843 die Frage: ob alle oder ob nur einige Klöster und welche im Aargau wieder hergestellt werden sollen? Diese Aufgabe hatte sich die Tagsatzung am 2. April und 9. Heumonath 1841 selbst gestellt. Ueber diese mußte die Entscheidung erlassen werden, wie alle Abstimmungen in dieser Angelegenheit vom Jahr 1841 bis 1843 ununterbrochen beweisen. Die Antwort, welche die Tagsatzung über diese Frage erließ, konnte der Form nach einzig als Entscheidung oder Verfügung gelten. Die Entfernung aus Abschied und Traktanden ist eine Formsache, eine einfache Folge der Entscheidung jener Hauptfrage. Für die Hauptfrage aber liegt keine Mehrheit von Standesstimmen vor, indem acht Stände für Wiederherstellung von allen Klöstern, neun oder höchstens eils für Wiederherstellung von drei Frauenklöstern, drei oder wenigstens ein Stand für Wiederherstellung von vier Frauenklöstern gestimmt haben. Schon der Form nach besteht also kein bundesgemäßer Tagsatzungsbeschluß, welcher die katholischen Stände abhalten könnte, diese Bundes- und Konfessionsangelegenheit neuerlich an die eidgenössischen Stände zu bringen. Vielweniger noch besteht dem Inhalte und Wesen nach ein solcher bundesgemäßer Beschluß. Wenn auch eine Anzahl von Gesandtschaften die dießfällige Protestation der katholischen Stände durch die Behauptung zu entkräften gesucht hat: die katholischen Stände haben die Befugniß der Tagsatzung zur Entscheidung dieser Angelegenheit selber anerkannt, sie müssen also die Entscheidung als befugt anerkennen, wenn sie auch zu ihren Ungunsten ausgefallen sei, so beruht diese Behauptung auf einer irrigen Voraussetzung und ist mit dem Bundesvertrage im Widerspruch. Niemals haben die katholischen Stände einer Mehrheit von Ständen das Recht zuerkannt, sich der Erfüllung einer bundesgemäßen Pflicht zu entziehen, sich über den Artikel XII des Bundesvertrags hinwegzusetzen:

im Gegentheil haben sie von Anfang an ununterbrochen als eine Rechtspflicht von der eidgenössischen Tagsatzung gefordert, dem Artikel XII Genugthuung zu verschaffen durch Wiederherstellung sämmtlicher bundeswidrig aufgehobener Klöster im Aargau. Sie haben ihr kein anderes Recht zugestanden, als dasjenige, den Stand Aargau zur Bundespflicht zurückzuführen. Nicht anders hat die eidgenössische Tagsatzung selber am 2. April und 9. Heumonath 1841 den Umfang ihrer Rechte und Pflichten aufgefaßt. Einfach erklärte dieselbe das aargauische Dekret vom 13. Jänner als unvereinbarlich mit dem Artikel XII des Bundesvertrages, forderte den Stand Aargau auf, durch neue Verfügungen die unzweideutige Vorschrift des Bundes pflichtgetreu zu berücksichtigen, und behielt sich im nicht entsprechenden Falle die Maßnahmen zur Aufrechthaltung der Bundesvorschriften und zur Handhabung ihrer Beschlüsse vor. Nicht die Aufhebung von drei Frauenklöstern wurde von der Tagsatzung unvereinbarlich mit dem Bundesvertrage erklärt, sondern das aargauische Dekret vom 13. Jänner 1841. Der Artikel XII des Bundesvertrags, welchen die Tagsatzung zweimal als unzweideutig erklärt, gewährleistet den Fortbestand der Klöster und die Sicherheit ihres Eigenthums, ohne eine Ausnahme zu machen hinsichtlich der Männerklöster. Wenn die Tagsatzung die Bundesvorschriften aufrecht erhalten wollte, so konnte sie dieselben nicht bloß zur scheinbaren Wiederherstellung von drei oder vier Frauenklöstern anwenden, sondern die Aufrechterhaltung bestand in nichts Anderm als in der Wiederherstellung aller aufgehobenen Klöster von Bundes wegen. In diesem von der Tagsatzung selbst ausgesprochenen und anerkannten Sinne räumten die katholischen Stände der obersten Bundesbehörde ein Entscheidungsrecht ein, aber in keinem andern. Sie berufen sich dießfalls auf alle Verhandlungen über diese Angelegenheit und verwahren sich feierlich für Gegenwart und Zukunft gegen die Auslegung oder Zumuthung, als hätten sie jemals einer Mehrheit der Stände die Befugniß zugestanden, sich einer durch den Bundesvertrag auferlegten Bundespflicht zu entziehen und benanntlich die den Klöstern durch Artikel XII zugesicherte Gewährleistung ihres

Fortbestandes und der Sicherheit ihres Eigenthums zurückzuziehen.

Indem wir, getreue liebe Eidgenossen, somit weder der Form noch dem Wesen nach in den Verhandlungen der Tagsatzung vom 31. August eine rechtsgültige bundesgemäße Schlußnahme der obersten Bundesbehörde erblicken oder anerkennen können: vielmehr diese Bundes- und Konfessionsangelegenheit stets noch als unerledigt betrachten, wenn auch der Kanton Aargau auf seiner bundeswidrigen Bahn fortschreitend mit dem Vermögen der aufgehobenen Klöster wie mit Staatsgut schaltet: so dürfen und wollen wir nicht ablassen, dieselbe zum Gegenstande der Berathungen der eidgenössischen Mitstände zu machen. Wir wollen und mögen dem Gedanken nicht Raum geben, es werden die Stimmen der katholischen Stände bei ihren Mitständen kein willfähriges Gehör finden. Vielmehr überlassen wir uns der Zuversicht, Ihr werdet mehr und mehr die Reinheit unserer Absichten anerkennen, unsere Treue für alle Bestimmungen des Bundesvertrages ohne Ausnahme ehren, und den Werth der Güter, für welche wir eintreten, beherzigen. Nicht minder gewärtigen wir, es werde manches Vorurtheil vor dem immer klarer aufgehenden Lichte der Wahrheit verschwinden, und es werde das Gefühl unbestechlicher Gerechtigkeit zuletzt jede andere Empfindung beschwichtigen.

Es kann Euch, getreue liebe Eidgenossen, nun nicht mehr entgehen, daß die Klöster im Aargau als schuldlose Opfer unerwiesener Anschuldigungen gefallen sind. Die eidgenössische Tagsatzung, nachdem sie sowohl die Thatsachen als die Beweggründe des aargauischen Aufhebungsdekrets am 2. April 1841 reiflich erwogen, hat dasselbe als eine Verletzung der unzweideutigen Vorschrift des Bundesvertrags erklärt. Die eidgenössischen Kommissionen, welche sowohl die Anklagen gegen die Klöster als die Verantwortungen derselben geprüft hatten, konnten keine Thatsachen rechtlich ermitteln, welche die Erwägungsgründe des aargauischen Aufhebungsdekrets gerechtfertigt hätten. Nur Ansichten und Meinungen über die Zweckmäßigkeit der Klöster, Ansichten und Meinungen über das Recht des Staates, betreffend geistliche Korporationen, bra-

chen den Stab über die Klöster. Ansichten und Meinungen der letzten Art mögen wohl entscheiden bei der Frage über Stiftung oder Errichtung von Klöstern: dürfen aber nicht in die Wagschale gelegt werden, wo es sich handelt um den Fortbestand oder das Eigenthum vor dem Staate bestandener, von ihm anerkannter, durch den gesammten Bund gewährleisteter Klöster. Kein einziger Akt der eidgenössischen Tagssatzung hat irgend eine der Anklagen gegen die Klöster als wahr oder ermittelt erklärt. Selbst die sogenannte Schlußnahme vom 31. August 1843 schweigt von der Schuld irgend eines der aufgehobenen Klöster. Die im Kanton Aargau selbst bis zum 31. August geführten gerichtlichen Untersuchungen haben die Schuldblosigkeit der Klöster in Bezug der gegen sie gerichteten Anklagen erwiesen. Schon bei Erlaß des bundeswidrigen Aufhebungsdekrets hatte sich der Große Rath des Kantons Aargau bewogen gefunden, mit der Aufhebung der Klöster die Pensionirung der Mitglieder zu verbinden, was wohl weder mit seinen verfassungsmäßigen noch gesetzlichen Befugnissen vereinbar gewesen wäre, wenn die auf förmliche Verbrechen gerichteten Anklagen gegen die Klöster einen haltbaren Grund gehabt haben würden. Wir können nicht glauben, getreue liebe Eidgenossen, daß Ihr nicht nur zugeben, sondern sogar billigen und gutheißen werdet ein klar erkanntes Unrecht, ein Unrecht, dessen Sühnung Eid und Bund von Euch fordern. Wir können nicht glauben, daß Ihr zusehen werdet, wie die aus ihren Klöstern gewaltsam verdrängten Klosterbewohner in den Gauen der Eidgenossenschaft und außer denselben, wo sie immer herumirren mögen, lebendige Urkunden seien der aargauischen Gewaltthat und der eidgenössischen Bundeschwäche. Wir können nicht glauben, daß Ihr nicht, über politische oder konfessionelle Vorurtheile oder Meinungen erhoben, den Ruhm Eurer Väter jedem Andern vorziehen werdet, den Ruhm, gerecht zu sein gegen Jeden und in Allem.

Es kann Euch, getreue l. Eidgenossen, nicht hindern, den Klöstern, der katholischen Konfession und dem Bunde Recht zu verschaffen, die Rücksicht auf den Kanton Aargau und auf die Verhandlungen der Stände vom 31. August 1841. Nach-

dem erwiesen vorliegt und beurkundet durch den Ausspruch der eidgenössischen Tagsatzung selbst, daß Nargau durch die Klösteraufhebung den Artikel XII des Bundesvertrags verletzt hat, so gebietet die Bundespflicht, gegenüber dem Kantone die Rechte der Gesamtheit zu wahren. Was wird sonst die Auflösung des Bundes, welches die zwei und zwanzig souveränen Stände verbindet, verhindern können, wenn der Eigenwille des einzelnen Standes, da wo er in Kampf tritt mit dem unzweideutigen Rechte des Bundes, auf Kosten des Bundes hingenommen oder wohl gar unterstützt wird? Wir ehren die Souveränität der Kantone wohl eben so sehr, als unsere eidgenössischen Mitstände, aber wir betrachten es als einen Lebensgrundsatz der Eidgenossenschaft, daß die Kantonsouveränität sich den durch den Bundesvertrag selbst gestellten, wenn auch in gegebenen Fällen beengenden Schranken unterwerfen müsse. Nicht vereinigen können wir die in dieser wichtigen Konfessions- und Bundesangelegenheit von vielen Ständen zu weit getriebene Schonung für die vermeintlich in Frage stehende Souveränität des Kantons Nargau mit der Achtung vor der Form und dem Wesen nach unhaltbaren sogenannten Tagsatzungsschlusnahme vom 31. August 1843. Denn, während diese letztere zwar das Recht des Bundes in dem vorliegenden Falle dem Kanton Nargau zum Opfer bringt, trägt sie gleichzeitig in sich den Keim und die Merkmale der Vernichtung jeder Kantonsouveränität. Denn sollte es wirklich wahr sein, daß zwölf Stände befugt wären, Bundesartikel aufzuheben, so hätte der Bundesvertrag aufgehört, ein Vertrag zwischen zwei und zwanzig souveränen Ständen zu sein: er wäre dann nur noch als ein Bundesgesetz anzusehen, welches von der Mehrheit je nach Umständen und Belieben verändert werden könnte. Wenn eine Mehrheit von zwölf Ständen den Katholiken in der Schweiz die Aufhebung ihrer frommen Stiftungen und Klöster und die Wegnahme ihrer Güter, entgegen der eidlich gegebenen Gewährleistung für den Fortbestand derselben und die Sicherheit ihres Eigenthums, von Bundes wegen gestatten oder gar bestätigen kann, so kann die gleiche Mehrheit beschließen, daß an die Stelle der anerkannten Konfessionen eine Staatsreli-

gion für die ganze Eidgenossenschaft treten müsse. Wenn eine Mehrheit von zwölf Ständen in Sachen des Bundesvertrages die ganz gleichen Rechte hat, wie die zwei und zwanzig souveränen Stände in ihrer Gesamtheit, so kann die gleiche Mehrheit verfügen, daß den Kantonen das gleiche Stimmrecht genommen werde, und daß größere Kantone also auch mehrere Gesandten an die Tagsatzung senden, sie kann an die Stelle der Vororte einen Bundesrath mit ausgedehnten Vollmachten zur Regierung der Schweiz setzen.

Wir dürfen keineswegs annehmen, getreue liebe Eidgenossen, daß solche bundesumwälzende Absichten irgend einen unserer eidgenössischen Mitstände am 31. August geleitet haben: aber für Pflicht erachten wir es, auf die natürlichen Folgen hinzuweisen, welche hervorgehen können aus dem Satze: daß eine Tagsatzungsmehrheit befugt sei, die Eidgenossenschaft oder einen Kanton von einer Bundespflicht zu befreien, welche sie freiwillig und vertragsgemäß gegen alle zwei und zwanzig Stände am 7. August 1815 eingegangen sind. Die natürliche Folge ist keine andere, als daß auf solche Weise eine Einheitsregierung in der Schweiz bereits herrschen würde, ohne daß die Kantone eine solche vertragsgemäß aufgestellt hätten. Die Kantonsouveränität wäre damit vernichtet. Während der Bund von 1815 einzig durch die Uebereinstimmung von zwei und zwanzig Kantonen zu Stande gekommen, wäre und würde er abgeändert oder aufgehoben durch eine bloße Mehrheit von Ständen. Vor solchen Folgen, getreue liebe Eidgenossen, warnen wir. Wenn sie auch nicht weder in Euern Wünschen oder Bestrebungen, noch in denjenigen Euerer Völkerschaften liegen, so können sie doch liegen in ehrgeizigen herrschsüchtigen Parteien, sie können sich geltend machen in Zeiten politischer Aufregung und innerer Unruhen, sie würden eine Rechtfertigung suchen in den Verhandlungen der Tagsatzung vom 31. August 1843, wenn es bei diesen sein Bewenden haben müßte.

Getreue liebe Eidgenossen, erwäget und beherziget diese Folgen noch zur rechten Zeit. Erscheinungen und Thatsachen genug erinnern uns an das Dasein und das verderbliche

Wirken auf Zerstörung aller Bande hinarbeitender Bestrebungen. Oder werden nicht ungescheut und ungestraft Lehren und Grundsätze verbreitet, welche nicht nur den alten römisch-katholischen Glauben oder die seit drei Jahrhunderten eingeführte protestantische Konfession, sondern sogar die Göttlichkeit des Christenthums, die Heiligkeit des Eides wegläugnen, lästern und verhöhnen? In welch' grellem Widerspruche stehen solche Erscheinungen und Thatfachen mit den Gesinnungen und Thaten unserer Väter, mit dem Geiste der für ewige Zeiten besiegelten und beschwornen Landfriedensverträge, mit unsern ewigen Bündnen, welche alle auf dem Glauben an den dreieinigen Gott und auf der Heiligkeit geschwornen Eide beruhen? Werden sich solche Erscheinungen nicht wiederholen und vermehren, wenn die ganze Nation die vor der jedesmaligen Tagsatzungsöffnung auf den Bundesvertrag laut seinem ganzen Inhalte zum Eidschwur erhobenen Hände der Gesandten an die eidgenössische Tagsatzung erblickt, nachher aber eine Mehrheit dieser Hände ebenfalls für das Aufgeben eines Bundesartikels, einer Bundespflicht sich erheben sieht? Werden nicht ungescheut und ungestraft die Lehren, Anstalten und Vorsteher der römisch-katholischen Konfession verdreht, beschimpft und verläumdert? In welch' schneidendem Gegensatze steht dieses mit dem durch alte Schiedssprüche, Tagsatzungsabschiede, Bundesbeschlüsse aufgestellten und feierlich promulgirten Gebote gegenseitiger Duldung und Achtung der Konfessionen? Werden jene Duldung und diese Achtung nicht mehr und mehr abnehmen und verschwinden, wenn die Stände an der eidgenössischen Tagsatzung die Höhnung und Vernichtung kirchlicher, durch den Bund gewährleisteter katholischer Institute hinnehmen oder gar sanktioniren? Werden endlich nicht an mehr als einem Orte die Stimmen laut, welche nach der Gleichheit des Vermögens rufen, und finden sie nicht einen starken Wiederhall in der Noth, welche die ökonomischen Kräfte der Gemeinden aufzehrt, in der zahlreichen Bevölkerung, welche allen Wechselfällen des stets mehr beengten Handelsglückes preisgegeben ist? In welch' schreiendem Widerspruche sind aber solche Stimmen mit dem ersten und obersten Grundsätze aller ewigen Bünde

der Eidgenossen von 1315 bis zum Jahr 1815, mit dem Grundsatz: Jedem das Seine zu lassen, auch dem Feinde? Werden sich aber jene Stimmen nicht vermehren und stärken, wenn die oberste Bundesbehörde zusieht, wie ein Kanton das tausendjährige Eigenthum frommer Stiftungen an sich reißt, die Eigenthümer gewaltsam verdrängt und für seine Eigenthumsverletzungen keinen andern Rechtfertigungsgrund hat, als die Unzweckmäßigkeit der Stiftungen und die Gefährlichkeit ihres Reichthums für den Staat? — Und sind, getreue, liebe Eidgenossen, die Religion, der konfessionelle Friede und die Gerechtigkeit nicht die Grundpfeiler unseres Daseins, unseres Glückes, unserer Ehre? Wanken diese Grundpfeiler, werden sie nicht neu befestiget, wer wird das Gebäude der schweizerischen Eidgenossenschaft vor der Auflösung retten können? Wird sich im Laufe der Zeiten nicht immer schroffer und schroffer eine Kluft bilden zwischen Ständen, welche treu am Bundesvertrage halten, auf die Wahrung aller Rechte, aber auch auf die Erfüllung aller Pflichten desselben dringen werden, und solchen Ständen, welche sich mehr und mehr von den lästigen Banden desselben lossagen und den Bund ihrer Convenienz unterordnen werden? Wird sich nicht eine Kluft bilden zwischen den Völkerschaften der einen und der andern Konfession, und sie scheiden in zwei Parteien, welche für ihre Religion, für ihre Kirche, ihre Rechte und ihre Güter in beständiger Beängstigung, Unruhe und Gereiztheit sind? Wird nicht in den Kantonen und in der Eidgenossenschaft an die Stelle des Friedens, der Wohlfahrt und der Sicherheit der Unfriede, das Mißvergnügen, das Recht des Stärkern und die rohe Gewalt treten? Wird nicht die Kraft der mehr als fünfhundertjährigen Eidgenossenschaft — welche Kraft in der Bundestreue, in der Eidestreue und in der Gerechtigkeit ihre Wurzeln hatte — durch innere Unruhen und äußere Stürme geschwächt zusammenstürzen und das Gebäude verschütten, welches unsere Väter mit saurem Schweiße, mit Aufopferung von Gut und Blut gegründet und aufgeführt haben?

Getreue liebe Eidgenossen, von der Liebe für Euch, von

der Treue am Bunde, von der Verehrung für die heiligsten Güter unsers Vaterlandes sehen und fühlen wir uns verpflichtet, zur Abwendung dieser Gefahren und Folgen das Mögliche zu thun. Wir sind fest entschlossen, keine vom Bunde, von der Treue am gegebenen Worte, von der Liebe zum gemeinsamen Vaterlande, von der Verehrung für die Grundsätze unserer Väter, von der Pflicht der Erhaltung der schweizerischen Eidgenossenschaft gebotenen und angerathenen Mittel und Schritte unversucht zu lassen, um die in Frage liegende Konfessions- und Bundesangelegenheit einer bundesgemäßen Erledigung zuzuführen. Denn nur in einer solchen gerechten Entscheidung durch die oberste Bundesbehörde vermögen wir für uns Beruhigung für die katholische Konfession, für die Aufrechthaltung des Bundes und der Eidgenossenschaft zu erblicken. Die oberste Bundesbehörde ist die Leuchte, auf welche alle Völkerschaften der zwei und zwanzig Stände sollen mit Freudigkeit hinblicken können; sie ist das Bollwerk, an welchem Parteien und bundeswidrige Bestrebungen sich brechen sollen; die eidgenössische Tagsatzung soll keine andere Vorschriften als die des Bundes, der Gerechtigkeit und des konfessionellen Friedens kennen und beobachten. Von ihr erwarten wir um so sicherer einen bundesgemäßen Schutz der konfessionellen Rechte und der Klöster und kirchlichen Güter und Stiftungen der Katholiken, da wir uns bewußt sind, in Bezug auf die protestantische Konfession alle Pflichten der christlichen Duldung, alle Pflichten treuer Eidgenossen erfüllt und immerfort jene Achtung gegen deren Güter und Rechte bewiesen zu haben, die man gerechter Weise von uns verlangen kann. Wir erwarten von der obersten Bundesbehörde um so sicherer den Schutz der katholischen Rechte, Institute und Güter, als wir freudig und aufrichtig die Zusicherung erneuern, uns in die Rechte, Institute, Güter und Konfessionsangelegenheiten unserer protestantischen Brüder nie und nimmer störend oder kränkend einmischen zu wollen.

So dürfen wir denn auch mit dem vollsten Zutrauen an Euch, getreue liebe Eidgenossen, das bestimmte Begehren

richten: es wollen die eidgenössischen Stände ihre Gesandtschaften an die ordentliche Tagsatzung des Jahres 1844 dahin instruiren: es sollen, in Wahrung der konfessionellen Rechte und in Erfüllung der durch Artikel XII des Bundesvertrags obliegenden Pflichten, sämtliche durch das Dekret des Großen Rathes von Aargau am 13. Jänner 1841 aufgehobenen Klöster wieder in ihre bundesgemäßen Rechte eingesetzt werden.

Möge der einstimmige Ruf Eurer katholischen Eidgenossen von Lucern, von Uri, von Schwyz, von Unterwalden ob und nid dem Wald, von Zug und von Frenzburg in Euren vaterländischen Herzen einen reinen Wiederhall finden! Möget Ihr im Geiste Eurer und unserer Väter freudig anerkennen, daß der Friede, die Ehre und die Stärke wie jedes Kantons, so der Eidgenossenschaft beruhen auf der Treue an Eid und Bund, auf der Unterwerfung materieller Interessen und konfessioneller Ansichten unter die Vorschriften der Gerechtigkeit und der Konfessionsduldung, auf der neuen Belebung des erhabenen Sinnes unserer ewigen Bünde und Landfriedensverträge in einer aufgeregten und zerrissenen Zeit, auf der edeln nur christlichen und wahrhaft gebildeten Völkerschaften eigenen Großmuth der Sühnung begangenen Unrechts.

Gott, der Allmächtige, wolle Euch, getreue liebe Eidgenossen, sammt uns in seinen Schutz nehmen und unser theures gemeinsames Vaterland bewahren!

Lucern, den 7. Hornung 1844.

Schultheiß und Regierungsrath des Kantons Lucern;

Der Schultheiß:

Sig. C. Siegwart-Müller.

Der Staatschreiber:

Sig. Bernhard Meyer.

Altdorf, den 8. Hornung 1844.

Namens Landammann und Rath des Kantons Uri

Der regierende Landammann:

Sig. Vincenz Müller.

Der Landtschreiber:

Sig. Gisliger.

Schwyz, den 12. Hornung 1844.

Namens Landammann und Rath des Kantons Schwyz

Der regierende Kantonslandammann:

Sig. Th. ab = Yberg.

Der Kantonschreiber:

Sig. H. Eberle.

Stanz, den 14. Hornung 1844.

Namens Landammann und Rath des Kantons Unter-
walden nid dem Wald

Der regierende Landammann:

Sig. Stanislaus Ackermann.

Der erste Landschreiber:

Sig. F. Dermatt.

Garnen, den 14. Hornung 1844.

Namens Landammann und Landrath des Kantons Un-
terwalden ob dem Wald

Der regierende Landammann:

Sig. Nikodem Spichtig.

Der erste Landschreiber.

Sig. Niko L. v. Moos.

Zug, den 15. Hornung 1844.

Namens Landammann und Landrath des Kantons Zug

Der regierende Landammann:

Sig. F. Kav. Keiser.

Der zweite Landschreiber:

Sig. J. Scherzmann.

Fribourg le 17 Février 1844.

Au nom du Conseil d'Etat du Canton de Fribourg

L'Avoyer Président:

Sig. R. WECK.

Le Chancelier:

Sig. Werro.

Bericht

des

eidgenössischen Kommissariats

im

Kanton Wallis

an

den hohen eidgenössischen Vorort.

Luzern,

gedruckt bei Gebrüdern Rüber.

1844.

TA 3 19, 4

Erzellenz Herr Schultheiß!

Hochgeachtete, Hochwohlgeborne Herren!

Die Unterzeichneten, welchen die hohe Ehre zu Theil geworden, von dem hohen Vororte den Ruf als eidgenössische Kommissarien in den Kanton Wallis zu erhalten, rechnen es sich zur Pflicht, über den Verlauf ihrer Sendung und die Erfüllung der vom hohen Vororte ihnen ertheilten Aufträge und gegebenen Vollmachten einen umfassenden Bericht abzustatten.

Das Wallis hat seit einer Reihe von Jahren die Aufmerksamkeit der obersten eidgenössischen Behörden auf sich gezogen, und in einem kurzen Zeitraume haben diese sich veranlaßt gefunden, drei Male durch eidgenössische Kommissarien in diesem von Bürgerzwist gährenden Lande einzuschreiten. Wir würden glauben, unserer Aufgabe als Berichtserstatter zu ermangeln, wenn wir uns nur auf die Schilderung derjenigen Ereignisse beschränken würden, welche während unserm Kommissariat sich zugetragen haben, und nicht vielmehr einen Blick auf die Ursachen zurückwerfen würden, welche ungeachtet wiederholter früherer eidgenössischer Vermittlung eine immerwährende Gährung in dem Kanton Wallis unterhalten haben, eine Gährung, die zum zweiten Male in blutigen Bürgerkrieg ausgebrochen ist.

Wir erlauben uns daher, einen kurzen Blick auf die Lage des Landes zu werfen, wie sie dem Beobachter in jüngster

Zeit sich darbot. Wir werden an diesen kurzen Ueberblick sodann eine Schilderung der Ereignisse der jüngsten Tage knüpfen, und endlich unsere Handlungsweise dem prüfenden Blicke der hohen vorörtlichen Behörde unterlegen.

A. Lage des Landes vor und bis zu den Mai-Ereignissen.

Die gegenwärtige Verfassung des Kantons Wallis ist für diesen Kanton in seiner Gesamtheit erst dann in Kraft und Wirksamkeit getreten, nachdem das Schwert des Bürgerkrieges ihre Anerkennung in einem großen Landestheile erzwungen hatte. Man würde sich aber sehr irren, wenn man aus dieser Thatsache des gewaltsamen Aufdringens der Verfassung den obern oder östlichen Landestheilen den Schluß ziehen wollte, daß die seitherige unglückliche Lage des Landes, die gewaltthätigen Auftritte und Erzesse aller Art gegenüber der Staatsgewalt und einzelnen Privaten, überhaupt der fieberische Charakter des Landes eine bloße Folge des gewaltsamen Umsturzes der frühern Verfassung von 1815 und der Einführung der Verfassung von 1839 waren; wenn man der Vermuthung sich hingäbe, die ursprüngliche Geschiedenheit der beiden Landestheile von Oberwallis und Unterwallis in Sprache, Sitten und Lebensart, ihre frühern gegenseitigen, durch die Verfassung von 1839 zertrümmerten politischen Verhältnisse, die mit einem Blick auf die Gegenwart und das jetzt Bestehende vielleicht unverträgliche Erinnerung an die Vergangenheit und das ehemals Bestandene — seyen die Grundursachen der seit einer Reihe von Jahren im Kanton Wallis sich drängenden traurigen Ereignisse; um kurz zu seyn, wenn man diese Ursachen in der Vergangenheit suchen würde. Nicht die Vergangenheit, die Gegenwart hat den Keim zu dem Uebel gelegt, ihn genährt und großgezogen, aus welchem im Kanton Wallis das blutige Schwert des Bürgerkrieges emporstieg.

Wir erlauben uns hierüber um so eher einige Andeutungen, da es dem hohen Vororte, wie uns bedünkt, nur angenehm seyn kann, Kenntniß von denjenigen Beobachtungen und Erfahrungen zu erhalten, welche wir durch eine sorgfältige Prüfung der walesischen Zustände während der Zeit unseres Kommissariats gesammelt hatten.

Die Verfassung von 1839 ist allerdings auf gewaltsamem Wege in den östlichen und einem Theile der mittlern Zehnen des Kantons Wallis zur Anerkennung gekommen; das ist eine Thatsache. Allein es ist ebenfalls eine Thatsache, daß seit Einführung der Verfassung von 1839 im ganzen Lande diese, ungeachtet ihres zum Theil für die obern Zehnen beleidigenden Ursprunges, von denselben mit einer Treue und Gewissenhaftigkeit beobachtet und heilig gehalten worden ist, die, wäre sie anderwärts vorhanden gewesen, den Keim zu bürgerlichen Unruhen vollkommen abgeschnitten hätte. Man darf mit vollem Recht behaupten, daß die obern Zehnen seit 1839 nicht nur der äußern Form des Grundgesetzes von diesem Jahre gehuldigt haben; es sind wirklich die eigentlichen Staatsprinzipien, welche, abweichend von der Konstitution von 1815, in dem Grundgesetze von 1839 zu Grunde gelegt sind, allmählig in das Volksbewußtseyn auch der obern Landestheile hinübergedrungen und haben dort Anerkennung, Huldigung und Beobachtung gefunden. Der politische Zustand der obern und mittlern Zehnen war daher auch seit 1839 ein durchaus normaler; die Staatsgewalt übte dort ihren Einfluß, ihr Ansehen und ihre Macht inner den verfassungsmäßigen Schranken bis zur Stunde ungehindert aus, die Gerichtspflege gieng einen freien und unabhängigen Gang, die Gesetze fanden ihre Anerkennung und ihre Vollziehung — kurz, in diesen Landestheilen hatte das Gesetz die ihm gebührende, unbeschränkte Herrschaft und seine Vollstrecker fanden Gehorsam. Hier sind somit die Keime des Uebels nicht zu suchen, sie sind wirklich auch nur da zu finden, wo der Schauplatz jener Exzesse vorhanden war, welche endlich die Geduld der Behörden und des Volkes erschöpft haben und

sie veranlaßten, mit gewaffneter Hand die lange gestörte Ruhe und Ordnung herzustellen. Dieser Schauplatz war das Unterwallis und namentlich die Zehnen Monthey, St. Moritz und Martigny; die Ursache dieser Erzeße aber war Verschiedenheit in der politischen, vielleicht auch hie und da Verschiedenheit in der religiösen Denkungsart.

Wir wollen uns hierüber näher erklären. In den Jahren 1839 und 1840 stand das ganze Unterwallis, von einem Theile von Mittelwallis unterstützt, einig für diejenigen Rechte zusammen, welche es durch die Verfassung von 1839 wirklich sodann erlangt hat. Das Bewußtseyn des ihm gebührenden Rechtes gleicher Repräsentation in der obersten Landesbehörde, seiner Ebenbürtigkeit mit den andern Landestheilen, war der einzige das Volk von Unterwallis damals durchdringende Gedanke, welcher es zu einem Ganzen gegenüber den obern Landestheilen zusammenhielt und als deren Gegner erscheinen ließ. Was das Volk von Unterwallis anstrebte und verlangte, Ebenbürtigkeit in allen staatsbürgerlichen Rechten mit den andern Landestheilen, das erhielt es durch den Sieg von 1840, seine Hoffnungen und seine Wünsche waren dadurch verwirklicht worden, der größere Theil des Volkes stand am Ziele seines Strebens, nicht so aber ein anderer Theil. Da entstanden in dem bisher so einigen Unterwallis zwei verschiedene Parteien, welche allmählig in Konflikt geriethen, und sich zuletzt mit einer seltenen, oftmals schauderhaften Leidenschaftlichkeit befehdeten. Ein großer Theil der Bevölkerung von Unterwallis, namentlich die Bergbevölkerung, in Lebensart, Sitten und Denkungsweise der Bergbevölkerung der östlichen Landestheile nahe verwandt, fühlte die Kluft bald ausgefüllt und geebnet, welche die Jahre 1839 und 1840 zwischen den obern und untern Landestheilen geöffnet hatten. Die innere geistige Verwandtschaft zwischen diesen beiden Bevölkerungen ermangelte nicht, bald äußerlich sichtbar zu werden, und die eigentliche wahre Volksgefinnung des Walliservolkes, sey es hinsichtlich der Verhältnisse des Staates oder dann der Verhältnisse der

Kirche, mußte jedem nüchternen Beobachter bald klar werden. Sie blieb auch im eigenen Lande nicht unbekannt, am wenigsten denen, welche mit ihr nicht harmonirten, daher der Plan von Seite Dieser, die Volksgefinnung allmählig umzuarbeiten.

Die Kommissarien glauben sich nicht zu täuschen, wenn sie dieser Kenntniß der wahren Gefinnung, des religiösen und politischen Bewußtseyns des wallesischen Volkes die Entstehung jener politischen Gesellschaft zuschreiben, welche unter dem Namen der „jungen Schweiz“ die Blätter der Geschichte von Wallis mit schwarzen Farben ausfüllt. Der Zweck dieser Gesellschaft war ursprünglich kein anderer, als eine Aenderung der Gefinnung des Walliservolkes; über die Mittel, welche sie zur Erreichung dieses Zwecks angewandt hat, wird eine unparteiische Geschichte ein schweres Urtheil fällen.

Es kann durchaus nicht in der Aufgabe des eidgenössischen Kommissariats liegen, einen richtenden Blick auf alle die traurigen Ereignisse zu werfen, deren Schauplatz seit Entstehung der jungen Schweiz das Unterwallis war; sie wollen sich jedoch einige übersichtliche Andeutungen erlauben, welche geeignet seyn dürften, dem hohen Vororte die Lage des Landes bis zum Augenblick des Ausbruchs des Bürgerkrieges anschaulich zu machen.

Das Entstehen der jungen Schweiz datirt sich in das Jahr 1839 zurück. Es liegt in der Natur der Sache, daß in der ersten Zeit der Entwicklung dieser politischen Partei und ihrer immer mehr sich durchbildenden Organisation die Konflikte mit Andersgesinnten nicht so häufig eintraten, und auch noch nicht jenen verbrecherischen Charakter angenommen hatten, welcher später allenthalben sich kund that. Reibungen gaben sich freilich häufig kund, und besonders war es die Geistlichkeit des Kantons, welche zum ersten Ziele der Bestrebungen dieser Partei gemacht wurde. Die Vorrechte, welche die Geistlichkeit des Kantons Wallis in einem höhern Grade, als dieses in irgend einem Schweizerkanton der Fall

ist, genießt, ihr großer Einfluß, den ihre Stellung und ihre Rechte auf ein frommes und braves Volk ihr gewähren, ein Einfluß, welcher dem Streben dieser politischen Partei einen starken Damm entgegengesetzte, waren das erste Ziel der Bekämpfung. Der Kampf gedieh wirklich so weit, daß der hochwürdigste Bischof die ganze Gesellschaft der jungen Schweiz mit der Exkommunikation belegte, ein Schritt, welcher große Sensation unter dem frommgläubigen Volke des Kantons Wallis erwecken und seine Aufmerksamkeit auf die Existenz und die Handlungen einer Gesellschaft im Lande richten mußte, welche die oberste kirchliche Behörde im Lande zu einem so außerordentlichen Schritte bewogen hatte. Es bildete sich das Bewußtseyn und die Ueberzeugung aus, daß auf irgend eine Art dem Umsichgreifen und den Handlungen dieser Gesellschaft Schranken gesetzt werden müssen, und so entstand und gedieh zur Reife und Ausföhrung der Gedanke an Bildung einer den Tendenzen und Handlungen der jungen Schweiz ganz entgegengesetzten Verbindung. Es entstand so die Gesellschaft der „alten Schweiz“. Die junge Schweiz hatte sich auf einen ganz militärischen Fuß eingerichtet, sie war mit Waffen, Munition, ja sogar mit Geldstücken versehen. Auch die alte Schweiz organisirte sich militärisch und es gelang ihr bald, ihre Verbindung nicht nur im ganzen Oberwallis, sondern im größten Theile von Mittelwallis und einem sehr bedeutenden Theile von Unterwallis zu verzweigen. Die Organisation der alten Schweiz fällt in den Anfang des Jahres 1843. Wir ersparen uns gern die traurige Arbeit, ein vollständiges Bild von allen den verschiedenen Parteiverirrungen zu entwerfen. Wir wollen bloß einige Thatfachen anführen, welche eine Hauptrolle in dem Drama der Ereignisse des Kantons Wallis von 1843 spielen und als die Vorboten der Ereignisse von 1844 zu betrachten sind.

Das Jahr 1843 war das durch die Verfassung festgesetzte Jahr der Integralerneuerung des Großen Rathes, und bot somit reichlichen Stoff zu Parteireibungen. Die meisten Greuel-

thaten fanden in diesem Zeitpunkte politischer Aufregung, eine Zeit vor und nach den Wahlen statt.

Die Tendenz, durch Einschüchterung, ja selbst durch Gewalt- und Greuelthaten auf die Volksmassen einzuwirken, und ein für die politische Tendenz der jungen Schweiz günstiges Wahlresultat dadurch zu erzwingen, lag offen am Tage, und dieser Tendenz muß wohl die in der Nacht vom 12. auf den 13. April durch eine Bande Jungschweizer vollzogene Zerstörung der Presse der Simplonzeitung in St. Moritz zugeschrieben werden.

Dennoch war das Wahlresultat ein anderes, als man zu erreichen gehofft hatte; die spätern Ereignisse bewiesen, daß dieser durch die Wahlen kund gegebene Volkswille die Parteileidenschaft nicht in ihre Schranken zurückzuweisen vermochte, sondern sie vielmehr noch steigerte. Schon am 23. Mai war auf den Aufruf von Soris eine bewaffnete Bande der jungen Schweiz in Monthey aufmarschirt und am 1. August wurde die Untersuchungskommission, welche mit der Einleitung des Prozesses wegen Zerstörung der Simplonpresse beauftragt war, durch eine gleiche Bande auseinander gesprengt. Der Staatsrath, nach vieler Langmuth, sah sich endlich zu militärischen Maßregeln genöthiget. Ein Bataillon wurde auf's Piquet gestellt und die erste Füsilierkompagnie desselben erhielt den Befehl, nach St. Moritz zum Schutze des dortigen Gerichtshofes zu marschiren. Der Befehl wurde aber wieder zurückgenommen und statt der Truppen eine Abordnung des Staatsrathes nach St. Moritz beordert. Auf den 23. August berief er den Großen Rath zusammen und gab demselben von den vorgefallenen Ereignissen Kenntniß. Mit dieser Botschaft wurde der Antrag verbunden, eine allgemeine Amnestie für die Vergangenheit zu ertheilen. Es glaubte der Staatsrath, den Verirrten mit der Hand brüderlicher Milde entgegenkommen zu sollen, um sie von dem Pfade wilder Anarchie wieder auf den der Eintracht und Geselligkeit hinzuführen; es glaubte dieses auch der Große Rath, und die Amnestie wurde beschlossen. Sie

fruchtete leider nichts, sondern diente nur dazu, die verbrecherische Kühnheit der Anarchisten zu steigern. Während der Große Rath noch versammelt war, fielen neue Erzesse gegen den Großkastellan Rouiller in St. Moritz vor, welchem mit Drohung ein Entlassungsgeſuch entriſſen wurde. Die gleiche Bande, welche ihre Erzesse gegen Hrn. Rouiller verübt, versuchte auch einen Angriff auf das Dorf la Balma und es entspann sich dort ein lebhaftes Gewehrfeuer zwischen derselben und den Bewohnern des Dorfes.

Der Staatsrath, auf die Nachricht von diesen abermaligen Verbrechen, verordnete nun den Aufbruch des ganzen Kontingents, in drei Bataillonen bestehend, bestellte einen Kriegsrath und schickte Kommissäre in's Unterwallis ab. Der Truppenaufbruch erfolgte, mit ihm auch derjenige eines Theils der Bevölkerung von Oberwallis. Auf den Bericht der in's Unterwallis abgeordneten Kommissäre, daß die Aufregung dort zwar noch groß, die Ruhe aber seither nicht wieder gestört worden sey, wurden von dem Staatsrathe die Truppen wiederum entlassen. Sie, sowie die im Oberwallis aufgebrochene Bevölkerung gehorchten den Befehlen der Regierung. Auch der Große Rath gieng auseinander, um durch die heimkehrenden Mitglieder die Bevölkerungen zu beschwichtigen.

Während dieses in Sitten vorgieng, fand in Unterwallis neuerdings eine anarchische Bewegung statt. Unter der Vorgabe eines beabsichtigten Angriffs auf diesen Landestheil, im Namen des Komite's von Martinach und sogar unter Mißbrauch des Namens des Präsidenten des Kriegsrathes wurde ein Volksaufbruch angeordnet, und eine Bande der jungen Schweiz rückte bis gegen Ardon, zwei Stunden von Sitten, vor, nachdem sie auf dem Herzuge öffentliche Gelder sich angeeignet hatte. Ein Theil zog nach Sitten, der größere Theil aber blieb in Ardon, bis sie vom Staatsrathe die Zusicherung der Unterlassung eines jeden Untersuches wegen dieses Zuges, die Besoldung aus der Staatskasse und

sogar eine Dankesbezeugung erzwungen hatten. Ihren Heimweg bezeichneten neue Erzesse.

Es mag die Aufzählung dieser Ereignisse genügen, um Hochdenselben ein Bild der traurigen Lage des Kantons Wallis in dem Jahre 1843 anschaulich zu machen. Es beweisen dieselben, daß eine anarchische Bewegung den Staatskörper ergriffen und eine fieberhafte Stimmung des ganzen Organismus hervorgerufen hatte. Es erscheint diese anarchische Bewegung, dieser abnormale Staatszustand um so sonderbarer, wenn man bedenkt, daß zu gleicher Zeit die leitenden Organe des Staatskörpers in ihrer vollen konstitutionellen Kraft vorhanden waren. Die fieberische Bewegung eines einzelnen Gliedes hatte den ganzen Organismus in die gleiche fieberische Stimmung gebracht, weil das Ganze es vernachlässiget, dem Aufrethre des einzelnen Theiles zu steuern und diesen in seine natürlichen Schranken zurückzuweisen.

Die fieberhafte Stimmung dauerte fort, und wo sie zum Ausbruche kam, erzeugte sie Greuelthaten. In einer an den Präsidenten der obern Zehnen an den Staatsrath eingegebenen Adresse legen diese ein unerhörtes Bekenntniß über die traurige Lage des Landes ab; wir entheben diesem Aktenstücke folgende Stelle:

„Mord und Brudermord, Verbrechen und Vergehen, die „bisher bei uns unbekannt waren, und glücklicherweise bei „unsern Miteidgenossen noch unbekannt sind, beflecken und „entehren ein Land, welches inmitten der allgemeinen Erschütterung Europa's sich als den würdigen Erben seiner „frommen, starken und treuen Voreltern gezeigt hat. —“

Das Jahr 1844 begann wie das Jahr 1843 geendet hatte; die Lage des Landes blieb dieselbe. Der Schauplatz der Erzesse war aber beim Beginne dieses Jahres theilweise schon in das Mittelwallis verlegt, der Zehnen Gondis und namentlich die Gemeinde Ardon war zu selbstem auserwählt worden. Der Staatsrath versuchte nun ein neues Mittel, um dem Uebel Einhalt zu thun, und erklärte die Gemeinden

für die in ihrem Kreise begangenen Erzeßten verantwortlich.
Der Beschluß lautet folgendermaßen:

„LE CONSEIL D'ETAT DU CANTON DU VALAIS
„A SES CONCITOYENS.“

„Le Valais continue à gémir sous la pression de tour-
„mentes politiques. Les troubles et le goût des émeutes
„menacent de s'acclimater dans notre pays. Les fréquentes
„réunions d'hommes embrigadés, munis d'armes, de bâtons
„etc., autant de forces placées en dehors des pouvoirs po-
„litiques; les violences envers les personnes, les violations
„multipliées du domicile, de la propriété des citoyens et de
„la liberté d'opinion; les usurpations de pouvoir, l'insuffi-
„sance des tribunaux, malgré leurs efforts, sont les élémens
„léthifères de l'inquiétude et du malaise qui attristent les
„villes et les campagnes.“

„Concitoyens, cet état de choses a trop duré, temps
„est-il de recourir à de plus sévères mesures de coercition:
„Dieu veuille qu'on ne soit pas amené à en parcourir toute
„l'échelle.“

„Déterminé de remplir sa tâche dans toute son arduité
„et de l'accomplir ou de succomber à la peine.“

„Vu le décret du 25 Août 1843, portant: Pleins pou-
„voirs sont accordés au Conseil d'Etat pour prendre toutes
„les mesures nécessaires au maintien de l'ordre.“

„Il annonce:“

„Chaque Commune est sommée de maintenir l'ordre
„dans son sein.“

„Celle qui n'aurait pas contenu ses ressortisans dans
„les bornes légales, à son intérieur, ou à laquelle appar-
„tiendraient des hommes qui se transporteraient dans une
„autre commune pour y créer ou fomenter des désordres,
„celle qui résisterait ou dans laquelle on s'opposerait à
„l'exécution de la constitution, des lois et des jugemens,
„seront soumises au genre de répression que les circonstan-
„ces conseilleront, tels que l'occupation militaire par les
„contingens et autres moyens de contrainte en son pouvoir,

„à la responsabilité solidaire, selon les cas, de la commune, „des agitateurs et de leurs instigateurs ou chefs, quels qu'ils „soient.“

„Donné en Conseil d'Etat, à Sion, le 27 Mars 1844, „pour être publié et affiché dans toutes les Communes du „Canton.“ (Suivent les signatures.)

Allein das Uebel hatte bereits zu reißende Fortschritte gemacht, die Partei der Anarchisten hatte zu glücklich und mit zu vielem Erfolge bisher operirt, als daß sie ihr System auf eine bloße Drohung der Staatsbehörde hätte fallen lassen. Sie war zu weit vorgerückt, um auf ihrer Bahn auf einmal Halt machen zu können, und sie war absichtlich, planmäßig, so weit vorgerückt; sie konnte und wollte also nur vorwärts und so rief sie die Ereignisse des Monats Mai herbei, zu deren Schilderung wir nun übergehen.

B. Ereignisse des Monats Mai. Ausbruch und Beendigung des Bürgerkrieges.

Neue Gewaltthätigkeiten, die von Banden Jungschweizer in Verossaz und St. Moritz im Anfang dieses Monats begangen wurden, bestimmten endlich den Staatsrath, energische, außerordentliche Maßregeln zu ergreifen. In Verossaz wurde Hr. Großrath Böffray von einer solchen Bande aus dem Schooße des Gemeinderathes fortgeschleppt und auf eine entehrende Weise mißhandelt. In St. Moritz brach man in die Wohnung von Beamten ein, mißhandelte sie, und Hr. Stadtrath de la Pierre wurde mit einem Steine schwer am Kopfe verwundet. Die Wuth dieser Bande stillte sich nicht, bis sie mit Gewalt einen Gefangenen befreit hatte.

Sobald diese Gewaltthaten dem Staatsrathe bekannt wurden, beschloß er am 7. Mai, St. Moritz, Verossaz und Massongez militärisch besetzen zu lassen, ein Reservecorps nach Sitten zu verlegen und den Großen Rath auf den 14. Mai zusammenzurufen. Gleichzeitig richtete er in einem

Schreiben vom 4. Mai an den eidgenössischen Vorort das Begehren um eidgenössische Intervention in dem Sinn, daß der hohe Vorort angegangen wurde, vor der Hand 5 Bataillone eidgenössischer Truppen auf's Piquet zu stellen. Dieses Begehren wurde in einer Zuschrift vom 6. Mai dringend erneuert und der hohe Vorort sah sich dadurch veranlaßt, einige eidgenössische Truppen aus den Kantonen Waadt, Freiburg, Bern und Obwalden wirklich unter die Waffen zu rufen.

Während der Staatsrath diese ernstest, aber zur Wiederherstellung und Sicherung der Ruhe des Landes nothwendigen Maßregeln traf, erschien mit dem Datum vom 12. Mai ein Aufruf des Komite von Martinach, worin in der leidenschaftlichsten Sprache die vom Staatsrath getroffenen Maßregeln kritisiert werden. Dieser Aufruf ist ein unerhörtes Aktenstück in unserer Vaterlandsgeschichte. Das Komite von Martinach sagt darin nicht nur von den Maßregeln der Regierung, daß „damit die öffentlichen Gelder vergeudet und der „öffentliche Friede gefährdet werde,“ sondern „es fordert die „Bürger, deren Vertrauen es genieße, auf, auf der Hut zu „seyn, gegen den Fallstrick, der ihnen durch die Feinde des „Fort schrittes gelegt werde . . . , sich im Geheimen vorzubereiten, um Gerechtigkeit gegen Meineid und Verrath zu „erhalten.“

Das Komite von Martinach stellte sich mittelst dieses Aufrufes nicht nur als eine Staatsgewalt neben einer andern — der Regierung — auf, es forderte nicht nur zur Wachsamkeit, zur Entschlossenheit gegen die von der verfassungsmäßigen Regierungsgewalt ergriffenen Maßregeln auf, nein, es wagte es sogar, diese Maßregeln als verrätherische und meineidige zu bezeichnen. — Die Kommissarien wissen zwar wohl, daß man diesem Aufrufsaakte einen ziemlich unschuldigen Anstrich zu geben versuchte, daß man die heftigsten darin enthaltenen Anschuldigungen nicht auf die Regierung bezogen wissen wollte, allein das Aktenstück spricht zu laut, als daß eine solche Auslegung angenommen werden darf. Es

ist darin von nichts Anderem als den von der Regierung ergriffenen oder durch sie veranlaßten Maßregeln die Rede, von dem Verlangen einer eidgenössischen Intervention, von Absendung eidgenössischer Kommissarien, von Zusammenberufung des Großen Rathes, von Einberufung von Kontingents-truppen; also lauter Maßregeln, wir wiederholen es, welche entweder von der Regierung unmittelbar oder auf ihre Veranlassung vom hohen Vororte ergriffen worden sind. Die Inschuldigung der Verschleuderung öffentlicher Gelder, die Störung des öffentlichen Friedens, des Verraths und Meineids konnte somit auf Niemand Anderer als die konstitutionelle Landesregierung gerichtet seyn, und der Aufruhr im Kanton Wallis war also eigentlich schon durch dieses Aktenstück deklarirt.

Nicht anders wurde dieser Aufruf angesehen von dem hohen Staatsrath in seiner Botschaft an den hohen Großen Rath vom 13. Mai, welche er demselben in der ersten Sitzung vom 14. vorlegte. Die Versammlung des Großen Rathes war zahlreich besucht. Es fanden sich auch diejenigen Großrathsmitglieder ein, welche Mitglieder des Komite von Martinach waren. Er wies die Botschaft des Staatsrathes an eine Kommission, welche am folgenden Tage ihre Anträge in der Sitzung eröffnete. Mit großer Mehrheit wurde gegenüber den erhobenen Anschuldigungen die Handlungsweise des Staatsrathes in allen Theilen gebilliget.

Nach dieser durch die oberste Landesbehörde erhaltenen Rechtfertigung richtete der Staatsrath am gleichen Tage, den 15. Mai, eine zweite Botschaft an den Großen Rath, worin er ausspricht, daß er die Einberufung eines Bataillons zur militärischen Besetzung derjenigen Gegenden, welche der Schauplatz der statt gehabten Unruhen waren, angeordnet hatte, daß er es aber nicht über sich nehmen wollte, von sich aus diese Besetzung anzuordnen, und deswegen den Großen Rath einberief, damit er zur Erreichung dieses Zweckes die geeigneten Maßregeln treffe. Gleichzeitig bemerkte derselbe, daß inzwischen die Aufregung sich gelegt habe, und stellte des-

wegen den Antrag, das Bataillon unter den Waffen zu behalten, und den Stadtrath von St. Moritz anzuhalten, in einer zu bestimmenden Zeitfrist die Ordnung und die freie Thätigkeit der öffentlichen Gewalten dort zu sichern. In der gleichen Botschaft richtete er die Aufmerksamkeit der hohen Behörde auch auf die Dringlichkeit des Erlasses eines Dekrets, welches die außerhalb der Staatsgewalten militärisch organisirten und bewaffneten Gesellschaften im Kanton verbietet.

Diese Botschaft wurde ebenfalls an eine Kommission gewiesen, dabei aber die Dringlichkeit des Erlasses eines Dekrets über das Verbot bewaffneter, militärisch organisirter Gesellschaften ausgesprochen.

In dieser Sitzung war es ebenfalls, wo an den Vorsteher des Bohnens St. Moritz und Mitglied der Stadtbehörde von St. Moritz, Herrn Großrath Amacker, die amtliche Frage gerichtet wurde: ob er hinreichende Garantien für Handhabung der Ruhe und Ordnung in der Stadt St. Moritz zu gewähren vermöge. Die Antwort fiel verneinend aus.

Donnerstag den 16. hielt der Große Rath, als am Festtage der Auffahrt, keine Sitzung. Die Anträge der am 15. niedergesetzten Kommission kamen erst den 17. in der Abendsitzung zur Sprache. Die Kommissionsanträge waren vollkommen übereinstimmend mit einem von 39 eigenhändig unterzeichneten Mitgliedern des Großen Rathes der Kommission eingereichten Verlangen, welches das Datum vom 16. Mai trägt. Diese 39 Mitglieder, nach einer allgemeinen Schilderung der Lage des Landes, verlangten, daß:

- 1) „dem Staatsrath eine Regierungskommission von fünf „Mitgliedern, in oder außer dem Großen Rathe, beizugeben;
- 2) „ein Oberkommandant der Truppen, welche man aufzubieten in Fall kommen könne, durch den Großen Rath ernannt werde;
- 3) „der Regierungsgewalt unbedingte Vollmacht ertheilt „werde, die ihr zur Wiederherstellung der Ruhe, zur

„sichern Ausübung der Gerechtigkeit, Entschädigung
 „der Beschädigten geeignet erscheinenden Maßregeln
 „zu ergreifen;

- 4) „das Dekret über Verbot von Gesellschaften sich auf
 „alle Vergesellschaftungen ausdehne, welche durch den
 „Großen Rath nicht gebilliget sind.“

Die Berathung über diese Kommissionsanträge war stürmisch. Ein Theil der Mitglieder des Großen Rathes, größtentheils aus dem Unterwallis, Zehnen Monthey und Martinach, verließ die Sitzung des Großen Rathes. Dieser ließ sich dadurch aber in seinen Berathungen nicht stören, und er faßte in unmittelbar fortgesetzter Sitzung nach dem Kommissionsantrage folgenden Beschluß:

- 1) „Eine Kommission von 3 Mitgliedern mit beratthender
 „Stimme sey dem Staatsrathe beigegeben, welche
 „unbedingte Vollmacht zur Vermehrung der Zahl der
 „für Handhabung des Friedens nothwendigen Truppen
 „erhält.“
- 2) „Ein Oberkommandant der Landwehr wird durch den
 „Großen Rath ernannt werden.“

Zu Mitgliedern der dem Staatsrath beizugebenden Kommission wurden die Herren Wilhelm von Kalbermatten, Adrian von Courten und Anton Lüder erwählt.

Die Wahl eines Oberkommandanten der Landwehr und der organisirten Freiwilligen fiel einstimmig auf Herrn Wilhelm von Kalbermatten. Die Sitzung des Großen Rathes war circa 10 Uhr Abends beendet.

Diese vom Großen Rathe in der Abendsitzung vom 17. gefaßten Beschlüsse wurden von dem Staatsrathe sofort in Vollziehung gesetzt. Noch am Abend wurde dem Herrn Oberkommandanten von Kalbermatten, welcher in Siders sich befand, das Dekret des Großen Rathes zugestellt, um es zu vollziehen und die Landwehr in Bewegung zu setzen.

In der Nacht vom 17. auf den 18. herrschte große Bewegung in der Stadt Sitten. Sobald die Opposition den Großen Rathssaal verlassen hatte, traten die Chefs der jungen

Schweiz und diejenigen Mitglieder des Martinacherkomite's, welche in der Stadt waren, zusammen, Kouriere eilten nach dem Unterwallis und die Chefs verreisten ebenfalls. In einem Aufruf vom 17. Abends 11 Uhr, also eine Stunde nach Erlaß des Großrathsbeschlusses, forderte das Martinacherkomite zur Ergreifung der Waffen auf. Wir lassen dieses wichtige Aktenstück hier wörtlich folgen:

„LE COMITE DE MARTIGNY A SES
CONCITOYENS.“

„Trente-neuf Députés au Grand-Conseil ont proclamé
„le régime de fer, ils ont appelé, à l'insu de leurs collègues,
„les masses du Haut-Valais qui sont actuellement en marche,
„un Commandant en chef est nommé.“

„Prenez les armes pour la défense de nos libertés.“

„Sion le 17 Mai 1844. 11 heures du soir.“

„Le Président: Sig. BARMAN.“

„Le Secrétaire: Sig. ABBET.“

Morgens den 18. hieß es bereits, die junge Schweiz werde an diesem Tage in Sitten einrücken. Wirklich verbreitete sich auch bald die Nachricht, daß die junge Schweiz in bewaffnetem Zuge von unten herauf allmählig gegen die Hauptstadt vorrückte; zu gleicher Zeit hieß es aber auch, daß Herr Oberkommandant von Kalbermatten mit der Landwehr, welche schon den 17. Abends aus den näher gelegenen Gegenden in Siders eingezogen war und dort Nachtquartier hielt, von Oben herunter gegen die Stadt anrücke und bereits bei St. Leonhard mit seiner Avantgarde angekommen sey. In der Stadt verbreitete sich großer Schrecken, sie mußte befürchten, der Schauplatz des Kampfes zu werden.

Der Große Rath setzte den 18. in vollständiger Ruhe seine Sitzungen fort und beschloß, in weiterer Ausführung seiner Beschlüsse vom 17.:

„Daß der Zehnen St. Moritz militärisch besetzt werden
„soll. Jedenfalls aber soll die Stadt und der Zehnen auf-

„gefordert werden, daß sie Garantien für Handhabung der „Ruhe und Ordnung leisten.“

Inzwischen rückten die bewaffneten Mannschaften sowohl von unten herauf als von oben herab immer mehr in die Nähe der Stadt. In der Befürchtung, daß der Sitzungsort der Regierung und des Großen Rathes selbst der Kampfplatz werden könnte, eilten Mitglieder des Großen Rathes den beiden Truppenabtheilungen entgegen, um sie wo möglich in ihrem Marsche aufzuhalten. Auch von Seite des Staatsrathes geschahen Schritte, um eine Unterredung zwischen den Kommandanten der beiden Truppenabtheilungen, Hrn. Moriz Barmann und Hrn W. von Kalbermatten, einzuleiten. Diese waren indessen von beiden Seiten der Stadt so nahe gerückt, daß man von der Stadt her beider Theile recht gut ansichtig werden konnte. Die Truppen in der Stadt hielten sich schlagfertig und eine Kompagnie rückte den von oben her kommenden Truppen entgegen, um sie zu erkennen. Plötzlich verbreitete sich das Gerücht, Saviese sey von den Jungschweizern angegriffen, und kurz nachher sah man die den Oberwallisern entgegengerückte Kompagnie wieder umkehren; ihr auf dem Fuße rückten die von Oben herkommenden Truppen unter dem Kommando des vom Großen Rathe ernannten Kommandanten en Chef Herrn von Kalbermatten in die Stadt ein und besetzten das Arsenal und die Hauptposten derselben. Kurze Zeit nachdem die Kolonne von Herrn von Kalbermatten von Oben herab in die Stadt eingerückt war, marschirte eine zweite über die von Bremis herführende Rhonebrücke von Unten herauf ebenfalls in den Hauptort ein und vereinigte sich mit der Hauptkolonne. Während dem Einzug beider Kolonnen bestrich eine dritte zur Rechten die Höhen von Saviese und vereinigte sich mit den dortigen Bergbewohnern, welche bereits unter den Waffen standen, um einen Ueberfall von Seite der jungen Schweiz, welche die Höhen einzunehmen drohte, zu vereiteln.

Herr von Kalbermatten säumte nicht, sofort sich dem Staatsrath zu präsentiren. Der Staatsrath erließ noch am

gleichen Abend, an welchem die Truppen eingerückt waren, eine Proklamation an das Volk von Wallis, worin er demselben zur Kenntniß bringt, daß, nachdem die Regierung alle Mittel der Ueberzeugung und des Zwangs erschöpft hatte, der Große Rath den Ausbruch hinreichender Truppen anordnete, um Achtung vor dem Gesetze und der Ruhe und Ordnung des Landes von denjenigen Bürgern zu erzwingen, welchen das Gefühl wahrer Freiheit diese bisher nicht einflößen konnte.

Die Nacht vom 18. auf den 19. verlief ohne die geringste Ruhestörung. Die Landwehtruppen in Bürgerkleidern, aber sämmtliche gut gewaffnet, — beinahe die Hälfte war mit Stüzern oder gezogenen Büchsen versehen, — waren mit der größten Ruhe und Ordnung in die Stadt, während eines schallenden Platzregens, eingezogen. Es war keine ungeordnete, zusammengewürfelte Masse, sondern ein vollkommen disziplinirter Kriegshaufe, der nach Kompagnien abgetheilt und von Hauptleuten und Offizieren kommandirt war. Auch Feldscherer und Feldpater fehlten nicht. Bis in die späte Nacht rückten Abtheilungen der aufgebotenen Landwehr von verschiedenen Gegenden des Landes in Sitten ein, so daß die Zahl der in Sitten und der Umgegend diese Nacht liegenden Landwehtruppen auf mehr denn 3000 angegeben werden darf. Außer dem Geräusche ihres Einmarsches ruhte sonst die tiefste Stille in der Stadt während der ganzen Nacht. Es war aber dennoch eine angstvolle Nacht für die Bewohner der Stadt Sitten, indem man jeden Augenblick einen Angriff auf die Stadt von Seite der Singschweizer befürchten mußte, welche außerhalb derselben ganz in der Nähe bis am Abend ihre Vorposten vorgerückt hatten.

Der Große Rath trat am 19. in aller Frühe zusammen, und faßte über die dem Kommandanten von Kalbermatten zu ertheilenden Vollmachten folgenden Beschluß:

„Der Große Rath des Kantons Wallis, mit Hinsicht auf die kritische Lage, in welcher sich das Land befindet, beschließt: „Herr von Kalbermatten erhält unbedingte Vollmacht für

„Leitung der militärischen Operationen, für Herstellung der Ordnung, und für Sicherung der Unterwerfung unter die Regierungsgewalt.“

In einer Abendsitzung änderte er seine am 18. gefaßte Schlußnahme, zufolge welcher der militärischen Besatzung von St. Moritz und einiger anderen ruhestörerischen Gemeinden eine Aufforderung zur Garantieleistung für Handhabung der Ruhe und Ordnung vorangehen sollte, und beschloß, „eine solche vorläufige Aufforderung fallen zu lassen, dießfalls alle Sorge dem Oberkommandanten zu überlassen und ihm unbedingte Vollmacht zu ertheilen, diejenigen Gegenden zu besetzen, deren Okkupation er nach Feldzugsplan für zweckmäßig erachte.“

Diesem Beschlusse wurde noch beigefügt, daß der Große Rath jedenfalls sich das Recht vorbehalte, einen Entscheid darüber zu geben, ob die Okkupationskosten von dem Staate oder den Gemeinden getragen werden sollen.

Am gleichen Tage erließ der Staatsrath einen Tagesbefehl an die Truppen, worin er denselben anzeigt, daß sie unter die Waffen gerufen worden, um den im Lande herrschenden Unordnungen ein Ziel zu setzen, womit er ihnen zugleich aber auch in Erinnerung bringt, daß sie unter Mitbürger sich begeben, und ihnen eine strenge Disziplin und Subordination anempfiehlt.

Es rückten diesen Tag durch abermals neue Landwehrkolonnen ein, und gegen Mittag fiengen einzelne Truppenabtheilungen ihren Marsch nach dem Unterwallis an. Die Vorposten der jungen Schweiz waren von der Stadt nicht mehr sichtbar. Die Regierungstruppen rückten in drei Hauptabtheilungen aus; eine starke Kolonne setzte sich auf den auf dem linken Rhoneufer gelegenen Anhöhen nach Nendaz in Bewegung, eine zweite hatte bereits die Höhen von Saviese besetzt, eine dritte zog auf der Straße nach der Brücke von Morges hin. Während so die verschiedenen Landwehrkolonnen sich in Bewegung setzten, versuchte eine Abtheilung der jungen Schweiz einen Angriff auf Saviese und den rechten

Flügel; sie wurde aber von den an der Spitze des rechten Flügels marschirenden Bewohnern von Saviese zurückgeworfen. Nach diesem Scharmügel fand diesen Tag kein weiteres Zusammentreffen statt. Die Regierungstruppen vom Centrum faßten bei der Brücke von Morges Posto und in gleicher Linie auf den beiden Anhöhen zur Rechten und zur Linken die beiden Flügel. Die Rebellen hatten sich auf Ardon zurückgezogen. Dort verschanzten sie sich in dem Dorfe und erwarteten in dieser von der Natur sonst überaus befestigten Stellung den Angriff der Regierungstruppen. Diese verließen wirklich am Morgen den 20. die Stellung von der Brücke bei Morges, nachdem noch am gleichen Tage eine starke Kolonne aus dem Gomsferthale sich mit ihnen vereinigt und die Arrieregarde gebildet hatte; der rechte Flügel nahm die Höhen ob Ardon ein und das Centrum rückte in der Ebene vorwärts. Der Angriff geschah gleichzeitig vom rechten Flügel und vom Centrum, der Kampf dauerte aber nicht lange, indem die jungen Schweizer, welche in Gefahr standen, umgangen zu werden durch eine Kolonne, welche vom Centrum links abschwenkte, die feste Stellung verließen und über die Brücke von Riddes sich zurückzogen. Hier scheint schon alles vorher vorbereitet gewesen zu seyn, um diese Brücke in Brand zu stecken; in wenigen Minuten war alles in hellem Brande und nach kurzer Zeit fieng die Brücke schon zu stürzen an. Dieses hinderte die Verfolgung durch die Regierungstruppen. Auf den Abend traten die Rebellen ihren Rückzug auf Martinach an, um ihn bis St. Moritz fortzusetzen. Allein die Bergbewohner von Salvan, Trois Torrent und Val d'Illiers, verstärkt durch Andere aus der Ebene, hatten bereits die Brücke, welche über die Trient führt, besetzt und versperren so den Rückzug. In dieser Verlegenheit entwarfen die Herren Barmann und Joris den Plan, ein Verkommniß mit den Bewohnern von Salvan abzuschließen, worin sie denselben, gegen Zusicherung eines ungehinderten Rückzuges, das Versprechen gaben, sie in Zukunft auf keine Art zu belästigen. Dr. Bezancenet von Nigle übernahm es, diesen Vorschlag,

welcher das Datum vom 20. Mai trägt, zu überbringen. Seine Mission scheint aber keinen Erfolg gehabt zu haben.

Am 21., beinahe noch vor Tagesanbruch, suchten die Rebellen den Durchpaß nach St. Moritz zu forciren, sie wurden aber von einem mörderischen Quersfeuer empfangen; der Kampf dauerte ziemlich lange und leider wurde hier viel Bürgerblut vergossen. Den Rebellen gelang es nicht, den Durchpaß zu erzwingen, und sie wurden gänzlich geschlagen. Sie stoben auseinander, die vier oder fünf Kanonen sammt Munitions- und Transportwagen, welche sie mit sich führten, in den Händen ihrer Gegner lassend. Ein Theil nahm die Flucht nach Chamouni in Savoyen, ein anderer Theil rettete sich auf das waadtländische Gebiet.

Am gleichen Tage, an welchem man sich in Ardon schlug, den 20., floß auch Bürgerblut in dem Thale Entremont. Auch hier griff Alles zu den Waffen, und als die Landwehrkolonnen im Marsche nach der Ebene von Martinach hinunter begriffen waren, versuchten eine Anzahl junge Schweizer denselben Widerstand zu leisten. Es gab auch hier Todte und Verwundete. Die sogenannten jungen Schweizer wurden beinahe umzingelt und in dieser Lage ihnen das Versprechen abgenommen, von ihren Waffen keinen fernern Gebrauch machen zu wollen, ein Versprechen, das sie am folgenden Tage den 21. brachen, indem sie an diesem Tage im Thale Bagne abermals zu den Waffen griffen. Ihr Versuch zum Widerstand wurde aber sogleich vereitelt.

Während so durch einen blutigen Kampf bei der Brücke von Trient der Revolution ein Ende gemacht wurde, war die Hauptarmee durch den Brand der Brücke bei Riddes in ihrem Marsche und in der Verfolgung der Rebellen aufgehalten worden. Den 21. von Morgens früh bis Abends arbeitete man an der Wiederherstellung einer provisorischen Brücke, erst Abends war es möglich, über dieselbe zu passiren, und an diesem Abend gieng sodann die Vereinigung des linken Flügels mit dem Centrum, sowie mit dem Thale Entremont vor sich. Noch in der Nacht wurde Martinach

besezt. Der rechte Flügel hatte bereits die Dörfer Saillon und Gilly besezt. Am 23. rückten die Truppen in St. Moriz und Monthey ein. Aller Widerstand hatte aufgehört, die versuchte Revolution war vernichtet, der Sieg der Verfassung und den Gesezen und den aus ihnen hervorgegangenen Behörden geblieben. Durch die weise Vorsorge des Staatsrathes, welcher in einem Aufruf vom 25. Mai den Truppen für ihre bewiesene Aufopferung, für ihre dem Vaterland geleisteten Dienste und für die von denselben allenthalben an den Tag gelegte Mäßigung Dank abstattete und ihre Rückkehr anordnete, sowie des Herrn Kommandanten von Kalbermatten, begann nach entschiedenem Siege sofort eine den Umständen angemessene allmälige Entlassung der Truppen. Schon am 23. wurde eine starke Kolonne entlassen, ihr folgte die Entlassung der Unterwallisertruppen, welche am meisten eine gereizte Stimmung kund gaben, und in einigen Gegenden des Unterwallis am meisten Besorgniß erregten. Auch der Rückzug der Oberwallisertruppen erfolgte bald. Am 27. kehrte eine 1500 Mann starke Kolonne unter Anführung des Herrn Obersten von Tassiner heim, und am 30. zog eine starke Kolonne durch Sitten nach den obern Landestheilen, die fünf bei Trient von den Unterwallisern erbeuteten und ihnen anvertrauten Kanonen mit sich führend. Von da an dauerte der Rückzug bis zum 2. Brachmonat fort, wo die letzte 1500 Mann starke Kolonne, mit Bewilligung der obersten Landesbehörde sechs Kanonen aus dem Zeughause mit sich führend, Sitten verließ. Es blieben im Unterwallis nur noch 6 Kompagnien Milizen.

In einem vom 31. Mai datirten Aufrufe wurde von dem Staatsrathe dem Volke des Kantons Wallis von der gänzlichen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Lande Kenntniß gegeben und der Befehl zur Rückkehr in die Heimath wiederholt. Gleichzeitig empfiehlt derselbe Vergessenheit des Vergangenen und brüderliche Versöhnung in der Zukunft.

Indem wir diese verschiedenen Ereignisse erwähnt haben, glauben wir einen Umstand nicht übergehen zu dürfen, welcher

traurige Folgen hinsichtlich des nachbarlichen Verhältnisses zweier eidgenössischen Stände, sowie nicht minder hinsichtlich der Ruhe und des Friedens der gesammten Eidgenossenschaft hätte hervorrufen können. Wir meinen die allem Bundes- und Völkerrechte zuwiderlaufende Verletzung des Gebiets des Kantons Wallis durch waadtländische Freiwillige. Montags den 20. zog eine aus 300—400 Mann bestehende Schaar solcher Freiwilliger unter Trommelschlag über die Rhonebrücke in St. Moritz ein und lagerte sich in der Nacht vom 20. auf den 21. in der Nähe von St. Moritz auf einer Wiese. Auf die Kunde aber von dem Ausgange des Gefechtes bei Trient traten sie wiederum den Rückzug über die Brücke von Lavey nach dem Waadtländerterritorium an.

Während so in Udol und Trient, sowie in Entremont mit blutigem Schwerte die Rebellion gedämpft wurde, setzte der Große Rath in aller Ruhe seine reglementarische Sommersitzung, welche am Montag den 20. Mai begonnen hatte, fort. In seiner Sitzung vom 22. faßte er hinsichtlich der Bestrafung der Rebellen auf den Vorschlag des Staatsrathes einen Beschluß, welcher im Wesentlichen dahin lautet, daß

- 1) „diejenigen Individuen, welche absichtlich die Waffen gegen die Regierung ergriffen haben, oder diejenigen, welche, ihr Ansehen mißbrauchend, ihre Untergeordneten zur Ergreifung der Waffen gegen die vom Großen und Staatsrathe aufgegebenen Truppen aufgerufen haben, als Rebellen erklärt werden“;
- 2) „daß diejenigen, welche sich an die Spitze bewaffneter Banden gestellt haben, oder welche ein Kommando oder eine höhere Stelle inne hielten, verhaftet und eingekerkert werden sollen“;
- 3) „daß diejenigen Vergehen, welche von Leuten, die mit den Waffen in der Hand ergriffen worden waren, begangen wurden, durch einen Kriegsrath von 5 Mitgliedern und 2 Ersatzmänner beurtheilt werden sollen“;

- 4) „daß die Theilnehmer am Aufruhr gänzlich zu entwaffnen sind.“

Im gleichen Dekret wird den Gemeinden von Martigny, Fully, Saillon, Leytron, Saxon, Riddes, St. Moritz, Collonges, Massongez und der Ebene von Monthey eine Steuer von 14000 Franken auferlegt, von welcher die Hälfte zur Entschädigung der seit dem August 1843 durch die verschiedenen Erzeße Beschädigten verwendet werden soll.

Es gereicht den eidgenössischen Kommissarien zur innigen Freude, dem hohen Vororte die zuverlässige Zusicherung ertheilen zu können, daß der Artikel 3 dieses Dekrets nicht in Vollziehung gesetzt werden wird, und daß somit die in dem Artikel angeordnete Aufstellung eines besondern Kriegsgerichtes für alle diejenigen, welche mit den Waffen in der Hand ergriffen worden sind, nicht zu Stande kommt. Es ist dieser Beschluß auch wirklich, so weit er die Aufzählung und Klassifikation derjenigen, welche als Rebellen zu betrachten sind, und deren Beurtheilung durch ein außerordentliches Gericht betrifft, durch zwei spätere Beschlüsse faktisch außer Kraft gesetzt worden. In seiner Sitzung vom 24. erließ namentlich der Große Rath ein dem Referendum zu unterlegendes Gesetz, welches die Aufstellung eines eigenen Zentralgerichts für Beurtheilung der Preßvergehen und aller auf Politik Bezug habenden Vergehen anordnet. Durch dieses Gericht werden auch die in dem jüngsten Aufruhr als schuldig Erfundenen beurtheilt werden. Wir lassen den Wortlaut dieses Gesetzes hier folgen:

„LE GRAND-CONSEIL DU CANTON DU VALAIS,“

„Sur la proposition du Conseil d'Etat;“

„Vu l'article 43 de la Constitution qui établit le principe, que l'organisation et la compétence des tribunaux sont maintenues jusqu'à ce que la loi y ait autrement pourvu.“

„Considérant que les circonstances actuelles nécessitent l'établissement d'un tribunal spécial pour la répression des

„délits de la presse et des délits politiques ou se rattachant
„à la politique.“

„Ordonne:“

„Art. 1. Il est établi un tribunal central, composé
„de sept membres effectifs et de quatre suppléans, pour
„connaître de tous les délits de la presse et des délits po-
„litiques ou se rattachant à la politique.“

„Art. 2. Ce tribunal aura un Président et un vice-
„Président.“

„Les cas de récusation sont les mêmes que ceux éta-
„blis pour les Juges au tribunal d'appel.“

„Art. 3. Il y aura auprès de ce tribunal un rappor-
„teur ou accusateur public chargé d'office de la poursuite
„des délits de cette nature.“

„Art. 4. Les attributions de ce rapporteur sont les
„mêmes que celles des rapporteurs près les tribunaux de
„dixains.“

„Art. 5. Les membres de ce tribunal sont nommés
„par le Grand-Conseil qui en désigne le Président et le
„vice-Président.“

„La nomination du rapporteur appartient au Conseil
„d'Etat.“

„Le même dixain ne peut pas avoir plus d'un membre
„dans ce tribunal. Cette disposition ne s'étend pas aux
„suppléans.“

„Art. 6. Il y aura un greffier et un huissier qui sont
„à la nomination du tribunal.“

„Art. 7. Ce tribunal siègera au chef-lieu du Canton,
„où les procédures seront instruites et jugées comme celles
„des tribunaux de dixains.“

„Le Conseil d'Etat pourra toutefois ordonner le trans-
„port du tribunal dans les lieux que les circonstances pour-
„raient conseiller.“

„Art. 8. Il pourra être appelé des jugemens de ce
„tribunal au tribunal d'appel du Canton.“

„Art. 9. Les émolumens de ce tribunal seront arrêtés
„par un règlement particulier.“

„Art. 10. Si le délit donne lieu à contestation sur la
„compétence, le dit tribunal en décidera.“

„Art. 11. Le tribunal spécial sera saisi des questions
„accessoires et cohérentes, telles que celles des dommages
„qui sont résultés d'une prise d'armes.“

„Art. 12. Dès que la présente loi sera exécutoire,
„les cas pendans par devant les tribunaux de dixains, seront
„dévolus au tribunal spécial, et les procédures commencées
„lui seront transmises sans retard.“

„Art. 13. La nomination des membres de ce tribunal
„est attribuée pour la première fois au Conseil d'Etat qui
„en désignera aussi le Président et le vice-Président.“

„Donné en Grand-Conseil, à Sion, le 24 Mai 1844.“

(Suivent les signatures.)

„LE CONSEIL D'ETAT DU CANTON DU VALAIS,“

„Ordonne la promulgation de la présente loi pour être
„soumise au référendum des assemblées primaires, le di-
„manche 23 Juin prochain, selon le prescrit de l'article 67
„de la constitution.“

„Donné en Conseil d'Etat, à Sion, le 28 Mai 1844,
„pour être publié et affiché dans toutes les communes, le
„dimanche 2 Juin prochain.“

(Suivent les signatures.)

Durch einen zweiten Beschluß vom 30. Mai werden die-
jenigen näher klassifizirt, welche als Rebellen zu betrachten
und zu beurtheilen sind. Auch von diesem Dekret lassen wir
hier den Wortlaut folgen :

„LE GRAND-CONSEIL DU CANTON DU VALAIS,“

„Sur la proposition du Conseil d'Etat;“

„Considérant que, dans les insurrections, la culpabilité
„retombe plus particulièrement sur leurs auteurs.“

„Que le décret du 22 Mai courant, art. 1. 2. 3., ne

„porte que des principes qui demandent une application
„spéciale à l'espèce.“

„Décrète:“

„Sont déclarés rebelles à la patrie et seront mis immé-
„diatement en arrestation pour être jugés comme tels:

- „1) Les auteurs de la prise d'armes, les meneurs et ceux
„qui, abusant de leur autorité, ont fait appel aux
„armes dans les dixains occidentaux pour résister
„aux forces du gouvernement.“
- „2) Ceux qui ont exercé un commandement ou un em-
„ploi supérieur, tels que le commandant en chef,
„les commandans des colonnes, ceux qui se sont mis
„à la tête de bandes armées, ceux qui ont fait
„partie du conseil de la guerre, ou de l'état-major
„des troupes insurgées, illégalement constituées, les
„membres du comité cantonal de la jeune-Suisse.“
- „3) Les membres du comité de Martigny qui ont pris
„part à la proclamation du 12 Mai courant.“

„Le Conseil d'Etat fera poursuivre d'office les indi-
„vidus coupables de désordres et d'excès particuliers ou de
„menaces graves.“

„Ceux qui ne sont pas compris dans les catégories
„ci-dessus, peuvent rentrer dans leurs foyers, toutefois en
„se conformant aux prescriptions du décret du 24 Mai,
„pour le cas où ils feraient partie de l'association de la
„jeune-Suisse.“

„Donné en Grand-Conseil, à Sion, le 30 Mai 1844.“

(Suivent les signatures.)

In der Sitzung vom 22. Mai faßte überdieß der Große
Rath noch drei andere Beschlüsse, welche wir hier nicht
unerwähnt lassen wollen.

Er verfügte die Unterdrückung des Zeitungsblattes Echo
des Alpes, die Aufstellung einer mobilen Kolonne und der
Auflösung der Gesellschaft der jungen Schweiz. Die beiden
letztern Beschlüsse lauten folgendermassen:

I. „Le pouvoir exécutif est autorisé à établir une colonne mobile de 100 à 200 hommes, laquelle sera disponible et mise sur pied par ordre du Conseil d'Etat pour servir à la défense des lieux et des citoyens menacés.“

„L'équipement et l'armement de cette colonne, comme son entretien seront à la charge de l'Etat, sauf recours, s'il y a lieu, contre les lieux ou les individus qui auront motivé la mobilisation.“

II. „LE GRAND CONSEIL DU CANTON DU VALAIS,“

„Sur la proposition du Conseil d'Etat;“

„Considérant que les maux, dont le Canton est devenu le théâtre, sont dûs principalement à l'existence de la société armée de la jeune-Suisse,“

„Décrète:“

„Art. 1. La société de la jeune-Suisse est dissoute.“

„Art. 2. Il sera établi immédiatement dans toutes les Communes, où il existe des membres de cette société, une commission chargée de recevoir de chaque membre la renonciation à la dite société, la déclaration du grade qu'il occupait et les armes dont il se trouverait muni.“

„Art. 3. Les membres qui se refuseraient à obtempérer à ces injonctions, seront considérés comme rebelles à l'Etat, et dénoncés pour être punis conformément aux lois.“

„Art. 4. Des instructions seront données aux Commissaires désignés pour l'exécution du présent décret.“

„Donné en Grand-Conseil, à Sion, le 24 Mai 1844.“

(Suivent les signatures.)

Zu diesen Beschlüssen fügte der Große Rath unterm 4. Brachmonat noch den Beschluß über Auflösung aller politischen Gesellschaften, welche nicht die Genehmigung des Großen Rathes erhalten haben. Das Dekret lautet:

„Der Große Rath des Kantons Wallis,“

„Auf den Antrag des Staatsrathes,“

„In Erwägung, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit es erfordern, daß die politischen Bergesellschaftungen regulirt werden müssen.“

„Verordnet:“

„Art. 1. Jede politische Bergesellschaftung, welche von dem Großen Rathe nicht genehmiget wird, ist verboten.“

„Art. 2. Diejenigen, welche gegenwärtigem Gesetze zuwiderhandeln, werden mit einer Buße von 50 bis 500 Fr. und mit dem Verluste ihrer politischen Rechte für zwei Jahre auf's Wenigste und für zehn Jahre auf's Meiste bestraft.“

„Gegeben im Großen Rathe zu Sitten, den 4. Brachmonat 1844.“

(Folgen die Unterschriften.)

Am 5. Brachmonat schloß der Große Rath seine ordentliche Sommer Sitzung, nachdem er zuvor noch eine außerordentliche Sitzung auf den 2. August für Berathung einer revidirten Staatsverfassung angesetzt hatte.

Die Kommissarien nehmen sich die Freiheit, bevor sie ihre Erzählung der Maiereignisse schließen, einige Betrachtungen an dieselbe zu knüpfen, welche beim Ueberblicke der Ereignisse und vermöge ihrer Stellung zum Theil als Augenzeugen sich ihnen aufgedrängt haben.

Das Recht, durch militärische Besetzung Ruhe und Ordnung in einigen Landestheilen zu erzwingen, wird wohl Niemand einer Landesregierung, somit auch nicht der Regierung von Wallis bestreiten wollen. Es hatte diese aber nicht nur bloß das Recht zu einer militärischen Okkupation dieses oder jenes Landestheiles, sondern es war ihre höchste Pflicht, nachdem sie alle gesetzmäßig ihr zustehenden Mittel zur Handhabung der Ruhe und Ordnung, zum Schutze der am Leben und Eigenthum bedrohten Bürger, zur Habhaftwerdung der Ruhestörer und Verbrecher und ihrer Bestrafung fruchtlos versucht hatte, von diesem Rechte endlich Gebrauch zu machen.

Dem Staatsrathe darf daher nicht der leiseste Vorwurf gemacht werden, er habe seine gesetzlichen Befugnisse überschritten, oder unnöthige Aufregung in einen Landestheil verpflanzt, als er schon unterm 7. Mai, somit noch vor dem Zusammentritt des Großen Rathes, die militärische Besetzung von St. Moritz beschloß. Eben so wenig kann auf irgend eine Weise dem Großen Rathe ein Vorwurf gemacht werden, daß er seinerseits den Beschluß des Staatsrathes, welchen derselbe auszuführen zögerte, zu dem seinigen machte, somit die militärische Besetzung von St. Moritz dekretirte und dem Staatsrathe Vollmacht zur Erhebung der nothwendigen Truppen gab.

Wir wiederholen es, der Staatsrath und der Große Rath handelten hier nicht nur in ihrem guten Rechte, sie handelten auch bei der damaligen Lage des Landes so, wie es heilige Regierungspflicht ihnen gebot.

Pflicht war es für alle Bürger des Landes, dem Gebote der obersten Landesbehörde Folge zu leisten, Pflicht war es, der Vollziehung nicht nur nicht entgegenzutreten, sondern dazu mit dem dem Gesetze und den obersten Landesbehörden schuldigen Gehorsam thätig mitzuwirken.

Was that aber das Komite von Martinach, was die junge Schweiz? Sobald der Große Rath am 17. Abends den Beschluß gefaßt hatte, unbedingte Vollmacht zur Vermehrung der Truppen dem Staatsrathe zu ertheilen, und einen Kommandanten der Landwehr zu ernennen, verließ die Oppositen im Großen Rathe den Sitzungsaal; die Führer der jungen Schweiz, welche in Sitten versammelt waren, sowie die Mitglieder des Komite's von Martinach traten zusammen, ein Aufruf zu den Waffen wurde vom Martinacherkomite erlassen, Kouriere, sowie die Führer der jungen Schweiz und die Mitglieder des Martinacherkomite's reisten in der Nacht nach dem Unterwallis ab; und am Morgen, Samstags den 18., standen sie schon bewaffnet in der Nähe der Stadt Sitten, des Sitzungsortes der Kantonalbehörden. Mit den Waffen in der Hand den obersten Landesbehörden, der Vollziehung

ihrer Beschlüsse entgegentreten, das ist heller, offener Aufruhr. Aufrührern gegenüber mit den Waffen in der Hand kann ebenfalls nur das Schwert entscheiden, und die Regierung, die es nicht braucht, macht sich des Verrathes an sich selber, den Gesetzen und dem Lande schuldig.“

Die Aussicht, ohne Vergießen von Bürgerblut dem Lande seine Ruhe, dem Gesetze seine Achtung nicht verschaffen zu können, ist freilich eine traurige Aussicht für Behörden eines Landes, und es ist gar wohl begreiflich, daß diese so lange zögern, das Schwert des Bürgerkrieges zu zücken, als noch die leiseste Hoffnung vorhanden ist, ohne Blutvergießen auf eine dem Gesetze und der Würde des Landes angemessene Weise die Sache zu beendigen. Der Versuch von Mitgliedern des Großen Rathes; durch eine Abordnung sowohl die von Unten herauf als die von Oben herunter anrückenden Truppen in ihrem Marsche aufzuhalten, sowie der Versuch des Staatsrathes, eine Unterredung der beiden Truppenkommandanten zu Stande zu bringen, läßt sich aus dieser Scheu vor Vergießen des Bürgerbluts erklären, es war dieses das letzte Mittel in dem damaligen kritischen Augenblicke, um vielleicht eine Unterwerfung der Aufrührer noch vor einem blutigen Zusammentreffen zu erhalten.

Die Kantonalbehörden durften aber kaum auf einen wirksamen Erfolg dieses letzten friedlichen Versuchs hoffen, wenn sie nicht vor einem Gewaltstreich der Rebellen sich sichereten, so lange sie in Gefahr standen, durch die Rebellen, welche nicht nur bewaffnet so zu sagen vor den Thoren an Sitten standen, sondern selbst eine bedeutende Anzahl ihrer Anhänger heimlich in die Stadt hinein verlegt hatten, überfallen und auseinander gesprengt zu werden. Es war ihre heilige Pflicht, ihr Eid, den sie der Verfassung und den Gesetzen geschworen hatten, forderte es, sich gegen einen Handstreich der Rebellen sicher zu stellen.

Dieses war aber auf keine andere Art möglich, als daß sie sich unter den Schutz der von ihnen aufgerufenen Mann-

schaft begaben. Der Einmarsch der Regierungstruppen in die Stadt Sitten war also ein Akt der Nothwendigkeit, und für den Kommandanten, sowie die Truppen eine hohe Pflicht.

Während dem ganzen Verlaufe dieser Ereignisse vom 17. bis zum 23., dem Tage des Truppeneinmarsches in St. Moritz und Monthey, war die Wirksamkeit der obersten Landesbehörden keinen Augenblick gestört worden; der Große Rath und der Staatsrath setzten in verfassungsmäßiger Anzahl und in den gehörigen reglementarischen Formen ihre Berathungen fort, und es darf gewiß als ein auffallendes Beispiel des ruhigen Vertrauens dieser Behörden angeführt werden, daß Montags den 20., am Tage des Kampfes bei Ardon, der Große Rath in vollständiger Ruhe die reglementarische Sondersitzung eröffnete, und daß am Dienstag den 21., am Tage des Kampfes bei Trient, derselbe zur Erledigung der für die Sondersitzung vorliegenden Traktanden überging und ein Gesetz über den Sporelntarif in Berathung nahm.

Eben so sehr als die ruhige Haltung der obersten Kantonsbehörden im kritischen Augenblicke des Kampfes verdient auch deren Mäßigung nach eingegangener Siegesnachricht Anerkennung. Wenn auch in dem Augenblicke, wo eine große Anzahl Gefangener eingebracht wurden, der Gedanke in dem Großen Rathe Raum faßte, einen Kriegsrath aufzustellen, welcher die mit den Waffen in den Händen Ergriffenen zu beurtheilen hätte, und dieser Gedanke wirklich in das Dekret vom 22. überging, so kam man doch sofort von diesem Gedanken ab. Die meisten Gefangenen wurden losgelassen, und in Beziehung auf die Wenigen, welche man zurückbehielt, begnügte man sich mit dem Dekret vom 29. Bei der allorts sich kund gebenden milden Gesinnung hegen die Kommissarien die ganz zuversichtliche Erwartung, daß auch das durch das erwähnte Dekret vom 29. Mai aufgestellte Zentralgericht gegen alle am Aufruhr Betheiligten, mit Ausnahme der Räufelstührer und Chefs, ein mildes Verfahren einschlagen wird, und daß selbst gegen diese nicht das trau-

rige Beispiel anderer schweizerischer Kantone wird nachgeahmt werden.

Die größte Bewunderung verdient die Haltung und das Benehmen der von der Regierung aufgebottenen Landwehrruppen. Das ganze Oberwallis und Mittelwallis erhob sich wie ein Mann für seine Regierung, es war das Volk, und nicht etwa eine Partei, welches die Waffen ergriff für seine Regierung, für die Ruhe des Landes, gegen die Despotie einiger hundert Ruhestörer. Unsere Vaterlandsgeschichte, sogar die jüngste des Kantons Wallis vom Jahr 1840, liefern Belege, wie gefährlich es ist, wenn Volksmassen in eine solche sturmähnliche Bewegung gerathen, wie schwer sie zu leiten sind, ihnen Einhalt zu gebieten ist, und wie zügellos die Leidenschaft dahervährt, wenn sie unter diesen Massen an irgend einem Punkte zum Ausbruch kommt.

Das Volk des Kantons Wallis hat in dieser Beziehung ein edles Beispiel geliefert, deren die Geschichte wenige kennt. Die aus den entlegensten Thälern vom Fuße der Furka, der Gemmi, des Monterosa u. zusammengestürmten Massen, alle gut bewaffnet, einige Tausend mit Karabinern, mehrere Hundert mit Musketen versehen, sie konnten in Ordnung und Mannszucht disziplinierten Truppen zum Muster dienen. Bevor die am 17. schon in Siders angekommenen Truppen nach Sitten aufbrachen, warfen sie sich nach unserer Vorfäter Sitte auf die Knie und beteten zum Vater im Himmel. Ruhig aber mit seltener Entschlossenheit brachen sie dann auf. Die gleiche fromme Sitte beobachteten sie auf der Brücke von Morges und anderwärts. Ihr Angriff auf Ardon erfolgte wirklich mit einer Entschlossenheit und sturmähnlichen Hefigkeit, welcher ein weit entschlossener Feind, als der ihnen gegenüberstehende, keinen erfolgreichen Widerstand hätte entgegenzusetzen können. Auf ihrem ganzen Zuge durch das Wallis, sowie auf dem Rückmarsch nach ihren entfernten Thälern, vergasen sie nie den unbedingtsten Gehorsam gegen ihre Führer, keinem Gefangenen wurde ein Haar gekrümmt, Niemand beleidiget, kein Eigenthum beschädigt. Wenn einige

Erzesse in dieser Hinsicht vorgefallen seyn mögen, was den Kommissarien jedoch nicht bekannt ist, so sind es gewiß nicht die aus dem Ober- und Mittelwallis herabgekommenen Volksmassen, sondern die seit Jahren unter unerhörtem Drucke der zügellosen Bande der jungen Schweiz seufzenden Unterwalliser selbst, welche sie begangen haben mögen. Wenn auch nicht zu rechtfertigen, so ist es doch erklärlich, daß das Gefühl der Rache vor christlicher Milde bei Einzelnen hier für einige Augenblicke die Ueberhand bekommen konnte.

Wie ganz anders war das Verhalten der jungen Schweiz? Durch falsche Vorgaben einer von dem Oberwallis beabsichtigten Invasion und Plünderung des Unterwallis, selbst durch die Drohung der Brandstiftung, falls die waffenfähige Mannschaft nicht für die junge Schweiz die Waffen ergreife, wie dieses in den Gemeinden Ardon und Chamossion und vielleicht anderwärts versucht wurde, hatten sie eine Anzahl von 1200 bis 1500 Mann zusammengefaßt, wovon aber ein Theil nur schlecht oder gar nicht bewaffnet war. Schon auf ihrem Hinaufmarsch nach Sitten machten sie sich der Brandstiftung schuldig, indem sie in dem Dorfe Mieville in dem Keller eines Hauses dorthin gebrachtes Stroh anzündeten. Das Feuer wurde aber glücklich gedämpft. Wenn auch auf dem Rückzug der Brand der schönen Brücke in Riddes als eine zur Sicherung des Rückzuges nothwendige, militärische Operation entschuldiget werden will, so lassen sich dagegen keine Rechtfertigungsgründe für die Brandstiftung im Dorfe Vernayaz und anderwärts finden. 22—24 Firsten sind ein Raub der Flammen geworden. Die junge Schweiz hat in und nach dem Kampfe den Charakter nicht verläugnet, den sie seit Jahren an den Tag gelegt.

Der ganze Verlauf der Maiereignisse hat den augenscheinlichsten Beweis geliefert, daß keineswegs zwei verschiedene Landestheile des Kantons Wallis mit einander im Kampfe standen, sondern die ungeheure Mehrzahl der Landesbevölkerung gegen eine störische, aufrührerische Faktion. Wirklich wurde auch der Hauptschlag zur Vernichtung der Aufrührer

von der bewaffneten Mannschaft des Unterwallis selbst geführt, und am Orte selbst, wo die Ruhestörung ihren Ursprung hatte, wo sie zum Aufruhr heranwuchs, wurde sie auch vernichtet.

C. Handlungsweise des eidgenössischen Kommissariats.

Das eidgenössische Kommissariat hat zwar nicht erman-
gelt, den hohen eidgenössischen Vorort von den Schritten
und Handlungen der beiden Abgeordneten stetsfort in genauer
Kenntniß zu erhalten. Seine Handlungsweise ist also dem
hohen eidgenössischen Vororte bekannt. Das Kommissariat
glaubt aber dennoch, einen kurzen Rückblick auf die während
der Dauer seiner Amtswirksamkeit beobachtete Handlungsweise
werfen zu sollen, um an denselben eine nähere Erörterung
der Gründe knüpfen zu können, welche dasselbe zu dieser und
nicht einer andern Handlungsweise bestimmt haben. Um einen
so viel möglich klaren Ueberblick zu geben, werden wir unsern
Bericht in zwei Theile zerfallen lassen, wovon der erste von der
von Herrn Altlandammann und Lands-Hauptmann Schmid,
als ersten eidgenössischen Kommissarius im Kanton Wallis,
bis zu seiner Vereinigung mit dem zweiten Kommissarius,
Herrn Staatschreiber Meyer, eingeschlagenen Handlungs-
weise, sowie von der Handlungsweise des Letztern bis zu
seinem Auftreten als eidgenössischer Kommissarius Meldung
thut, der zweite aber das Verfahren des eidgenössischen
Kommissariats seit der Vereinigung der beiden Kommissarien
erwähnt.

I. Handlungsweise des eidgenössischen Kommissariats vor Vereinigung der beiden Herren Kommissarien.

a. Des Herrn Altlandammann Schmid.

Am 8. Mai 1844 spät in der Nacht erhielt der Unter-
zeichnete von Hochdenselben den ehrenvollen Ruf, als eidge-

nössischer Kommissar in den Kanton Wallis zu gehen, um im Verein mit einem zweiten von Ihnen bezeichneten eidgenössischen Kommissar die hohe Regierung von Wallis in Aufrechthaltung der gefährdeten Ruhe und verfassungsmäßigen Ordnung im Namen der Eidgenossenschaft kräftigst zu unterstützen.

Wenn der Unterzeichnete die Schwierigkeit des Auftrags sich auch nicht verhehlte, welcher ihm von Hochdenselben geworden, wenn ihm mit Rücksicht auf frühere Vorgänge nicht verborgen seyn konnte, daß seine dießfällige Thätigkeit von Seite derjenigen, die an ein reines eidgenössisches Wirken nicht glauben, manigfache Mißkennung finden werde; so sah er hinwiederum, theils in dem Inhalte der ihm ertheilten Instruktion, theils in dem Charakter und der erprobten Einsicht der successive ihm beigeordneten eidgenössischen Staatsmänner die volle Gewähr einer befriedigenden Lösung der dem Kommissariate gestellten Aufgabe, und diese Borausicht bewog ihn, dem Rufe des hohen Vorortes keine Ablehnung folgen zu lassen.

Als am 10. Mai der Unterzeichnete Luzern verließ, hatte zwar ein bewaffneter Widerstand gegen die verfassungsmäßige Regierung des Kantons Wallis noch nicht statt gefunden. Der Staatsrath hatte aber, mit Hinsicht auf die förmliche Konstituierung eines an der Spitze einer bewaffneten und militärisch organisirten Partei stehenden Komite's, und der gegen die Wirksamkeit der legalen Behörden öffentlich ausgesprochenen Tendenz desselben, einen gewaltsamen Widerstand gegen die Auflösung dieses Komite's und der dasselbe stützenden ungesetlichen Organisation einer politischen Partei mit Gewißheit vorausgesehen, und deshalb an den Vorort und durch denselben an die Stände das Begehren eidgenössischer Intervention zur Verhütung eines verheerenden Bürgerkrieges gestellt. Vom Vorort war die Mahnung an mehrere eidgenössische Stände bereits ergangen, die eidgenössischen Kommissarien mit der erforderlichen Truppenmacht in ihren Verrichtungen, je nach erfundenem Bedürfniß, zu unterstützen.

Es liegt nicht in des Unterzeichneten Stellung, die seither aufgeworfene bundesrechtliche Frage zu erörtern, ob der Vorort zu dieser Intervention berechtigt gewesen sey oder nicht; für seine Person hat er es niemals bezweifelt, und auch keiner der beiden ihm successive als Kollegen beigegebenen Magistraten, welche nacheinander die Wahl ausschlugen, haben eine solche Ansicht als Grund ihrer Ablehnung bezeichnet.

Allein diese Ablehnungen einerseits, die den Unterzeichneten in eine isolirte Lage versetzten, in welcher er nichtsdestoweniger durch die vorörtliche Instruktion vom 10. Mai schon allein zu handeln beauftragt war, und anderseits die von den hohen Regierungen von Bern und Waadt erhobene Opposition gegen die Anordnungen des Vororts, wovon er bei seiner Ankunft in Bern bereits Kenntniß erhielt, verwickelten die Sache und brachten den Unterzeichneten, damals noch einzigen Kommissär, aus der einfachen und klaren Stellung, die ihm durch die vorörtlichen Aufträge und Anordnungen im Anfang gegeben war, in ein schwieriges Verhältniß. Es lag die Schwierigkeit darin, daß die hohen Stände Bern und Waadt nicht dabei stehen geblieben sind, die Befugniß des Vororts in Frage zu stellen und eine bundesrechtliche Erörterung des Gegenstandes herbeizuführen, sondern daß sie ihre eigene einseitige Ansicht den Verfügungen des Vororts gegenüber stellten und sofort auch faktisch geltend machen wollten.

Zwei Rücksichten wirkten bei dieser Lage der Sachen auf die Stellung des Kommissariats. Einmal nämlich war nun eine allgemeine bundesrechtliche Frage aufgeworfen, und gegen die Ansichten und Verfügungen des Vororts im speziellen Falle thatsächlicher Widerstand vorhanden, was den Vorort leicht hätte veranlassen können, im Bewußtseyn seinerseits erfüllter Pflicht, die von ihm ergriffenen Maßregeln und damit auch die ganze Sendung des Unterzeichneten zurückzurufen; dann aber auch im entgegengesetzten Fall mußte der Unterzeichnete befürchten, durch ein Auftreten im Kanton Wallis, das alles materiellen Haltes durch die Weigerung

der angrenzenden Kantone Bern und Waadt, ihm die erforderliche Truppenmacht zur Verfügung zu stellen, welche Weigerung von Bern selbst dahin ausgedehnt wurde, eidgenössische Truppen durchmarschiren zu lassen, hätte entbehren müssen, die Würde der Eidgenossenschaft bloß zu stellen und den Zweck seiner Sendung zu verfehlen. Denn wie ließ sich erwarten, daß bei einer Partei, welche gegen ihre gesetzmäßige Regierung in bewaffneter Opposition stand und deren Stärke und Hülfquellen noch nicht bekannt waren, das bloße Wort eines eidgenössischen Kommissars Eingang finden würde, wenn sie wußte, daß demselben keine Macht zu Gebot stünde, um seinen Befehlen Nachdruck zu geben?!

Immerhin aber glaubte der Unterzeichnete seinen Aufenthalt an einen Ort verlegen zu sollen, wo er sowohl dem Ziele seiner Sendung möglichst nahe, als auch der fernern Befehle des Vororts stets gewärtig seyn konnte. Der dießfalls geeignetste Punkt schien Freiburg, dessen Regierung ohnehin durch unbedenkliche Anerkennung und sofortige Vollziehung aller vorörtlichen Anordnungen den einzigen Haltspunkt bei bewandter Lage der Dinge darbot.

Vom 12. Mai an dauerte dieser Stand der Sachen bis zu dem am 19. erlassenen und am 20. Abends empfangenen bestimmten Befehle des hohen Vorortes, nach dem Kanton Wallis zu verreisen. Die Sendung des Herrn Staatschreibers Meyer von Luzern nach dem Kanton Wallis veränderte die Stellung des Unterzeichneten nicht. Denn einerseits blieb derselbe als eidgenössischer Kommissar allein, so lange bis Herr Meyer nach der vom Vorort ihm eventuell gegebenen Vollmacht den amtlichen Charakter eines eidgenössischen Kommissars nicht annahm, was erst am 23. nach seinem Zusammentreffen mit dem Unterzeichneten geschah. Andererseits dauerte die Opposition der Stände Bern und Waadt ungeachtet der vom Vorort mit den Regierungen derselben gehaltenen Korrespondenz fort; vom Stände Waadt wurde sogar das Begehren einer außerordentlichen Tagsatzung zum Entscheid der bundesrechtlichen Frage gestellt.

In Beziehung auf den Kanton Wallis selbst hatte des Unterzeichneten Stellung sich komplizirter gestaltet. Einerseits nämlich hatte die Regierung von Wallis dem hohen Vorort und den aufgemahnten Ständen des Bestimmtesten erklärt, daß sie jedes Einrücken eidgenössischer Truppen in den Kanton Wallis sich verbete und gegen alle Folgen der Aufstellung solcher Truppen sich verwahre, indem sie bloß eine Stellung auf's Piket verlangt habe. Es ging aus dem daherigen Schreiben, das dem eidgenössischen Kommissar jedoch nicht direkte zukam, nicht deutlich hervor, ob demselben nicht sogar ein Widerruf des ganzen Interventionsbegehrens zum Grunde liegen sollte. Schon am 9. Mai hatte der Vorort der Regierung von Wallis die Sendung des Kommissariats angezeigt, er hatte ihr auch von dem einstweiligen Verbleiben desselben in Freiburg sofortige Kenntniß gegeben; das von der Regierung von Wallis gegenüber dem Kommissariate bis zu seinem Eintreffen in Sitten beobachtete Stillschweigen war ebenfalls geeignet, einigen Zweifel über seine Stellung zu derselben in Verbindung mit dem obgedachten Schreiben an den Vorort und die aufgemahnten Stände zu erregen. Es begreift sich aus der dargestellten Lage der Sachen von selbst, daß die Unthätigkeit, in welcher der Unterzeichnete mehrere Tage in Freiburg zubrachte, eine Unthätigkeit, die gewiß Niemandern peinlicher war, als ihm selbst, ihm durch die Gewalt der Umstände aufgedrungen war. Denn es ließ sich unter den gegebenen Verhältnissen die Möglichkeit eines Rückrufs des Kommissariats denken, und wenn dieser Fall nachgerade eingetreten wäre, so würde jedes vorzeitige Handeln eines Kommissars den Vorort und den Handelnden selbst in Verlegenheiten nothwendig gebracht haben. Dasselbe war zu befürchten, wenn entweder der Vorort, der Opposition von Bern und Waadt gegenüber seine Anordnungen aufrecht erhaltend, von diesen Ständen faktischen Widerstand gegen allfällige Anordnungen seines Kommissars erfahren, oder die Regierung von Wallis selbst das Kommissariat nicht anerkannt hätte, da sie nach

ihrem Schreiben an den Vorort und die aufgemahnten Stände um Entlassung der aufgestellten Truppen sich über diesen Punkt niemals ausgesprochen hatte. Wollte endlich der Fall wirklich ausgebrochenen Bürgerkriegs im Kanton Wallis angenommen werden, in welcher Stellung hätte sich daselbst das Kommissariat ohne eidgenössische Truppen, ja bei allbekannter Unmöglichkeit nach den Erklärungen der Stände Bern und Waadt, mit der erforderlichen Schnelligkeit eidgenössische Truppen zur Unterstützung ihrer Autorität und zur Vollziehung der ihnen ertheilten Aufträge herbeiführen zu können, befunden?

Es wäre eine solche Stellung gewiß wenig geeignet gewesen, die Würde der Eidgenossenschaft aufrecht zu halten, den Zweck der Sendung des eidgenössischen Kommissariats zu erfüllen, den Landfrieden in Mitte aufgeregter Leidenenschaften zu handhaben.

Es mußte deshalb der unterzeichnete Kommissar, wenn auch ungern, doch in Erwägung aller Verhältnisse sich entschließen, in Freiburg die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit abzuwarten. Alle diese Verhältnisse mögen auch den hohen Vorort bewogen haben, in einem Schreiben vom 13. Mai seine gänzliche Billigung der von ihm bisher beobachteten Stellung auszusprechen und die bestimmte Weisung damit zu verbinden, für einmal bis auf weitere Verhaltensbefehle in Freiburg zu verweilen.

Selbst als die Berichte des Herrn Staatschreiber Meyer einen drohenden Zustand der Dinge im Kanton Wallis, eine Wahrscheinlichkeit des Landfriedensbruches ersehen ließen, konnte sich der Unterzeichnete nicht entschließen, diese Stellung aufzugeben, denn der für ihn wichtigste Punkt blieb fortwährend unaufgeklärt, die Frage nämlich, ob die hohe Regierung von Wallis das Einschreiten des Kommissariats wünsche oder nicht. Für den erstern Fall hatte Herr Staatschreiber Meyer Vollmacht und Auftrag als Kommissar aufzutreten, aber auch nur für den Fall, daß der dießfällige Wunsch der Regierung von Wallis direkt und ausdrücklich

gegen ihn ausgesprochen würde. Wenn nun der Unterzeichnete seine Instruktion, die Regierung von Wallis in ihrer verfassungsgemäßen Wirksamkeit zu unterstützen, mit der ihm ebenfalls zur Kenntniß gebrachten des Herrn Meyer verglich, so mußte er daraus den Schluß ziehen, daß auch seine Hülfe in Rath und That durch den Wunsch und Willen der Regierung des hohen Standes Wallis bedingt seyn müsse.

Diese Bedenklichkeit wurde gehoben durch den bei der ersten Nachricht vom wirklichen Ausbruche der Unruhen vom Vorort ertheilten bestimmten Befehl an den Unterzeichneten, unverzüglich nach dem Kanton Wallis abzureisen, demzufolge er sofort am 21. Morgens Freiburg mit der ihm von der hohen Regierung des Standes Freiburg auf vorörtliche Einladung bereitwilligst zur Verfügung gestellten Kavallerieeskorte verließ und sich nach Ber an die Grenze des Kantons Wallis verfügte. Es wird hier der Ort seyn, einen Blick zu werfen auf die Verhältnisse, in welche der unterzeichnete Kommissarius vor seiner Vereinigung mit dem Herrn Kommissar Meyer in amtlicher Stellung zu den Behörden und Beamten des Kantons Waadt getreten ist. Durch den Truppenkommandanten, Herrn eidgenössischen Obersten von Salis-Soglio, hatte er vor seiner Abreise aus Freiburg die Regierung von Waadt um Aufstellung des vom hohen Vorort unterm 19. Mai neuerdings von diesem hohen Stande verlangten Infanteriebataillons ersucht, und erhielt nun in Ber die Antwort, daß der Staatsrath von dem eben versammelten Großen Rathe die Vollmacht verlangt habe, den von dem eidgenössischen Kommissariat oder von der Regierung von Wallis allfällig an ihn gerichteten Begehren zu entsprechen, daß übrigens Herr Oberst von Salis-Soglio benachrichtigt sey, daß das eidgenössische Bataillon des Kantons Waadt am 24. Mai im Bezirk Nigle eintreffen werde. In der durch die Gestaltung der Ereignisse gerechtfertigten Voraussicht baldiger Zurückstellung dieses Bataillons auf's Piquet, hat der Unterzeichnete sofort an die hohe Regierung von Waadt das Ersuchen gestellt, dieses eidgenössische Bataillon in Vivis Halt

machen zu lassen, wo der Herr eidgenössische Oberst von Salis-Soglio dasselbe unter seinen Befehl nehmen und fernere Weisung erwarten werde.

In Berx selbst hatte der Unterzeichnete, dem die außerordentliche, durch eifrig verbreitete Gerüchte der absurdesten Art überdieß noch genährte Aufregung der Bevölkerung des Grenzdistrikts Nigle nicht entgangen war, mehrere Unterredungen mit dem Herrn Präfecten Beillon, der sich als außerordentlicher Regierungsbevollmächtigter ankündigte.

Von diesem Regierungsabgeordneten, nachdem er am Abend zuvor über die Bestimmung der an der Grenze aufgestellten waadtländischen Truppen die beruhigendsten Zusicherungen gegeben, vernahm der Unterzeichnete am Morgen des 23. Mai, er habe die Vollmacht, wenn Erzesse von Seite der Regierungstruppen im Wallis geschehen würden, bewaffnet einzuschreiten, er könne demzufolge die Kantonalmilitemacht an der Grenze beliebig verstärken; die Sympathien des waadtländischen Volkes, die Intentionen des Großen Rathes und die Aufträge des Staatsrathes werden seine Handlungsweise rechtfertigen. In einem Briefe, welchen derselbe vorwies, war von den Erzessen der Wallisertruppen die Rede, und der Herr Präfect, diesem Briefe Glauben beimessend, äußerte sich dem Unterzeichneten gegenüber dahin, daß eine bei dieser Sachlage von ihm anzuordnende bewaffnete Intervention durch seine Instruktionen gerechtfertiget werden könnte, und daß er bereits bei dem Staatsrathe die erforderlichen Schritte gethan habe, um durch 4 Bataillone die schon aufgestellten Truppen zu verstärken.

Der Unterzeichnete will gerne sich der Ueberzeugung hingeben, daß die bekannten, schon früherhin hinlänglich an den Tag gelegten Sympathien des Herrn Präfecten Beillon weiter als die von der hohen Regierung des eidgenössischen Standes Waadt ihm ertheilten Aufträge und Vollmachten gegangen seyen, aber er konnte nicht unterlassen, in seinem Berichte der von diesem Beamteten eingenommenen Stellung Erwähnung zu thun, weil dieselbe möglicherweise den Frieden

der Eidgenossenschaft auf's Höchste hätte kompromittiren und endlose Verwickelungen herbeiführen können.

Unter diesen Umständen hielt es der unterzeichnete eidgenössische Kommissar seiner Pflicht gemäß, sowohl dem Herrn Präfekten als dem waadtländischen Truppenkommandanten, Herrn Obersten Charles Bontems, zur Beruhigung der aufgeregten Bevölkerung und der Truppen die Versicherung zu geben, daß er sofort sich nach St. Moritz begeben, seiner Stellung und Mission gemäß sich von dem Grund oder Grund der herumgebotenen Gerüchte überzeugen und in jedem Falle den siegenden Regierungstruppen, sofern es nöthig seyn sollte, Schonung gegen Personen und Güter der Ueberwundenen und Mäßigung im Siege anempfehlen werde. Diesem Versprechen sofort Folge gebend, traf der Unterzeichnete am 23. Mai Nachmittags gegen 3 Uhr in St. Moritz ein, wo die Truppen der Regierung von Wallis einige Stunden zuvor in vollkommener Ordnung und Stille eingezogen waren. Hier erwartete ihn Herr Kommissar Meyer und damit hatte die vereinzelte Wirksamkeit des Unterzeichneten ihr Ende erreicht.

Der Unterzeichnete hat in diesem seinem Schlußberichte auf die einzelnen Anordnungen, die er z. B. in Freiburg hinsichtlich der Aufstellung und Wiederentlassung des dortigen Bataillons getroffen, sowie der persönlichen Bemühungen, die er angewendet, um den Herrn Altlandammann Blösch zur Annahme der Stelle eines eidgenössischen Kommissars auftragsgemäß zu bewegen, sich nicht eingelassen; er verweist diesfalls auf die fortlaufend an Euer Hochwohlgebornen erstatteten einzelnen Berichte. Gegentheils hat er in diesem allgemeinen Berichte mehr darauf Rücksicht nehmen zu müssen geglaubt, die von ihm bis zur Vereinigung mit Herrn Kommissar Meyer eingehaltene Stellung und Handlungsweise in ihrer innern Begründung zusammenhängend darzustellen und zu beleuchten.

b. Des Herrn Staatschreibers Meyer.

Wir lassen diesen Bericht hier wörtlich folgen, wie er von Herrn Meyer uns eingegeben worden ist:

Es war am 13. Mai Morgens, als der hohe vorörtliche Regierungsrath mich in seine Versammlung berief und mir den Wunsch zu erkennen gab, ich möchte mich mit der größtmöglichen Eile nach dem Kanton Wallis begeben, um als getreuer Berichterstatter ihn von den dort statt findenden Ereignissen stetsfort in Kenntniß zu erhalten, nöthigenfalls aber auch um unter gewissen Umständen als zweiter eidgenössischer Kommissarius daselbst aufzutreten und in dieser Eigenschaft mich dem ersten eidgenössischen Kommissarius, Herrn Altlandammann Schmid, anzuschließen.

Das Schwierige und Bedenkliche einer solchen doppelten Stellung wurde von mir gleich bei der ersten Eröffnung, welche mir hierüber von Seiten der hohen vorörtlichen Regierung gemacht wurde, nicht verkannt; allein ich glaubte hierin nicht Grundes genug zu finden, um dem in meine Person von Seiten des hohen Vorortes gesetzten Vertrauen nicht zu entsprechen. Zu persönlichen Opfern für das von mir erkannte Gute und Wahre jederzeit bereit, entsprach ich dem an mich erlassenen Rufe und meine Abreise geschah schon den 13. Nachmittags 1½ Uhr. Ich glaubte, daß es mir gelingen dürfte, schon den 14. Abends oder in der Nacht in Sitten einzutreffen. Der Uebergang über die Gemini war aber so mühsam und schwierig, daß ich erst den 15. Morgens in Sitten eintraf.

Ich hielt es für meine erste Aufgabe nach meiner Ankunft an dem Sitzungsorte der Regierung von Wallis, mich an diese Regierung zu wenden und ihr von den mir vom hohen Vorort ertheilten Aufträgen und den mir mitgegebenen Instruktionen Kenntniß zu geben. Ich verlangte daher sofort nach meiner Ankunft, noch während der Dauer der Morgensitzung des hohen Großen Rathes, eine Audienz bei dem Herrn Präsidenten des Staatsrathes, die mir auch sogleich

gewährt wurde. Ich theilte hier dem Herrn Präsidenten J. Ben-Ruffinen meine Instruktionen mit, welche über den Zeitpunkt meines statt zu habenden Auftretens als eidgenössischer Kommissarius folgende Vorschriften enthielten :

„Der eidgenössische Vorort wünscht indessen, daß Sie „Ihre Eigenschaft als eidgenössischer Kommissarius nur in „dem Fall entwickeln wögen, wenn die Verhältnisse im Kanton Wallis sich so gestalten sollten, daß die Anwesenheit „eidgenössischer Kommissarien wirklich nothwendig erscheint, „und die Regierung von Wallis Ihnen dießfalls einen bestimmten Wunsch zu erkennen giebt. In diesem letztern Fall „werden Sie alsdann sofort Ihren Herrn Kollegen davon „benachrichtigen.“

Mit der Eröffnung dieser Instruktion verband ich die Anfrage an den Herrn Präsidenten des Staatsrathes, ob die Zustände im Kanton Wallis der Art seyen, daß das Auftreten eines eidgenössischen Kommissarius als durchaus nothwendig erscheine und ob es im Wunsche des hohen Staatsrathes von Wallis liege, daß ich als solcher auftrete. Diese Anfrage wurde mir ganz unumwunden verneint, es wollte mich sogar zufolge meiner Rücksprache mit dem Herrn Staatsrathspräsidenten und aus andern Umständen bedünken, daß man der Ankunft und dem Auftreten eidgenössischer Kommissarien eher entgegen als für selbes gestimmt war. Wenigstens erklärte der hohe Staatsrath in einer unterm 13. an das in Sitten versammelte Kontingent erlassenen Proklamation, gleichsam um sich gegen einen Vorwurf zu rechtfertigen, Folgendes:

„Kommen auch eidgenössische Kommissarien ins Land, so „ist es nicht wahr, daß der Staatsrath dieselben berufen „habe.“

Und in seiner Botschaft an den Großen Rath, vom gleichen Tage, über die Lage des Landes spricht er sich noch bestimmter über seine Gesinnung hinsichtlich des Auftretens eines eidgenössischen Kommissarius aus:

„Es ist aber“, so heißt es dort, „falsch, daß wir die „Sendung eidgenössischer Kommissarien verlangt haben.“

Ueber die Gesinnung des Staatsrathes von Wallis, anbetreffend meines Auftretens als eidgenössischer Kommissarius, war ich also gleich am ersten Tage meiner Ankunft in Sitten im Reinen; es war ganz gewiß, daß man ein solches Auftreten nicht nur nicht wünschte, sondern vielmehr ganz entschieden dagegen gestimmt war.

Wenn auch die Lage des Landes bei meiner Ankunft in Sitten keineswegs einen beruhigenden Anblick gewährte, wenn auch augenscheinlich war, daß eine ziemliche Erbitterung und Gereiztheit, namentlich im Schooße des Großen Rathes, herrschte, so war dennoch bei dieser zuverlässigen Kunde von der Gesinnung des hohen Staatsrathes, sowie bei der jetzt noch herrschenden äußern Ruhe, der Pfad, welchen ich mit Hinblick auf die mir vom hohen Vororte ertheilte Instruktion einzuschlagen hatte, kaum zweifelhaft. Ich beschränkte mich darauf, als bloßer Berichterstatter für einzuweisen dem fernern Verlaufe der Ereignisse zusehen zu wollen.

Vom 15. bis zum 17. Abends blieben die Zustände ganz dieselben, auch mein Verhalten und meine Handlungsweise änderte sich nicht. Sobald ich aber den 17. Abends von dem vom hohen Großen Rathe gefaßten Beschlusse, von den heftigen Auftritten im Schooße des Großen Rathes, welche seinem Erlasse vorangegangen, sowie namentlich als unmittelbarer Augenzeuge von den drohenden Anstalten der Mitglieder des Martinacherkomite's und der Chefs der jungen Schweiz Kenntniß erhielt, da glaubte ich mich verpflichtet, den hohen Staatsrath nochmals an meine Stellung und meine Instruktion erinnern zu sollen und seinen Wunsch und Willen sofort zu vernehmen. Ich begab mich daher in der Nacht Abends gegen 11 Uhr an den Sitzungsort desselben und verlangte eine Audienz. Er war noch versammelt. Ich wurde von dem Herrn Staatsrathspräsidenten empfangen, welchem ich die Erklärung abgab, daß ich bereit sey, als eidgenössischer Kommissarius aufzutreten, wenn der hohe

Staatsrath es verlange. Ich fügte dieser Erklärung die Bemerkung bei, daß die Ansichten der hohen Behörde bei der ernstesten Wendung der Zustände des Kantons in Beziehung auf meine Stellung sich vielleicht nunmehr auch geändert haben dürften. Der Herr Präsident des Staatsrathes versprach, sogleich meine Eröffnung der Behörde vorlegen zu wollen und eine sofortige Mittheilung ihrer Verfügung, wenn diese dahin gehen sollte, daß man mein Auftreten als eidgenössischer Kommissarius wünsche. Ich entfernte mich und harrete einem Bescheide entgegen, welcher mir aber nicht zukam. Ich mußte daraus entnehmen, daß der hohe Staatsrath seine Ansicht und seinen Willen über meine Stellung noch nicht geändert hatte.

So verblieb ich abermals in meiner bisherigen Stellung, doch säumte ich nicht, noch in der Nacht Expresse an den eidgenössischen Vorort über die Gemmi und an Herrn Kommissar Schmid über den Sanetsch abgehen zu lassen, und denselben von der bedenklichen Lage des Landes Kenntniß zu geben.

Beide, sowohl den hohen Vorort als Herrn Kommissar Schmid, setzte ich von meiner bisherigen Handlungsweise und meinem Verhalten in Kenntniß und erbot mir von dem hohen Vororte weitere Befehle und Weisungen.

Die Ereignisse des 18. Mai drängten sich mit einer reisenden Schnelligkeit. In dem Augenblicke, wo der Einmarsch der Landwehrtruppen in der Stadt erfolgte und ein Zusammentreffen in der Stadt Sitten mit den in der Nähe derselben stehenden Jungschweizern zu befürchten war, verfügte ich mich nochmals zu dem Staatsrathe, diesmal auf das Stadthaus, um denselben nochmals auf meine Instruktionen aufmerksam zu machen und mich über die Wege und Mittel zu berathen, die, sofern man nun mein Auftreten als eidgenössischer Kommissarius wünschen sollte, von mir einzuhalten waren, um so ohne Schwächung des Ansehens der Verfassung und Gesetze, sowie des Ansehens, der Kraft und Wirksamkeit der verfassungsmäßigen Behörden einem

unheilvollen Zusammenstöße vorzubeugen und einen Bürgerkrieg zu vermeiden.

Ich erhielt den gleichen Bescheid. Ich fand den Staatsrath entschlossen, mit dem eisernen Arme der Gewalt Gehorsam der Verfassung, den Gesetzen und Behörden zu erzwingen, welchen eine Langmuth sonder Gleichen, daher sie oft mit Schwäche verglichen werden wollte, ernste Warnungen, Befehle und endlich Drohungen von Seite der obersten Landesbehörden nicht zu erhalten vermochten. Der Staatsrath glaubte sich vollkommen kräftig genug, um die Ruhestörer und Rebellen zur Ordnung zurückzuführen; er wollte daher nichts von dem Auftreten eines eidgenössischen Kommissars wissen.

Meine Stellung blieb also dieselbe gegenüber der Regierung des Landes wie bei meiner Ankunft. Ich beschränkte mich daher auch diesmal durch einen Expreßten über den Sanetsch Herrn Altlandammann Schmid von der fortdauernden höchst bedenklichen Gestaltung der Angelegenheiten des Kantons Wallis in Kenntniß zu setzen und ihn zu ersuchen, mit möglichster Beförderung in den Kanton Wallis sich zu begeben, wo ich mich ihm sodann in der Eigenschaft als zweiter Kommissarius anschließen und es unsern vereinigten Bemühungen vielleicht gelingen werde, zur Verhütung des Bürgerkriegs etwas beizutragen. Auch dem hohen Vororte gab ich durch eine Morgens in der Frühe des 19. abgeschickte Depesche Nachricht von dem Vorgefallenen. Ich setzte diese Berichterstattung fort bis zum 22., wo ich die sichere Hoffnung haben durfte, Herrn Altlandammann Schmid in St. Moritz anzutreffen. Ich verreiste daher am 23. dorthin, nachdem ich zuvor dem Staatsrathe von Wallis, unter Berufung auf eine vom hohen Vororte mir übermittelte, vom 19. datirte, am 21. mir abgegebene Depesche, angezeigt hatte, daß der eidgenössische Vorort das eidgenössische Kommissariat wirklich zum Eintritt in den Kanton beordert habe, und nachdem endlich jener mit Antwort vom gleichen Tage seine Einwilligung hiezu ertheilte, indem er mir erklärte, daß es ihm nunmehr

angenehm sey, diese Abordnung des Kommissariats zu vernehmen, und schloß mich Herrn Schmid als zweiter Kommissarius in St. Moritz an, worauf wir beide unsere Reise nach Sitten fortsetzten.

Ich könnte mich auf diese gedrängte Uebersicht meiner Handlungsweise beschränken, in ihr ist auch meine Rechtfertigung enthalten. Der hohe Vorort wird es mir aber leicht verzeihen, wenn ich mir noch die Freiheit nehme, hier einem Vorwurfe zu begegnen, welchen man auf mich zu wälzen Gelüste trug.

Man schuldigt mich nämlich an, zur Verhütung des Bürgerkrieges nicht das Erforderliche, in meinen Kräften Liegende gethan und zu spät als eidgenössischer Kommissarius aufgetreten zu seyn.

Nur ein flüchtiger Hinblick auf die mir ertheilte Instruktion, sowie auf den Gang der Ereignisse und die von mir dießfalls gethanen Schritte zeigt, so sollte man wenigstens glauben, jedem vorurtheilsfreien Auge die gänzliche Grundlosigkeit einer solchen Anschuldigung. Ich habe bereits diejenige Stelle der mir ertheilten Instruktion erwähnt, welche mein Auftreten als eidgenössischer Kommissarius an die Bedingung knüpfte, daß die Regierung von Wallis sich damit einverstanden erkläre.

Aus meiner getreuen Berichterstattung geht nun hervor, daß ich alle gehörigen Schritte zur Erfüllung dieser Bedingung gethan habe, daß aber alle an dem Willen und dem Entschlusse des hohen Staatsrathes scheiterten.

Es ist hier nicht meine Sache, die Vertheidigung des hohen Vorortes wegen dieser Instruktionsertheilung zu übernehmen; es wäre mehr als Anmaßung von meiner Seite, wenn ich glauben wollte, daß die weisen und vaterländischen Absichten und Handlungen des hohen Vorortes noch einer Vertheidigung durch meine schwachen Kräfte bedürften.

Ueber einen Punkt erlaube ich mir jedoch einige Bemerkungen, weil mit diesem auch meine Rechtfertigung zusammenfällt.

Die Sendung eidgenössischer Kommissarien in einen Kanton, dessen Ruhe und verfassungsmäßige Ordnung gestört zu werden drohen, hat allenthalben zum Hauptzwecke, die verfassungsmäßigen Behörden des Landes gegenüber den Aufwühlern und Ruhestörern zu unterstützen. Darüber nun, ob diese Behörden mit ihren eigenen Kräften der Ruhestörung vorzubeugen, sie zu unterdrücken vermögen, oder ob sie hiezu eidgenössischen Rathes und eidgenössischer Hülfsleistung bedürfen, sind sie die ersten und wohl allein kompetenten Richter. Es ist daher nicht nur begreiflich, sondern es liegt ganz in der Natur der Sache, daß der hohe Vorort mein Auftreten als eidgenössischer Kommissarius an einen daherigen Wunsch der Regierung von Wallis knüpfte.

Diese Bedingung meines Auftretens als eidgenössischer Kommissarius war aber auch anderseits ganz unumgänglich nothwendig.

Was hätte eine einzelne Person, wenn auch mit dem Titel eines eidgenössischen Kommissarius, aber ohne Zeichen ihrer amtlichen Würde, ohne irgend eine Macht, als die ihres Titels und ihrer Worte, zur Verhinderung von Gewaltthaten, zur Aufrechthaltung von Ruhe und verfassungsmäßiger Ordnung im Lande wirken können, wenn die eigene Regierung im Lande ihren amtlichen Charakter nicht anerkennen, ihre guten Dienste, ihre Vermittelung nicht gebrauchen, sich zu ihr in amtlichen Verkehr nicht einlassen will, ja gegen deren amtliches Auftreten sich förmlich verwahrt? Und in welcher Stellung würde ein solcher Kommissarius gegenüber den Ruhestörern in einem Lande sich befinden? Soll er etwa da Anerkennung seines amtlichen Charakters suchen und würde er sie finden?

Ohne förmliche Anerkennung meines amtlichen Charakters als eidgenössischer Kommissarius durch die Regierung von Wallis wäre somit eine jede Wirksamkeit mir abgeschnitten gewesen und ein Auftreten als Kommissarius gegen den Willen der Regierung hätte wahrlich keine andere Folgen nach sich gezogen, als daß ich die größte Gefahr gelaufen

wäre, meinen officiellen Charakter und meine Person zugleich zu kompromittiren.

Wer übrigens den Gang der Ereignisse kennt, muß gestehen, daß das Auftreten eines eidgenössischen Kommissarius auf denselben gar keinen Einfluß gehabt hatte, auch wenn die Regierung mit diesem einverstanden gewesen wäre. Die Behörden hätte ein solches Auftreten in ihrem Gange nicht aufgehalten, noch viel weniger die Aufrührer. Auch konnte ein solches Auftreten erst in dem Augenblicke statt finden, wo es nichts mehr fruchten konnte.

Bis zum 17. Abends nämlich war kein Anlaß vorhanden, als eidgenössischer Kommissarius aufzutreten. Es waren keine Ruhestörungen vorhanden, alle Behörden in Kraft und Wirksamkeit, und wenn auch einige Gereiztheit im Schooße des Großen Rathes statt hatte, so war doch dieses gewiß kein Anlaß zu einem vermittelnden eidgenössischen Einschreiten. — Ob irgend eine Partei im Lande es wagen werde, mit offener Gewalt dem vom Großen Rathe in der Abendsitzung vom 17. Mai gefaßten Beschlusse entgegenzutreten, das war ziemlich unwahrscheinlich. Dennoch geschah es; und am 18. Morgens waren bereits die Jungschweizer im Anzuge gegen Sitten, sowie anderseits auch die aufgebotenen Landwehrruppen der Regierung. — Es ließe sich fragen, ob das Auftreten eines eidgenössischen Kommissarius in diesem Augenblicke, wo die beiden bewaffneten Haufen auf Sitten losrückten, nicht gute Folgen gehabt und ein Zusammenreffen verhindert hätte. Ich darf mit der größten Bestimmtheit ebenfalls die Behauptung wagen, daß auch in diesem kritischen Momente ein eidgenössischer Kommissarius den Lauf der Ereignisse nicht gehemmt hätte.

Der Große Rath und die Regierung wollten, wenn auch mit Gewalt, Ruhe schaffen; auf ihren Entschluß hätte ein eidgenössischer Kommissarius keinen Einfluß gehabt; sie wollten daher auch von einem solchen nichts wissen. Auch die Aufrührer giengen ihren Gang, und ein eidgenössischer Kommissarius, vorausgesetzt selbst, daß er Mittel und Wege

gefunden hätte, seinem officiellen Charakter wenigstens Anerkennung zu verschaffen, würde sie daran nicht gehindert haben. Am wenigsten hätte aber ein solcher Anerkennung und Beachtung bei dem zur Unterstützung seiner Regierung herbeieilenden Volke gefunden, wenn er je das gefährliche Wagestück versucht hätte, es in seinem Marsche zur Unterdrückung der Ruhestörer aufzuhalten. Das tief gefühlte Bedürfnis, daß die Ruhe und Ordnung im Lande, welche durch eine Bande Frevler schon längst gestört worden war, um welchen Preis es sey, wieder hergestellt werden müsse, hatte es zum Aufbruche aus den Bergen, Schluchten und Thälern bewogen, bereit zum Aeußersten marschirten sie heran, wollten sie vorwärts, nur Gewalt und sonst nichts Anderes konnte sie in ihrem Marsche hemmen.

So mußte ich mich darauf beschränken, von den bedauerlichen Ereignissen und der kritischen Lage des Landes dem hohen eidgenössischen Vororte und dem Herrn Kommissar Schmid in Freiburg so schnell als möglich Kenntniß zu geben. Den letztern ersuchte ich, wie ich bereits erwähnte, am 18., also sobald die Lage des Landes eine kritische Gestalt gewann, in den Kanton Wallis einzurücken, wo ich mich ihm anschließen werde. Der hohe Vorort fand durch meine Berichte sich veranlaßt, neuerdings Truppen aufzubieten; die Ereignisse im Wallis nahmen aber einen so schnellen und für die Verfassung und verfassungsmäßigen Behörden so günstigen Verlauf, daß eine eidgenössische Intervention mit Waffengewalt zu spät gewesen, übrigens auch nie von der Regierung von Wallis verlangt worden wäre, wie die von derselben unterm 21. Mai an die Regierungen von Freiburg und Waadt erlassene Protestation deutlich genug beweist.

Auch das eidgenössische Kommissariat, mit dessen Eintreffen endlich, jedoch erst am 21., der Staatsrath sich einverstanden erklärte, langte im Kanton Wallis an, als Waffengewalt den verfassungsmäßigen Behörden den Sieg errungen hatte. Es war am 23. Abends, wo ich mich demselben in

der Eigenschaft eines zweiten Kommissarius in St. Moritz anschloß und meine Einzelstellung für mich aufhörte.

II. Handlungsweise des eidgenössischen Kommissariats nach stattgehabter Vereinigung der beiden Mitglieder desselben.

Die eidgenössischen Kommissarien erhielten bei ihrer Ankunft in St. Moritz allenthalben die beruhigende Zusicherung, daß im ganzen Lande die Ruhe und verfassungsmäßige Ordnung vollkommen wieder hergestellt sey. Sie waren selbst auch Augenzeuge von der ernstesten ruhigen Haltung und der unbedingten Subordination der St. Moritz besetzenden oder durch dasselbe zur Besetzung des Zehners Monthey durchmarschirenden Truppen und schöpften von daher die Hoffnung, daß vor der Hand eine ernstere Ruhestörung auf dem Walliser Gebiete nicht zu befürchten sey. — Beunruhigend war dagegen die außerordentliche Anhäufung von Truppenmassen auf der waadtländischen Grenze. Das Kommissariat, durch die von Herrn Altlandammann Schmid als Augen- und Ohrenzeuge gemachten Erfahrungen, kannte die gereizte Stimmung der an den Kanton Wallis angrenzenden waadtländischen Bevölkerung; er wußte, daß der Kommandant der Waadtländertruppen sogar den Zweifel geäußert hatte, er selbst könnte am Ende der Aufregung unter den Truppen nicht mehr ganz Meister werden; er wußte, mit welchem Haß und in welcher Absicht die absurdesten Gerüchte über von den Wallisertruppen begangene Unthaten in Umlauf gesetzt wurden und wie leicht vielleicht eine frevle Hand zu finden gewesen wäre, welche z. B. durch einen auf der andern Seite des Flusses losgedrückten Schuß das glimmende Feuer zur hellen Flamme unter den Truppenmassen auf beiden Seiten anzublasen versucht gewesen wäre. Die Kommissarien hielten sich daher für verpflichtet, so viel in ihren Kräften lag, einem solchen für die ganze Eidgenossenschaft unheilvollen Zusammenstoße der beiden Truppenmassen vor-

zubeugen. Sie setzten sich sofort in Rücksprache mit Herrn Oberst von Kalbermatten, von welchem sie die allerberuhigendsten Zusicherungen erhielten. Sie vernahmen von ihm, daß er bereits seinen Truppen den strengen Befehl erteilt habe, keine kränkenden herausfordernden Aeußerungen gegen die waadtländischen Truppen sich zu erlauben, und sogar, falls von dorthier Schüsse fallen, dieselben auf keinen Fall zu erwidern. Herr von Kalbermatten hatte in einer persönlichen Rücksprache mit Herrn Oberst Bontems diesem bereits von der erwähnten zur Vermeidung eines Konflikts getroffenen Anordnung Kenntniß gegeben und das Versprechen erhalten, daß ähnliche Maßregeln auf der Seite der Waadtländer getroffen werden sollen.

Die Kommissarien unterließen es nicht, sich ebenfalls an Herrn Oberst Bontems zu wenden und ihn von der Grundlosigkeit der vielen ausgestreuten Gerüchte über die Absichten und Handlungen der Wallisertruppen zu überzeugen, sowie anderseits von den von Herrn Kalbermatten für Vermeidung jeden Konflikts ergriffenen Maßregeln in Kenntniß zu setzen und ihn zu Ergreifung ähnlicher einzuladen. Ihre Verwendung wurde von Herrn Oberst Bontems mit verdankenswerther Bereitwilligkeit aufgenommen und von selbstem ähnliche Maßregeln, wie die bereits erwähnten, getroffen.

So verlief die Nacht vom 23. auf den 24. vollkommen ruhig. Ueberzeugt von der gänzlichen Wiederkehr der Ruhe und Ordnung im Kanton Wallis, erließ das Kommissariat an Herrn Oberst von Salis-Soglio den Befehl, sämtliche aufgebotene eidgenössische Truppen auf's Piquet wiederum zurückzustellen. Unter gleichem Tage, den 24. Mai, wandte es sich an den hohen Staatsrath von Waadt, um auch demselben von der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im ganzen Kanton Wallis Kenntniß zu geben, vorzüglich aber um demselben über zwei Punkte eindringliche Vorstellungen zu machen.

Es wollte nämlich dem Kommissariate bedünken, daß

eine solche außerordentliche Anhäufung von Truppen auf den Grenzen des Kantons Waadt, wie diese wirklich statt fand, nicht nur bloß beleidigend war für den Kanton Wallis, sein Volk und seine Behörden, denen es nie in den Sinn kam, das Waadtländer Gebiet zu verletzen und einen Eroberungszug in den Kanton Waadt vorzunehmen, sondern daß dieselbe bei der allgemein herrschenden durch die absurdesten Gerüchte veranlasste Aufregung sehr gefährlich war.

Ebenso fanden die Kommissarien, daß eine Entfernung der Walliser Flüchtlinge, welche in großer Anzahl über die Grenzen in die Waadt sich geflüchtet hatten, von diesen Grenzen und deren Verlegung ins Innere des Landes durchaus im Interesse der Handhabung der Ruhe und Ordnung auf beidseitigen Kantonsgebieten und sogar in der Pflicht und Aufgabe eines eidgenössischen Standes liege.

In ihrem Schreiben drangen daher die Kommissarien in den hohen Staatsrath von Waadt, daß er die Truppen an der Grenze vermindere und die Flüchtlinge von selber entferne.

Unsere Verwendung wurde nicht ungünstig aufgenommen. Bereits mit Schreiben vom 28. Mai erklärte sich der Staatsrath von Waadt zu einer allmäligen Truppenentlassung bereit und zeigte uns überdies an, daß er den Präsekten von Vevring angewiesen habe, den Distrikt von Nigle von allen Walliser Flüchtlingen, mit Ausnahme der im Krankenhause sich befindenden, räumen und ihnen anzeigen zu lassen, daß man den Aufenthalt im Bezirk Vivis jedoch nur unter der Bedingung gestatten werde, daß sie sich auf keinem Punkte zusammenrotten und von dem Ufer des Sees sich entfernen.

Ob diese letztere Weisung in ihrem ganzen Inhalte vollzogen worden ist, möchten die Kommissarien beinahe bezweifeln, da ihnen auf ihrer Rückreise durch den Kanton Waadt bekannt wurde, daß die Anführer der Rebellen noch immer im Bezirk Nigle sich aufhalten.

Am 24. traf das Kommissariat in Sitten ein und wurde auf zuvorkommende Weise von dem Staatsrathe empfangen.

Auch hier erhielt es durch das Organ der Regierung die Bestätigung dessen, was es zum Theil bereits unmittelbar wahrgenommen hatte, die Bestätigung nämlich der vollkommenen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Lande. Die einzige mögliche Ruhestörung befürchtete man von Außen her durch die Flüchtlinge, und die Vermittelung des eidgenössischen Kommissariats zur Entfernung auch dieser Gefahr war daher der Regierung von Wallis sehr erwünscht und ihre Anwesenheit in Sitten sehr willkommen.

Um über die Vorgänge an den Grenzen beständig sichere Nachrichten zu haben, beorderte das eidgenössische Kommissariat den Herrn Oberst von Salis-Soglio nach St. Moritz, welcher seine Aufgabe zur vollen Zufriedenheit des Kommissariats löste.

Unsern Briefwechsel setzten wir mit der hohen Regierung von Waadt fort und hatten das Vergnügen, bereits den 4. Brachmonat die Nachricht zu erhalten, daß das letzte aufgebotene Bataillon entlassen worden sey. Auch im Kanton Wallis hatte schon vorher die Landwehr ihren Rückzug an den heimathlichen Herd angetreten, und es verblieben in den Zehnen St. Moritz und Monthey nur noch 6 Milizkompagnien, welche zur Ablösung der dort stehenden Truppen von der Regierung beordert worden waren.

Die Kommissarien, in der vollen Ueberzeugung, daß die verfassungsmäßige Ordnung im Kanton Wallis nicht mehr gefährdet sey und die Behörden hinlänglich Kraft und Macht besitzen, um jeden dießfälligen verbrecherischen Versuch zu vereiteln, hielten ihren längern Aufenthalt im Kanton nicht mehr für nothwendig und ersuchten daher den hohen Vorort um die Ermächtigung zur Abreise. Wie Hochdenselben wohl bekannt, wollte diese Ermächtigung uns zuerst nicht ertheilt werden, wurde aber später uns dennoch, jedoch unter der Bedingung gegeben, daß der Staatsrath von Wallis eine förmliche Erklärung abgebe, er sey im Stande, ohne eidgenössische Dazwischenkunft Ruhe und Ordnung im Lande zu handhaben.

Diese Erklärung wurde uns ohne Anstand gegeben und so verließ das Kommissariat nach freundlichem Abschiede von der Regierung mit seiner Kavallerieeskorte am 10. Brachmonat Sitten und am 11. im Vereine mit Herrn Oberst von Salis-Soglio den Kanton.

Am Schlusse seines Berichtes will das Kommissariat nicht ermangeln, einer auf ihm ruhenden Pflicht Genüge zu leisten, indem es seine volle Zufriedenheit und dankbare Anerkennung der von Herrn Oberst von Salis-Soglio ihm geleisteten Dienste ausspricht.

Das Kommissariat unterlegt nun seine Handlungsweise dem prüfenden Urtheile des hohen eidgenössischen Vorortes und sieht mit Beruhigung dessen Entscheide über die Art und Weise der Erfüllung seiner Mission entgegen.

Genehmigen Sie übrigens, Erzellenz Herr Schultheiß! Hochgeachtete, Hochwohlgeborne Herren! die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung und Ergebenheit.

Luzern, den 19. Brachmonat 1844.

Die eidgenössischen Kommissarien:

(Sig.) **Anton Schmid**, Altlandammann.

„ **Bernhard Meyer**, Staatschreiber.

Einige Blätter

aus der Briefftasche eines
eidgenössischen Offiziers.

Im Mai bis Juni 1844
im Wallis flüchtig aufgezeichnet
von
J. u. v. Salis-Soglio.

Den 10 Mai in Chur.

Depesche vom Vorort. Auf der Adresse: pressant. Oberbefehl über die nach Wallis bestimmten Truppen. Befehl sich den 12 bis 13 Mai in Freiburg zu befinden.

Bürieh.

Eine auf der Post abgeholte Depesche enthielt die Einberufung eines Theils der aufs Piket gestellten Brigade.

In Bern.

Bei Oberst Zimmerli erfahren, daß die Regierung die Batterie verweigert.

Freiburg.

Von der Terrasse des stattlichen Zähringerhofs sieht man die schönste Brathbrücke der Schweiz, und im Dome, dem man sein ehrwürdiges gothisches Gewand geschmackvoll ausbessert, kann sogar ein Harlemer die beste Orgel in der Welt hören.

In schöner kriegerischer Haltung ward hier das in eidgenössischen Dienst getretene Bataillon (Appenthel) gemustert, allein schon den folgenden Tag wieder aufs Piket zurückgestellt.

Der schmucke, schön berittene Zug der Jäger zu Pferd, unter Lieutenant Eduard v. Dießbach blieb im Dienste, und begleitete später das Commissariat nach Wallis.

Der ungemein zuvorkommende, gütige und herzliche Empfang, dessen sich das eidgenössische Commissariat und das Truppen-Commando von den ersten Standes- und Militärbehörden sowohl als von Privatpersonen zu erfreuen hatten, wird beiden stets unvergeßlich bleiben. — Das edle Freiburg warf eine freundliche Alpenrose auf ihren Dornenpfad!

Das Dampfschiff *L'aigle* auf dem Genfersee.

Man fliegt ungemein angenehm unter den Flügeln des Adlers über den herrlichen grünen Wasserspiegel hin, zumal wenn man diesen zaubrisch schönen Theil des Vaterlandes zum erstenmal sieht. Diesesmal spannte er seine Fittige über zum Theil aufgeschreckte Zugvögel, von buntfarbigem Gefieder, aus.

Ingenieure, mit europäischem, und mit schweizerischem Rufe, Eidgenössische Artillerie Comitatén, Heerführer ohne Armee, liebenswürdige Lausanner Studenten, im leichten Strohhut mit schwerer Sympathie für Unterwallis behaftet, und endlich eine Menge übelgelaunter Jungschweizer.

Lausanne.

Wenn man einen Fußteppich über die Straßen hinbreiten könnte, würde man sich in einen Pariser Salon versetzt glauben. Alles, wie ausgeblasen. Elegante Damen, Herren mit obligaten Glace-Handschuhen, prächtige Equipagen, das schöne Hotel Gibbon; aber aufs Schloß hinauf ist's gewaltig hoch. Wehe einem eidgenössischen Obersten, wenn er über alle diese Stufen hinauf sich von dem beinahe in den Wolken thronenden Staatsrath Auskunft über eine sonst ziemlich einfache Frage abzuholen hat, zumal wenn er von Hühneraugen geplagt ist.

Bataillon Federal.

Im Kanton Waadt wird ein eidgenössisches Bataillon ein solches genannt, das zwar für den eidgenössischen Dienst bestimmt aber auf den Aufruf des Vororts nicht marschirt.

Sizung des Großen Raths den 25 Mai.

Herr Sayet-glaubt, daß die in griechischer Sprache abgefaßten Beschlüsse des Gr. Raths am füglichsten in Luzern ins deutsche übersezt werden können.

Der eidgenössische Commissär in Ber.

Ueber den lebhaften Empfang in Ber hat der Standesweibel des Vororts im zweifarbigem Mantel einen unzweideutigen Brief nach Luzern geschrieben, welcher dort für Lausanne ins Griechische übersezt zu werden verdient.

St. Moriz.

Auf der Mitte der Rhonebrücke zwei Grenadiere. Der letzte waadtländische Posten. Ungeachtet der Dunkelheit erkannten die auf der andern Seite stehenden Altschweizer im eidgenössischen Armband das weiße Kreuz, das sonst die Fahnen der alten Schweizer zierte; präsentirten die Büchsen, und zogen im unisono den eichenbelaubten Hut ab.

Das Heer der Altschweizer.

Ja! unser hochherziges Hirtenvolk wäre noch im Stande, in Masse aufzustehen und so wie in der Vorzeit seine Felsenthäler zu vertheidigen, diese biedern Walliser haben es bewiesen. Noch im Jahr 1798 konnte sich die Schweiz mancher kriegerischen Großthat rühmen, aber wie oft fehlte kluge Leitung, Mannszucht, Mäßigung und Menschlichkeit nach dem errungenen Siege? — —

Das Heer mochte etwa 8000 Mann zählen. Der Vater war mit dem Sohne ausgezogen, und in mehr als einem Zehnten (dixainé) mochte der Großvater auch den Enkel mitgenommen haben. Die ganze Masse war nicht nur sämmtlich mit tauglichen Schießgewehren sondern beinahe die Hälfte derselben mit Stukern bewaffnet, die sich zum Theil in den Händen geübter Gensenzäger und Zielschützen befanden. Außerdem führten sie 200 Doppelhaken oder Musketen mit sich, welche wegen ihrer Schwere von zwei Schützen abwechselnd getragen und bedient wurden. Sie kamen aus den Thälern Saviese, Erin und Leuf, und waren ein Geschenk der alten Herzoge von Savoyen. Diese Standrohre

tragen 600 bis 800 Schritte, leisten unglaubliche Dienste im Gebirge und sollten zu unserer Landesvertheidigung durchaus wieder benutzt, oder besser gesagt, hervorgerufen werden. Major Adrian v. Courten kommandirte größtentheils das Corps der Musketenschützen, was sie die Musketerie nannten. Das eigentliche Geschütz, unter dem Artillerie-Commandanten Wolf bestand bloß aus zwei Sechspfündern. Es fehlte indessen nicht an Kanonen, sondern an Bedienung derselben.

Munition war hinreichend vorhanden und wurde, wie bei stehenden Heeren, in vollkommen garnirten Caïssons nachgeführt. Wer keine Ciberne hatte, steckte die Patronen in die Tasche. Verpflegung. Jeder Mann erhielt täglich 10 Unzen Fleisch, 1½ Pfund Brod, eine Portion Reis und einen Schoppen Wein. Viele Gemeinden schickten ihren Leuten täglich einen Baken, andere aber erhielten kein Geld. Die Kompagnien von 80 bis 120 Mann stark, waren nach eidgenössischer Formation eingekadert, hatten aber 8 Wachtmeister und 19 Korporals. Ihre unbärtigen Sapeurs, wirkliche Zimmerleute, leisteten mit der Art in der handwerksgeübten Hand bei der schnellen Herstellung der Brücke bei Riddes sehr gute Dienste. Der Sanitätsdienst war sehr sorgfältig eingerichtet, und jede Kolonne hatte auch ihren Feldprediger. Keine Uniform. Häufig die dunkelbraune Landestracht. Als Feldzeichen ein weiß und rothes Band am linken Arm und Eichenlaub auf den Hüften. Bataillone gab es keine, sondern bloß Kolonnen, die nach den Flügeln, dem Centrum, oder auch bloß dem Namen des Anführers als Kotten, Cathrin u. s. w. genannt wurden. Eine solche marschierende Kolonne, ihren Chef zu Pferde an der Spitze, so lautlos im geregelten Gleichschritt dahinziehen zu sehen, gewährte einen schönen aber ernsten Anblick. „Das ist kein Milizbataillon, das fröhlich scherzend ins Lustlager nach Thun marschirt.“ Ernst ist der Anblick der Nothwendigkeit. Diese Familienväter, diese Greise und diese Kinder können keine Sentimental, nein es müssen necessity travellers sein! Die musterhafte Mannszucht, die bei diesen bewunderungswürdigen Volkshaufen herrschte, ist unglaublich, und ward sogar von ihren heftigsten Gegnern anerkannt. Es kamen so zu sagen, auch nachher als sie im Unterwallis garnisonirten, nicht die geringsten Dis-

ciplinfehler vor. Muth, Gottvertrauen und Gutmüthigkeit waren vorherrschende Eigenschaften der wackern Bewohner des Rhonethales.

General Wilhelm v. Kalbermatten und seine Unteranführer.

Wer könnte dem hochherzigen Landsmanne seine Bewunderung versagen, dem gelungen, eine ächt schweizerische, aus dem Volke hervorgegangenen Landesbewaffnung, gleichsam wie ein *Deus ex Machina*, nicht nur zu organisiren, sondern dieselbe, nachdem er sie zum Sieg geführt, nach demselben in einer so würdigen, gemäßigten Stellung gegen den Besiegten zu erhalten, was eigentlich das Schwierigste, aber auch gewiß das Ruhmwürdigste bei der ganzen Expedition war. Seine Pläne waren eben so klug berechnet als fest durchgeführt, und dennoch behauptete der bescheidene Mann, seine Strategie habe sich ihm selbst an die Hand gegeben. Jeder, der Wallis nur einigermaßen kenne, hätte gar nicht anders manövriren können, was denn einem Kolumbusei sehr ähnlich sieht. Freilich war nicht nur er, sondern auch seine ihn vortrefflich unterstützenden Unterbefehlshaber, von dem Volke auf dem Schilde erhoben worden, was in unserm armen, von so vielen Faktionen zerrissenen Vaterlande, eben so rührend, als selten ist.

Wallis wimmelt von guten Offizieren, wovon sehr viele sich Erfahrungen und Ehre im ausländischen Dienste erworben.

Als zweiter Chef commandirte unter dem General, Oberst Taffiner. Major Adrian v. Courten, in welchem vor einigen Jahren der eidgenössische Stab einen vorzüglichen Offizier verlor, war Chef des Generalstabs. Baron de Werra commandirte die rechte, der eidgenössische Major v. Rotten die linke Flügel-Kolonne. Oberst de Preux, der in Spanien gedient, stand nebst den Herren Elie de Courten und Cathrin im Centrum unter dem General. Die Artillerie commandirte Lieutenant Wolf. Für die Verpflegung sorgte als Kriegskommissair mit treuem Diensteifer Herr de Villa von Leuf, und endlich der Commandant der Division von Trient ein 65jähriger, in französischen Diensten ergrauter Oberst J. mit Süngrlingsfeuer,

der nicht genannt sein will, allein am Orient den Punkt nicht nur auf das J. seines Namens, sondern auf den ganzen Feldzug gesetzt hat.

Der Unterkommandant Taffiner und seine Reserve-Kolonne.

In Rekingen, in seinen Bergen begraben, weilte der bescheidene Mann, der unter Napoleon in Deutschland und Rußland Feldschlachten mitgekämpft, unter den Bourbonen nach Spanien gezogen war, und ehrenvolle Wunden und Orden erhalten hatte. Schlicht, treu und gutherzig, würde man aus seinem einfachen Aeußern zu schließen, in ihm schwerlich einen der reichsten Walliser vermuthen. Von Oberwald herkommend, zogen die kampflustigen Männer schon früh um 4 Uhr nach Rekingen, vor sein Haus. „Wir wollen hinunter nach Sitten! hieß es, aber Ihr, Herr Oberist, müßet unser Feldhauptmann sein!“ Er aber sah sie ernst an, erinnerte sie an ihr Betragen in Siders 1840, und als sie dennoch nicht von ihm ablassen wollten, und wie gute Kinder versprachen artig zu sein, ging er hinein zu seiner Hausfrau. Eine zweite Werner Stauffacherin mahnte sie ihn mit Gott hinzugehen, und schon um 6 Uhr brach er mit ihnen auf. Mit dem sie begleitenden Rhodan zogen sie, still und ernst immer tiefer ins Thal hinab, gleich einer drohenden, bei jeder Ortschaft neu anschwellenden Lawine. Den 18. hielten sie Nachtquartier in Brieg, den 19. in Siders. Aus dem Arsenal in Sitten nahmen sie einen Sechspfünder mit, und erreichten erst den 20. das Centrum unter dem General en chef in St. Pierre. Hier wurde die vereinte Macht durch das Abbrennen der Brücke bei Riddes aufgehalten.

Umarisch der Alt-Schweizer auf Sitten.

Der rechte Flügel unter Baron de Werra dirimirte sich auf die Höhen von Saviese. Er führte ein kleines altes Feldstück von Leuf mit sich, eine sogenannte Couleuvre, welches aber nach wenigen Schüssen bei der Brücke von Riddes versprang.

Das Centrum, bei welchem sich der General v. Kalbermatten befand, rückte unter den Herren Preux und Cathrin auf der Simplonstrasse vor.

Die linke Flügel-Kolonne war in Mendaz formirt, und brach unter den Herren Rotten und Elie Courten aus dem Eringerthale hervor.

Den 18. erschien General v. Kalbermatten an der Spitze seines Heeres vor den Thoren von Sitten. Hier fand er eine in Schlachtordnung aufgestellte Miliz-Kompagnie, wobei sich der Inspektor der Miliz, nebst einem Kriegskommissär befand, die ihm im Namen der Regierung geboten, sich zurückzuziehen, was indessen den General nicht hinderte, seine Schützen vorzuziehen und in Sitten einzurücken, denn auch er war von der Regierung nach Sitten beschieden. Gleich beim Eingang der Stadt ward aus einem Hause auf ihn geschossen. Der Thäter ist gefangen. Die Stadt Sitten hat nur einen Mann zur Landesvertheidigung gegeben, dieser eine aber zählte für viele. Der brave Lieutenant Wolf, der sich aus neapolitanischen Diensten in Sitten befand, übernahm das Commando der Artillerie, und bildete aus rohen Landleuten eine Bedienung für die beiden aus dem Zeughause von Sitten genommenen Sechspfünder, welche er immer selbst pointirte. Er leistete große Dienste, seine anerkannte Persönlichkeit reichte hin, den Gegnern, welche das Geschütz gänzlich ohne Leitung von sachkundigen Offizieren glaubten, zu imponiren.

Beim Pont de Morges.

Den 19. wechselte die Kolonne Preux einige Schüsse mit dem Feinde, worauf er sich gegen Ardon zurückzog.

Gefecht bei der Brücke von Ardon, den 20.

General v. Kalbermatten hatte sich hinter der, die Simplonstrasse durchschneidenden Vixerne in einer, mit dem Flusse ohngefähr parallel laufenden Linie aufgestellt. Die Höhen auf seinem rechten Flügel waren auf ihren verschiedenen Abfällen mit Schützen der Kolonne Elie de Courten und der Musketiere unter Major Adrian von Courten besetzt. Die Kolonne Preux und de Werra stand zugsweise, zu einer Angriffskolonne formirt, auf der Simplonstrasse der Brücke gegenüber im Centrum. An ihrer Spitze Lieutenant Wolf mit einer Kanone, da die andere erst später mit der Kolonne Taffiner von Sitten ankam. Auf dem

linken Flügel in einer ausgedehnten Plänklerkette aufgelöst die Kolonne Cathrin.

Der von Morges zurückgezogene Feind stand mit Artillerie auf der Brücke, welche er barrikadirt hatte, und in Zugskolonne auf der Simplonstrasse. Die Schmiede am Eingange von Urdon auf seinem linken Flügel hatte er mit Schützen besetzt und deren Eingang verrammelt. Von seiner Kolonne auf der Strasse entsendete er eine ziemliche Anzahl Plänkler in das Feld zu seiner Rechten, und griff mit denselben die Kolonne Cathrin an. Sein Angriff begann mit einem lebhaften Kleingewehrfeuer, welches aber durch die ungemein gut bediente Musketerie und einige wohl dirigirte Kanonenschüsse des Lieutenant Wolf bald zum Schweigen gebracht wurde. Nach einem kaum dreiviertel Stunden dauernden Gefechte verließen die Jungschweizer die Brücke und traten ihren Rückzug ziemlich geordnet, auf der Strasse zugswise marschirend, gegen die Brücke von Riddes an. Da es stark regnete, mußten die Gewehre der Altschweizer in Ordnung gebracht werden, welcher Umstand verhinderte, daß sie ihre zurückgeworfenen Gegner nicht sogleich mit dem Degen in den Rippen verfolgen konnten.

Herr Joris begab sich ins Dorf Riddes um sich Werkzeuge zum Abtragen der Brücke zu verschaffen, als er aber zurückkam, stand die mittlerweile von seinen Leuten angezündete Brücke schon in lichten Flammen. Erst Nachmittags erschienen die verfolgenden Altschweizer an der abgebrannten Brücke. Bald waren die Jungschweizer, welche vom linken Rhoneufer einige verlorene Schüsse auf sie hinüber sandten, besonders durch die fern und richtig zielende Musketerie, zurückgeschucht.

Nach diesem Gefechte, wobei die Altschweizer nur einen Mann verloren, konnte General Kalbermatten, weil er die Brücke von Riddes zum Uebergange seiner Artillerie herstellen lassen mußte, die äußerste Spitze seiner Kolonne nicht weiter als bis Saillon vorschieben.

Begebenheiten in Unterwallis.

Den 18., während die Oberwalliser noch in der Gegend von Sitten waren, brach ein Herr Gay, ehemaliger neapolitanischer

Offizier, nunmehriger Sekretär des General v. Kalbermatten, mit etwa 15 Mann von Martinach auf, um den wichtigen Posten von La Balma zu besetzen. Auf dem Marsche gesellten sich noch mehrere Altschweizer zu ihnen, unter diesen der jugendliche Sohn des Baron Tocatrix von St. Moriz.

La Balma.

Zwischen Evionnaz und Mieville liegen zu beiden Seiten der Simplonstrasse einige Häuser und Scheunen, die man „La Balma“ nennt. Die rechts von der Strasse sich erhebende Anhöhe ist mit zerstreuten Felsenblöcken bedeckt, welche öfters kleine ebene Plätze umschließen, die sich zu einem gedeckten Hinterhalt ganz vorzüglich eignen. Oberst L. hatte sein besonderes Augenmerk auf diese feste Position geworfen, und um dem Feinde mit noch mehr Sicherheit den Rückzug abzuschneiden, auch auf der anderen Seite der Rhone, auf dem Felsen von Cougnon, welcher bis an den Fluß hinabreicht, den schmalen von Oberwallis herabführenden Fußpfad mit 50 Mann aus der Gemeinde Orena besetzen lassen, woselbst einem weit überlegenen Feinde der Durchpaß mit weniger Mannschaft verweigert werden kann. Auch machte dieser Posten auf dem Cougnon, bei dem Rückzuge der Jungschweizer den 21. viele Gefangene.

Vorwärts von La Balma, wenn man um das Felseneck herum biegt, wo man den Pissevache erblickt, sollten oben auf den Felsen Minen angelegt werden, um durch die herabstürzenden Steinmassen die Strasse zu versperren, allein der eingetretene Regen erschwerte dieses Unternehmen, welches unterblieb. Der Felsenposten von La Balma war mit 80 Mann besetzt, worunter die Mannschaft des Herrn Gay einbegriffen.

Die feindliche Kolonne Joseph Torrent, die sich an die von Joris anschließen wollte, welche schon früher hinauf gezogen war, erschien zugsweise auf der Simplonstrasse daher ziehend, ihre Kanonen an der Spitze. Da fiel von den Höhen von La Balma herab ein Schuß. Die Kolonne machte halt und richtete eines ihrer Geschütze gegen die Höhen, dessen Kugeln aber, den in ihrem Hinterhalte wohl gedeckten Altschweizern, keinen Schaden zufügen konnten, welche ihrerseits mit etwa 50 Schüssen ripostirten.

Die Jungschweizer wollten sich von der Stärke des Postens überzeugen, und sandten einige Eclaireurs rechts in die Felsen hinauf. Die Altschweizer zogen sich aber still zurück, und so glaubten sie bloß mit wenig versprengter Mannschaft zu thun zu haben. Die Schüsse der Altschweizer waren indessen ohne Befehl und gegen den Willen ihrer Anführer geschehen, denen daran lag, den Feind ungehindert durchziehen zu lassen, um ihm desto sicherer bei seinem Rückzug den Weg zu versperren. Ueberdies hatten diese voreiligen Schüsse das Resultat, daß der Feind Nieville anzündete.

Während dem Gefechte vom 21. am Trient, blieb der ohngefähr 120 Mann starke Posten von La Balma ruhig mit Gewehr im Arm stehen, und sandte erst zuletzt einige Schüsse auf die gänzlich aufgelösten Kolonnen der Jungschweizer herab, welche in wilder Flucht vorbeilehend, weiße Mastücher auf ihre Gewehre gesteckt hatten und *la paix* riefen.

Auf den Felsenhöhen von La Balma erblickt man drei frische Gräber, worinn drei Jungschweizer beerdigt wurden.

Gefecht am 21 am Trient (Dienstag.)

Wenn man von St. Moriz kommend, auf der Simplonstrasse fortschreitend *Evi on na z*, *la Balma* und *Nieville* durchzogen, gelangt man nicht sehr ferne von dem *Pissewache* zu dem Dörfchen *Ber na na z*. Die Häuser liegen zu beiden Seiten der Straße. In einem links abgelegenen derselben nahm Oberst J. sein Hauptquartier. In dem daranstoßenden Baumgarten wurde der schon verwundete Lieutenant *Alfred de Werra* erschossen, nachdem er sich zuvor in einem Mauergewölbe vergebens zu verbergen gesucht hatte. Zur rechten Seite der über den Trient führenden gedeckten Brücke, zieht sich das *Salvaneser* Gebirge in fahlen, zum Theil äußerst schroffen Felsenköpfen parallel mit der Simplonstrasse hin. Der erste dieser Felsen heißt *la montagne du far*. Er liegt jenseits der Brücke. Hier stand der Posten Nr. 1 auf einem kleinen Plateau, 100 Stukzerschüssen stark, unter einem Herrn *Robatel*, dessen Landgut im Thale liegt. Der darauf folgende *mont du trient* diesseits der Brücke, Posten Nr. 2, war mit 60 Mann besetzt und bloß 40 bewachten Anfangs *la Balma*,

welcher Posten aber später bis auf 120 Mann verstärkt wurde. Rechts von der Straße, und auch diesseits der Brücke, befindet sich eine Vertiefung, die durch den wohl 8 Schuh breiten, ungemein festen Mauerdamm nicht nur vollkommen gedeckt ist, sondern im Gefechte zu einer Brustwehr benutzt, und nebst der Brücke von zwei Compagnien vertheidigt wurde. In dieser Vertiefung wurde in der Nacht vom 20 auf den 21 das Lager der Division des Trients aufgeschlagen, sie zählte ungefähr 350 Streitende. Auf der linken Seite der Straße längs dem linken Ufer des Trients, ein weites mit Weidenbüschen bewachsenes Feld, bis an die Rhone herab. Jenseits der Brücke auf dem rechten Ufer ein ähnliches Feld mit einem ziemlich dichten Wäldchen. Hier an dieser Brücke galt es, dem bei Urdon geschlagenen Feinde, welcher sich unter seinen Anführern Soris und Barman etwa 900 Mann stark in ziemlich guter Ordnung zurückzog, den Heimweg zu versperren. In der Nacht vom 20 hatten die Altschweizer etwa 10 Bretter des Brückenbodens ausgeschoben, und zu einer Brustwehr benutzt, um den Uebergang der feindlichen Artillerie zu verhindern.

Der Angriff der Jungschweizer geschah mit Tagesanbruch, mit großer Hefigkeit auf der Simplonstrasse. Zwei Mörser (Casimir Dufour) befanden sich an der Spitze der mit Zügen im Sturmschritt vordringenden Kolonne und wurden unter einem mörderischen Kreuzfeuer vom mont du far, vom mont du trient, dem Steindamme und der Brücke, kaum 30 Schritte vor derselben abgeprobt und aufgestellt, von wo aus sie ein wohlgenährtes Feuer auf den Steindamm und die Brücke richteten. Man focht auf beiden Seiten mit vielem Muth und schoss so zu sagen à brule pour-point, was denn auch nachher die größtentheils tödtlichen Wunden zur Folge hatte. Es dauerte nicht lange, so waren die Pferde der links stehenden Piece bis auf eines getödtet. Der Artilleriecommandant Rigoli (ein italien. Maurermeister von Monthey) befahl, sie zurückzuziehen. Nach andern wäre Rigoli beim Loszünden der einen Piece schon in der Brust verwundet, zur andern hingekrochen, um sie ebenfalls loszubrennen. Allein nachdem die Brückenbodenbretter im heftigsten Feuer wieder zum Uebergang zurückgelegt worden, stürzten sich die Altschweizer von der

Brücke auf die beiden Mörser, erschossen den Artilleriekommandanten Rigoli und seinen Pointeur auf dem Geschütze und nahmen dasselbe weg. Links und rechts am Eingang der Brücke bezeichnen noch auf der Straße sichtbare Blutflecken die Stellen, wo diese Artilleristen und ein Tambour gefallen.

Nun warf sich der eines großen Theils seines Geschützes beraubte Feind, in der Unmöglichkeit, den Brückenübergang zu erzwingen, in seine rechte Flanke und zog sich auf dem Weidenfelde, längs dem rechten Ufer des Trients gegen die Rhone hinab, wohin ihn ein Theil der beiden Kompagnien vom Steindamme und der Brücke verfolgten. Die eine der eroberten Piecen war unterdessen von den Siegern über die Brücke hinübergezogen und jenseits auf dem linken Ufer auf einer kleinen Erderhöhung auf dem Weidenfelde nicht weit unter der Straße aufgestellt worden.

Es wurde in der Eile eine Kanonenbedienung improvisirt, und so der Feind, welcher den Trient in ziemlicher Anzahl mittelst Fuhrten durchwatet hatte, und auf dem rechten Ufer erschien, mit seinem eigenen Geschütze beschossen. Bald ward die weidenbewachsene Ebene zum blutigen Schlachtfeld. Hier fiel der Oberstlieutenant de Nucé, und nicht weit von ihm der Scharfschützenlieutenant Parver nebst vielen Andern. Eine Menge im Weidengebüsche zerstreutes, zum Theil blutgefärbtes Stroh gibt die Plätze an, wo die zahlreichen Verwundeten gelegen. Einige Jungschweizer, welche sich, nachdem sie eine Bedette erschossen, durch's hohe Korn nach Vernayaz zu schleichen mußten, zündeten dasselbe in der Hoffnung an, die Sieger möchten ihre vortheilhafte Stellung verlassen, und zum Löschen herbeieilen. Allein der Anschlag mißlang, denn die Altschweizer setzten ihr Feuer fort, bis der Feind vollkommen aus einander gesprengt, zum Theil seine Waffen weggeworfen hatte. Das zweistündige Gefecht, das dem Walliser Kampfe den entscheidenden Ausschlag gegeben, war schon Morgens um 6 Uhr beendet.

Die vier Stücke (Casimir Dufour), einige gefüllte Pulverwagen, eine Feldschmiede und andere Kriegsmaterialien fielen in die Hände der Sieger. Der Verlust des Feindes wird von den Siegern zu 54 Todten angegeben, wobei die oben vorkommenden Stabs- und Oberoffiziere einbegriffen. Nach andern 80 Todte.

Ferner 58 Gefangene. Verwundete waren von beiden Seiten 22, die im Bade Lavan von den Waadtländern äußerst zuvorkommend aufgenommen und sorgfältig gepflegt wurden. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß die beiden Anführer Joris und Moriz Bar mann mit dem größten einer bessern Sache würdigen Muth gefochten haben.

Dieser Joris, welcher in der französischen Schweizergarde die edelsten Offiziere unter seine vertrauten Freunde zählte, soll einen originellen aber geraden ritterlichen Charakter haben.

Nach andern Behauptungen wäre der Sturm auf die Trientbrücke nur ein falscher Angriff gewesen, welchen die Sunaschweizer versucht, um ihren Fuhrübergang zu maskiren, den Feind von hinten anzufallen, und so zwischen zwei Feuer zu nehmen. Zu einem falschen Angriff die Hälfte seiner Artillerie nicht nur zu verwenden, sondern dieselbe auf dreißig Schritte vor einem bis an die Zähne verschanzten Feinde aufzufahren, oder besser, wie das Resultat zeigte, ihm dieselbe in den Rücken zu werfen, dürfte durch taktische Gründe schwer zu vertheidigen sein.

Strategisches Columbus = Ei.

General v. Kalbermatten hatte, um den gegen Sitten anrücken, den Feind zwischen zwei Feuer zu nehmen, nicht nur einen, sondern drei Plane entworfen.

Die beiden ersten scheiterten; der dritte beim Trient gelang. Der erste sollte durch die aus dem Gringerthale hervorbrechende Kolonne Rotten ausgeführt werden, welche während das Centrum und der rechte Flügel etwas resüfirten, vor denselben bei der Brücke von Riddes hätte erscheinen, dieselbe überschreiten und dem Feinde in den Rücken fallen sollen. Sie kam aus Gründen, die jedoch dem Anführer keineswegs zur Last gelegt werden können, zu spät.

Der zweite Plan fußte auf die größtentheils der Regierung ergebenen Bewohner des Thales Entremont, welche unter ihrem Anführer, dem Hauptmann Pignat, von Bouvry gleichfalls im Rücken des Feindes erscheinen sollten. Die schöne Ruine der alten Burg Battia am Eingange von Martinach, von welcher

einst die Herzoge von Savoyen von der stolzen Höhe weit in's Thal hinabsahen, war zum Observations- und Defensionsposten bestimmt. Allein da im Entremont gleichzeitig mit Pignat auch die Jungschweizer unter ihrem Anführer Grettex die Waffen ergriffen, kam zwischen beiden Parteien eine Art von Capitulation zu Stande, zufolge welcher sich das Thal neutral erklärte. Was einige Blätter von dem Bruche dieser Capitulation gesagt haben, ist unrichtig, im Gegentheil waren dem Commandanten am Trient zwei Kompagnien aus dem Thale Entremont versprochen, welche er nie erhalten konnte. So ward auch dieser zweite Plan gelähmt, und erst am Trient fielen die blutigen Würfel, im entscheidenden Kampfe zwischen den feindlichen Brüdern von Unterwallis.

Herr Ruchet in Wallis.

Einem geistreichen und liebenswürdigen Manne werden sich gewiß die Flügelthüren eines Pariser Salons öffnen; allein diese Eigenschaften reichen nicht immer hin, um durch die dunkle im Nymbus von Pulverdampf ernst dastehende Brücke über den Trient zu dringen. Die Worte, die Herr Ruchet mit Herrn Kommandanten J. in der elegantesten Sprache des Weltalls wechselte, stehen in den Zeitungen, so wie auch das Endresultat, daß der waadtländische Gesandte unter der Hegide des Generals von Kalbermatten endlich nach Sitten gelangte.

Das Hospital im Bade Laven.

Hier schweigt aller Parteihaß. Eine reine Alpenluft durchzieht die beiden hohen geräumigen Säle, wo sie liegen, die armen muthigen Kinder eines selbst im Faktionsfieber kreisenden Vaterlandes. Der waadtländische Oberarzt, Herr Dr. Lebert, und seine Gesundheitsoffiziere besorgen die Verwundeten beider Parteien mit einer Sachkunde, einem Eifer und besonders einer Menschlichkeit, die nichts zu wünschen übrig lassen. Die gefährlichen, zum Theil von Amputationen herrührenden Wunden sind rein, und versprechen eine baldige Genesung.

Es waren 16 meist Schwerblessirte; unter ihnen ein sechzehnjähriger Jungschweizer (Assignol von St. Moriz), der trotz zwei

gefährlichen, bei la Balma erhaltenen Schußwunden durch's Wein mittelst einer Krücke zu den Betten seiner bleichen Kameraden munter hinhinkt, um ihnen Arznei zu reichen.

Der Kirchhof zu St. Moriz.

Im Hintergrunde der schroffe, Wolken hinanstrebende Felsen, an welchem wie ein Adlernest die berühmte Einsiedelei klebt, die der achtzigjährige blinde Eremit 40 Jahre bewohnt, ohne sie je gesehen zu haben. Im Vorgrunde ein hoher vollblättriger Nußbaum und nicht weit davon zwei frische Gräber. Auf dem einen ein flacher Stein, worauf ein einfaches Kriegerschwert. Ein Reisewagen hält vor dem Eingange, eine junge Dame in tiefer Trauer steigt aus, und wirft sich in Verzweiflung, händeringend auf das Grab. Es ist die Gattin des armen Alfred de Werra. Auf dem andern Grabe bezeichnet ein kleines schwarzes mit Glor und Blumen umwundenes Kreuz, die Ruhestätte des Oberstlieutenants de Nucé.

Die barmherzigen Schwestern in St. Moriz.

Sorgfältig und zart verpflegen sie ihre verwundeten Brüder; aber der bleiche Amputirte, der dem ihn besuchenden Eidgenossen in Lavanay und St. Moriz so freundlich die ihm gebliebene fieberische Hand reichte, den seine junge Frau und Schwester noch letzten Mittwoch in Thränen schwimmend umarmten, ist gestern gestorben. Es starben die meisten Verwundeten! Die Walliser-Kugeln treffen scharf!

W a l l i s.

In diesem merkwürdigen Lande, in welchem schon im Jahre 478 vielleicht die älteste Abtei der Christenheit in St. Moriz entstand, haben sich die patriarchalischen Sitten länger erhalten, als in den meisten andern Theilen der Schweiz. Hier ist sich alles verwandt. Besonders die angesehenen Familien schlingen sich, in weit durch's lange Rhonethal ausgebreiteten Zweigen, in einander. Daher denn auch diese rührenden Contraste, die selbst die Parteivuth nie zu verwischen vermochte.

Im Hause des von den Jungschweizern beinahe ermordeten Herrn Präsidenten de la Pierre schwamm die junge, damals selbst mißhandelte Frau von Werra in Thränen um ihren armen Schwager Alfred; denn er hatte ja an jenem schrecklichen 4 Mai seinen Bruder Camille (ihren Mann) mit seinem Leibe vor den Mißhandlungen seiner Faktion gedeckt. Und dennoch kommandirte ihr Vater am Trient die Schützen, deren einer ihrem Schwager den Tod gab. Alfred de Werra war auch der Schwager des ihm feindlich gegenüberstehenden Major Adrian v. Courten. Das zur Madame Barmann gewordene Fräulein v. Quartern, aus einer der ältesten Familien von Wallis, spielte eine Rolle in dem letzten bürgerlichen Trauerspiele, welche von den wenigsten ihrer Unverwandten Beifall erhielt. Indessen ist sie ~~berühmter~~ Schwester der Frau Baronin Stockalper liebevoll aufgenommen, und den 9 Juni in St. Moriz in der Messe erschienen. Vertrauensvoll erscheint Soris an der Brücke von Colombey, um sich mit seinem Vetter zu unterhalten, nachdem sie wenige Tage zuvor so manche Kugel mit einander gewechselt hatten.

Die Sitten und Landestracht sind einfach. Ledige und verheirathete Damen der ersten Häuser tragen häufig zu einem Anzuge nach dem Tagesgeschmack das Walliserhütchen, welches weit besser steht, als man beim ersten Anblick glauben sollte. Bei den geringern Klassen ist es allgemein. Der schlichte, wackere Walliser Landmann, der Mann von wenig Worten und desto mehr That, kleidet sich größtentheils in dunkelbraunes Tuch, was den Kolonnen einige, jedoch nur wenige Gleichförmigkeit gab. Der Oberwalliser kennt öfters kaum Unterwallis. Mehr als 20 dieser Leute bestiegen die Einsiedelei in St. Moriz gleich reisenden Engländern zum ersten Ma'.

Auch herrscht noch jetzt die größte Spannung, nicht zwischen Ober- und Unterwallis, sondern bloß im Unterwallis gegen einander.



